

20
11

Der Postbank Konzern in Zahlen 2011

		01.01. – 31.12.2011	01.01. – 31.12.2010
Gewinn- und Verlustrechnung			
Gesamterträge	Mio €	3.672	3.805
Verwaltungsaufwendungen	Mio €	– 3.204	– 2.934
Ergebnis vor Steuern	Mio €	78	315
Konzerngewinn	Mio €	111	138
Cost Income Ratio gesamt	%	87,3	77,1
Eigenkapital-Rendite			
vor Steuern	%	1,3	5,7
nach Steuern	%	1,9	2,5
Ergebnis je Aktie ¹	€	0,51	0,63
		31.12.2011	31.12.2010
Bilanz			
Bilanzsumme	Mio €	191.982	214.684
Kundeneinlagen	Mio €	112.961	116.201
Kundenkredite	Mio €	108.896	109.303
Risikovorsorge	Mio €	1.826	1.764
Eigenkapital	Mio €	5.709	5.627
Kernkapitalquote	%	10,8	8,1
Mitarbeiter (auf Vollzeitkräfte umgerechnet)	Tsd	19,23	20,36
Langfrustrating			
Moody's		A1 / Ausblick negativ	A1 / Ausblick negativ
Standard & Poor's		A / Ausblick negativ	A / Ausblick stabil
Fitch		A+ / Ausblick stabil	A+ / Ausblick stabil
Informationen zur Aktie		31.12.2011	31.12.2010
Aktienkurs zum Stichtag	€	24,14	20,80
Aktienkurs (01.01. – 31.12.)	Hoch €	24,40	27,80
	Tief €	19,81	19,47
Marktkapitalisierung zum Stichtag	Mio €	5.282	4.551
Anzahl der Aktien	Mio	218,8	218,8

¹ basierend auf 218,8 Millionen Aktien

Meilensteine

- I 1. Februar 2011 Herr Dr. Hugo Bänziger wird Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG.
- I 8. Februar 2011 Die Deutsche Postbank AG emittiert einen weiteren Jumbo-Hypotheken-pfandbrief im Volumen von 1,0 Mrd €. Die Emission hat eine Laufzeit von zehn Jahren und war 2,5-fach überzeichnet.
- I 9. Februar 2011 Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG beruft Herrn Hanns-Peter Storr zum 1. März 2011 in den Vorstand. Er hat die Funktion des Chief Risk Officer (CRO) inne.
- I 25. März 2011 Die Postbank schließt die im Dezember 2010 angekündigte Veräußerung ihrer indischen Baufinanzierungs-Tochtergesellschaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (DPHFL) an die Dewan Housing Finance Ltd. erfolgreich ab. Der Kaufpreis lag bei 10,79 Mrd INR, dies entspricht ca. 170 Mio €. Die Entkonsolidierung ergab einen Ertrag von 55 Mio €.
- I 17. Juni 2011 Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG beruft mit Wirkung zum 1. Juli 2011 Herrn Frank Strauß in den Vorstand. Als Vertriebsvorstand fällt das Geschäft mit den Firmenkunden und den Geschäftskunden der Postbank sowie das Geschäftsfeld gewerbliche Immobilienfinanzierung in seinen Zuständigkeitsbereich. Darüber hinaus ist er für den Mobilen Vertrieb der Bank verantwortlich.
- I 16. September 2011 Die Deutsche Postbank AG wechselt vom Prime Standard der Deutschen Börse in deren General Standard. Hiermit gehen reduzierte Berichtspflichten einher.
- I 19. Oktober 2011 Das fünfmillionste private Girokonto wird bei der Postbank eröffnet.
- I 10. Januar 2012 Postbank und Deutsche Bank starten Verhandlungen über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit dem Ziel, dass ihm bei erfolgreichem Abschluss die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 5. Juni 2012 zustimmt.
- I 28. Februar 2012 Die Deutsche Bank veröffentlicht in einer Presseerklärung, dass sie zu diesem Zeitpunkt 93,7 % der Aktien an der Deutschen Postbank AG hält.

Finanzkalender 2012

- I 28. März 2012 Veröffentlichung Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2011
- I 11. Mai 2012 Zwischenmitteilung zum 31. März 2012
- I 5. Juni 2012 Hauptversammlung, Frankfurt am Main
- I 10. August 2012 Veröffentlichung 6-Monatsbericht zum 30. Juni 2012
- I 14. November 2012 Zwischenmitteilung zum 30. September 2012

Alle Angaben sind ohne Gewähr – kurzfristige Änderungen sind vorbehalten.

Postbank Konzern Geschäftsbericht 2011

Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden und mehr als 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der großen Finanzdienstleister in Deutschland. Den Kern unserer Geschäftsaktivitäten bildet das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden, darüber hinaus sind wir in den Bereichen Transaction Banking und Financial Markets aktiv.

Die positive Entwicklung unseres Kundengeschäfts der vergangenen Jahre verdanken wir insbesondere einer attraktiven, auf die Bedürfnisse unserer Zielgruppen zugeschnittenen Produktpalette und unserer im deutschen Bankenmarkt einzigartigen Vertriebsoberfläche. Aufbauend auf diesen Stärken, werden wir auch unsere Innovationskraft und die Servicequalität unseres Hauses weiter steigern. Auch künftig wollen wir mit neuartigen Produkten und Prozessen sowie mit exzellenten Dienstleistungen dem Markt einen Schritt voraus sein.

In weit höherem Maß allerdings verdanken wir den Erfolg unseren Kunden, die uns ihr Vertrauen schenken. Vertrauen braucht Transparenz und Dialog ebenso wie Authentizität und Verlässlichkeit. Deshalb wollen wir mit dem vorliegenden Geschäftsbericht zum einen klar und deutlich über uns und unser Geschäft informieren. Zum anderen möchten wir zeigen, wie wir unsere grundlegenden Überzeugungen täglich leben: wie sich die traditionell gepflegten Werte der Postbank in den Leistungen für unsere Kunden widerspiegeln.

Inhalt

Der Konzern 2011

An unsere Investoren	Unsere Geschäftsfelder	Unsere Verantwortung
4 Brief an die Aktionärinnen und Aktionäre	18 Retail Banking	28 Corporate Governance Bericht inklusive Erklärung zur Unternehmensführung
8 Vorstand	22 Firmenkunden	44 Mitarbeiter
10 Bericht des Aufsichtsrats	24 Transaction Banking	45 Nachhaltigkeit
	25 Financial Markets	

Das Geschäftsjahr 2011

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
49 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	101 Gesamtergebnisrechnung	178 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
50 Angaben nach 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	102 Bilanz	179 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
52 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	103 Eigenkapitalveränderungsrechnung	180 Bilanz Mehrjahresübersicht
53 Mitarbeiter	104 Kapitalflussrechnung	181 Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
53 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2011	106 Anhang – Notes	182 Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
56 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	139 Segmentberichterstattung (Note 39)	184 Gremien
58 Segmentberichterstattung	174 Bestätigungsvermerk	186 Glossar
60 Bilanzentwicklung		192 Adressen
61 Nachtragsbericht		
62 Risikobericht		
94 Prognosebericht		

Zeichenerklärung



Querverweis
mit Seitenzahlangebe



Internetverweis



Servicehinweise

Umschlag

- U2 Kennzahlen
- U3 Meilensteine
- U3 Finanzkalender
- U4 Impressum



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Jahr 2011 war für die Postbank von zwei wesentlichen externen Einflüssen geprägt. Einerseits boten die internationalen Geld- und Kapitalmärkte, insbesondere aufgrund der sich zuspitzenden Staatsschuldenkrise in Europa, ein schwieriges Umfeld. Andererseits jedoch erwies sich die Wirtschaft in unserem Heimatmarkt Deutschland als sehr robust – das Bruttoinlandsprodukt stieg deutlich an, während die Arbeitslosenquote auf den tiefsten Stand seit der Wiedervereinigung sank. Diese Entwicklungen hatten einen signifikanten Einfluss auf die Geschäfts- und die Ergebnisentwicklung der Postbank. So konnten wir im Kundengeschäft erneut deutlich zulegen und zudem unsere Risikovorsorge zurückfahren. Sowohl im Segment Retail Banking als auch im Firmenkundengeschäft wuchsen die Ergebnisse spürbar und trugen wesentlich zu unserem operativen Ergebnis vor Sondereffekten in Höhe von gut 980 Mio € bei.

Diese Stärke im operativen Geschäft ermöglichte es der Postbank, vor dem Hintergrund der anhaltenden Staatsschuldenkrise ihre Bestände an griechischen Staatsanleihen umfassend auf 27 % ihres Nominalwertes abzuschreiben und in unserer Ergebnisrechnung zu verarbeiten. Unter Berücksichtigung auch aller weiterer Sonderbelastungen aus der Integration und Restrukturierungen, z.B. im Verwaltungsaufwand, ergaben sich im Berichtsjahr ein Konzernergebnis vor Steuern in Höhe von 78 Mio € nach 315 Mio € im Jahr 2010 und ein Konzerngewinn (nach Steuern) von 111 Mio € nach 138 Mio € im Vorjahr.

Die starke Entwicklung im Kerngeschäft der Postbank im vergangenen Jahr lässt sich am besten an der Entwicklung der operativen Geschäftsbereiche – Retail Banking, Firmenkundengeschäft und Transaction Banking – ablesen.

Im Geschäft mit unseren rund 14 Millionen Privatkunden, zu denen wir auch unsere 280.000 Geschäftskunden zählen, verbesserte sich das Ergebnis weiter auf 940 Mio €. Dabei profitierten wir erneut vom Wachstum des zinstragenden Kundengeschäfts. So konnten wir als deutschlandweit größter Anbieter im Girogeschäft erstmals die Marke von 5 Millionen Konten überspringen. Auch im Spareinlagen- sowie im Kreditgeschäft – insbesondere in der Baufinanzierung mit unseren Marken BHW und DSL – war die Postbank 2011 führend in Deutschland. Wir haben die wertorientierte Neugeschäfts- und Bestandssteuerung der Vorjahre konsequent fortgesetzt und damit erreicht, dass die Beiträge aus diesen Produktbereichen weiter stiegen.

Im Firmenkundengeschäft, das wir als verlässlicher Partner unserer rund 30.000 Kunden mit Schwerpunkt in Deutschland betreiben, wuchs das Ergebnis erfreulich um über 17 % auf knapp 450 Mio €. Dabei profitierten wir von den guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland und der Aufhellung an den internationalen Immobilienmärkten – zwei Faktoren, die auch einen deutlichen Rückgang der Risikovorsorgenotwendigkeit im Kreditgeschäft zur Folge hatten. Unsere Ausleihungen an die vornehmlich mittelständischen Kunden summierten sich auf rund 30 Mrd €. Die Postbank arbeitet mit Nachdruck daran, ihre Position als Kernbankverbindung speziell für den Mittelstand weiter auszubauen.

Im Transaction Banking sind wir mit rund 7,6 Milliarden Transaktionen pro Jahr größter Anbieter in Deutschland. Nach dem Weggang eines Mandanten stand das Jahr 2011 allerdings im Zeichen der Restrukturierung – mit der Folge, dass das Segmentergebnis mit 48 Mio € nicht an das gute Ergebnis des Vorjahres anknüpfen konnte. Mit unserer modernen IT-Infrastruktur verfügen wir jedoch über hervorragende Voraussetzungen, um uns auch künftig mit unseren Lösungen für eine effiziente, kostengünstige Zahlungsverkehrsabwicklung im Markt zu behaupten.

Das Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden wird auch in Zukunft den Kern unserer Geschäftsaktivitäten bilden. 2011 haben wir das Profil der Postbank – unserem 2009 aufgesetzten und nunmehr erfolgreich abgeschlossenen Drei-Jahres-Strategieprogramm „Postbank4Future“ folgend – weiter geschärft: Neben der stärkeren Ausrichtung der Produktpalette auf die Bedürfnisse unserer Kunden stand im Jahr 2011 insbesondere die weitere Professionalisierung unseres Qualitäts- und Reklamationsmanagements im Fokus. So wurden neben dem Aufbau eines Kundenservice-Centers zur verbesserten Bearbeitung von Beschwerden auch Sofort-Kulanz-Lösungen in den Filialen eingeführt. Zudem sorgt ein neuer, mit Vertretern aller Altersgruppen besetzter Kundenbeirat dafür, dass die Bedürfnisse unserer Kunden optimal berücksichtigt werden. Außerdem haben wir für ein noch höheres Maß an Transparenz und Verständlichkeit der Produkte gesorgt. Im Hinblick auf unsere Erreichbarkeit profitieren wir von verschiedenen Maßnahmen der zurückliegenden Jahre, insbesondere der Übernahme weiterer 277 Filialen von der Deutschen Post sowie den Kooperationen im Bereich Bargeldversorgung, speziell von der Zusammenarbeit mit Shell.

Neben dem weiteren Ausbau unserer Position als Kernbank für unsere Firmenkunden bildete das Kostenmanagement ein weiteres bedeutendes Handlungsfeld unseres Strategieprogramms. Auch hier haben wir in den vergangenen drei Jahren viel geschafft. Durch zahlreiche Maßnahmen im Bereich der Sach- und der Personalkosten haben wir den Grundstein gelegt, um unser gestecktes Ziel zu erreichen: auf der Basis effizienter Abwicklungsprozesse und -strukturen wettbewerbsfähige Konditionen im kompetitiven Privat- und Firmenkundengeschäft bieten zu können.

Schließlich zielte das Strategieprogramm auch auf den konsequenten Abbau von kapitalmarkt-bezogenen Beständen und Risiken – auch hier waren wir sehr erfolgreich. Seit Anfang 2009 haben wir den Bestand an Finanzanlagen um mehr als 36 Mrd € reduziert und damit bereits ein Niveau erreicht, das ursprünglich erst für Ende 2013 angestrebt war. So haben wir die Grundlage dafür geschaffen, dass die Bank künftig weniger anfällig für die Folgen von Kapitalmarktschwankungen ist. Dem erfolgreichen De-Risking ist auch der deutliche Anstieg unserer Kapitalquoten maßgeblich zu verdanken: Die Kernkapitalquote erreichte zum Ende des Berichtsjahres 10,8 % und lag damit um 2,7 Prozentpunkte höher als Ende 2010. Damit konnten wir auch unser für 2012 anvisiertes Ziel einer Quote von 9,5 % bereits deutlich früher als geplant erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sehe die Postbank für die Zukunft gut gerüstet. Mit den soliden Ertragsströmen aus unserem Kundengeschäft wird die Bank nachhaltig wachsen und auch wesentliche Beiträge zum Ergebnis des Privatkundengeschäfts des Deutsche Bank Konzerns liefern. Wir sind stolz, bereits 2011 maßgeblich zu dem von der Deutschen Bank als „Quantensprung“ bezeichneten Anstieg des Vorsteuergewinns im Konzernbereich Private and Business Clients (PBC) beigetragen zu haben. Im vergangenen Jahr haben wir wichtige Felder für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ausgestaltet und gemeinsam die Wege definiert, auf denen wir Kosten- und Ertrags-synergien erzielen wollen. In vielen Bereichen wurden entsprechende Maßnahmen bereits umgesetzt. Hierbei hat sich erneut bestätigt, dass die Identität der Postbank durch die veränderte Gesellschafter-struktur nicht verloren geht. Vielmehr geht das Zusammenwachsen der Häuser mit neuen positiven Impulsen für die Entwicklung unseres Geschäftsmodells einher.

Dieses Geschäftsmodell wird maßgeblich geprägt und getragen von unseren mehr als 19.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die auch 2011 mit ihrem Engagement und ihrem Know-how dafür gesorgt haben, dass die Bank in ihrem Kerngeschäft wachsen konnte – und dies trotz erheblicher Zusatzanforderungen aus dem Integrationsprozess. Dafür darf ich mich im Namen des gesamten Vorstands der Postbank ganz herzlich bedanken und dies mit der Bitte verbinden, sich weiterhin nachhaltig bei der Gestaltung der Zukunft unserer Bank einzubringen.

Bonn, 28. März 2012

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Postbank AG



Stefan Jütte
Vorsitzender des Vorstands, Konzernsteuerung



Dr. Mario Daberkow
IT/Operations



Marc Heß
Finanzen/CFO



Horst Küpker
Financial Markets



Dr. Michael Meyer
Retail



Hans-Peter Schmid
Filialvertrieb



Ralf Stemmer
Ressourcen



Hanns-Peter Storr
Chief Risk Office



Frank Strauß
Vertrieb

Bericht des Aufsichtsrats



Sehr geehrte Aktionärinnen, sehr geehrte Aktionäre,

die Wirtschaftslage in den Industrieländern hat sich im Laufe des Geschäftsjahrs 2011 deutlich eingetrübt, wobei Deutschland sich dieser Entwicklung weitestgehend entziehen konnte. Die europäische Staatsschuldenkrise verschärfte sich 2011 weiter und erreichte im dritten Quartal ihren vorläufigen Höhepunkt. Die angespannte Verschuldungssituation einzelner Euromitgliedsstaaten hatte zum Teil starke Bewertungsabschläge auf Anleihen dieser Länder zur Folge. Diese Entwicklung hat sich negativ auf die Ergebnisse der Finanzinstitute ausgewirkt. Die Deutsche Postbank AG konnte sich in diesem herausfordernden und volatilen Umfeld behaupten und 2011 ein positives Ergebnis erzielen. Die als Konsequenz aus der Finanz- und Staatsschuldenkrise resultierende Verschärfung der regulatorischen Anforderungen und deren Umsetzung werden in den kommenden Jahren zentrale Themen für den Finanzsektor sein.

Das vor zwei Jahren gestartete Konzernstrategieprogramm Postbank4Future konnte in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden. Die hier initiierten Maßnahmen haben zu dem positiven Ergebnis der Postbank im Jahr 2011 beigetragen und werden sich auch künftig nachhaltig positiv auf das Ergebnis auswirken.

Die Zusammenarbeit mit der Mehrheitsaktionärin Deutsche Bank AG konnte in verschiedenen Themenbereichen weiter intensiviert werden. Im Jahr 2012 wurden die Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen Postbank und Deutscher Bank aufgenommen.

Der Vorstand informierte uns im Geschäftsjahr 2011 regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle unternehmensrelevanten Fragen der Planung, der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung der Bank, der Risikolage, des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems und der Compliance. Wir erörtern mit dem Vorstand zudem die Veränderungen des Vergütungssystems, strategische Maßnahmen sowie wichtige Geschäftsvorgänge und -vorhaben. Abweichungen im Geschäftsverlauf von der Planung und von den Zielen wurden uns unter Angabe von Gründen erläutert. Wir haben alle zustimmungspflichtigen Maßnahmen und die strategische Ausrichtung des Unternehmens eingehend beraten. Der Vorstand wurde von uns regelmäßig beraten und überwacht. Soweit nach Gesetz, Satzung oder Geschäftsordnung erforderlich, haben wir nach gründlicher Prüfung und Beratung unser Votum abgegeben. Soweit dies zwischen den terminierten Sitzungen erforderlich war, wurden Beschlüsse im schriftlichen Verfahren gefasst. Der Aufsichtsratsvorsitzende sowie die Vorsitzenden des Prüfungs- und des Kreditausschusses wurden auch zwischen den Aufsichtsratssitzungen vom Vorstand über wichtige Geschäftsvorfälle und anstehende Entscheidungen informiert. Der Aufsichtsratsvorsitzende stand zudem in ständiger Verbindung mit dem Vorstandsvorsitzenden.

I Schwerpunkte der Beratungen im Aufsichtsrat

Im Geschäftsjahr 2011 hat sich der Aufsichtsrat zu insgesamt sieben Sitzungen zusammengefunden. Drei Beratungen wurden im Rahmen außerordentlicher Sitzungen abgehalten. In sämtlichen ordentlichen Sitzungen des Aufsichtsrats oder seiner Ausschüsse wurden wir vom Vorstand über die aktuelle wirtschaftliche, geschäftliche und strategische Situation der Bank, den Geschäftsverlauf in den einzelnen Geschäftsfeldern, die Risikoentwicklung, die Compliance sowie über das Risikomanagement unterrichtet. Weitere Schwerpunkte der Beratungen im Berichtszeitraum bildeten die Entwicklung der Staatsschuldenkrise und deren Auswirkungen auf die Risikostruktur der Postbank, die Auswirkungen aktueller und zukünftiger regulatorischer Änderungen und die Neustrukturierung der Vorstandsvergütung. Ferner haben wir die Themen Diversity und Corporate Governance intensiv diskutiert. Den Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden regelmäßig aktuelle Informationen über das Unternehmen zur Verfügung gestellt.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats nahmen im Jahr 2011 an den Sitzungen des Aufsichtsrats und der Ausschüsse mit nur wenigen Ausnahmen teil.

In der außerordentlichen Sitzung am 8. Februar 2011 haben wir über die Einrichtung des Vorstandsressorts Chief Risk Office (CRO) beraten und dessen Besetzung mit Herrn Hanns-Peter Storr ab dem 1. März 2011 zugestimmt. Des Weiteren haben wir die Zielerreichung des Vorstands im Geschäftsjahr 2010 und die Höhe der variablen Vergütung diskutiert. Zudem hat sich der Aufsichtsrat vom Vorstand über die Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Deutscher Bank und Postbank im Bereich Core Banking berichten lassen, die geänderte Vertragsstruktur zur Umsetzung des „Kooperationspakets 1“ zur Kenntnis genommen und dem Abschluss eines Systementwicklungsvertrags zugestimmt.

In der Bilanzsitzung am 15. März 2011 haben wir nach umfassender eigener Beratung und vorhergehender Erörterung mit dem Abschlussprüfer und auf Empfehlung des Prüfungsausschusses den Jahres- und den Konzernabschluss 2010 der Postbank gebilligt. Hierzu haben wir uns auch in der Sitzung durch den Vorstand und den Wirtschaftsprüfer über die wesentlichen Feststellungen im Jahr 2010 berichten lassen. Weitere Themen der Aufsichtsratsitzung waren der Gesamtbankrisikobericht, die Ziele für die Zusammensetzung des Aufsichtsrats gemäß Ziffer 5.4.1 des Deutschen Corporate Governance Kodex, der gemeinsame Bericht von Vorstand und Aufsichtsrat zur Unternehmensführung (Corporate Governance), die Tagesordnung mit den Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung 2011 und das Kooperationsprojekt mit der Deutschen Bank.

Am 23. und am 24. Mai 2011 fanden zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen statt. In der Sitzung am Vortag der Hauptversammlung erörterten wir den Ablauf der Hauptversammlung. Soweit erforderlich, wurden Beschlüsse gefasst. Außerdem haben wir uns über die Ergebnisse der Beratungen des Prüfungsausschusses zur Staatsschuldenkrise berichten lassen. Die außerordentliche Aufsichtsratsitzung im Anschluss an die Hauptversammlung hatte die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden und die Neu- bzw. Wiederbesetzung der Ausschüsse aufgrund der Neu- bzw. Wiederwahl einzelner Aufsichtsratsmitglieder durch die Hauptversammlung zum Inhalt.

In der darauffolgenden ordentlichen Sitzung am 17. Juni 2011 hat uns der Vorstand über die Finanzlage des Konzerns und in den einzelnen Segmenten berichtet. Wir haben sowohl die dargelegte finanzielle Situation der Postbank als auch ihre Risikosituation intensiv mit dem Vorstand erörtert und kritisch hinterfragt. Weitere Themen der Beratungen waren die Gesamtbank-Risikostrategie 2011 gemäß MaRisk der Postbank sowie ein Status-Update zum Kooperationsprojekt mit der Deutschen Bank. Daneben beschlossen wir die Bestellung von Herrn Frank Strauß zum Mitglied des Vorstands der Postbank ab dem 1. Juli 2011 mit Zuständigkeit für das neue Ressort Vertrieb sowie die Verlängerung der Vorstandsbestellung und des Vorstandsvertrags von Herrn Dr. Mario Daberkow.

Gegenstand der Beratung und der Beschlussfassungen der dritten ordentlichen Aufsichtsratssitzung des Jahres am 30. September 2011 waren die aktuelle Geschäftsentwicklung, die Risikoberichterstattung, der Personal- und Sozialbericht und der aktuelle Status des Kooperationsprojekts mit der Deutschen Bank.

Im Rahmen einer Klausurtagung des Aufsichtsrats am 23. November 2011 wurden uns vom Vorstand die Geschäftsplanung für 2012 inklusive der Segmentplanungen sowie die strategische und die risikopolitische Ausrichtung der Postbank ausführlich dargelegt. Wir haben diese hinterfragt und mit dem Vorstand kritisch diskutiert.

In der letzten ordentlichen Aufsichtsratssitzung des Jahres am 24. November 2011 haben wir die Beratungen – auch zur Mittelfristplanung 2012 bis 2016 – weiter vertieft und der vom Vorstand vorgestellten Geschäftsplanung 2012 zugestimmt. Daneben wurden wir über die Geschäftsentwicklung im dritten Quartal einschließlich der Kernkapitalentwicklung, den aktuellen Stand des Kooperationsprojekts mit der Deutschen Bank sowie den Gesamtbankrisikobericht inklusive eines Status-Updates zu den regulatorischen Projekten unterrichtet und haben hierüber mit dem Vorstand beraten. Die Geschäfts- und die Risikostrategie gemäß MaRisk für das Geschäftsjahr 2012 wurden vom Vorstand vorgetragen und intensiv mit uns erörtert. Weitere Themen der Beratungen waren der Vergütungsbericht 2010, die Weiterentwicklung der Vergütungssystematik des Vorstands unter Berücksichtigung der Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) und die jährliche Beschlussfassung zur Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz (AktG). Uns wurde durch den Vorstand der Personal- und Sozialbericht der Postbank vorgestellt.

Wir haben im abgelaufenen Geschäftsjahr in zwei schriftlichen Verfahren unsere Beteiligungsrechte im Rahmen der Mitbestimmung gemäß § 32 Mitbestimmungsgesetz (MitbestG) wahrgenommen und dem weiteren Ausbau der IT-Kooperation mit der Deutschen Bank zugestimmt.

I Interessenkonflikt

Unter Berücksichtigung der in der Entsprechenserklärung dargestellten und vorsorglich erklärten Interessenkonflikte wurden im Geschäftsjahr 2011 keine weiteren Konflikte von den Mitgliedern des Aufsichtsrats angezeigt und sind solche dem Aufsichtsrat auch nicht bekannt.

I Arbeit der Ausschüsse

Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank und seiner regulären Ausschüsse zum 31. Dezember 2011:

Aufsichtsrat			
Rainer Neske (Vors.)	Rolf Bauermeister	Timo Heider	Lawrence A. Rosen
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Wilfried Boysen	Dr. Tessen v. Heydebreck	Eric Stadler
Wilfried Anhäuser	Prof. Dr. Edgar Ernst	Dr. Peter Hoch	Werner Steinmüller
Marietta Auer	Annette Harms	Elmar Kallfelz	Gerd Tausendfreund
Dr. Hugo Bänziger	Stefanie Heberling	Prof. Dr. Ralf Krüger	Renate Treis

Präsidialausschuss (§ 10 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Eric Stadler

Personalausschuss (§ 13 GO AR)	
Frank Bsirske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Rainer Neske (stv. Vors.)	Renate Treis

Kreditausschuss (§ 11 GO AR)	
Werner Steinmüller (Vors.)	Elmar Kallfelz
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Marietta Auer	Renate Treis

Nominierungsausschuss (§ 14 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Prof. Dr. Ralf Krüger
Dr. Tessen v. Heydebreck	

Prüfungsausschuss (§ 12 GO AR)	
Dr. Peter Hoch (Vors.)	Elmar Kallfelz
Prof. Dr. Edgar Ernst (stv. Vors.)	Werner Steinmüller
Wilfried Anhäuser	Gerd Tausendfreund

Vermittlungsausschuss (§ 15 GO AR)	
Rainer Neske (Vors.)	Dr. Tessen v. Heydebreck
Frank Bsirske (stv. Vors.)	Elmar Kallfelz

In die Kompetenz des Präsidialausschusses fallen u. a. die Vorbereitung der Bestellung und Abberufung von Mitgliedern des Vorstands, die Vorbereitung des Abschlusses, der Änderung und der Beendigung der Anstellungsverträge der Mitglieder des Vorstands sowie die Gewährung von Organkrediten an Vorstandsmitglieder und an Mitglieder des Aufsichtsrats. Außerdem gehören in seinen Aufgabenbereich besondere Themen von übergeordneter Bedeutung und Grundsatzfragen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Der Ausschuss hat im letzten Jahr sechs Mal getagt. Gegenstand der Beratungen waren Vorstandsangelegenheiten, die Anpassung der Vorstandsvergütungssystematik im Sinne der InstitutsVergV sowie die Vorbereitung der Beschlussfassung des Aufsichtsrats zur jährlichen Entsprechenserklärung nach § 161 AktG.

Der Kreditausschuss ist zuständig für Kreditentscheidungen, grundsätzliche Fragen der Kreditgewährung, die Gewährung von Organkrediten, soweit nicht der Präsidialausschuss zuständig ist, und für spezielle Investitionsentscheidungen. In vier Sitzungen hat er auftragsgemäß über die Neugenehmigung, Prolongation und Erhöhung von diversen Einzelkrediten und Kreditrahmen beraten. Darüber hinaus hat der Kreditausschuss Berichte über das Kreditrisiko entgegengenommen und diese – sowie die Kreditrisikostategie – regelmäßig mit der Geschäftsleitung erörtert. Der Vorstand hat den Kreditausschuss in den Sitzungen des abgelaufenen Geschäftsjahres umfassend und regelmäßig über die Entwicklungen und Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auf die Postbank informiert. In den Sitzungen wurden die Portfoliostrukturen eingehend besprochen und Maßnahmen zur Reduzierung von Risiken diskutiert. Ferner hat sich der Ausschuss intensiv mit den auf regulatorische Anforderungen bezogenen Risikoprojekten beschäftigt. Um hierbei übergreifende Themen effizient begleiten zu können, haben Kredit- und Prüfungsausschuss in enger Abstimmung zusammengearbeitet. Der Kreditausschuss hat im Jahr 2011 insgesamt 29 Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst.

Dem Prüfungsausschuss sind die Themengebiete Rechnungslegung, Risikomanagement, Compliance, internes Kontrollsystem und Abschlussprüfung zugewiesen. Der Prüfungsausschuss tagte im Berichtszeitraum elf Mal. Gegenstand der Beratungen waren – im Beisein des Wirtschaftsprüfers – die intensive Begleitung der Jahresabschlussprüfung sowohl der Deutschen Postbank AG als auch des Konzernabschlusses sowie die Erörterung der Rechnungslegung und der Risikoüberwachung. Ferner hat sich der Prüfungsausschuss ausführlich mit dem Risikoccontrolling und der Compliance der Deutschen Postbank AG beschäftigt. Der Ausschuss befasste sich mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und legte die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr fest. Dabei überzeugte sich der Ausschuss von der Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers gemäß den Vorgaben des Deutschen Corporate Governance Kodex. In seinen Sitzungen hat er sich umfassend mit den Prüfungsergebnissen des Wirtschaftsprüfers und der Internen Revision befasst sowie die Abarbeitung der Feststellungen während des gesamten Geschäftsjahres eng begleitet. Der Ausschuss hat sich regelmäßig über die Entwicklung der Staatsschuldenkrise und deren Auswirkungen auf die Postbank berichten lassen. Maßnahmen zur Reduktion der Risiken wurden hinterfragt und intensiv diskutiert. Weiterhin wurde der Prüfungsausschuss über Änderungen im regulatorischen Umfeld und deren Folgen für die Deutsche Postbank AG informiert und fortwährend durch den Vorstand über den Status hierzu laufender Projekte unterrichtet. Im Einklang mit der Empfehlung in Ziffer 7.1.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Prüfungsausschuss den Halbjahresbericht und die Quartalsberichte 2011 vor Veröffentlichung mit dem Vorstand erörtert.

Der Personalausschuss befasst sich mit den Strukturen des Personalwesens der Deutschen Postbank AG und den Grundsätzen der Personalentwicklung. Im Geschäftsjahr 2011 hat der Ausschuss zwei Mal getagt. Schwerpunkte der Personalberichte des Vorstands in der Personalausschusssitzung waren die Personalentwicklung innerhalb des Konzerns inklusive der Diversity, die Altersstruktur in der Deutschen Postbank AG sowie geplante Ausbildungs- und Qualifizierungskonzepte.

Der Nominierungsausschuss bereitet den Vorschlag des Aufsichtsrats für die Wahl bzw. die Bestellung der Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner durch die Hauptversammlung vor. Er hat im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Sitzung zu Nachfolgefragen im Aufsichtsrat abgehalten.

Der Vermittlungsausschuss ist ein nach den Vorschriften des MitbestG zu bildender Ausschuss. Er unterbreitet dem Aufsichtsrat Personalvorschläge für den Fall, dass für die Bestellung oder die Abberufung von Vorstandsmitgliedern die gesetzlich geforderte Zweidrittelmehrheit im Aufsichtsrat nicht erreicht wird. Im Geschäftsjahr bestand hierfür kein Bedarf. Der Vermittlungsausschuss ist im Berichtszeitraum daher nicht zusammengetreten.

I Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Die von der Hauptversammlung des vergangenen Jahres zum Abschlussprüfer gewählte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, hat die Buchführung, den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss einschließlich der jeweiligen Lageberichte für das Geschäftsjahr 2011 geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt. Der Abschlussprüfer hat auch den vom Vorstand nach § 312 AktG aufgestellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen („Abhängigkeitsbericht“) geprüft. Über das Ergebnis dieser Prüfung hat der Abschlussprüfer berichtet und folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war,
3. bei den im Bericht aufgeführten Maßnahmen keine Umstände für eine wesentlich andere Beurteilung als die durch den Vorstand sprechen.“

Ferner hat der Abschlussprüfer gemäß § 317 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB) eine Prüfung des gemäß § 91 Abs. 2 AktG einzurichtenden Risikofrüherkennungssystems vorgenommen und bestätigt, dass der Vorstand Maßnahmen zur Erfüllung der Anforderungen zur Risikostrategie, Risikotragfähigkeit, Risikosteuerung und Risikoüberwachung einschließlich der Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen hat sowie dass das Risikofrüherkennungssystem geeignet ist, Entwicklungen, die den Fortbestand der Bank gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG, der Konzernabschluss, die Lageberichte, der Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns, der Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie die Prüfungsberichte der Abschlussprüfer haben allen Mitgliedern des Aufsichtsrats vorgelegen und wurden von uns geprüft.

Die Beratungen fanden in Gegenwart von Vertretern des Abschlussprüfers statt. Diese haben über die Durchführung und die wesentlichen Ergebnisse ihrer Prüfung in der Aufsichtsratssitzung am 19. März 2012 berichtet und haben für ergänzende Auskünfte und Fragen zur Verfügung gestanden. Der Prüfungsausschussvorsitzende hat uns zudem in der Aufsichtsratssitzung am 19. März 2012 über die Ergebnisse der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses im Prüfungsausschuss berichtet. Wir haben das Ergebnis der Abschlussprüfung und der Prüfung des Abhängigkeitsberichts zustimmend zur Kenntnis genommen. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung erheben wir keine Einwände gegen den Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss.

Wir billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG und den Konzernabschluss; der Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG ist damit festgestellt. Dem vom Vorstand zugeleiteten und erläuterten Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns schließen wir uns nach eigener Prüfung an.

Wir erheben nach dem abschließenden Ergebnis unserer eigenen Prüfung keine Einwendungen gegen die Erklärung des Vorstands am Schluss des Abhängigkeitsberichts.

I Veränderungen in Vorstand und Aufsichtsrat

Herr Hanns-Peter Storr wurde mit Wirkung vom 1. März 2011 zum Mitglied des Vorstands der Postbank bestellt und hat die neu geschaffene Funktion des Chief Risk Officer (CRO) übernommen.

Herr Frank Strauß wurde mit Wirkung vom 1. Juli 2011 in den Vorstand der Postbank berufen. Er leitet das Ressort Vertrieb mit rund 30.000 Firmenkunden und etwa 280.000 Geschäftskunden. Ferner ist er für das Geschäftsfeld Commercial Real Estate und den mobilen Vertrieb der Postbank verantwortlich.

In der Besetzung des Aufsichtsrats haben sich folgende Veränderungen ergeben:

Herr Dr. Hugo Bänziger wurde mit Wirkung zum 1. Februar 2011 durch das Amtsgericht Bonn in den Aufsichtsrat der Postbank bestellt. Zudem wurde Frau Stefanie Heberling durch die Hauptversammlung am 24. Mai 2011 in den Aufsichtsrat gewählt. Herr Dr. Hans-Dieter Petram ist am 24. Mai 2011 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden.

Nach der Bestätigung der Wahl von Herrn Rainer Neske als Mitglied des Aufsichtsrats durch die Hauptversammlung am 24. Mai 2011 wurde dieser vom Aufsichtsrat mit Wirkung zum 24. Mai 2011 erneut zum Aufsichtsratsvorsitzenden und zum stellvertretenden Vorsitzenden des Personalausschusses gewählt. Der Vorsitz im Präsidial-, im Nominierungs- und im Vermittlungsausschuss wurde von ihm qua Amt übernommen.

Wir danken dem ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglied Herrn Dr. Hans-Dieter Petram für sein großes Engagement im Aufsichtsrat und für die konstruktive Begleitung des Unternehmens und des Vorstands während der vergangenen Jahre.

I Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 24. November 2011 ihre Entsprechenserklärung nach § 161 AktG abgegeben und diese den Aktionären der Postbank dauerhaft auf der Website des Unternehmens zugänglich gemacht. Abgesehen von den genannten Abweichungen ist die Postbank seit der Entsprechenserklärung vom 24. November 2011 sämtlichen Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 26. Mai 2010 gefolgt.

Eine ausführliche Erläuterung zur Corporate Governance einschließlich des Wortlauts der Entsprechenserklärung vom 24. November 2011 können Sie dem Corporate Governance Bericht inklusive der Erklärung zur Unternehmensführung auf Seite 28 entnehmen.

Wir danken dem Vorstand, den Arbeitnehmervertretungen sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Konzerns für ihre erfolgreiche Arbeit.

Bonn, 19. März 2012

Der Aufsichtsrat



Rainer Neske
Vorsitzender



großartig

**Hohe Zinsen plus
attraktiver Bonus**

**Postbank
Aktiv-Sparen**

Sonnige Zeiten für mein
Geld – kein Wunder bei
der Pflege.

- www.postbank.de
- 01803 2881 (9 Cent/Min.)*
- Postbank Finanzcenter
- Postbank Finanzberatung,
gerne auch bei Ihnen zu Hause

UNTERM STREICH ZÄHL ICH.

 **Postbank**

*9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunktarif maximal 42 Cent/Minute.

einfach

Postbank Markenwert:

Einfache, transparente und nachvollziehbare Leistungen für alle Kunden

Die Postbank Gruppe ist mit rund 14 Millionen Kunden, 19.200 Beschäftigten und einer Bilanzsumme von 192 Mrd € einer der großen Finanzdienstleister Deutschlands. Ihr Schwerpunkt liegt im Consumer Banking für Privat- und Geschäftskunden. Daneben ist sie im Geschäft mit Firmenkunden aktiv, und in ihrem Geschäftsfeld Transaction Banking erbringt sie Back-Office-Dienstleistungen auch für andere Finanzdienstleistungs-Unternehmen.

Ihren Privatkunden bietet die Postbank einfache, preiswerte Produkte für den alltäglichen Bedarf. Das Angebot reicht vom Zahlungsverkehr über das Einlagen- und Kreditgeschäft bis hin zu Anleihen, Investmentfonds, Versicherungen und Bausparverträgen.

Retail Banking: Wachstumsstory fortgeschrieben

Die Postbank hat ihr Profil im Privatkunden-Geschäft auch 2011 weiter geschärft. Die konsequente Vereinfachung unseres Produktangebots, ein hohes Maß an Transparenz, faire Konditionen und die stetige Verbesserung des Service sind bei unseren Kunden gut angekommen. Positive Impulse lieferten neben dem Spargeschäft insbesondere das Giro-, das Bauspar- und das Baufinanzierungsgeschäft.

Unseren rund 14 Millionen Kunden bieten wir ein bedarfsgerechtes Produktangebot und eine flächendeckende innovative Serviceinfrastruktur, die von der vielgeisigen komfortablen Bargeldversorgung bis zum mehrfach ausgezeichneten Postbank Online-Banking reicht.

I Marktführerschaft im Girogeschäft gefestigt

Seit Langem ist die Postbank im Bereich Girokonten in Deutschland der größte Anbieter. Mit einer Steigerung der Vertriebsleistung um rund 10 % gegenüber dem Vorjahr konnten wir diese Position im Berichtsjahr weiter ausbauen. Mitte Oktober haben wir erstmals die Marke von 5 Millionen privaten Girokonten überschritten.

Das 2011 erzielte Wachstum ist u. a. eine Folge der Herabsetzung des für eine entgeltfreie Kontoführung erforderlichen monatlichen Mindestzahlungseingangs. Hierdurch konnten deutlich mehr Kunden von unserem Angebot profitieren. Das Premiumkonto Giro extra plus überzeugt seit 2010 u. a. durch kostenfreie Verfügungen per Kreditkarte an Geldautomaten im Ausland. Allen Postbank Girokunden kommt zusätzlich der mit der Shell-Kooperation verbundene Tankrabatt zugute. Diese weiteren Verbesserungen unserer Servicequalität schlugen sich auch in der Auszeichnung als „TOP Gehaltskonto“ durch die Finanzberatung FMH nieder.

Nicht nur im Bestand an privaten Girokonten, auch im Volumen der Sichteinlagen setzte sich der positive Trend des Vorjahres fort: Mit einer Steigerung um 0,5 Mrd € auf 20,6 Mrd € zum Jahresende 2011 übertrafen wir den Vorjahreswert um 2,5 %.

Zusatzinformationen zum Retail-Kundengeschäft

		Bestand 2011		Marktanteile 2011	
Private Girokonten	Mio	5,01	%	5,3	
Spareinlagen	Mrd €	54,8	%	6,0	
Bauspareinlagen	Mrd €	17,7	%	13,1	
Private Baufinanzierung					
inkl. Portfolioankäufe	Mrd €	73,9	%	9,2	
Privatkredite	Mrd €	4,2	%	2,8	
Depotvolumen	Mrd €	11,8	%	n. a.	

| Fokus-Produkte des Spargeschäfts erfolgreich

Im Mittelpunkt der Vertriebs- und Vermarktungsaktivitäten im Spargeschäft standen 2011 weiterhin das Postbank Aktiv-Sparen sowie die SparCard direkt, die ausschließlich über die Vertriebswege Telefon und Internet angeboten wird.

Beim Aktiv-Sparen zahlte die Postbank über das gesamte zweite Halbjahr einen vierfachen Bonus für die Aufstockung von Einlagen – und konnte so in einem sehr wettbewerbsintensiven Markt punkten. Das Volumen der auf das Aktiv-Sparen entfallenden Spargelder stieg um 1,65 Mrd €, bei der SparCard direkt verzeichneten wir einen Zuwachs von 1,74 Mrd €.

Der Bestand an Spareinlagen und Tagesgeldern erreichte Ende 2011 ein Volumen von rund 54,8 Mrd € und lag damit leicht um ca. 3,5 % unter dem Vorjahreswert. Der Marktanteil der Postbank betrug rund 6,0 %.

| Baufinanzierungsneugeschäft bleibt auf hohem Niveau

Das Baufinanzierungsgeschäft betreibt die Postbank unter den Marken BHW und DSL. Die Postbank Tochter BHW Bausparkasse und die DSL Bank, ein Geschäftsbereich der Postbank, besitzen jeweils eigenständige, komplementäre Geschäftsmodelle. Während sich BHW als Baufinanzierer der Postbank unmittelbar an den privaten Kunden wendet, versteht sich die DSL Bank als Partnerbank der Finanzdienstleister.

Im Berichtsjahr zahlten sich unsere strategischen Weichenstellungen des Vorjahres aus: 2010 hatten wir verschiedene Aufgabenbereiche beider Einheiten enger miteinander verzahnt und die Sortimentsprofile geschärft. So wuchs das Neugeschäftsvolumen in der privaten Baufinanzierung ohne Prolongationen und einschließlich der Auszahlung von Bauspardarlehen gegenüber dem Vorjahr um etwa 2,5 % auf rund 8,2 Mrd € – angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks ein hervorragendes Ergebnis. Neben den traditionell starken Hauptvertriebswegen Postbank Finanzberatung und DSL-Vertrieb agieren hierbei auch die Postbank Filialen immer erfolgreicher. Gegenüber dem Vorjahr erzielten die Filialen im Neugeschäft ein Plus von rund 16 %.

Der gesamte Baufinanzierungsbestand der Postbank lag zum Jahresende 2011 bei 73,9 Mrd € und war damit gegenüber dem Jahresende 2010 (74,0 Mrd €) stabil. Die darin enthaltenen selbst generierten Baufinanzierungen (ohne Ankäufe) stiegen sogar an, und zwar um 2,1 % bzw. 1,4 Mrd € auf 68,6 Mrd €. Unser Marktanteil, bezogen auf den Gesamtbestand, belief sich auf 9,2 % (Jahresende 2010: 9,3 %).

| Kräftiger Aufschwung im Bauspargeschäft

Der deutsche Markt für Bausparprodukte setzte 2011 seinen Aufwärtstrend fort. Die Postbank, die in diesem Markt über ihre Tochter BHW Bausparkasse agiert, konnte das beantragte Neugeschäft mit einem Volumen von rund 13,0 Mrd € im Vorjahresvergleich kräftig, nämlich um 7,5 %, steigern. Damit überflügelte sie erneut das Marktwachstum, das im Berichtsjahr bei 6,1 % lag.

Alle Vertriebswege trugen gleichermaßen zu dem erfreulichen Zuwachs bei, sowohl Filialen und Kooperationspartnergeschäft als auch der Hauptvertriebskanal, die Postbank Finanzberatung. Wesentlichen Anteil am Neugeschäftserfolg hatten die neuen attraktiven Bauspartarife, die noch passgenauere Lösungen für wichtige Zielgruppen bieten. So profitieren beispielsweise junge Menschen unter 25 Jahren im Tarif BHW Dispo maXX seit 2011 von einer Jugendprämie, und fest zum Bau oder Kauf Entschlossene können mit dem neuen Tarif BHW Wohn maXX besonders schnell und günstig zu ihrem Baugeld kommen.

I Ratenkreditgeschäft weiter auf Erfolgskurs

Die klare Ausrichtung der Postbank auf Transparenz und Flexibilität zeigt sich im Ratenkreditgeschäft u. a. in besonders kundenfreundlichen Leistungen, wie z. B. kostenlosen Sondertilgungen und verlängerten Widerrufsfristen, sowie in attraktiven Konditionen.

Dieser Positionierung verdanken wir, dass unser Neugeschäft – entgegen dem Markttrend (–1 %) – um 8,8 % auf knapp 1,5 Mrd € wuchs. Mit einem Bestandsvolumen von 4,2 Mrd € stieg der Marktanteil der Postbank deutlich auf rund 2,8 % nach 2,5 % im Vorjahr.

Insbesondere das Kooperationsgeschäft mit verschiedenen Anbietern wie dem Vergleichsportal check24 und der Deutschen Bank konnte stark ausgebaut werden. Ebenso erfreulich entwickelte sich das DSL-Geschäft, das sich auf die Vermittlung von Spezialprodukten für individuelle Kundenbedürfnisse konzentriert.

Der Postbank Privatkredit fand nicht nur bei den Kunden großen Anklang, er überzeugte auch in unabhängigen Vergleichstests: Das Deutsche Institut für Service-Qualität kürte die Postbank im November 2011 zum „Besten Anbieter Ratenkredit“ der überregionalen Filialbanken. Im Dezember 2011 erhielt unser Produkt vom Wirtschaftsmagazin Euro am Sonntag zudem ein „sehr gut“ im Test bonitätsabhängiger Ratenkredite der zehn größten Anbieter Deutschlands.

I Wertpapiergeschäft behauptet

Die Staatsschuldenkrise im Euroraum hat im Wertpapiergeschäft deutliche Spuren hinterlassen, Privatanleger zeigten sich verunsichert. So hat sich das Vertriebsklima nach einem guten ersten Halbjahr 2011 in der zweiten Jahreshälfte spürbar abgekühlt.

Dennoch behauptete sich das Wertpapierneugeschäft der Postbank und lag am Ende des Berichtsjahres mit 1,8 Mrd € nahezu exakt auf dem Vorjahresniveau. Damit trotzte die Postbank dem negativen Markttrend. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist die 2010 initiierte noch klarere Profilierung des Produktangebots, die sich auch auf die Beratungsqualität im Wertpapiergeschäft positiv auswirkt. Das Gesamtvolumen der in den Depots unserer Kunden gehaltenen Wertpapiere lag mit 11,8 Mrd € knapp unter dem Vorjahresniveau.

I Engagement für Geschäftskunden ausgeweitet

Mit rund 280.000 Geschäftskunden ist die Postbank eine der führenden Banken für Freiberufler, Selbstständige und kleinere Unternehmen in Deutschland. Im Jahr 2011 waren wir in der Akquisition von Neukunden außerordentlich erfolgreich: Über 40.000 neu eröffnete Geschäftskunden-Konten bedeuten ein Plus im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von rund 25 %. Dieser Erfolg ist im Wesentlichen auf eine Optimierung der Vertriebsprozesse und effektive Marketingaktionen zurückzuführen. Sowohl der Anstieg der Sichteinlagen auf Geschäftsgirokonten um 4,5 % auf 1,9 Mrd € als auch der starke Zuwachs beim Business Tagesgeld – hier erhöhte sich das Volumen um ca. 50 % auf 400 Mio € – bestätigen den positiven Wachstumstrend der Vorjahre.

Positiv entwickelte sich auch das Kreditgeschäft. Der Postbank Business Kredit konnte im Vergleich zum Vorjahr sowohl beim Neugeschäftsvolumen als auch beim Bestandsvolumen markant zulegen: Das Neugeschäft wuchs um ca. 70 % auf 42 Mio €, der Bestand um knapp 40 % auf 72 Mio €. Zudem haben wir mit dem Aval für Geschäftskunden ein neues Kreditprodukt eingeführt, von dem wir uns für die Zukunft ein profitables Geschäft versprechen.

I Neue Filialformate steigern Service- und Beratungsqualität

Im Filialvertrieb, dem größten Vertriebskanal der Postbank, setzen wir unsere Strategie der kontinuierlichen Verbesserung der Beratungs- und Servicequalität weiter fort. Insgesamt erreichen uns unsere Kunden in 1.088 eigenen Filialen und über 4.500 Partnerfilialen der Deutschen Post in der Regel an sechs Tagen in der Woche. Hierbei ist die Kombination von Bank- und Postdienstleistungen ein wesentlicher Wettbewerbsvorteil. Im Berichtsjahr wurden die letzten fünf der geplanten zehn Regionalcenter eröffnet, in denen wir dem Wunsch unserer Kunden nach qualifizierter Beratung in allen Anlage- und Vorsorgefragen am besten entsprechen können. Auch fungieren die Regionalcenter als Lernplattform für die Kundenberater aus den Finanzcentern, die hier von erfahrenen Kollegen neben umfangreichen Produktkenntnissen auch tiefe Einblicke in deren Erfahrungen beim Vertrieb von Anlage- und Vorsorgeprodukten erhalten.

Darüber hinaus testen wir seit Dezember 2011 ein neues Filialformat in Hochfrequenzlagen, wie z.B. Einkaufszentren, bei dem wir uns auf das Angebot von Finanzdienstleistungen konzentrieren.

I Mobiler Vertrieb wächst insbesondere im Bausparneugeschäft

Der mobile Vertrieb der Postbank ist in der Postbank Finanzberatung AG gebündelt. Für die Postbank Finanzberatung arbeiten insgesamt rund 3.500 Berater, die unsere Kunden in über 800 Servicecentern, aber auch durch Kundenbesuch – auch außerhalb der normalen Geschäftszeiten – betreuen. Die Finanzberatung wird ihre Aktivitäten verstärkt auf Problemlösungen rund um die eigenen vier Wände ausrichten. 2011 leistete sie mit einem Volumen des vermittelten Geschäfts von über 9,1 Mrd € einen erheblichen Beitrag zum Wachstum unseres Bauspargeschäfts. Dies entspricht im Vorjahresvergleich einer Steigerung der Vertriebsleistung um rund 500 Mio €. Besonders erfreulich ist in diesem Zusammenhang, dass die Kunden zunehmend die staatliche Bausparförderung nutzen. So konnte der mobile Vertrieb den Umsatzanteil im Produkt Wohn-Riester auf 11 % steigern und damit gegenüber dem Vorjahr nahezu verdoppeln.

In einem positiven Marktumfeld ist es der Postbank – wie bereits in den vorangegangenen zwei Jahren – gelungen, auch in der privaten Immobilienvermittlung deutlich zuzulegen: Die BHW Immobilien GmbH, eine 100 %ige Tochter der Postbank Finanzberatung AG, steigerte ihr Neugeschäft hier im Berichtsjahr um 26 % auf knapp 700 Mio €. Damit haben wir im Bereich der Immobilienvermittlung für die private wohnwirtschaftliche Nutzung das Gesamtmarktwachstum deutlich übertroffen.

Retail Banking¹



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 58, bzw. Note 39, S. 139

Segmentergebnis	2011 Mio €	2010 Mio €
Gesamterträge	3.479	3.431
Verwaltungsaufwand	–2.259	–2.178
Ergebnis vor Steuern	940	908
Cost Income Ratio	64,9 %	63,5 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	53,0 %	57,9 %

Firmenkunden: Erfolgreich mit der Fokussierung auf den Mittelstand

Das Segment Firmenkunden umfasst die Dienstleistungen, die die Postbank im Geschäft mit Firmenkunden überwiegend in Deutschland sowie im Bereich der nationalen und der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung erbringt.

Hauptzielgruppe in unserem Firmenkundengeschäft ist der klassische deutsche Mittelstand mit seiner von Familienunternehmen geprägten Struktur, dem die Postbank als zuverlässiger und leistungsstarker Partner bundesweit zur Seite steht. Ihre Position als Kernbank für die täglichen Grundbedarfe dieser Unternehmen will die Postbank in Zukunft weiter ausbauen.

Darüber hinaus nutzt die Postbank ihre Stärke in der Zahlungsverkehrsabwicklung und konzentriert sich auf sogenannte „Massenzahler“, also auf Unternehmen, die aufgrund ihres Geschäftsmodells eine erhebliche Anzahl von Transaktionen zu bewältigen haben und hierfür passgenaue, individuelle Lösungen suchen.

I Positionierung als Kernbank ausbauen

Es ist unser Anspruch, die Postbank als „Mittelstandsbank für den täglichen Bedarf“ weiter auszubauen. Dazu wird die Postbank ihren rund 30.000 Firmenkunden auch künftig mit bedarfsgerechten und standardisierten Produkten rund um den Zahlungsverkehr ebenso zur Verfügung stehen wie mit Lösungen für die risikoarme Geldanlage, mit klassischen Kreditprodukten sowie – selektiv – mit derivativen Absicherungsinstrumenten für das Zins- und Währungsmanagement. Ergänzt wird das Angebot heute bereits um standardisierte Leasing- und marktübliche Factoringprodukte.

Im Sommer 2011 hat die Postbank weitere Maßnahmen zum Ausbau des Mittelstandsgeschäfts beschlossen. Dazu ist u. a. vorgesehen, weitere Berater und Spezialisten einzustellen.

I Stabiles Kredit- und Einlagegeschäft im Jahr 2011

Das Geschäft mit Firmenkundenkrediten ist in den vergangenen Jahren, unserer Strategie entsprechend, kontinuierlich gewachsen. Dabei agierten wir strikt nach Maßgabe unserer bewährten risikobewussten Kreditvergabepolitik.

Im Einlagengeschäft profitieren wir von langjährigen Kundenbeziehungen, die auf dem großen Vertrauen basieren, das die Kunden der Postbank als solidem und starkem Bankpartner entgegenbringen.

Zum Jahresende 2011 lag der gesamte Kreditbestand im Firmenkundengeschäft mit 29,7 Mrd € auf Vorjahreshöhe (Vorjahr: 30,3 Mrd €). Das Anlagevolumen unserer Firmenkunden sank um 2,5 Mrd € auf 19,8 Mrd €.

I Stabile Entwicklung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung

Die gewerbliche Immobilienfinanzierung bildet eine weitere Säule des Firmenkundengeschäfts. Hier ist die Postbank hauptsächlich im zentral- und im westeuropäischen Markt aktiv. Darüber hinaus agiert sie über eine Tochtergesellschaft in New York auch in den USA und über eine Niederlassung in London in Großbritannien. Die Steuerung erfolgt zentral für die gesamte Postbank. Dies gewährleistet ein hohes Maß an Transparenz, Entscheidungssicherheit und einheitlicher Risikosicht im Hinblick auf die einzelnen Investitionsobjekte wie auf das gesamte Portfolio.

Mit ihrem anerkannten Know-how und den gewachsenen Geschäftsbeziehungen hat die Postbank eine gute Ausgangslage geschaffen, um sowohl im Inland als auch im Ausland geschäftlich erfolgreich zu sein.

Wir begleiten vor allem institutionelle und gewerbliche Investoren bei Investitionsprojekten in Kontinentaleuropa. Darüber hinaus beteiligen wir uns an Finanzierungskonsortien, die von vor Ort vertretenen, namhaften nationalen und internationalen Banken geführt werden. Neugeschäft haben wir auch im Jahr 2011 insbesondere in den ausländischen Einheiten selektiv abgeschlossen. Insgesamt konnten wir in der gewerblichen Immobilienfinanzierung im Berichtsjahr 2,4 Mrd € neu akquirieren (Vorjahr: 2,6 Mrd €). Der Bestand in der gewerblichen Immobilienfinanzierung ging, wie erwartet, leicht um 1,0 Mrd € auf 16,6 Mrd € zurück.

| Stärken im Zahlungsverkehr nutzen und ausbauen

Sowohl den standardisierten Zahlungsverkehr als auch individuelle Lösungen effizient, reibungslos und in großen Stückzahlen abzuwickeln, gehört zu den Kernkompetenzen der Postbank. Dazu passen wir das Spektrum an Produkten und Leistungen ebenso wie die IT-Infrastruktur den Zahlungsverkehrsbedürfnissen kleinerer und mittlerer Unternehmen an. Aber auch den Anforderungen der Massenzahler unter unseren Kunden werden wir mit entsprechenden individuellen Lösungen umfassend gerecht.

Der Postbank Konzern investiert weiterhin in den Ausbau der Zahlungsverkehrsplattform, um auch künftig die Leistung dieses Geschäftsfelds zu optimieren und die Wünsche und Bedürfnissen der Kunden optimal zu erfüllen. Das Augenmerk richtet sich hierbei vor allem auf Schnelligkeit, Sicherheit und Effizienz.

Im Jahr 2011 konnten wir in unserer Hauptzielgruppe deutscher Mittelstand die Menge der Transaktionen um rund 5 % gegenüber dem Vorjahr steigern. Insgesamt wuchs damit die Zahl der im Geschäftsfeld Zahlungsverkehr abgewickelten Transaktionen auf 835 Millionen.

Firmenkunden¹



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 59, bzw. Note 39, S. 139

Segmentergebnis	2011 Mio €	2010 Mio €
Gesamterträge	673	733
Verwaltungsaufwand	–152	–151
Ergebnis vor Steuern	448	382
Cost Income Ratio	22,6 %	20,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	115,8 %	115,2 %

Transaction Banking: Geschäft stabil entwickelt

Im Geschäftsfeld Transaction Banking bietet die Postbank auf Basis einer modernen IT-Plattform alle Abwicklungsleistungen rund um Zahlungsverkehr, Konto und Kredit. Bereits seit 2004 erbringen wir über unsere Tochtergesellschaft Betriebs-Center für Banken AG (BCB) Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr auch für Dritte.

I Weiterhin Marktführer im Bereich Zahlungsverkehrsabwicklung

Im Berichtsjahr wickelte die BCB rund 7,6 Milliarden Transaktionen ab, 5 % weniger als im Vorjahr. Diese Reduzierung resultierte im Wesentlichen aus dem – bereits weit im Vorfeld angekündigten – Wegfall der Zahlungsverkehrsabwicklung für die Commerzbank AG per Ende April 2011. Bereinigt um diesen besonderen Einfluss, entwickelte sich das Transaktionsvolumen erfreulich stabil, und die Postbank ist mit einem Marktanteil von über 20 % unverändert der größte Anbieter in Deutschland. Insgesamt wurden im Berichtsjahr rund 98 % des Zahlungsverkehrs beleglos abgewickelt. Für 2012 rechnen wir nochmals mit einem Rückgang des Transaktionsvolumens auf ca. 7,2 Milliarden Transaktionen, was mit einer weiteren Verschiebung zugunsten des beleglosen Zahlungsverkehrs einhergehen sollte.

I Neugeschäft und Restrukturierung

Die Rückführung des Zahlungsverkehrs der von der Commerzbank übernommenen Dresdner Bank an die Commerzbank wurde im zweiten Quartal 2011 wie geplant abgeschlossen. Der daraus zu erwartende Umsatz- und Ertragsrückgang konnte durch frühzeitig ergriffene Restrukturierungsmaßnahmen – beispielsweise Vorruhestandsregelungen und Prozessoptimierungen – sowie durch gutes Kostenmanagement stark abgemildert werden.

Die BCB wurde im Berichtsjahr von der Deutschen Bank – über die bereits seit mehreren Jahren bestehenden Dienstleistungsvereinbarungen hinausgehend – mit umfangreichen zahlungsverkehrsnahen Sonderaufgaben betraut.

Seit 2011 werden im Segment Transaction Banking auch die Leistungen der Postbank Tochter VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH abgebildet. Diese erbringt Dienstleistungen wie die Abwicklung von Kartenumsätzen, den Netzbetrieb von Electronic-Cash-Geräten und den Betrieb von Geldautomaten.

Die VÖB-ZVD Bank soll im ersten Halbjahr 2012 mit der BCB Processing GmbH zu einer leistungsfähigen Gesellschaft für Kartentransaktionen zusammengeführt werden. Ziel ist es, das Leistungsangebot sowohl für den Konzern als auch gegenüber Dritten weiter auszubauen.

Transaction Banking¹

Segmentergebnis	2011 Mio €	2010 Mio €
Gesamterträge	329	365
Verwaltungsaufwand	– 295	– 318
Ergebnis vor Steuern	48	67
Cost Income Ratio	89,7 %	87,1 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	–	–



¹siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 59, bzw. Note 39, S. 139

Financial Markets: Beschleunigter Abbau kapitalmarktbezogener Risiken

Kernaufgaben des Geschäftsfelds Financial Markets sind die Liquiditätssteuerung, das Risikomanagement, die Aktiv-Passiv-Steuerung und das Asset Management.

┃ Geschäftsfeld neu geordnet

Das Ressort Financial Markets gliedert sich in zwei Bereiche. Das Treasury verantwortet die Sicherung der Konditionsbeiträge des Kundengeschäfts, die Steuerung der Liquiditätsrisiken sowie die Generierung von Zusatzerträgen durch ein aktives Risikomanagement. Der Bereich Chief Operating Office Financial Markets stellt bei der Steuerung der Finanzanlagen die Verzahnung mit den Tochtergesellschaften sicher und ist für das Portfolio an strukturierten Kreditprodukten verantwortlich. Dem Geschäftsfeld obliegt zudem das Pfandbriefgeschäft.

┃ Risiken aus Finanzanlagen und Derivaten weiter reduziert

Die Finanzmärkte waren 2011 maßgeblich von der Verschärfung der Krise bei europäischen Staatsanleihen geprägt. Dennoch reduzierte die Postbank auch in diesem schwierigen Umfeld strategiekonform den Bestand an Finanzanlagen deutlich, und zwar von 59,0 Mrd € am Jahresende 2010 auf 46,5 Mrd €. Hierin enthalten ist auch das strukturierte Kreditsatzgeschäft, das von 3,7 Mrd € auf knapp unter 2,0 Mrd € zurückgeführt wurde und auch im Jahr 2012 weiter abgebaut werden soll.

Auch die Neuordnung des Ressorts Financial Markets und die Schließung des Standorts in Frankfurt im ersten Halbjahr 2011 folgten der De-Risking-Strategie der Postbank in Reaktion auf die nachhaltig geänderten Bedingungen des Kapitalmarktes. Aufgaben wie das Bookrunning im Swaphandel werden bewusst nicht mehr übernommen. Ziel ist es, das Handelsbuch der De-Risking-Strategie konform anzupassen. So konnten wir das Bestandsvolumen in Bereich Derivate deutlich um ca. zwei Drittel reduzieren. Dies führte auch zu einer erheblichen Entlastung der risikogewichteten Aktiva.

┃ Pfandbriefe als günstige Refinanzierungsquelle

Im Februar 2011 platzierte die Postbank zum zweiten Mal einen Jumbo-Hypothekendarpfandbrief mit einer Laufzeit von zehn Jahren und einem Volumen von 1,0 Mrd €, ausgestattet mit dem Bestrating AAA der Ratingagenturen S&P, Moodys und Fitch. Seit Erlangung der Pfandbrieflizenz hat die Postbank damit bereits Jumbo-Pfandbriefe im Volumen von 7,0 Mrd € begeben und sich damit als eine bedeutende Emittentin in diesem Marktsegment etabliert. Darüber hinaus werden von der Postbank regelmäßig auch Pfandbriefe privat platziert. Mit einem Volumen von gut 0,5 Mrd € im Jahr 2011 zählt die Bank auch in diesem Feld zu den wichtigen Marktteilnehmern.

┃ Postbank Publikumsfonds mit guter Performance

In den von der Postbank gemanagten Publikumsfonds waren 2011 insgesamt 1,7 Mrd € (Vorjahr: 3,1 Mrd €) angelegt. Während die Euro-Renten- und Geldmarktfonds sowie die defensiven Mischfonds mit einer Wertentwicklung zwischen –1,25 % und +3,44 % im Feld der Konkurrenten gut abschnitten, litten die aktienorientierten Fonds unter Kursrückgängen. In der insgesamt recht kontinuierlichen Wertentwicklung der Publikumsfonds bestätigt sich der Erfolg der regelgebundenen Absicherungskonzepte der Postbank, die eine Risikovermeidung bzw. -minimierung in schwankungsintensiven Marktphasen beinhalten.

Financial Markets¹

Segmentergebnis	2011 Mio €	2010 Mio €
Gesamterträge	–657	–470
Verwaltungsaufwand	–132	–106
Ergebnis vor Steuern	–795	–571
Cost Income Ratio	–20,1 %	–22,6 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern	–22,4 %	–15,8 %



¹ siehe Segmentkommentierung im Lagebericht, S. 59, bzw. Note 39, S. 139



erbaulich

BHW Wohn maXX

Wie schnell und günstig
man doch in die eigenen
vier Wände kommen kann
...

UNTERM STREICH ZÄHL ICH.

- www.bhw.de
- 0180 3040300 (9 Cent/Min.)*
- Postbank Finanzberatung,
0180 3040350 (9 Cent/Min.)*,
gerne auch bei Ihnen zu Hause.

BHWA

Der Baufinanzierer der Postbank

* 9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunktarif maximal 42 Cent/Minute.

solide

Postbank Markenwert:

Stabilität durch über 100-jährige Erfahrung und unser einzigartiges Geschäftsmodell

Seit 1909 verkörpert die Postbank Sicherheit und Vertrauen im Bereich Finanzdienstleistungen. Dies gilt selbstverständlich auch für das Segment Bausparen und Baufinanzierung, für das seit 2006 innerhalb der Postbank Gruppe die Marke BHW steht. BHW eröffnet den Kunden eine einzigartige Kombination von Vorteilen: ein umfassendes, innovatives Produktspektrum aus einer Hand, individuellen Service und hohe Beratungsqualität – zu günstigen Konditionen. Transparente, überzeugende Leistungen haben auch BHW eine viele Jahrzehnte währende Erfolgsgeschichte beschert.

Corporate Governance Bericht

inklusive Erklärung zur Unternehmensführung

In dieser Erklärung berichtet die Deutsche Postbank AG gemäß § 289a HGB über ihre Prinzipien der Unternehmensführung bzw. gemäß § 161 AktG und Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) über die Corporate Governance im Unternehmen. Die Erklärung beinhaltet die Entsprechenserklärung, Angaben zu Unternehmensführungspraktiken, die Zusammensetzung und Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat sowie wesentliche Corporate Governance Strukturen.

I Aktuelle Umsetzung der Kodexregelungen

Die Kommission hat die am 26. Mai 2010 veröffentlichte Version des DCGK im vergangenen Geschäftsjahr nicht überarbeitet. Die Organe der Postbank haben daher das zurückliegende Geschäftsjahr genutzt, um die Governance im Unternehmen zu überprüfen und sie, den Vorgaben des DCGK folgend, weiterzuentwickeln.



Der Fokus der Unternehmensführung richtet sich im Einklang mit Ziffer 4.1.1 DCGK insbesondere auf eine nachhaltige Wertschöpfung. Klare Werte und Mindeststandards für das Verhalten im täglichen Geschäft sowie die Ausrichtung der Vergütung von Mitarbeitern, Führungskräften, Vorständen und Aufsichtsräten nach Maßgabe nachhaltiger, insbesondere dem Unternehmenserfolg verpflichteter Vorgaben sind hierzu die Grundlage. (Weitere Informationen erhalten Sie über die Webseite www.postbank.de/nachhaltigkeit.)

Bei der Besetzung von Führungsfunktionen im Unternehmen (Ziffer 4.1.5 DCGK), bei der Bestellung von Vorständen (Ziffer 5.1.2 DCGK) und bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats (Ziffer 5.4.1 DCGK) wird auf Vielfalt (Diversity) geachtet. Eine angemessene Berücksichtigung von Frauen steht dabei im Vordergrund. Der Vorstand hat im Oktober 2011 das Projekt „Gender Diversity Management“ zur deutlichen Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen bis 2017 ins Leben gerufen.

Unter Beteiligung des Vorstands werden hierbei konzernweit die Weichen für ein erfolgreiches Diversity Management gestellt und die im Rahmen des Projekts zu erreichenden Zielwerte, die zu ergreifenden Maßnahmen sowie mögliche Veränderungen von Prozessen bestimmt.

Im Rahmen dieses Projekts werden die bestehenden Personalstrukturen und -prozesse analysiert, bereits vorhandene Maßnahmen erweitert und neue Programme implementiert. Hier spielen die Weiterentwicklung von Arbeitsabläufen und Anreizstrukturen sowie die Sensibilisierung der Führungskräfte für die Thematik eine ebenso große Rolle wie die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Die Postbank baut u. a. die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben weiter aus. Zur Sicherstellung einer strukturierten, nachhaltigen Fortentwicklung familienbewusster Personalpolitik hat die Postbank im Jahr 2011 das „audit berufundfamilie“ durchgeführt und im Dezember erfolgreich mit dem Zertifikaterhalt abgeschlossen. In dem über drei Jahre laufenden Auditprozess gilt es nun, die für die Reauditierung gesetzten Ziele zu erreichen. Das „audit berufundfamilie“ wird ab 2012 auch in der Postbank Filialvertrieb AG durchgeführt.

Die Teilnahme an der Forschungsinitiative „Frauen in Karriere – Chancen und Risiken neuer Arbeits- und Unternehmenskonzepte für die Karrieremöglichkeiten von Frauen“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gibt der Postbank zudem die Möglichkeit, an neuesten Entwicklungen und Erkenntnissen zu partizipieren, um diese im Unternehmen umzusetzen.

Im Hinblick auf die Empfehlung des DCGK zur Beachtung des Gebots der Vielfalt (Diversity) bei der Besetzung des Aufsichtsrats sowie im Hinblick auf die Empfehlung an den Aufsichtsrat, konkrete Ziele zur Umsetzung der geforderten Diversity zu definieren, hat der Aufsichtsrat in der Aufsichtsratssitzung am 15. März 2011 Ziele gemäß Ziffer 5.4.1 DCGK für seine Zusammensetzung benannt.

Danach ist insgesamt eine angemessene Beteiligung von Frauen vorzusehen. Bei der Prüfung potenzieller Kandidaten für eine Neuwahl oder Nachbesetzung vakant werdender Aufsichtsratspositionen sollen qualifizierte Frauen in den Auswahlprozess einbezogen und bei den Wahlvorschlägen angemessen berücksichtigt werden. Seit den Aufsichtsratswahlen im Jahr 2003 waren zwischen 15 % und 20 % der Mitglieder unseres Aufsichtsrats Frauen. Im Jahr 2011 wurde auf Vorschlag des Nominierungsausschusses des Aufsichtsrats Frau Stefanie Heberling als weitere Vertreterin der Anteilseigner durch die Hauptversammlung gewählt. Damit gehören derzeit vier Frauen dem Aufsichtsrat an, dies entspricht einem Anteil von 20 %. Der Aufsichtsrat ist bestrebt, diesen Anteil mindestens zu wahren und bis zum Jahr 2017 auf 30 % zu erhöhen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Aufsichtsrat lediglich durch seine Wahlvorschläge an die Hauptversammlung Einfluss auf die Besetzung des Aufsichtsrats nehmen kann.

Für die Besetzung des Aufsichtsrats der Postbank wurden außerdem Zielsetzungen formuliert, die sicherstellen sollen, dass seine Mitglieder insgesamt über die erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten und fachlichen Erfahrungen verfügen. Bei den zur Wahl vorgeschlagenen Personen soll auf die Integrität, Persönlichkeit, Leistungsbereitschaft, Professionalität und Unabhängigkeit geachtet werden. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte sollen vermieden werden. Für die Mitglieder des Aufsichtsrats besteht eine Regelaltersgrenze von 72 Jahren. Darüber hinaus ist auf das Vorliegen internationaler Erfahrung zu achten.

I Entsprechenserklärung

Gute Corporate Governance gilt in der Postbank als Voraussetzung für eine verantwortungsbewusste und werteorientierte Führung von Unternehmen. Insofern legen die Organe der Postbank Wert auf eine möglichst umfassende Umsetzung des DCGK.

Hinsichtlich der DCGK-Empfehlungen zu Interessenkonflikten haben Vorstand und Aufsichtsrat der Postbank vor dem Hintergrund der spezifischen Aktionärsstruktur der Postbank und einer einzelnen oberlandesgerichtlichen Entscheidung aus dem Jahr 2011 am 29. November 2011 folgende Abweichungen erklärt:

„Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG erklären, dass seit der letzten Entsprechenserklärung vom 18. März 2011 sämtlichen Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010, mit Ausnahme der unten genannten Einschränkungen, entsprochen wurde und die Absicht besteht, künftig den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) in der geltenden Fassung vom 26. Mai 2010 mit den nachfolgend benannten Einschränkungen zu entsprechen:

1. Nach Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK sollen Aufsichtsratsmitglieder keine Organfunktion oder Beratungsaufgaben bei wesentlichen Wettbewerbern des Unternehmens ausüben. Die Deutsche Bank AG hält seit dem 3. Dezember 2010 mehr als 50 % der Postbank-Aktien und ist damit Muttergesellschaft der Deutsche Postbank AG. Seit dem 17. Dezember 2010 ist Herr Rainer Neske, Vorstand Deutsche Bank AG, Head of Private & Business Clients, und seit dem 1. Februar 2011 ist Herr Dr. Hugo Bänziger, Vorstand Deutsche Bank AG, Chief Risk Officer, Mitglied des Aufsichtsrats der Deutsche Postbank AG. Es ist aus Sicht der Gesellschaft sinnvoll, den Aufsichtsrat auch mit Mandatsträgern der Mehrheitsaktionärin oder deren Tochtergesellschaften, selbst wenn diese wesentliche Wettbewerber der Gesellschaft sein sollten, zu besetzen. In Konzernbeziehungen ist es in der Praxis ausnahmslos üblich, dass Repräsentanten der Muttergesellschaft im Aufsichtsrat der Gesellschaft vertreten sind.

Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK ist nach Auffassung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG auf Konzernbeziehungen nicht zugeschnitten. Erfasst werden vielmehr nur Repräsentanten konzernexterner Wettbewerber. Vorstand und Aufsichtsrat haben sich vorsorglich dennoch entschieden, eine Abweichung von Ziffer 5.4.2 Satz 4 DCGK zu erklären.

2. Nach Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK soll der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung informieren. In einer einzelnen oberlandesgerichtlichen, bisher nicht rechtskräftigen Entscheidung aus dem Jahr 2011 wurden die Anforderungen an den Umfang der Information über Interessenkonflikte im Bericht des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung verschärft. Danach halten es Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG nicht für ausgeschlossen, dass der Bericht des Aufsichtsrats im Einzelfall gegebenenfalls nicht den Anforderungen dieser gerichtlichen Entscheidung an eine Berichterstattung in Einklang mit Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK entsprechen könnte. Eine über die bisherige Berichtsintensität des Unternehmens hinausgehende Berichterstattung verletzt nach Auffassung des Unternehmens jedoch das gesetzlich geschützte Beratungsgeheimnis und die Vertraulichkeit im Aufsichtsrat. Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Postbank AG haben sich deshalb entschieden, vorsorglich eine Abweichung von Ziffer 5.5.3 Satz 1 DCGK zu erklären.“

I Unternehmensführungspraktiken

Zur Implementierung und Umsetzung der Unternehmensführungspraktiken hat die Postbank eine Vision und eine Mission des Unternehmens sowie Konzernwerte formuliert, welche als richtungsweisende Vorgaben die langfristige Ausrichtung der Unternehmenspolitik bestimmen sollen. Vision und Mission geben einen normativen Rahmen für die strategische und die operative Unternehmensführung vor. Somit dienen sie gleichermaßen der Geschäftsleitung, den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Leitbild.

Die Werte der Postbank, an denen sich das geschäftliche Handeln der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der gesamten Postbank Gruppe sowie der Lieferanten ausrichten soll, sind im „Code of Conduct“ sowie im „Supplier Code of Conduct“ dokumentiert. Die Kodizes sind für die leitenden Angestellten der Gruppe verbindlich. Wort und Geist dieser Werte finden ihre Entsprechung in den Richtlinien und Vorschriften der Postbank (z. B. Organisationshandbücher und Arbeitsanweisungen), die das tägliche Arbeits- und Geschäftsleben bestimmen. Die Kodizes spiegeln die Verpflichtung der Postbank zu einem verantwortungsbewussten, ethisch einwandfreien und rechtmäßigen Handeln wider.

Die folgenden sieben Werte der Postbank Gruppe bilden die Eckpfeiler der Unternehmenskultur:

- I Exzellente Qualität liefern
- I Nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden schaffen
- I Offenen Umgang pflegen
- I Nach eindeutigen Prioritäten handeln
- I Unternehmerisch handeln
- I Integrität nach innen und außen leben
- I Gesellschaftliche Verantwortung übernehmen

Darüber hinaus besitzt bei der Postbank das Thema Nachhaltigkeit einen hohen Stellenwert. So werden die Grundsätze der Nachhaltigkeit in einem Nachhaltigkeitsleitbild zusammengefasst.

Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit ist das Ziel der Postbank. Nach der Einführung des Drei-Säulen-Modells im Jahr 2010 ist die Nachhaltigkeit in die drei Bereiche soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit eingeteilt. Es gehört zum Selbstverständnis der Postbank, einen aktiven Beitrag sowohl zum Klimaschutz als auch zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Bank zu leisten. Deshalb ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Bestandteil der Geschäftsstrategie. Die Postbank verpflichtet sich, für ihre Mitarbeiter attraktive und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen und die natürlichen Ressourcen zu schonen. Als Unternehmen ist die Postbank ein integraler Bestandteil der Gesellschaft, in der sie agiert. Demgemäß will die Postbank ihren Unternehmenserfolg langfristig sichern sowie das Leitbild der Nachhaltigkeit, das tatsächlich gelebt und nicht nur gedacht werden soll, jedem einzelnen Mitarbeiter nahebringen.

I Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten zum Wohle des Unternehmens eng zusammen. Entsprechend der ihm durch das Aktienrecht zugewiesenen Aufgabe, nimmt der Vorstand seine Unternehmensführungsaufgaben wahr. Der Aufsichtsrat übt seine Überwachungs-, Kontroll- und Beratungsaufgaben aus. Die Aktionäre und damit die Eigentümer der Postbank üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus.

Vorstand

Der Vorstand leitet das Unternehmen in eigener Verantwortung. Er vertritt die Gesellschaft nach außen und führt die Geschäfte. Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die Unternehmensleitung. Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Vorstandsmitglieder.

Der Vorstand der Postbank bestand im Geschäftsjahr aus neun Mitgliedern, welchen jeweils ein Verantwortungsbereich als Ressort zugewiesen ist. Die Zuständigkeiten sind aufgeteilt in die Ressorts Konzernsteuerung, Finanzen, Chief Risk Office, Retail, Filialvertrieb, IT/Operations, Financial Markets, Ressourcen und Vertrieb.

Zum Wohle der Gesellschaft stellen die Mitglieder des Vorstands untereinander die Verfolgung einheitlicher Ziele sicher. Die Abstimmung und Festlegung gemeinsamer Pläne und Ziele sowie der Maßnahmen zu deren Erreichung ist dabei genauso selbstverständlich wie die Entwicklung und Durchsetzung unternehmensweit verbindlicher Richtlinien. Der Vorstand entwickelt die unternehmerischen Ziele, die grundsätzliche strategische Ausrichtung, die Unternehmenspolitik sowie die Konzernorganisation. Sowohl die Ziele als auch den Stand der Zielerreichung und der Strategieumsetzung stimmt der Vorstand regelmäßig mit dem Aufsichtsrat ab.

Die für die Beschlussfassung innerhalb des Vorstands erforderlichen Mehrheitserfordernisse, die der Verantwortung des Gesamtvorstands vorbehaltenen Angelegenheiten und die jeweils gültige Ressortverteilung der einzelnen Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des Vorstands geregelt. Über Angelegenheiten, die von besonderer Bedeutung und Tragweite für die Gesellschaft oder den Konzern sind, beschließt der Gesamtvorstand. Ferner entscheidet der Gesamtvorstand über Angelegenheiten, die ein Mitglied des Vorstands dem Gesamtvorstand zur Beschlussfassung vorlegt.

Für ein effizientes Entscheidungsmanagement hat der Vorstand Ausschüsse mit eigener Beschluss- bzw. Entscheidungsvorbereitungskompetenz gebildet. Der Ausschuss Kostensteuerung befasst sich mit der Einhaltung der Kosten- und Budgetziele. Entscheidungen zu Unternehmensakquisitionen oder -verkäufen werden durch den Unternehmensentwicklungsausschuss vorbereitet. Der Retail-Ausschuss ist mit der Umsetzung der Retail-Strategie und dem Vertriebswegecontrolling betraut. Die Ausschüsse sind gegenüber dem Gesamtvorstand berichtspflichtig.

Das Bankrisikokomitee (BRK) stellt die risikoartenübergreifende Steuerung und Planung aller wesentlichen und unwesentlichen Risiken in der Postbank Gruppe sicher. Dem BRK obliegt die strategische Gesamtsteuerung der Risikosituation und des Risikoprofils der Postbank Gruppe innerhalb der vom Gesamtvorstand gesetzten Rahmenbedingungen. Das BRK wird bei der Ausübung seiner Aufgaben durch das Marktpreisrisikokomitee, das Komitee für Operationelle Risiken und das Kreditrisikokomitee unterstützt.

Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat bestellt, überwacht und berät den Vorstand. Seine Mitglieder verfügen über die zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben erforderlichen Kenntnisse, Fähigkeiten sowie fachlichen Erfahrungen und Eignungen. In Geschäfte von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen wird der Aufsichtsrat unmittelbar – auch über satzungsgemäß bzw. in der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat festgelegte Zustimmungsvorbehalte –

eingebunden. Der Aufsichtsratsvorsitzende koordiniert die Arbeit des 20-köpfigen Aufsichtsrats. Zehn Mitglieder werden nach Maßgabe der Vorschriften des AktG von der Hauptversammlung in Einzelwahl gewählt oder bis zur Wahl durch die nächste Hauptversammlung ersatzweise gerichtlich bestellt. Zehn weitere Mitglieder werden von den Arbeitnehmern nach den Regelungen des Mitbestimmungsgesetzes 1976 gewählt. Davon sind sieben Mitglieder des Aufsichtsrats Arbeitnehmer des Unternehmens, darunter ein leitender Angestellter. Drei weitere Aufsichtsratsmitglieder sind Vertreter von den im Unternehmen vertretenen Gewerkschaften. Zur Unterstützung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat sechs Ausschüsse gebildet, die dem Aufsichtsrat regelmäßig über ihre Arbeit berichten. Dies sind Präsidial-, Prüfungs-, Personal-, Kredit-, Nominierungs- und Vermittlungsausschuss. Der Bericht des Aufsichtsrats enthält nähere Angaben zu Zusammensetzung, Funktion und Sitzungsinhalten des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse (siehe S. 10).

Die Effektivität der Aufsichtsratsarbeit wird regelmäßig im Rahmen einer Effizienzprüfung hinterfragt.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat basiert auf einer ausreichenden Informationsversorgung des Aufsichtsrats über die Themen des Unternehmens. Dies sicherzustellen ist Aufgabe und gemeinsames Bestreben von Vorstand und Aufsichtsrat.

Die Zusammenarbeit der Organe wird durch die von der Hauptversammlung beschlossene Satzung der Gesellschaft, die Geschäftsordnungen von Aufsichtsrat – sowie seiner Ausschüsse – und Vorstand sowie durch Beschlüsse der Organe im Rahmen der Vorgaben einschlägiger gesetzlicher Regelungen ausgestaltet. Darin ist festgelegt, wie der Aufsichtsrat seinen Überwachungs-, Kontroll- und Beratungspflichten nachzukommen hat. Die Geschäftsordnung des Aufsichtsrats enthält einen Katalog zustimmungspflichtiger Geschäfte.

Die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands sind sowohl in der Geschäftsordnung des Vorstands als auch in der des Aufsichtsrats festgelegt.

Im Sinne einer guten Unternehmensführung und zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswertes tauschen sich Vorstand und Aufsichtsrat regelmäßig in einem intensiven Dialog zu relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der Compliance und zu strategischen Maßnahmen aus. Insbesondere die Vorsitzenden von Aufsichtsrat und Vorstand stehen in regelmäßigem Kontakt.

Die Mitglieder von Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen keine persönlichen Interessen verfolgen. Interessenkonflikte sind gegenüber dem Aufsichtsrat anzuzeigen. Wesentliche und nicht nur vorübergehende Interessenkonflikte in der Person eines Aufsichtsratsmitglieds führen in der Regel zur Beendigung des Mandats. Der Aufsichtsrat informiert in seinem Bericht an die Hauptversammlung über aufgetretene Interessenkonflikte und deren Behandlung.

Nebentätigkeiten der Vorstandsmitglieder unterliegen der Zustimmung des Aufsichtsrats bzw. des Präsidialausschusses.

Hauptversammlung und Aktionäre

Die Aktionäre üben ihre Rechte vor oder während der Hauptversammlung aus, die der Vorstand im Regelfall ein Mal jährlich unter Angabe der Tagesordnung und Veröffentlichung der geforderten Berichte und Unterlagen einberuft. Die wesentlichen Unterlagen sowie die Einberufung der Hauptversammlung sind im Internet abrufbar. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme. Die Aktionäre können ihr Stimmrecht selbst, durch einen Bevollmächtigten oder durch einen weisungsgebundenen Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft ausüben. Vor der Hauptversammlung können die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft bis zum Vorabend der Hauptversammlung bevollmächtigt werden.

Für Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen, sind die Stimmrechtsvertreter der Gesellschaft während der Hauptversammlung bis zur Abstimmung erreichbar. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Die Hauptversammlung der Postbank hat der elektronischen Weitergabe von Informationen an die Aktionäre zugestimmt. Diese Verfahrensweise ist seitdem in § 3 der Satzung der Postbank festgeschrieben.

I Weitere Corporate Governance

Transparenz

Die Postbank ist bestrebt, ihre Kunden, Eigentümer, Mitarbeiter und die Öffentlichkeit zeitnah und umfassend zu informieren. Hierzu nutzt sie regelmäßig geeignete Kommunikationsmedien. Um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten und das entgegengebrachte Vertrauen der Öffentlichkeit zu bestätigen, werden im Sinne des „Fair Disclosure“ neue Tatsachen allen Interessengruppen zeitgleich zugänglich gemacht. Die Postbank veröffentlicht zu diesem Zweck den jährlichen Geschäftsbericht sowie Quartalsberichte bzw. Zwischenmitteilungen und kommuniziert über Presse- bzw. Investor-Relations-Meldungen, Pressekonferenzen, Ad-hoc-Mitteilungen, Meldungen nach § 15a WpHG, Unternehmensberichte oder die unternehmenseigene Webseite (www.postbank.de). Auf dieser sind sowohl aktuelle als auch historische Daten in deutscher und englischer Sprache abrufbar. Die Termine der wesentlichen wiederkehrenden Veröffentlichungen werden mit ausreichendem Zeitvorlauf im Internet-Finanzkalender publiziert.



Eine Aufstellung der Mandate der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder finden Sie auf S. 165, Note 55.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Postbank Konzerns erfolgt nach den International Financial Reporting Standards (IFRS). Der Jahresabschluss der Postbank wird nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuchs (HGB) binnen 90 Tagen erstellt. Zwischenberichte bzw. -mitteilungen werden innerhalb von 45 Tagen, nachdem sie durch den Prüfungsausschuss mit dem Vorstand erörtert worden sind, veröffentlicht.

Als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2011 ist die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft durch die letztjährige Hauptversammlung gewählt worden. Die Unabhängigkeit des Prüfers ist, auch für bereits erbrachte oder vereinbarte Leistungen, geprüft und sichergestellt. Der Abschlussprüfer der Postbank ist zusätzlich zu einer internen Rotation verpflichtet. Er ist ferner angehalten, die Gremien unmittelbar über Auffälligkeiten zu unterrichten und Unrichtigkeiten in der Prüfung zu dokumentieren. Im Speziellen muss er Befangenheitsgründe während der Prüfung und Feststellungen, die den Aufsichtsrat betreffen oder Unrichtigkeiten in der Entsprechenserklärung bedeuten, sofort melden. Angaben zur Gesamtvergütung des Abschlussprüfers finden Sie auf S. 169, Note 56.



Compliance

Die Postbank ist um eine kontinuierliche Weiterentwicklung interner Compliance bemüht. Schwerpunkt des Compliance-Programms der Bank ist dabei die Sicherstellung der Einhaltung der wertpapier- und kapitalmarktrechtlichen Verhaltensvorschriften. Im Interesse ihrer Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter hat die Postbank eine Compliance-Organisation geschaffen, die den Vorstand und die Mitarbeiter dabei unterstützt, für die Beachtung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen sowie der unternehmensinternen Richtlinien zu sorgen. In der beratenden Funktion unterstützt Compliance den Vorstand und die Mitarbeiter dabei, ungewollte

Regelverstöße zu vermeiden; in der kontrollierenden Funktion ist es Ziel, vorsätzlichen Zuwiderhandlungen vorzubeugen bzw. diese aufzudecken und gegebenenfalls zu sanktionieren. Die geschäftsbegleitende Beratung nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein, da sie zum einen gewährleistet, dass regulatorische Vorgaben frühzeitig Berücksichtigung finden und zum anderen die Interessen der Kunden und der eigenen Reputation im Fokus bleiben. Das Compliance-Office hat ein umfassendes Regelwerk erlassen, welches den Organmitgliedern und den Mitarbeitern u. a. die gesetzlichen Vorschriften zu Mitarbeitergeschäften und zum Insiderrecht erläutert. Um das Bewusstsein für compliance-relevante Sachverhalte zu schärfen und Kenntnisse der Compliance-Vorgaben zu vermitteln, werden die Mitarbeiter durch Präsenzs Schulungen oder Lernclips geschult. Über alle wesentlichen Sachverhalte wird der Vorstand regelmäßig informiert. Zudem berichten der Vorstand und die Compliance-Beauftragte mindestens ein Mal im Jahr an den Aufsichtsrat. Die Wirksamkeit der Compliance-Funktion wird jährlich von der Internen Revision und dem Jahresabschlussprüfer geprüft.

Risikomanagement

Der Postbank Konzern überwacht und steuert seine Risiken durch ein konzernweites Risikomanagement. Die Deutsche Postbank AG ist in diese Prozesse vollumfänglich eingebunden.

Die Grundsätze verantwortungsvollen unternehmerischen Handelns spiegeln sich bei der Postbank auch im Umgang mit Risiken wider. Die Postbank hat, entsprechend den gesellschafts- und bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, ein umfangreiches Risikomanagementsystem installiert, um die Risiken, die sich aus ihrer Geschäftstätigkeit ergeben, rechtzeitig erkennen, analysieren, überwachen und steuern zu können. Zudem ist dieses System darauf ausgerichtet, die relevanten Daten zur Risikosituation der Postbank zeitnah generieren zu können. Das Risikomanagement findet, um dessen Effizienz zu erhöhen, auf drei verschiedenen Ebenen statt: Vorstand, Risikokomitee und operative Einheiten zur Risikosteuerung und -überwachung. Gemäß den Vorgaben der MaRisk werden die relevanten Berichte und die Strategien zu unterschiedlichen Risikoarten durch den Vorstand im Aufsichtsrat vorgestellt und mit diesem erörtert. Gesteuert werden sowohl Einzel- als auch Portfolio-Risiken – dies schließt auch die Steuerung von Konzentrationsrisiken mit ein. Dabei stellt die Postbank die Risiken aus der Geschäftstätigkeit der Risikodeckungsmasse der Gruppe gegenüber, um beurteilen zu können, ob diese unter Berücksichtigung ihrer geschäftspolitischen Ziele in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Das Risikomanagementsystem wird kontinuierlich anhand aktueller Entwicklungen überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Wirksamkeit des Systems wird von der Internen Revision geprüft.



Weitere Erläuterungen und Ausführungen zum Risikomanagement können Sie dem Risikobericht auf S. 62 entnehmen.

I Vergütungsbericht 2011

Die Deutsche Postbank AG veröffentlicht hiermit die Grundsätze der Festlegung von Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Bericht erläutert zudem, entsprechend den gesetzlichen Vorschriften, dem Deutschen Rechnungslegungs Standard DRS 17 „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“ sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex, die Höhe und Struktur der Vergütungssysteme.

Die Darstellung erfolgt in individualisierter und allgemein verständlicher Form sowie getrennt nach erfolgsunabhängigen und erfolgsbezogenen Komponenten.

Darüber hinaus werden monetäre Vergütungsanteile der Vorstandsvergütung für Nebentätigkeiten, für den Fall der Beendigung der Vorstandstätigkeit oder in Form von Versorgungszusagen aufgezeigt. Angaben zum Aktienbesitz, zur Kreditvergabe, zu den Offenlegungspflichten gemäß Wertpapierhandelsgesetz und zu den D&O-Versicherungen runden die Darstellung ab.

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft. Das Vergütungssystem wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 an die regulatorischen Vorgaben der am 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) angepasst. Hierbei wurden aktienbasierte Vergütungskomponenten in Verbindung mit einer gesonderten Sperrfrist sowie ratierliche Auszahlungstermine für die mit langfristiger Anreizwirkung versehenen Komponenten eingeführt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung.

Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung wird – wie bereits vor der Anpassung des Vergütungssystems –, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig ausgezahlt. Sie ist weiterhin aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente mit einem Anteil von 40 % und eine Langfristkomponente mit einem Anteil von 60 %.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr nach Feststellung der Zielerreichung ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wird der Eurobetrag anhand des dann

aktuellen Xetra-Schlusskurses der Aktie der Deutschen Postbank AG ermittelt und ausgezahlt. Zudem entfällt auf die virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG ein Dividendenäquivalent, das der tatsächlichen ausgeschütteten Dividende entspricht.

Die Langfristkomponente steht nach wie vor insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzernenerfolgs sowie des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums und ist weiterhin an einen mehrjährigen Bemessungszeitraum geknüpft. Im ersten Jahr, das auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgt, wird das Erreichen der festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt. In den folgenden drei Jahren schließt sich die Nachhaltigkeitsphase an, während derer das vom Aufsichtsrat – gemäß den regulatorischen Vorgaben – zu Beginn dieser Phase festgelegte Nachhaltigkeitskriterium erfüllt werden muss. Dies ist das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzernenerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich dem Wert oder besser oder am Ende der Nachhaltigkeitsphase durchschnittlich kumuliert besser als im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum zur Hälfte in bar ausgezahlt (Langfristkomponente I) und zur Hälfte in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Langfristkomponente II) umgewandelt werden.

Ist das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt, erfolgt die Auszahlung der Barkomponente sofort nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Die in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG umgewandelte zweite Hälfte der Langfristkomponente wird entsprechend der oben für die Kurzfristkomponente II beschriebenen Vorgehensweise behandelt.

Wird in einem Jahr das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die entsprechende Tranche der Langfristkomponente in das folgende Jahr verschoben. Die Auszahlungsfähigkeit wird dann erneut anhand des Nachhaltigkeitskriteriums geprüft. Ist das Nachhaltigkeitskriterium nach Ablauf des dritten Folgejahres – d.h. des letzten Jahres der Nachhaltigkeitsphase – nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller verschobenen Komponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System). Ferner besteht ein zusätzliches Malus-System, wonach die Auszahlung von noch ausstehenden Tranchen bzw. erfolgsabhängigen Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des jeweiligen Vorstandsmitglieds während der Nachhaltigkeitsphase rückwirkend gesenkt werden oder ganz entfallen kann. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Die Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Von diesem Gesamtbetrag entfallen 5.489,1 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.564,0 T€) und 4.212,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.199,4 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 842,4 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€) und 842,4 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene, aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt 2.527,2 T€ (Vorjahr: 3.119,6 T€). Die Auszahlung bzw. die Umwandlung in Phantom Shares und die Sperrung erfolgen in den Geschäftsjahren 2013 bis 2015 nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien, andernfalls entfallen sie teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 179,1 T€ (Vorjahr: 164,0 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Vorstandsmitglieder kann sich auf 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) belaufen (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit, wie oben beschrieben.

Vorstandsvergütung 2011

	Erfolgs- unabhängige Vergütung		Erfolgs- abhängige Vergütung	Gesamt- summe Auszahlungen	Erfolgs- abhängige Vergütung	Zwischen- summe	Gesamt- summe	Auszahlungen für Vorjahre	
	Fixum T€	Neben- leistungen T€	Kurzfrist- kompo- nente I Unmittel- bare Baraus- zahlung T€	T€	Kurzfrist- kompo- nente II Umwand- lung in Phantom Shares und gesperrt¹ T€	Mögliche Lang- fristkom- ponente Aufge- schoben² T€	T€	T€	Lang- fristkom- ponente 2010, 1. Tranche Baraus- zahlung³ T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	23,9	125,0	1.048,9	125,0	375,0	500,0	1.548,9	89,9
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,8	89,0	710,8	89,0	267,0	356,0	1.066,8	70,0
Marc Heß	650,0	20,2	108,0	778,2	108,0	324,0	432,0	1.210,2	70,0
Horst Kúpker	630,0	27,6	100,0	757,6	100,0	300,0	400,0	1.157,6	80,0
Dr. Michael Meyer	600,0	23,6	89,0	712,6	89,0	267,0	356,0	1.068,6	70,0
Hans-Peter Schmid	500,0	21,6	95,0	616,6	95,0	285,0	380,0	996,6	70,0
Ralf Stemmer	630,0	12,1	100,0	742,1	100,0	300,0	400,0	1.142,1	70,0
Hanns-Peter Storr (Mitglied seit 01.03.2011)	500,0	19,4	83,4	602,8	83,4	250,2	333,6	936,4	0,0
Frank Strauß (Mitglied seit 01.07.2011)	300,0	8,9	53,0	361,9	53,0	159,0	212,0	573,9	0,0
Gesamt	5.310,0	179,1	842,4	6.331,5	842,4	2.527,2	3.369,6	9.701,1	519,9

¹ Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung feststellt. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2013, 2014 und 2015 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³ Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs- unabhängige Vergütung		Erfolgs- abhängige Vergütung	Gesamt- summe Auszahl- ungen	Erfolgs- abhängige Vergütung	Zwischen- summe	Gesamt- summe
	Fixum T€	Neben- leistungen T€	Kurzfrist- kompo- nente I Unmittel- bare Baraus- zahlung T€	T€	Kurzfrist- kompo- nente II Umwand- lung in Phantom Shares und gesperrt ¹ T€	Mögliche Langfrist- kompo- nente Aufge- schoben ² T€	T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	15,4	179,9	1.095,3	179,9	539,6	1.814,8
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	140,0	761,4	140,0	420,0	1.321,4
Marc Heß	600,0	26,9	140,0	766,9	140,0	420,0	1.326,9
Horst Kúpker	600,0	34,5	160,0	794,5	160,0	480,0	1.434,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	140,0	768,9	140,0	420,0	1.328,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	140,0	659,2	140,0	420,0	1.219,2
Ralf Stemmer	600,0	17,7	140,0	757,7	140,0	420,0	1.317,7
Gesamt	4.400,0	164,0	1.039,9	5.603,9	1.039,9	3.119,6	9.763,4

Die Höhe der variablen Vergütung des Vorstandsmitglieds Schmid wurde korrigiert.

¹ Die Kurzfristkomponente II ist in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt worden. Hierfür ist der Eurobetrag durch 21,00 €, den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG am 15. März 2011, dividiert worden. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche 2012 zur Hälfte ausgezahlt (s. Vergütungstabelle 2011), die zweite Hälfte wird in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Die verbleibenden Tranchen werden bei erneutem Erfüllen der Nachhaltigkeitskriterien 2013 und 2014 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfallen die aufgeschobenen Tranchen der Langfristkomponente ersatzlos.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß, Kúpker, Storr und Strauß ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungsgrad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wurde mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstandsvertrags über das 65. Lebensjahr hinaus entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindex für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

	Pensionszusagen		
	Versorgungsgrad am 31.12.2011	Maximal- versorgungsgrad	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung
	%	%	€
Stefan Jütte	50	50,00	0
Dr. Mario Daberkow	52	60,00	146.008
Hans-Peter Schmid	52	60,00	268.394
Ralf Stemmer	54	60,00	90.735

	Beitragssumme für 2011 €	Stand des Versorgungskontos am 31.12.2011 €	Dienstzeitaufwand (service cost) für die Pensionsverpflichtung €
Marc Heß	150.000	1.259.613	184.118
Horst Küpker	150.000	702.871	152.267
Dr. Michael Meyer	225.000	1.004.048	113.701
Hanns-Peter Storr	124.980	131.229	0
Frank Strauß	75.000	77.250	0

Bei dem Vorstandsmitglied Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssumme.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betrugen 2,77 Mio € (Vorjahr: 6,02 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 51,34 Mio € (Vorjahr: 47,54 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Herr Steinmüller und Frau Heberling haben hierzu eine Verzichtserklärung gegenüber der Deutschen Postbank AG abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 825,6 TEUR (Vorjahr: 547,2 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2011 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2011			Vergütung für das Geschäftsjahr 2010		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	3,3	48,3	16,8	2,0	18,8
John Allan	–	3,3	3,3	–	–	–
Wilfried Anhäuser	22,5	26,5	49,0	22,5	3,3	25,8
Dr. Frank Appel	–	35,0	35,0	52,5	3,3	55,8
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hugo Bänziger ²	–	–	–	–	–	–
Rolf Bauermeister	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Wilfried Boysen	15,0	16,5	31,5	15,0	2,0	17,0
Henry B. Cordes	–	9,2	9,2	12,7	0,5	13,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	34,5	64,5	30,0	4,8	34,8
Annette Harms	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	15,0	1,5	16,5	7,6	1,3	8,9
Dr. Tessen von Heydebreck	27,1	18,6	45,7	22,5	1,8	24,3
Dr. Peter Hoch	30,0	35,3	65,3	30,0	4,0	34,0
Elmar Kallfelz	30,0	31,5	61,5	30,0	5,0	35,0
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	27,3	49,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hans-Dieter Petram	8,9	18,7	27,6	22,5	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	1,5	1,5	–	–	–
Lawrence A. Rosen	15,0	6,4	21,4	15,0	1,8	16,8
Elmo von Schorlemer	–	1,5	1,5	–	–	–
Torsten Schulte	–	11,4	11,4	7,4	0,5	7,9
Michael Sommer	–	22,4	22,4	22,3	0,8	23,1
Eric Stadler	22,5	19,9	42,4	22,5	3,3	25,8
Werner Steinmüller ²	–	–	–	33,8	3,5	37,3
Gerd Tausendfreund	22,5	26,5	49,0	22,5	3,8	26,3
Renate Treis	30,0	27,4	57,4	30,0	3,0	33,0
Summe	388,5	437,1	825,6	490,6	56,6	547,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

² Nach Satzung der Deutschen Postbank AG besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung; Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Herr Steinmüller und Frau Heberling haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Auszahlung der Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen, gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2011 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 766,8 T€ (Vorjahr: 863,1 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

Mitarbeiter: Know-how unserer Mitarbeiter im Integrationsprozess mit der Deutschen Bank stark gefragt

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Postbank haben in den letzten Jahren durch ihr Know-how und ihr großes Engagement wesentlich zum Erfolg der Postbank beigetragen. Sie sind maßgeblich mitverantwortlich für die Stärke unseres operativen Kundengeschäfts und die Innovationskraft unserer Produkte und Prozesse. Auf diesem Fundament baut der weitere Integrationsprozess mit der Deutschen Bank auf.

I Postbank als attraktiver Arbeitgeber bestätigt

Zur Unternehmenskultur der Postbank gehört es, dem Wohlergehen der Mitarbeiter einen hohen Stellenwert beizumessen. Dies spiegelt sich in einem hohen Grad der Identifikation der Mitarbeiter mit dem Unternehmen, wie u. a. die moderate Fluktuationsquote von nur 6,5 % und die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit von rund 22 Jahren belegen. Um als Arbeitgeber nochmals an Attraktivität zu gewinnen, haben wir im Berichtsjahr unsere Aktivitäten u. a. im Hinblick auf Angebote zur Gesundheitsprävention, familienbewusste Arbeitsbedingungen und ein aktives Beteiligungs- und Ideenmanagement intensiviert.

Nicht nur unsere Mitarbeiter, auch unabhängige Experten würdigen unser Engagement. 2011 verlieh uns das unabhängige Marktforschungsunternehmen CRF (Corporate Research Foundation, Düsseldorf) bereits zum vierten Mal das exklusive Gütesiegel „Top Arbeitgeber“. Darüber hinaus erreichte die Postbank in der Studie „Career's Best Recruiters“ der Kommunikationsagentur GPK den vierten Platz unter 500 deutschen Unternehmen.

Zu den Aktivitäten der Postbank als familienfreundliches Unternehmen zählt u. a. die Teilnahme an dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Studienprojekt „Frauen in Karriere“. Für eine familienbewusste Unternehmenspolitik erhielten wir im Berichtsjahr von der renommierten Hertie-Stiftung das Gütesiegel „berufundfamilie“.

In gleichem Maße haben wir uns gefreut über die Auszeichnung unseres Ideenmanagements durch das Deutsche Institut für Ideen- und Innovationsmanagement, die Würdigung unserer Lernplattform zur EU-Vermittler-richtlinie durch das e-Learning Journal sowie die Top-Platzierung unter den deutschen Unternehmen im Demografischen Fitness Index (DFI) 2011 der Adecco Gruppe.

I Personalbestand entwickelt sich planmäßig¹

Der Postbank Konzern beschäftigte zum 31. Dezember 2011, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 19.232 Mitarbeiter, 1.129 weniger als Ende 2010. Sie sind zum weitaus größten Teil (98 %) im Inland tätig und haben ein Durchschnittsalter von rund 43 Jahren. 925 Auszubildende werden derzeit in der Postbank Gruppe qualifiziert.

Mitarbeiter

	31.12.2011	31.12.2010
Anzahl Mitarbeiter (auf Vollzeit umgerechnet) ¹	19.232	20.361
Anzahl Teilzeitkräfte	5.237	5.397
Anteil weiblicher Mitarbeiter	58 %	58 %
Anteil männlicher Mitarbeiter	42 %	42 %
Anteil Beamte ca.	32 %	33 %

¹Auf zum Vorjahr vergleichbarer Berechnungsbasis. Die von der Deutschen Bank veröffentlichten Daten zur Postbank können hiervon abweichen.

I Integrationsprozess mit der Deutschen Bank

Mit der fortschreitenden Integration können die spezifischen Stärken der Postbank Mitarbeiter weiter in den Deutsche Bank Konzern eingebracht werden. In den folgenden Phasen der Zusammenarbeit werden wir in unserer Personalarbeit sicherstellen, dass die Kompetenzen, Bedürfnisse und Initiativen der Mitarbeiter – u. a. durch eine frühzeitige Einbindung der Arbeitnehmervertreter in den Integrationsprozess – berücksichtigt werden.

Nachhaltigkeit: Ausbau unseres nachhaltigen Engagements

Als wichtigen Baustein im Fundament unserer unternehmerischen Tätigkeit hat die Postbank gruppenweit gültige Grundsätze des nachhaltigen Handelns definiert. Seit 2010 folgt die Steuerung unseres nachhaltigen Engagements einem Drei-Säulen-Modell, das sich in Aspekte der sozialen, der ökologischen und der ökonomischen Nachhaltigkeit gliedert.

| Soziale Nachhaltigkeit

Für eine Gesellschaft, die Frieden und Wohlstand anstrebt, ist es unerlässlich, dass ihre Mitglieder soziale Verantwortung übernehmen. In dieser Verpflichtung sieht sich auch die Postbank und dokumentiert dies in ihrem Verhalten gegenüber Mitarbeitern, Kunden und der Gesellschaft. So unterstützen wir beispielsweise unsere Mitarbeiter auf dem Weg zu einer ausgewogenen Work-Life-Balance, tragen den Interessen unserer Kunden in besonderem Maße mit unserem Kundenbeirat Rechnung und engagieren uns in der Förderung von Bildungseinrichtungen.

Gemeinsam mit unseren Mitarbeitern sind wir regelmäßig auch im Bereich der Spendensammlung aktiv. Im Jahr 2011 galt unsere Unterstützung den Opfern der Katastrophen in Japan und Ostafrika. Zudem starteten wir im Dezember – zum zweiten Mal – unsere „Weihnachtsbaum-Wunschzettelaktion“ zugunsten des christlichen Kinder- und Jugendwerks Die Arche e.V. Hierbei spendeten Mitarbeiter der Postbank über 1.600 Geschenke, die Kindern an allen Standorten der Arche in Deutschland zukamen.

| Ökologische Nachhaltigkeit

Mit ihrem Engagement im betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz leistet die Postbank ihren Beitrag, um dem globalen Klimawandel wirkungsvoll zu begegnen. Grundlage unseres Handelns bildet das 2008 implementierte Umweltmanagementsystem, dessen Zertifizierungsumfang 2011 nochmals erweitert wurde. Nunmehr werden neben den Standorten in Bonn, Frankfurt, Hamburg, Hameln und München auch diejenigen in Berlin und Dortmund in die – vom TÜV Rheinland durchgeführten – Prüfungen nach ISO 14001 einbezogen. Darüber hinaus eröffnet die Postbank ihren Kunden die Möglichkeit, bei Kapitalanlagen auch ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

| Ökonomische Nachhaltigkeit

Als verantwortungsvolles Unternehmen ist die Postbank bestrebt, sichere Arbeitsplätze zu schaffen, den Kunden Mehrwert zu bieten und der Wirtschaft insgesamt Nutzen zu stiften. Daher setzen wir alles daran, unsere Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und langfristige Rentabilität zu erzielen. Hierbei unterstützt uns u.a. unser 2011 neu gegründeter Kundenbeirat. Dieser ersetzt den 2006 eingerichteten Kundenbeirat 60plus und ist generationsübergreifend besetzt. Dessen konstruktive Kritik nutzen wir zur stetigen Optimierung unserer Produkte und Dienstleistungen, um den Belangen und Wünschen unserer Kunden bestmöglich Rechnung zu tragen.

| Nachhaltigkeitsberichterstattung



Einen Überblick über das gesamte Nachhaltigkeitsengagement der Postbank erhalten Sie unter www.postbank.de/nachhaltigkeit bzw. www.postbank.com/sustainability. Darüber hinaus finden Sie detaillierte Informationen im jährlich veröffentlichten Nachhaltigkeitsbericht.



reichlich

**Attraktive
Tagesgeldverzinsung**

**Postbank Giro plus,
das kostenlose
Girokonto***

Meine Tochter kann nie
genug bekommen. Das
hat sie wohl von mir.

UNTERM STREICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de
- 01803 2881 (9 Cent/Min.)*
- Postbank Finanzcenter
- Postbank Finanzberatung,
gerne auch bei Ihnen zu Hause

 **Postbank**

* Kostenloses Girokonto für alle Privatkunden mit monatlichem bargeldlosem Geldeingang ab 1.250 Euro, ansonsten 5,90 Euro pro Monat. ** 9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunktarif maximal 42 Cent/Minute.

günstig

Postbank Markenwert:

Führendes Preis-Leistungs-Verhältnis, insbesondere bei den Giro- und Sparprodukten

Deutschland zählt zu den am härtesten umkämpften Märkten für Consumer Banking in Europa. Hier agiert die Postbank als größte deutsche Privatkundenbank mit ihrem kostenlosen Girokonto außerordentlich erfolgreich: 2011 durchbrach Deutschlands beliebtestes Girokonto, Postbank Giro plus, die Schallmauer von 5 Millionen Konten.

Ausgezeichnete Leistung zum Nulltarif – für dieses Erfolgskonzept wurde das Postbank Giro plus Konto 2011 vom TV-Wirtschaftssender n-tv zum „Top-Gehaltskonto“ gekürt, und zudem wählte die Computer-Zeitschrift CHIP die Postbank zur „Besten Online-Bank 2011“. Eine moderne, leistungsfähige IT sowie die Standardisierung und Automatisierung von Prozessen sorgen dafür, dass die Postbank in puncto Preis-Leistungs-Verhältnis Standards im Markt setzen kann.

Inhalt

Das Geschäftsjahr 2011

Konzernlagebericht	Konzernabschluss	Weitere Informationen
49 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	101 Gesamtergebnisrechnung	178 Gewinn- und Verlustrechnung Quartalsübersicht
50 Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht	102 Bilanz	179 Gewinn- und Verlustrechnung Mehrjahresübersicht
52 Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung	103 Eigenkapitalveränderungsrechnung	180 Bilanz Mehrjahresübersicht
53 Mitarbeiter	104 Kapitalflussrechnung	181 Segmentberichterstattung Mehrjahresübersicht
53 Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2011	106 Anhang – Notes	182 Angewandte Rechnungslegungsvorschriften
56 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	139 Segmentberichterstattung (Note 39)	184 Gremien
58 Segmentberichterstattung	174 Bestätigungsvermerk	186 Glossar
60 Bilanzentwicklung		192 Adressen
61 Nachtragsbericht		
62 Risikobericht		
94 Prognosebericht		

Konzernlagebericht der Deutschen Postbank AG

I Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Organisation und Steuerung des Konzerns

Geschäftstätigkeit, wichtige Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsprozesse

Der Deutsche Postbank Konzern (Postbank) bietet Finanzdienstleistungen für Privat- und Firmenkunden sowie für andere Finanzdienstleister überwiegend in Deutschland an. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt im Privatkundengeschäft (Retail Banking). Das Firmenkundengeschäft (Zahlungsverkehr und Finanzierungen), Abwicklungsdienstleistungen (Transaction Banking) sowie Geld- und Kapitalmarktaktivitäten runden die Geschäftstätigkeit ab. Seit dem 3. Dezember 2010 ist die Postbank Teil des Konsolidierungskreises der Deutschen Bank, die mehr als 50 % der Aktien der Deutschen Postbank AG hält.

Die Postbank hat ihre Aktivitäten in die Geschäftsbereiche Retail Banking, Firmenkunden, Transaction Banking und Financial Markets gegliedert:

- I Im Geschäftsbereich Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden standardisierte, preisgünstige und auf typische Bedarfssituationen ausgerichtete Bank- und Finanzprodukte. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem traditionellen Giro- und Spareinlagengeschäft, Bauspar- und Baufinanzierungsprodukten sowie Privatkrediten. Ergänzt wird das Produktspektrum durch das Angebot von Wertpapieren (insbesondere Fonds) und Versicherungen sowie Konzepten zur Altersvorsorge. Als Multikanalbank vertreibt die Postbank ihre Produkte über Filialen, den mobilen Vertrieb, Direkt-Banking (Internet und Mailing) und Callcenter sowie im Drittvertrieb über Vermittler und Kooperationspartner. In Kooperation mit der Deutschen Post AG erbringt die Postbank in ihrem Filialnetz zudem Postdienstleistungen, wodurch sich der tägliche Besucherstrom in ihren Filialen erhöht und Provisionserträge generiert werden.
- I Der Geschäftsbereich Firmenkunden bietet den Firmenkunden der Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr sowie Firmenkundenkredite, gewerbliche Immobilienfinanzierung, Factoring und Leasing an. Anlage- und Kapitalmarktprodukte komplettieren die Produktpalette.
- I Der Geschäftsbereich Transaction Banking umfasst die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Kontoführung und die Kreditbearbeitung sowie die zugehörigen Services. Dienstleistungen rund um die Zahlungsverkehrsabwicklung werden von der Betriebs-Center für Banken AG (BCB), einer 100 %igen Tochtergesellschaft, sowohl für die Postbank als auch für konzernexterne Finanzinstitute erbracht. Dienstleistungen auf den Gebieten Kontoführung und Kreditbearbeitung erbringt die Postbank bislang nur konzernintern. Seit 2011 zählen auch die Aktivitäten der Postbank Tochter VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Geschäftsbereich Transaction Banking (vormals Teil des Retail Banking). Diese erbringt Dienstleistungen im Bereich der

Abwicklung von Kartenumsätzen, des Netzbetriebs von Electronic-Cash-Geräten und des Betriebs von Geldautomaten.

- I Der Geschäftsbereich Financial Markets ist für die Geld- und Kapitalmarktaktivitäten des Postbank Konzerns verantwortlich. Zu seinen Aufgaben gehört zum einen, die Konditionsbeiträge aus dem Kundengeschäft durch Aussteuerung der Zins- und Marktrisiken zu sichern. Zum anderen steuert der Geschäftsbereich Financial Markets die Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. Dem Geschäftsbereich Financial Markets sind ferner mehrere Tochtergesellschaften zugeordnet, die die Verwaltung und das Management der Publikumsfonds der Marke Postbank sowie von Spezialfonds verantworten.

Wesentliche Standorte

Die Zentrale der Postbank befindet sich in Bonn. Darüber hinaus betreibt die Postbank ein flächendeckendes Filialnetz mit zum Jahresende 2011 1.088 Filialen in Deutschland. Der Sitz der Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG befindet sich in Hameln.

Im europäischen Ausland ist die Postbank im Privatkundengeschäft in Luxemburg und in Italien vertreten.

In den Geschäftsbereichen Firmenkunden und Financial Markets ist die Postbank außerdem mit Tochtergesellschaften in Luxemburg und New York sowie mit einer Niederlassung in London vertreten.

Wesentliche Absatzmärkte und Wettbewerbsposition

Im Retail Banking ist die Postbank fast ausschließlich in Deutschland aktiv und ist, gemessen an der Kundenzahl, das größte Einzelinstitut. Wesentliche Produktfelder sind das Spargeschäft, das Angebot von Girokonten und privaten Baufinanzierungen sowie das Bauspargeschäft. In allen diesen Feldern gehört die Postbank, gemessen am bilanziellen Volumen, zu den führenden Anbietern in Deutschland. Lösungen zur privaten Altersvorsorge, das Privatarlehensgeschäft und das Wertpapiergeschäft runden das Angebotsspektrum für Privatkunden ab. In diesen Feldern vermittelt die Postbank zum Teil Produkte und Dienstleistungen im Rahmen von Kooperationen mit anderen Banken und Versicherungen. Wesentlich ist hierbei die Kooperation mit der Mehrheitsaktionärin Deutsche Bank AG, die im Jahr 2008 aufgesetzt und kontinuierlich intensiviert wurde und wird. Bedeutende Wettbewerber der Postbank im Privatkundengeschäft in Deutschland sind Anbieter aus dem Sektor der Sparkassen und der genossenschaftlichen Institute sowie einige Großbanken.

Über das Privatkundengeschäft hinaus ist die Postbank im Firmenkundengeschäft tätig. Hier ist sie als mittelgroßer Anbieter insbesondere im deutschen Mittelstandsgeschäft engagiert. Außerdem ist die Postbank derzeit der größte Anbieter für das Outsourcing von Zahlungsverkehrsdienstleistungen. Mit – zusätzlich zu ihren eigenen Transaktionen – drei Mandanten und rund 7,6 Milliarden Transaktionen pro Jahr hat sich das Transaction Banking der Postbank eine gute Wettbewerbsstellung in einem Markt erarbeitet, der von einer vergleichsweise geringen Anbieterzahl gekennzeichnet ist.

Unternehmenssteuerung bei der Postbank

Die Steuerung innerhalb der Postbank basiert auf einem integrierten, konsistenten, konzern einheitlichen Kennzahlensystem. Es verbindet Zielsetzung, Planung, operative Steuerung, Erfolgsmessung und Vergütung

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

miteinander. Ziel dieses Steuerungsansatzes ist die Optimierung von Rentabilität und Effizienz.

Zentrales Rentabilitätsziel für die kapitalmarktorientierte Steuerung der Postbank ist der Renditeanspruch auf das Eigenkapital nach IFRS, gemessen am Return on Equity (RoE) vor bzw. nach Steuern. Darin enthalten ist das Ergebnis nach Steuern, das eine Überleitung von der Rentabilitäts- zur Effizienzperspektive ermöglicht.

Die Effizienz wird anhand der Cost Income Ratio (CIR) – des zentralen Maßstabs für die Ertrags- und Produktivitätssteuerung – gemessen. Diese stellt das Verhältnis von Verwaltungsaufwand zu den Gesamterträgen (ohne die Sonstigen Erträge) vor Risikoversorge dar.

Die Gesamterträge beinhalten als wichtigste Größe zur Beurteilung und Steuerung der Ertragskraft insbesondere den Zinsüberschuss als zentrale Ertragsgröße im Kundengeschäft.

Auf Segmentebene steuert die Postbank ihre Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Informationssystems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Steuerung erfolgt dadurch grundsätzlich analog zur Konzernebene, wobei sich der Renditeanspruch am RoE vor Steuern bemisst. Die Allokation des Eigenkapitals auf die Segmente richtet sich dabei nach deren Risikokapitalbedarf.

Als operative Steuerungskennzahlen auf Segmentebene dienen die oben genannten Ertrags- und Aufwandsgrößen. Im Kerngeschäft werden zusätzlich die Ertragstreiber Volumen, Margen und Risiko sowie Deckungsbeiträge in der Steuerung berücksichtigt.

Die strategischen und die operativen Ziele werden für die operative Steuerung in Key Performance Indicators (KPIs) auf Basis von Balanced Scorecards weiter konkretisiert und in regelmäßigen Reviews nachgehalten. Dadurch wird sichergestellt, dass alle Geschäftsaktivitäten auf die Erreichung der Unternehmensziele ausgerichtet sind.

Ergänzend zu den genannten, etablierten Steuerungskennzahlen ermittelt die Postbank Risiko-Rendite-Kennzahlen für die interne Steuerung. In Anlehnung an den RoE wird dabei die Rendite auf das regulatorische Kapital berechnet (RoReC) und bildet bereits auf Einzelgeschäfts- und auf aggregierter Ebene eine wesentliche Entscheidungsgrundlage. Eine Steuerung der Rendite auf Basis des ökonomischen Kapitals (RoRaC) befindet sich derzeit in Umsetzung, erste Kennzahlen werden über Näherungslösungen seit Mitte 2011 ermittelt. Beide Ressourcen werden mit Verzinsungsansprüchen belegt, die von den Renditeerwartungen des Kapitalmarkts abgeleitet werden und vom Konzern insgesamt ebenso wie von den einzelnen Geschäftseinheiten zu erwirtschaften sind.

Die variable Vergütung des Vorstands, der Führungskräfte und der Mitarbeiter der Postbank ist mit diesem Steuerungssystem eng verknüpft. Sie orientiert sich an den individuellen Zielen, den Ressortzielen und den Konzernzielen, die am Ergebnis vor Steuern und an der CIR gemessen werden. Den aufsichtsrechtlichen Anforderungen sowie dem Unternehmensziel des nachhaltigen Erfolgs entsprechend, fließt bei unseren Führungskräften, den Risk Takern und dem Vorstand ein Nachhaltigkeitsfaktor in die Berechnung des langfristigen Teils der variablen Vergütung (Langfristkomponente) ein. Weitere Details finden sich im Vergütungsbericht ab Seite 52 bzw. ab Seite 159.

Der Nachhaltigkeitsfaktor orientiert sich am Konzept des Economic Value Added und verankert zusätzlich die wertorientierte, nachhaltige Perspektive im Anreizsystem der Postbank.

I Angaben nach § 315 Abs. 4 HGB und erläuternder Bericht

Grundkapital, Stimmrechte und Übertragung von Aktien

Das Grundkapital betrug am 31. Dezember 2011 547.000.000 € und ist in 218.800.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Jede Aktie vermittelt die gleichen gesetzlich vorgesehenen Rechte und Pflichten und gewährt in der Hauptversammlung je eine Stimme. Keinem Aktionär und keiner Aktionärsgruppe stehen derzeit Sonderrechte, insbesondere solche, die Kontrollbefugnisse verleihen, zu.

Die Ausübung der Stimmrechte und die Übertragung der Aktien richten sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen und der Satzung der Gesellschaft, die beides nicht beschränkt. § 17 der Satzung bestimmt, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um als Aktionär an der Hauptversammlung teilzunehmen und sein Stimmrecht auszuüben. Gegenüber der Gesellschaft gilt als Aktionär nur, wer als solcher im Aktienregister eingetragen ist. Dem Vorstand sind keine Vereinbarungen zwischen Aktionären bekannt, die das Stimmrecht oder die Aktienübertragung beschränken.

Kapitalbeteiligungen über 10 %

Die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, hält mittelbar über die DB Finanz-Holding GmbH und die DB Valoren S.à.r.l. bzw. die DB Equity S.à.r.l., wie am 3. Januar 2011 in einer WpHG-Meldung mitgeteilt, 51,98 % der Aktien der Deutschen Postbank AG.

Die Deutsche Post AG, Bonn, hielt am 31. Dezember 2011 einen Anteil von ca. 39,5 % an der Deutschen Postbank AG.

Der an den Börsen gehandelte Streubesitz der Deutschen Postbank AG beträgt somit rund 8,5 %.

Am 27. Februar 2012 wird eine Pflichtumtauschleihe der Deutschen Post AG fällig. Hierbei bezieht die Deutsche Bank AG weitere 27,4 % der Aktien (60.000.000 Aktien) der Deutschen Postbank AG. Über weitere 12,1 % (26.417.432 Aktien) wurden Optionsgeschäfte zwischen der Deutschen Bank AG und der Deutschen Post AG geschlossen. Der Ausübungszeitraum für die Call-Option reicht vom 28. Februar 2012 bis zum 25. Februar 2013; das Datum ihres Verfalls ist der 25. Februar 2013.

Befugnisse des Vorstands zur Möglichkeit der Ausgabe oder des Rückkaufs von Aktien

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die satzungsmäßige Voraussetzung für eine bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien geschaffen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht begründen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der erwähnten Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Die Bank hat im Berichtsjahr von der Ermächtigung, eigene Aktien zu erwerben, keinen Gebrauch gemacht. Zum Bilanzstichtag waren keine Bestände an eigenen Aktien zu verzeichnen.

Ernennung von Vorstandsmitgliedern

Die Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft werden gemäß §§ 84 AktG, 31 MitbestG vom Aufsichtsrat auf höchstens fünf Jahre bestellt. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist entsprechend den gesetzlichen Regelungen möglich. Nach § 5 der Satzung der Gesellschaft besteht der Vorstand aus mindestens zwei Mitgliedern. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Zahl der Mitglieder des Vorstands und kann zudem einen Vorsitzenden des Vorstands sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands ernennen sowie stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellen.

Gemäß §§ 24 Abs. 1 Nr. 1, 33 Abs. 2 Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass sie in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben.

Satzungsänderungen

Die Satzung der Deutschen Postbank AG kann nach den Regelungen der §§ 119 Abs. 1 Nr. 5, 179 AktG geändert werden. Hiernach bedürfen Satzungsänderungen eines Beschlusses der Hauptversammlung. Darüber hinaus ist der Aufsichtsrat gemäß § 19 Abs. 3 der Satzung zu Änderungen der Satzung ermächtigt, die lediglich die Fassung betreffen. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß § 19 Abs. 2 der Satzung der Gesellschaft, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der

einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen

Die Deutsche Postbank AG hat mit der Talanx Aktiengesellschaft sowie deren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft Vertriebsvereinbarungen geschlossen. Diese Vereinbarungen dienen der Vermittlung bzw. dem Vertrieb von Versicherungsprodukten der Talanx Aktiengesellschaft und ihrer genannten Töchter durch die Deutsche Postbank AG über ihren stationären und mobilen Vertrieb, ihr Callcenter sowie über die Internetplattform der Postbank. Diese Vertriebsvereinbarungen können von PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten gekündigt werden, wenn ein Dritter, der kein mit einer Partei verbundenes Unternehmen ist, Kontrolle an der Deutschen Postbank AG erlangt (Change-of-Control), wobei der Erwerb der Kontrolle direkt durch unmittelbaren Kontrollenerwerb der Deutschen Postbank AG oder indirekt durch Kontrollenerwerb an einem direkt oder indirekt die Deutsche Postbank AG beherrschenden Unternehmen erfolgen kann. Sollte die PBV Lebensversicherung AG, die PB Versicherung Aktiengesellschaft oder die PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft die Vertriebsvereinbarungen kündigen, so könnte dies die Vermittlung bzw. den Vertrieb der Versicherungsprodukte der Vertriebspartner durch die Deutsche Postbank AG und die daraus erzielten Vergütungen, welche für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft von wesentlicher Bedeutung sind, gefährden bzw. beeinträchtigen.

Das vorgenannte Vertragsverhältnis ist durch die mittelbare Übernahme von insgesamt ca. 52 % der Aktien der Deutschen Postbank AG durch die Deutsche Bank AG (vgl. oben) nicht berührt worden und von der Talanx Aktiengesellschaft oder ihren Töchtern PBV Lebensversicherung AG, PB Versicherung Aktiengesellschaft und PB Lebensversicherung Aktiengesellschaft nicht gekündigt worden.

Entschädigungsvereinbarung bei Übernahmeangeboten

Eine Entschädigungsvereinbarung für den Fall eines Übernahmeangebots besteht mit keinem amtierenden Vorstandsmitglied der Deutschen Postbank AG.

§ 289a HGB Erklärung zur Unternehmensführung

Die Erklärung zur Unternehmensführung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de/ir abrufbar.



I Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft. Das Vergütungssystem wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 an die regulatorischen Vorgaben der am 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) angepasst. Hierbei wurden aktienbasierte Vergütungskomponenten in Verbindung mit einer gesonderten Sperrfrist sowie ratielle Auszahlungstermine für die mit langfristiger Anreizwirkung versehenen Komponenten eingeführt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütungshöhe ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütung ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum), Nebenleistungen und Pensionszusagen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung.

Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung wird – wie bereits vor der Anpassung des Vergütungssystems –, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig ausgezahlt. Sie ist weiterhin aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente mit einem Anteil von 40 % und eine Langfristkomponente mit einem Anteil von 60 %.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr nach Feststellung der Zielerreichung ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II)

wird in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wird der Eurobetrag anhand des dann aktuellen Xetra-Schlusskurses der Aktie der Deutschen Postbank AG ermittelt und ausgezahlt. Zudem entfällt auf die virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG ein Dividendenäquivalent, das der tatsächlichen ausgeschütteten Dividende entspricht.

Die Langfristkomponente steht nach wie vor insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzern Erfolgs sowie des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums und ist weiterhin an einen mehrjährigen Bemessungszeitraum geknüpft. Im ersten Jahr, das auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgt, wird das Erreichen der festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt. In den folgenden drei Jahren schließt sich die Nachhaltigkeitsphase an, während derer das vom Aufsichtsrat – gemäß den regulatorischen Vorgaben – zu Beginn dieser Phase festgelegte Nachhaltigkeitskriterium erfüllt werden muss. Dies ist das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK). Der nachhaltige Konzern Erfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich dem Wert oder besser oder am Ende der Nachhaltigkeitsphase durchschnittlich kumuliert besser als im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum zur Hälfte in bar ausgezahlt (Langfristkomponente I) und zur Hälfte in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Langfristkomponente II) umgewandelt werden.

Ist das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt, erfolgt die Auszahlung der Barkomponente sofort nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Die in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG umgewandelte zweite Hälfte der Langfristkomponente wird entsprechend der oben für die Kurzfristkomponente II beschriebenen Vorgehensweise behandelt.

Wird in einem Jahr das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die entsprechende Tranche der Langfristkomponente in das folgende Jahr verschoben. Die Auszahlungsfähigkeit wird dann erneut anhand des Nachhaltigkeitskriteriums geprüft. Ist das Nachhaltigkeitskriterium nach Ablauf des dritten Folgejahres – d.h. des letzten Jahres der Nachhaltigkeitsphase – nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller verschobenen Komponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System). Ferner besteht ein zusätzliches Malus-System, wonach die Auszahlung von noch ausstehenden Tranchen bzw. erfolgsabhängigen Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des jeweiligen Vorstandsmitglieds während der Nachhaltigkeitsphase rückwirkend gesenkt werden oder ganz entfallen kann. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Die Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Vergütung des Aufsichtsrats im Jahr 2011

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1 %, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und Nominierungsausschuss.

Weitere Angaben und Erläuterungen zu den Vorstands- und Aufsichtsratsvergütungen entnehmen Sie bitte dem Corporate Governance Bericht oder dem Anhang des Konzernabschlusses unter der Notenangabe 53.

I Mitarbeiter

Die Postbank beschäftigte am Jahresende 2011, auf Vollzeitkräfte umgerechnet, 19.232 Mitarbeiter, das waren 1.129 weniger als am 31. Dezember 2010. In der Gesamtzahl enthalten sind 6.140 Beamte, was einem Anteil von ca. 32 % entspricht. Etwa 25 % unserer Mitarbeiter befindet sich in einem Teilzeitbeschäftigungsverhältnis.

Unsere externe Fluktuation im Jahr 2011 belief sich auf rund 6,5 %. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit aller Mitarbeiter liegt bei etwa 22 Jahren. Die Postbank entlohnt nahezu alle Mitarbeiter nach leistungs- sowie erfolgsabhängigen Kriterien, die in einen variablen Entgeltbestandteil einfließen.

Weitere Details finden Sie im Kapitel „Mitarbeiter“ auf der Seite 44.

I Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2011

Weltwirtschaft blieb auf Wachstumskurs

Die Weltwirtschaft hat ihren Aufschwung im Jahr 2011 fortgesetzt. Die hohe Dynamik des Vorjahres konnte jedoch nicht gehalten werden. Eine wesentliche Stütze der globalen Konjunktur blieben die Emerging Markets, auch wenn sich deren Wachstum im Jahresverlauf etwas abschwächte. In den Industrieländern erlitt die Konjunktur hingegen einen Rückschlag. Dabei zeigten sich – wie bereits im Vorjahr – außergewöhnlich große Unterschiede zwischen den Regionen sowie einzelnen Ländern: Während einige der entwickelten Länder hohe Zuwachsraten erzielen konnten, fielen andere in die Rezession zurück. Insgesamt stieg die globale Wirtschaftsleistung 2011 laut IWF um 3,8 % nach 5,2 % im Vorjahr.

In den Vereinigten Staaten von Amerika geriet die Erholung der Konjunktur im Berichtsjahr ins Stocken. Im ersten Halbjahr kam die Wirtschaft kaum über die Stufe der Stagnation hinaus, belebte sich dann aber im weiteren Jahresverlauf. Positiv entwickelten sich in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen, während die Bauinvestitionen nach wie vor weitgehend stagnierten. Der private Verbrauch wuchs erneut nur verhalten, und auch vom Außenhandel gingen per saldo keine nennenswerten Impulse aus. Der rückläufige Staatsverbrauch sowie die Lagerinvestitionen belasteten das Wachstum zudem deutlich. In der Folge wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2011 nur um mäßige 1,7 %.

Die asiatischen Schwellenländer erzielten mit knapp 8 % auch im Berichtsjahr eine hohe Wachstumsrate. Mit einem BIP-Wachstum von 9,2 % erreichte China erneut einen Spitzenwert, auch wenn das Tempo des Aufschwungs nachgelassen hat. Die japanische Wirtschaft litt 2011 unter den Folgen des schweren Erdbebens und des Tsunamis, die sich im März ereignet hatten. Die Wirtschaftsleistung ging im ersten Halbjahr stark zurück. Die deutliche Erholung in der zweiten Jahreshälfte konnte dies nicht ausgleichen. In der Folge kam es im Berichtsjahr in Japan zu einem spürbaren Rückgang des BIP.

Der Euroraum verzeichnete 2011 ein verhaltenes BIP-Wachstum von 1,6 %. Nach einem sehr guten Jahresauftakt entwickelte sich die Konjunktur ab dem zweiten Quartal vergleichsweise schwach. Bremsende Effekte gingen von der nachlassenden globalen Dynamik, vor allem aber von der weiteren Verschärfung der Staatsschuldenkrise aus, die zu einem erhöhten Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte führte. In der Folge stagnierten die Staatsausgaben nahezu. Der private Verbrauch weitete sich nur geringfügig aus. Wachstumsimpulse kamen dagegen von den Exporten sowie von den Bruttoanlageinvestitionen. Wie bereits im Vorjahr entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in den einzelnen Ländern des Euroraums sehr unterschiedlich. Während Deutschland und Österreich hohe Zuwachsraten erzielten, verzeichnete z.B. Italien nur ein schwaches Wachstum. Griechenland und Portugal gerieten sogar in eine Rezession.

Deutschland erlebt die Fortsetzung des Aufschwungs

Die deutsche Konjunktur blieb 2011 robust, das BIP-Wachstum erreichte 3,0 %. Dabei stand der Aufschwung auf einer sehr breiten Basis. Impulse lieferte erneut der Außenhandel. Die Exporte legten stark zu. Obwohl auch die Importe kräftig stiegen, steuerte der Außenhandel 0,8 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei. Ein beachtlicher Zuwachs war zudem bei den Bruttoanlageinvestitionen zu verzeichnen. Besonders kräftig zogen dabei die Ausrüstungsinvestitionen an. Aber auch die Bauinvestitionen wurden stark ausgeweitet; zu einem Teil war dies allerdings den für das Baugewerbe günstigen Witterungsverhältnissen zu verdanken. Besonders ausgeprägt war der Zuwachs bei den gewerblichen Bauinvestitionen, doch auch im Wohnungsbau wurde eine hohe Wachstumsrate erzielt. Demgegenüber gingen die staatlichen Bauinvestitionen zurück.

Der private Verbrauch expandierte 2011 in Deutschland moderat. Einem besseren Ergebnis stand vor allem die deutlich auf 2,3 % gestiegene Inflationsrate entgegen. Profitieren konnte der private Verbrauch hingegen von dem Aufschwung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt um 0,6 Prozentpunkte auf 7,1 % zurück. Die Zahl der Arbeitslosen fiel um durchschnittlich 263.000 auf 2,976 Millionen, während die Zahl der Erwerbstätigen sogar um mehr als eine halbe Million auf über 41 Millionen kletterte.

Zusammenfassend betrachtet, verlief die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2011 in Deutschland günstiger, in anderen großen Volkswirtschaften dagegen ungünstiger, als wir zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts erwartet hatten.

Entwicklung an den Märkten

Die Ausweitung der Staatsschuldenkrise in den Eurostaaten und in anderen wichtigen Industrieländern führte zu starken Verwerfungen an den globalen Märkten. Eine weitere Belastung stellten die sich eintrübenden Konjunkturperspektiven dar. Die Konjunkturerwartungen waren zu Jahresbeginn noch positiv, wichen dann jedoch zeitweise der Befürchtung, die Weltwirtschaft könnte in die Rezession zurückfallen.

Die internationalen Aktienmärkte zeigten 2011 insgesamt ein schwaches Bild. Nachdem die Kurse zu Jahresbeginn noch gestiegen waren, brachen die Notierungen im August regelrecht ein. Ausgelöst wurden die Kursverluste zum einen durch die wachsende Furcht vor einer globalen Rezession und zum anderen durch die Verabschiedung eines weiteren Hilfspaketes für Griechenland, das erstmals einen Forderungsverzicht unter Beteiligung privater Gläubiger beinhaltete. Ihre Tiefpunkte erreichten die führenden Aktienindizes im September bzw. Anfang Oktober 2011. Zu der Erholung, zu der es im weiteren Jahresverlauf kam, trug nicht zuletzt bei, dass sich die Rezessionsängste als übertrieben herausstellten. Dennoch büßte der DAX im Verlauf des Jahres 2011 fast 15 % ein. Der EURO STOXX 50, der einen höheren Anteil an Finanzaktien aufweist, gab sogar um gut 17 % nach. Deutlich besser behauptete sich dagegen die Wall Street. Der S&P 500 beendete das Jahr, verglichen mit dem Vorjahresresultat, nahezu unverändert. Unter der erhöhten Unsicherheit litten auch Unternehmensanleihen. Die Risikoaufschläge stiegen im Verlauf des Berichtsjahres. Anleihen mit schwachen Ratings waren hiervon stärker betroffen als Anleihen mit hoher Bonität. Allerdings blieben die Risikoaufschläge jeweils weit unter ihren in der Finanzkrise 2008/2009 erreichten Höchstständen.

Im Bereich der Staatsanleihen der EWU-Mitgliedsländer weiteten sich die Verwerfungen im Jahr 2011 weiter aus. Im April musste nach Griechenland und Irland auch Portugal Finanzhilfen beantragen, und zwar im Volumen von 78 Mrd €. Im Juli wurde ein zweites Hilfspaket für Griechenland mit einem Gesamtvolumen von 109 Mrd € vereinbart, das u. a. einen freiwilligen Verzicht privater Gläubiger – beispielsweise der Banken – auf 21 % ihrer ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen beinhaltete. Aber auch diese Beschlüsse konnten die Märkte nicht nachhaltig beruhigen. Die Risikoaufschläge, insbesondere für griechische, portugiesische, italienische und spanische Staatsanleihen, stiegen nach einer kurzen Phase der Entspannung weiter an. Die EZB reaktivierte daraufhin ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer und dehnte es auf spanische und italienische Anleihen aus. Trotz umfangreicher Käufe der EZB beschleunigte sich die Ausweitung der Renditeaufschläge im Herbst deutlich. Im Falle Griechenlands wuchsen die Zweifel, ob die vereinbarten Maßnahmen für eine nachhaltige Sanierung der Staatsfinanzen ausreichen. Ende Oktober 2011 verkündete der Europäische Rat dann auch eine Änderung seiner Beschlüsse vom Juli und erhöhte u. a. die Forderung nach einem freiwilligen Verzicht privater Gläubiger auf 50 % ihrer ausstehenden Forderungen auf griechische Staatsanleihen. Verstärkt in den Fokus der Märkte geriet vor allem auch Italien, dessen Fähigkeit zu einer nachhaltigen Konsolidierung des Staatshaushalts zunehmend kritisch bewertet wurde. Die Risikoaufschläge für italienische, aber auch für spanische Staatsanleihen erreichten daraufhin neue Höchststände. Gegen Jahresende bildeten sich die Risikoaufschläge wieder leicht zurück. Hierzu beigetragen haben die Ankündigung von Sparmaßnahmen der neuen italienischen Regierung, fortgesetzte Anleihekäufe der EZB sowie ein Maßnahmenpaket der EZB zur Lockerung der zunehmend angespannten Liquiditätsversorgung europäischer Banken.

Das sich rasch ändernde Umfeld veranlasste die EZB 2011 gleich zwei Mal zu einem Strategiewechsel. Aufgrund der zunächst noch positiven konjunkturellen Entwicklung bei einer gleichzeitig deutlich anziehenden Inflationsrate erhöhte sie im April – erstmals seit 2008 – ihren Leitzins. Im Juli folgte eine weitere Anhebung, sodass der Leitzins in den ersten sieben Monaten des Jahres um 0,5 Prozentpunkte auf 1,50 % stieg. Mit der Verschärfung der europäischen Staatsschuldenkrise schaltete die EZB – entgegen unseren früheren Erwartungen – dann wieder auf einen verstärkten Expansionskurs um. Wie bereits oben ausgeführt, reaktivierte sie im August ihr Ankaufprogramm für Staatsanleihen und weitete dieses sogar noch einmal aus. Im Oktober legte sie zusätzlich ein Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen auf und schrieb zudem erneut Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von zwölf Monaten aus. Im November folgte eine erste Senkung des Leitzinses auf 1,25 %, im Dezember eine weitere Reduzierung auf 1,0 %. Ergänzt wurde dieser Beschluss durch eine Senkung des Mindestreservesatzes von 2,0 % auf 1,0 %. Zudem bot die EZB den Banken erstmals Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von drei Jahren an. Der Leitzins lag damit Ende 2011 zwar wieder auf dem Niveau des Jahresbeginns, die Vielzahl der beschlossenen Sondermaßnahmen hat die Geldpolitik der EZB jedoch deutlich expansiver gemacht. Die Geldmarktzinsen stiegen aufgrund der Leitzinserhöhungen im Berichtsjahr zunächst an. Gegen Jahresende gingen sie dann im Zuge der geldpolitischen Maßnahmen der EZB wieder zurück. Der 3-Monats-Euribor lag Ende 2011 um rund 0,35 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Im Gegensatz zur EZB hielt die US-Notenbank (Fed) an ihrem Kurs fest. Ihr Leitzins lag 2011 mehr oder weniger

konstant bei 0 % bis 0,25 %. Die Fed beendete ihr Ankaufprogramm von US-Staatsanleihen im Volumen von 600 Mrd US \$ planmäßig zur Jahresmitte, nahm anschließend jedoch Umschichtungen in längere Laufzeiten vor, um das Renditeniveau am langen Ende des Kapitalmarkts zu drücken. Die Fed überraschte die Marktteilnehmer allerdings mit ihrer Ankündigung, das Leitzinsniveau noch auf dem derzeitigen Niveau halten zu wollen, sofern Inflation und Konjunktur dem nicht entgegenstünden. Die Fed strebt damit an, die Kapitalmarktrenditen auf niedrigem Niveau zu halten und die Unsicherheit an den Finanzmärkten zu reduzieren.

Die Entwicklung der Kapitalmarktzinsen in Deutschland wurde von der Staatsschuldenkrise im Euroraum dominiert, wobei Schuldverschreibungen der Bundesrepublik Deutschland von ihrem Ruf als „sicherer Hafen“ profitierten. So gab die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen ab der Jahresmitte 2011 massiv nach und markierte im September mit 1,67 % ein historisches Tief. Nachfolgend zog sie allerdings unter starken Schwankungen wieder leicht an. Per saldo sank die Rendite im Berichtsjahr dennoch um mehr als 1,1 Prozentpunkte auf 1,83 %. Die Rendite 10-jähriger US-Staatsanleihen fiel im gleichen Zeitraum sogar deutlicher, als von uns erwartet, um gut 1,4 Prozentpunkte auf rund 1,9 %. Die Zinskurven sind damit sowohl in Deutschland als auch in den USA deutlich flacher geworden.

An den Devisenmärkten wertete in den ersten Monaten des Jahres, als die Konjunktur in der EWU sich noch solide zeigte und die EZB-Leitzinserhöhungen begannen, der Euro gegenüber dem Dollar deutlich auf. Ausgehend von einem Kurs von knapp 1,34 US \$, erreichte der Euro im Mai sein Jahreshoch von knapp 1,49 US \$. Als Folge der Verschärfung der Schuldenkrise und der deutlich expansiveren EZB-Geldpolitik geriet der Euro jedoch ab September unter einen kräftigen Abwertungsdruck. Am Jahresende notierte er mit knapp 1,30 US \$ um 3,0 % niedriger als zum Vorjahresresultato.

Die Märkte entwickelten sich abweichend von unseren Erwartungen zum Zeitpunkt des letzten Geschäftsberichts. Wir waren für 2011 von einer leichten Anhebung des EZB-Leitzinses und einer moderaten Erhöhung der Kapitalmarktzinsen im Euroraum ausgegangen. Die Zinskurve verflachte sich stärker, als von uns prognostiziert.

Branchensituation

Das dominierende Thema für den europäischen Bankensektor war auch im zweiten Halbjahr 2011 die Schuldenkrise in den sogenannten Peripheriestaaten des Euroraums. Im Fokus stand und steht dabei weiterhin vor allem Griechenland. Seit Monaten verhandelt die griechische Regierung mit privaten Banken, die in griechische Staatsanleihen investiert haben, über die Modalitäten eines freiwilligen Forderungsverzichts in Höhe von 50 %. Nach unserer Ansicht sollten die betroffenen deutschen Institute auf diese Bestände bereits entsprechende Abschreibungen bilanziert haben. Die Krise in den sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Italien, Irland, Portugal und Spanien) wirkte sich auch belastend auf andere Eurostaaten – wie z. B. Frankreich – aus, sodass nicht nur die Anleihekurse der direkt betroffenen Länder unter Druck gerieten.

Die European Banking Authority (EBA) hat die anhaltende Staatsschuldenkrise zum Anlass genommen, Ende 2011 europäische Banken einem weiteren Stresstest zu unterziehen. Aufgrund der Einbeziehung in den Konzern Deutsche Bank wurde die Postbank als einzelnes Institut

nicht diesem Stresstest unterzogen. Die Stresstest-Ergebnisse der europäischen Banken wurden am 8. Dezember 2011 veröffentlicht. Dem Test zugrunde gelegt wurden die Marktwerte der Staatsanleihen der Euro-Peripherieländer zum 30. September 2011. Auf der Basis der hierbei ermittelten vorzunehmenden Abschreibungen stellte die EBA eine Kapitallucke in Höhe von insgesamt 114,7 Mrd € bei den untersuchten Instituten fest. 31 der 71 getesteten Banken verfehlten die geforderte harte Kernkapitalquote von 9 %. Für deutsche Kreditinstitute wurde eine Gesamtkapitallucke von 13,1 Mrd € ermittelt. Als Ergebnis eines Schnelltests auf Basis vorläufiger Berechnungen zum Stichtag 30. Juni 2011 hatte die EBA am 26. Oktober 2011 den Kapitalbedarf deutscher Institute noch mit einem Wert von 5,2 Mrd € angegeben. Der deutliche Anstieg des berechneten Kapitalbedarfs liegt primär darin begründet, dass die EBA den Banken bei ihrem Test zum Ende des Berichtsjahres nicht mehr wie zuvor gestattete, Kursgewinne – z. B. bei deutschen Staatsanleihen – mit Kursverlusten bei Anleihen der Peripheriestaaten zu saldieren. Die 31 betroffenen Kreditinstitute wurden verpflichtet, den für sie zuständigen nationalen Bankenaufsichtsbehörden bis zum 20. Januar 2012 detailliert darzulegen, wie sie die jeweilige Kapitallucke schließen wollen. Die Rekapitalisierung muss bis zum 30. Juni 2012 abgeschlossen sein.

Das von den G20-Staaten eingesetzte Financial Stability Board stuft Anfang November 2011 weltweit 29 Kreditinstitute als systemrelevant ein, darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank. Für diese 29 Institute sollen höhere Anforderungen in Bezug auf das vorzuhaltende Eigenkapital gelten, als nach Basel III bereits vorgesehen. Im Gespräch sind Zuschläge in Höhe von 1 Prozentpunkt bis zu 3,5 Prozentpunkten, je nach Institut. Die Regeln sollen schrittweise ab 2016 umgesetzt werden.

Das Volumen der an inländische Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ausgereichten Kredite stieg in den ersten drei Quartalen des Jahres 2011 um 2,6 % auf 2.414 Mrd €, nachdem es im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres leicht gesunken war. Deutlich überproportional um 5,2 % auf 985 Mrd € wurden die Kredite an Unternehmen ausgeweitet, nachdem das Volumen im Vorjahr noch geschrumpft war. In dieser Entwicklung dürfte vor allem die rege Investitionstätigkeit ihren Niederschlag gefunden haben. Dagegen erhöhten sich die Ausleihungen an wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen lediglich um 0,4 % auf 382 Mrd €, womit sich die sehr verhaltene Vorjahresentwicklung in diesem Marktsegment fortsetzte. Die Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen erhöhten sich in den ersten drei Quartalen um 1,0 % auf 1.033 Mrd €, womit der Zuwachs stärker ausfiel als im Vorjahr. Hierunter wiederum wurden die Wohnungsbaukredite um 0,9 % auf 803 Mrd € gesteigert. Eine kräftigere Erhöhung um 3,9 % auf 192,4 Mrd € war allerdings im Gesamtjahr 2011 im Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten für Privatkunden zu verzeichnen. Ein klarer Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise auf das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen in Deutschland ist nicht erkennbar.

Die Zahl der Insolvenzen in Deutschland sank zwischen Januar und Oktober des Jahres 2011 im Vergleich mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum deutlich um 5,0 %. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen gab sogar um 6,5 % nach. Der hier bereits im Vorjahr zu registrierende positive Trend verstärkte sich damit noch. Dies dürfte insbesondere auf das kräftige Wirtschaftswachstum in Deutschland zurückzuführen sein. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen (einschließlich der Insolvenzen

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

ehemals Selbstständiger sowie sonstiger Insolvenzen) fiel um 4,6 %, nachdem es hier im Vorjahr noch zu einem kräftigen Anstieg gekommen war. Die deutliche Zunahme der Erwerbstätigkeit und vergleichsweise kräftige Lohn- und Gehaltssteigerungen dürften sich hierbei positiv ausgewirkt haben. Die Staatsschuldenkrise hatte im Jahr 2011 auf die Insolvenzentwicklung in Deutschland keinen erkennbaren Einfluss.

Der deutsche Bankenmarkt zeichnet sich weiterhin aus durch eine klare Drei-Säulen-Struktur, bestehend aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten. Nennenswerte Bewegungen zwischen den Säulen waren nicht zu verzeichnen. Die EU-Kommission hat den im Februar 2011 vorgelegten Restrukturierungsplan für die WestLB im Dezember 2011 genehmigt, der die Aufspaltung der Landesbank in drei Teile vorsieht: eine Verbundbank, eine Service- und Portfoliomanagementbank sowie in eine bis zum 30. Juni 2012 zu verkaufende oder abzuwickelnde Restbank.

Bei der Analyse der Geschäftsentwicklung deutscher Banken haben wir die drei im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken sowie die Postbank berücksichtigt. Wir haben die Geschäftszahlen der Institute für den Zeitraum Januar bis September 2011 mit den entsprechenden Vorjahreswerten verglichen. Alle vier Institute erwirtschafteten im Betrachtungszeitraum sowohl operativ als auch nach Steuern Überschüsse. Allerdings übertrafen diese nur bei zwei Häusern die entsprechenden Vorjahreswerte. Ebenfalls konnten nur zwei der vier Banken die Eigenkapitalrendite nach Steuern und die Aufwand-Ertrags-Quote verbessern. Die Mehrheit der Institute sah sich mit einem gestiegenen Verwaltungsaufwand konfrontiert, und bei zwei Banken schrumpfte das Handelsergebnis. Dagegen erzielten alle Häuser eine Steigerung des Zinsüberschusses nach Risikovorsorge und drei von ihnen eine Verbesserung des Provisionsergebnisses. Aussagen zum Verlauf des vierten Quartals wären aufgrund der mit der Staatsschuldenkrise voraussichtlich verbundenen Wertberichtigungen mit großen Unsicherheiten behaftet.

Im Jahr 2011 verlor der DAX knapp 15 % an Wert. Die Aktien der drei großen im Prime Standard der Deutschen Börse gelisteten Banken verzeichneten eine noch schwächere Kursentwicklung als der deutsche Leitindex. Die Aktie der Deutschen Postbank AG entwickelte sich hingegen im genannten Zeitraum besser als der DAX und die Dividendenkupons der anderen Institute – sie konnte einen beträchtlichen Kurszuwachs von 16 % erzielen. Die Aktien aller vier von uns betrachteten Banken notierten weiterhin unter ihren jeweiligen Kursniveaus vor Ausbruch der Finanzkrise Mitte 2007.

Wichtige Ereignisse bei der Postbank im Jahr 2011

1. Februar 2011: Herr Dr. Hugo Bänziger wird Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG.

8. Februar 2011: Die Deutsche Postbank AG emittiert einen weiteren Jumbo-Hypothekendarlehenbrief im Volumen von 1,0 Mrd. €. Die Emission hat eine Laufzeit von zehn Jahren und war 2,5-fach überzeichnet.

9. Februar 2011: Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG beruft Herrn Hanns-Peter Storr zum 1. März 2011 in den Vorstand. Er hat die Funktion des Chief Risk Officer (CRO) inne.

25. März 2011: Die Postbank schließt die im Dezember 2010 angekündigte Veräußerung ihrer indischen Baufinanzierungs-Tochtergesell-

schaft Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (DPHFL) an die Dewan Housing Finance Ltd. erfolgreich ab. Der Kaufpreis lag bei 10,79 Mrd. INR, dies entspricht ca. 170 Mio. €. Die Entkonsolidierung ergab einen Ertrag von 55 Mio. €.

24. Mai 2011: Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG stimmt sämtlichen Beschlussvorschlägen mit breiter Mehrheit zu.

17. Juni 2011: Der Aufsichtsrat beruft mit Wirkung zum 1. Juli 2011 Herrn Frank Strauß in den Vorstand. Als Vertriebsvorstand fällt das Geschäft mit den Firmenkunden und den Geschäftskunden der Postbank sowie das Geschäftsfeld gewerbliche Immobilienfinanzierung in seinen Zuständigkeitsbereich. Darüber hinaus ist er für den Mobilien Vertrieb der Bank verantwortlich.

16. September 2011: Die Deutsche Postbank AG wechselt vom Prime Standard der Deutschen Börse in deren General Standard. Hiermit gehen reduzierte Berichtspflichten einher.

Investitionsschwerpunkte der Postbank im Jahr 2011

Die Investitionen der Postbank werden nach den Kategorien Geschäftsentwicklung, gesetzliche Anforderungen und Lifecycle gegliedert.

Dem Investitionsbereich „Geschäftsentwicklung“ zuzuordnen sind unsere Investitionen im Rahmen des Strategieprogramms Postbank4Future zum weiteren Ausbau der Vertriebskanäle und der Kundenbediensysteme sowie Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalbelastung aus dem Kreditgeschäft. Die Aktivitäten gemäß Postbank4Future wurden 2011 erfolgreich abgeschlossen.

Unsere Investitionen zur Umsetzung gesetzlicher Anforderungen konzentrierten sich im Berichtsjahr auf Anpassungen an veränderte und zusätzliche gesetzliche und regulatorische Anforderungen, die Fortsetzung der Umsetzung von SEPA sowie Anpassungen im Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und der standardisierten Werbeurlaubnis.

Unsere lifecycle-bezogenen Investitionen richteten sich auf eingesetzte Software und Systeme. Im August 2011 wurde erfolgreich der Release-Wechsel der IT-Kernsysteme auf die aktuelle SAP-Version „Banking Services 7.0“ durchgeführt. Dies war zugleich ein weiterer Schritt hin zu dem Ziel, die Kooperation mit der Deutschen Bank im Feld der IT voranzutreiben und darüber hinaus langfristig Kostenvorteile für die Postbank zu generieren.

I Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Postbank erreichte im Geschäftsjahr 2011 einen Konzerngewinn von 111 Mio. € nach 138 Mio. € im Vorjahr. Das Ergebnis vor Steuern lag bei 78 Mio. € (Vorjahr: 315 Mio. €). Hierin sind Sonderbelastungen in Höhe von 906 Mio. € berücksichtigt, die die gute operative Ergebnisentwicklung des Kundengeschäfts verdecken, die sich insbesondere in einem deutlichen Anstieg des Zinsüberschusses niederschlug.

So wurden u.a. Wertberichtigungen auf die im Bankbuch gehaltenen griechischen Staatsanleihen in Höhe von 632 Mio. € verbucht. Die Postbank hat auf diese Positionen eine Abschreibung auf 27 % des Nennwertes vorgenommen und trägt damit den aktuellen Entwicklungen in der

Schuldenkrise des Staates Griechenland Rechnung. Die Verwaltungsaufwendungen stiegen – im Wesentlichen aufgrund integrationsbedingter Einmaleffekte – gegenüber dem Vorjahresniveau an. Dagegen profitierte die Bank von einer nochmals rückläufigen Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Deutlich gesunken sind auch die Belastungen aus anderen Risikopositionen der Bank. So gingen z. B. die Belastungen aus dem strukturierten Kreditportfolio deutlich von –426 Mio € im Jahr 2010 auf –19 Mio € im Berichtsjahr zurück. Gleichzeitig konnte durch ein konsequentes De-Risking eine signifikante Reduktion des Bilanzvolumens um mehr als 10 % erreicht werden. Sehr deutliche Fortschritte haben wir damit einhergehend auch bei der Verbesserung unserer Kapitalausstattung gemacht. Die Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) nach Basel II stieg von 8,1 % zum Vorjahresende auf 10,8 %.

Das erfolgreiche Geschäftsmodell der Postbank basiert auf den nachhaltigen Ertragsströmen aus dem Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Auch im Jahr 2011 konnten wir das Kundengeschäft erfolgreich ausbauen und die Ergebnisbeiträge (vor Steuern) steigern. So erhöhte sich der Beitrag des Segments Retail Banking gegenüber dem guten Vorjahreswert auf 940 Mio €. Das Ergebnis des Segments Firmenkundengeschäft profitierte u. a. von der rückläufigen Risikovorsorge im gewerblichen Kreditgeschäft und wuchs um gut 17 % gegenüber dem Vorjahr. Herausforderungen ergaben sich hingegen im Segment Transaction Banking, dessen Ergebnis von dem Abgang eines Mandanten geprägt war, und im Segment Financial Markets, das durch die Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen belastet wurde.

Insgesamt hat die Postbank wie im Jahr 2010 einen Konzerngewinn erwirtschaftet und durch die Erfolge im Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden die Basis für profitables Wachstum verbreitert. Im Folgenden werden die einzelnen Ergebnis- und Bilanzpositionen detailliert erläutert. Die Kommentierungen der einzelnen Ergebnispositionen beziehen sich – wenn nicht anders angegeben – auf den Vergleich mit den Zahlen des Geschäftsjahres 2010.

Erfolgsrechnung

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss war 2011 wesentlicher Wachstumsmotor der operativen Erträge der Postbank. Er stieg deutlich um 6,6 % bzw. 179 Mio € auf 2.910 Mio €. Dabei konnte das vierte Quartal mit einem Beitrag von 753 Mio € die guten Vorquartale nochmals übertreffen. Positive Impulse für das Wachstum des Zinsüberschusses kamen aus dem Kundengeschäft. Insbesondere im Spar- und auch im Ratenkreditgeschäft konnten wir die Ergebnisbeiträge gegenüber dem Vorjahr spürbar steigern. Im Einlagengeschäft – und hier insbesondere im klassischen Spargeschäft – war im zweiten Halbjahr eine Intensivierung des Wettbewerbs zu beobachten. Das weiterhin vergleichsweise niedrige Zinsniveau bringt für einlagenstarke Banken wie die Postbank zusätzliche Herausforderungen mit sich, die auch durch den im langjährigen Vergleich weiterhin relativ steilen Verlauf der Zinsstrukturkurve nicht aufgewogen werden konnten.

Bei der Entwicklung des Zinsüberschusses ist ferner zu würdigen, dass sich – u. a. als Folge von Veräußerungen – die Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten (Unwinding) gegenüber dem Vorjahr um 48 Mio € und damit deutlich auf 84 Mio € reduziert haben. Dagegen stieg das Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen von –26 Mio € im Jahr 2010 auf 38 Mio €.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 305 Mio € auf 64 Mio €. Wesentlicher Grund für diesen Anstieg ist die rückläufige Belastung aus eingebetteten Derivaten – inklusive der Aussteuerung von Fremdwährungsrisiken – im strukturierten Kreditersatzgeschäft. Diese Positionen trugen im Berichtsjahr positiv mit 4 Mio € zum Ergebnis bei, nachdem aus ihnen im Jahr 2010 noch Belastungen von 342 Mio € entstanden waren. Das Ergebnis der bei unserer Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken angewandten Fair-Value-Option bezieht sich im Jahr 2011 auf –24 Mio € nach 21 Mio € im Vorjahr. Auch aus der Sicherung von mittel- bis langfristiger Fremdwährungsliquidität resultiert ein positives Handelsergebnis. Dieses ergab sich im Wesentlichen aus der zunehmenden Nachfrage nach USD-Liquidität und der damit einhergehenden Ausweitung des Basiswapsreads. Dieser Effekt wird sich über die Sicherungslaufzeit pull-to-par ausgleichen.

Finanzanlageergebnis

Das Ergebnis aus Finanzanlagen lag im Jahr 2011 mit –554 Mio € deutlich unter dem Vorjahreswert von –1 Mio €. Die Entwicklung ist maßgeblich auf die Wertberichtigungen auf unseren Bestand an griechischen Staatsanleihen zurückzuführen. Dieser hatte zum 31. Dezember 2011 einen Buchwert von 195 Mio €. Für die als Loans and Receivables kategorisierten Anleihen wurde eine Wertkorrektur auf 27 % des Nominalwertes vorgenommen. Die griechischen Staatsanleihen der Kategorie Available for Sale wurden auf den jeweils aktuellen Fair Value wertberichtigt. Für das Jahr 2011 wurden auf das Engagement in griechischen Staatsanleihen – unter Berücksichtigung der Entwicklung bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses – insgesamt Wertberichtigungen von 632 Mio € vorgenommen.

Die sonstigen Belastungen aus Risikopositionen der Bank waren 2011 deutlich rückläufig. Für das strukturierte Kreditersatzgeschäft verbuchten wir Wertberichtigungen und Veräußerungsergebnisse in Höhe von insgesamt –23 Mio €, der Vorjahreswert hatte noch bei –84 Mio € gelegen. Die Wertberichtigungen auf noch im Bestand befindliche Publikumsfonds und Beteiligungen beliefen sich im Berichtsjahr auf –8 Mio € (Vorjahr: –19 Mio €). Das Bewertungs- und Veräußerungsergebnis aus anderen Risikopositionen – die vor allem Realisierungsverluste im Zuge des De-Riskings enthalten – betrug –65 Mio € (Vorjahr: –10 Mio €).

Bereits im ersten Quartal 2011 hatten wir das Ergebnis der Veräußerung der Geschäftsanteile an der Deutschen Postbank Home Finance Ltd. in Indien in Höhe von 55 Mio € im Finanzanlageergebnis verbucht.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss sank um 64 Mio € bzw. 4,9 % auf 1.252 Mio €. Diese – von uns in weiten Teilen erwartete – Entwicklung ist vor allem auf einen Rückgang des Provisionsüberschusses aus unserem Bankgeschäft zurückzuführen. Dieser sank gegenüber dem von einigen Sondereffekten positiv beeinflussten Vorjahreswert um 40 Mio €. Belastend wirkte hierbei die Investition in unser kostenloses Girokonto, dessen Mindestzahlungseingangsgrenze wir zu Beginn des zweiten Quartals 2010 gesenkt hatten. Diese Maßnahme hat dazu beigetragen, den Bestand an Girokonten weiter zu erhöhen. So haben wir im zweiten Halbjahr 2011 die Grenze von 5 Millionen Girokonten übersprungen und unsere Position als größter Anbieter in Deutschland weiter ausgebaut. Spürbar rückläufig war auch der Überschuss aus dem Wertpapier-

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

geschäft. Hier macht sich die bestehende Zurückhaltung unserer Kunden aufgrund der anhaltenden Turbulenzen an den internationalen Kapitalmärkten deutlich bemerkbar.

Der Provisionsüberschuss aus dem Geschäft mit postalischen und neuen Dienstleistungen entwickelte sich gegenüber dem Vorjahr – u. a. aufgrund des Erwerbs von 277 neuen Filialen im Jahr 2010 – weitestgehend stabil, während wir im Transaction Banking – als Folge der Rückübertragung der Zahlungsverkehrsabwicklung für die frühere Dresdner Bank an die Commerzbank – erwartungsgemäß eine Abschwächung hinnehmen mussten.

Gesamterträge

Die Gesamterträge der Postbank sanken – insbesondere aufgrund der notwendigen Wertkorrekturen auf die Bestände an griechischen Staatsanleihen – um 3,5 % auf 3.672 Mio €. Bereinigt um diese Belastungen, hätte sich ein Wachstum von gut 20 % ergeben.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft entwickelte sich erfreulich. Sie betrug 383 Mio €, 178 Mio € weniger als im Vorjahr. Die Nettoufzuführungsquote – bezogen auf den Kundenkreditbestand – lag bei historisch niedrigen 35 Basispunkten nach 50 Basispunkten im Jahr 2010. Wir profitierten von der gegenüber dem Vorjahr spürbar rückläufigen Risikovorsorge im Bereich der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung und der Unternehmensfinanzierungen sowie einer vergleichsweise hohen Stabilität des Kreditportfolios im Privatkundengeschäft mit einem signifikanten Anteil hoch besicherter deutscher Immobilienfinanzierungen.

Verwaltungsaufwand

Verschiedene Einmalaufwendungen haben zu einem um 9,2 % bzw. 270 Mio € auf 3.204 Mio € gestiegenen Verwaltungsaufwand geführt. So haben wir zum einen im Zuge unserer Effizienzinitiativen personalbezogene Rückstellungen in Höhe von 142 Mio € gebildet und zum anderen die bilanzielle Abbildung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitprogrammen vereinheitlicht, was mit –77 Mio € zu Buche schlug. Bei der Betrachtung der anderen Verwaltungsaufwendungen ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass sie u. a. die Mehraufwendungen für 2011 in Höhe von 54 Mio € aus der Übernahme von 277 zusätzlichen Filialen von der Deutschen Post zu Beginn des dritten Quartals 2010 beinhalten. Erstmals haben wir im Jahr 2011 auch die Aufwendungen für die Bankenabgabe mit –23 Mio € berücksichtigt. Darüber hinaus fiel eine Sonderabschreibung auf im Bestand gehaltene Gebäude in Höhe von 18 Mio € an.

Die geschilderten Einmalaufwendungen und die neuen Kostenpositionen haben zur Folge, dass die gute Entwicklung der operativen Kosten in den ausgewiesenen Zahlen nicht sichtbar wird. Dem Management der Verwaltungskosten werden wir auch in den kommenden Perioden hohe Aufmerksamkeit widmen. Die bereits gestarteten Effizienzinitiativen sollten hierzu einen spürbaren Beitrag liefern.

Sonstige Erträge und Aufwendungen

Der Saldo der Sonstigen Erträge und Aufwendungen bezifferte sich auf –7 Mio €, nachdem er im Vorjahr bei 5 Mio € gelegen hatte.

Ergebnis vor Steuern und Konzerngewinn

Das Ergebnis vor Steuern betrug 78 Mio € nach 315 Mio € im Vorjahr.

Die Ertragsteuern waren – u. a. aufgrund steuerfreier Erträge aus dem Verkauf der Tochtergesellschaft in Indien und der Auflösung von Wertberichtigungen auf latente Steuern – mit 34 Mio € positiv. Somit lag der Konzerngewinn im Jahr 2011 bei 111 Mio € (Vorjahr: 138 Mio €).

Das Gesamtergebnis der Postbank lag bei 87 Mio € nach 376 Mio € im Jahr 2010. Die hierin enthaltene Neubewertungsrücklage sank von –273 Mio € Ende 2010 auf –306 Mio € am Ende des Berichtsjahres.

Ergebnis je Aktie

Das Ergebnis je Aktie betrug 0,51 € (Vorjahr: 0,63 €). Die Eigenkapitalrendite nach Steuern belief sich auf 1,9 % nach 2,5 % im Vorjahr, die Cost Income Ratio lag bei 87,3 % (Vorjahr: 77,1 %).

I Segmentberichterstattung

Die Postbank hat ihre Segmentberichterstattung mit dem Ziel einer nochmaligen Steigerung der Transparenz grundlegend überarbeitet und die Neuerungen zum ersten Quartal 2011 umgesetzt. Die wesentliche Änderung besteht in der eindeutigen Zuordnung der Bank- und Handelsbücher zum Segment Financial Markets, verbunden mit der entsprechenden Ergebnisabbildung. Im Zuge dessen wurde das bisherige Segment „Übrige“ aufgelöst und ein neues Segment „Cost Center/Konsolidierung“ eingeführt. Die Anpassungen sind in der Note 39 des Geschäftsberichts ausführlich erläutert. Die nachfolgend genannten Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Retail Banking

Im Segment Retail Banking wuchs das Ergebnis vor Steuern im Jahr 2011 um 3,5 % auf 940 Mio €. Diese Entwicklung ist vor allem im deutlich gestiegenen Zinsüberschuss begründet. Dieser stieg gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % auf 2.448 Mio €, was im Wesentlichen auf die gute Entwicklung im Einlagen- und im Ratenkreditgeschäft, aber auch auf einen sukzessive steigenden Beitrag des privaten Baufinanzierungsgeschäfts zurückzuführen ist.

Das Handelsergebnis, welches ausschließlich in der diesem Segment zugeordneten Tochtergesellschaft BHW Bausparkasse AG entsteht, lag bei –9 Mio € und damit um 24 Mio € unter dem Wert des Vorjahres. Die Entwicklung resultiert insbesondere aus Bewertungseffekten der Fair-Value-Option, die wir zur Absicherung gegen Zinsänderungsrisiken von Baufinanzierungsbeständen nutzen.

Der Provisionsüberschuss fiel um 3,6 % auf 1.041 Mio €. Diese Entwicklung war von uns weitgehend erwartet worden, u. a. als Folge der Absenkung der für das kostenlose Girokonto relevanten Mindestzahlungseingangsgrenze, mit der wir erfolgreich in die Attraktivität dieses Produkts investiert hatten. Zudem hatte der Überschuss aus dem Versicherungsgeschäft im Vorjahr von einem einmaligen Effekt profitiert und war im laufenden Jahr, ebenso wie der Provisionsüberschuss aus dem Wertpapiergeschäft, entsprechend rückläufig.

Die Gesamterträge betrugen somit 3.479 Mio € nach 3.431 Mio € im Vorjahr.

Der Verwaltungsaufwand stieg trotz der Übernahme von zusätzlichen 277 Filialen zu Beginn des dritten Quartals 2010 und der Bildung

von personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 36 Mio € nur um 3,7 % auf 2.259 Mio €. Dies unterstreicht die unverändert hohe Kosten- disziplin der Postbank, die auch künftig unser Handeln prägen wird.

Die Risikovorsorge ging deutlich um 16,9 % oder 60 Mio € auf 295 Mio € zurück. Dies ist u. a. bedingt durch die anhaltend positive konjunktuelle Entwicklung in Deutschland und die damit verbundene gute Situation am Arbeitsmarkt. Diese Umstände haben zu einer rückläufigen Risikovorsorgenotwendigkeit im gesamten Privatkundengeschäft geführt, das von unserem sehr granularen und hoch besicherten privaten Baufinanzierungsgeschäft dominiert wird.

Der Saldo der Sonstigen Aufwendungen und Erträge lag bei 15 Mio € nach 10 Mio € im Vorjahr.

Die Cost Income Ratio des Segments erhöhte sich von 63,5 % auf 64,9 %. Die Eigenkapitalrendite vor Steuern betrug 53,0 % nach 57,9 % im Vorjahr.

Firmenkunden

Im Segment Firmenkunden wuchs das Ergebnis vor Steuern um 66 Mio € bzw. 17,3 % auf 448 Mio €. Diese Entwicklung ist maßgeblich auf den deutlichen Rückgang der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zurückzuführen.

Der Zinsüberschuss des Segments betrug 567 Mio € und lag damit um 9,1 % unter dem Wert des Vorjahres. Der Rückgang ist u. a. eine Folge geringerer Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten (Unwindung nach IAS 39). Diese gingen im Einklang mit der rückläufigen Risikovorsorge von 97 Mio € im Vorjahr auf 44 Mio € im Jahr 2011 zurück.

Das Handelsergebnis war wie im Vorjahr ausgeglichen. Das Finanzanlageergebnis betrug 0 Mio €, nachdem es im Vorjahr bei –14 Mio € gelegen hatte. Der Provisionsüberschuss reduzierte sich um 17 Mio € auf 106 Mio €. Dies ist im Wesentlichen auf den Rückgang des Provisionsüberschusses aus dem Kreditgeschäft zurückzuführen.

Die Gesamterträge beliefen sich somit auf 673 Mio € nach 733 Mio € im Vorjahr.

Der Verwaltungsaufwand lag – im Vergleich zum Vorjahr fast unverändert – bei 152 Mio € (2010: 151 Mio €).

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft profitierte von der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland sowie einem spürbar rückläufigen Vorsorgebedarf im Bereich der internationalen gewerblichen Immobilienfinanzierung. Die Risikovorsorge verbesserte sich mit 85 Mio € im Vergleich zum Vorjahreswert von 209 Mio € sehr deutlich.

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern des Segments stieg auf 115,8 % nach 115,2 % im Jahr 2010. Die Cost Income Ratio lag bei 22,6 % nach 20,6 % im Vorjahr.

Transaction Banking

Das Ergebnis des Segments Transaction Banking war im Jahr 2011 geprägt von der planmäßig im zweiten Quartal abgeschlossenen Rückintegration des bisher von uns abgewickelten Zahlungsverkehrs der ehemaligen Dresdner Bank in die Commerzbank. Als Folge dessen sank das Ergebnis vor Steuern gegenüber dem Vorjahreswert um 19 Mio € auf 48 Mio €. Frühzeitig ergriffene Restrukturierungs-

maßnahmen – beispielsweise Vorruhestandsregelungen und Prozess- optimierungen – sowie gutes Kostenmanagement federten den erwarteten Rückgang deutlich ab.

Der Provisionsüberschuss ging um 36 Mio € auf 327 Mio € zurück, während der Verwaltungsaufwand um 23 Mio € auf 295 Mio € gesenkt werden konnte.

Der Saldo aus Sonstigen Erträgen und Aufwendungen lag bei 14 Mio € nach 20 Mio € im Vorjahr. Im Wesentlichen begründet ist der Rückgang durch geringere Projektleistungen.

Die Cost Income Ratio des Segments erhöhte sich somit von 87,1 % auf 89,7 %.

Financial Markets

Das Ergebnis vor Steuern des Segments Financial Markets sank im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 224 Mio € auf –795 Mio €. Aufgrund der Zuordnung der Bankbücher zum Segment Financial Markets werden hier die Wertberichtigungen auf die Bestände an griechischen Staatsanleihen gebucht, wodurch sich die negative Ergebnisentwicklung im Segment Financial Markets weitestgehend erklärt. Positiv hingegen wirkten die rückläufigen Belastungen aus den Risikoportfolios der Bank, insbesondere aus dem strukturierten Kreditersatzgeschäft.

Der Zinsüberschuss des Segments stieg um 116 Mio € auf –112 Mio €. Hinter dieser Entwicklung steht vor allem ein besseres Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen.

Das Handelsergebnis stieg um 334 Mio € auf 79 Mio €. Diese erfreuliche Entwicklung ist maßgeblich auf die rückläufigen Belastungen aus den Risikoportfolios der Bank – insbesondere dem strukturierten Kreditportfolio – zurückzuführen. Aus der Bewertung eingebetteter Derivate in diesem Portfolio entstanden (inklusive Währungsabsicherungen) im Jahr 2011 positive Bewertungseffekte von 4 Mio €, nachdem im Vorjahr noch Belastungen von –342 Mio € angefallen waren.

Das Finanzanlageergebnis betrug aufgrund des Impairments auf griechische Staatsanleihen –612 Mio € nach einem positiven Ergebnis von 18 Mio € im Vorjahr.

Insgesamt sind im Ergebnis des Segments negative Effekte aus unserem strukturierten Kreditportfolio inklusive der zugehörigen Währungsabsicherung in Höhe von –19 Mio € enthalten (Vorjahr: –426 Mio €). Hiervon entfallen 4 Mio € (Vorjahr: –342 Mio €) auf das Handelsergebnis und –23 Mio € (Vorjahr: –84 Mio €) auf das Finanzanlageergebnis.

Der Provisionsüberschuss sank um 7 Mio € auf –12 Mio €. Der Verwaltungsaufwand stieg um 26 Mio € auf 132 Mio €, was aus der die erstmaligen Berücksichtigung der Bankenabgabe in Höhe von 23 Mio € sowie aus Einmalaufwendungen aus der Schließung unseres Standorts in Frankfurt und der Verlagerung der noch verbliebenen Aktivitäten in die Zentrale nach Bonn resultiert.

Die Eigenkapitalrendite sowie die Cost Income Ratio des Segments waren in der Folge negativ.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Cost Center/Konsolidierung

Dieses Segment führt die nach der Zuordnung der Bank- und Handelsbücher verbliebenen Positionen des ehemaligen Segments „Übrige“, im Wesentlichen also die nicht verrechneten Kosten der Zentralfunktionen inklusive der hierauf entfallenden Integrationsaufwendungen, sowie das bisherige Segment „Konsolidierung“ zusammen.

Das Ergebnis vor Steuern des Segments sank um 92 Mio € auf –563 Mio €. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf einen deutlichen Anstieg der Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Sie stiegen von 181 Mio € auf 366 Mio € im Jahr 2011. Gründe für die Zunahme liegen in den hier verbuchten personalbezogenen Rückstellungen in Höhe von 101 Mio € sowie in der Vereinheitlichung der bilanziellen Abbildung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitprogrammen, die eine einmalige Aufwendung in Höhe von 77 Mio € bewirkte.

Das Finanzanlageergebnis betrug 59 Mio € nach 0 Mio € im Vorjahr. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf das im ersten Quartal 2011 vereinnahmte Ergebnis aus dem Verkauf unserer indischen Tochtergesellschaft zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss lag bei –210 Mio € nach –245 Mio € im Vorjahr. In dieser Position werden vor allem Leistungen für die Erbringung von Zahlungsverkehrsdienstleistungen für die Postbank mit entsprechenden Verwaltungsaufwendungen konsolidiert, die im Segment Transaction Banking erfolgswirksam vereinnahmt werden.

I Bilanzentwicklung

Bilanzsumme

Die Bilanzsumme der Postbank ging durch ein aktives Bilanzmanagement deutlich zurück und lag am Jahresende 2011 bei 192,0 Mrd € nach 214,7 Mrd € Ende 2010.

Auf der Aktivseite der Bilanz schlug sich nieder, dass wir – konsequent unserer Strategie des Abbaus kapitalmarktbezogener Bestände und Risiken folgend – die Finanzanlagen weiter reduzierten. Auch der Rückgang der positiven und der negativen Marktwerte der Derivate des Bankbuchs hat zur Verringerung der Bilanzsumme beigetragen.

Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden, die die verbrieften Forderungen wie Schuldscheindarlehen enthalten, reduzierten sich gegenüber dem Jahresende 2010 um 1,1 Mrd € auf 110,7 Mrd €. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Bestände im gewerblichen Finanzierungsgeschäft zurückzuführen.

Die Bestände in der privaten Baufinanzierung waren gegenüber dem Vorjahresendwert stabil und betrugen 71,3 Mrd € (Vorjahr: 70,5 Mrd €). Während die hierin enthaltenen angekauften Baufinanzierungsportfolios um 1,5 Mrd € auf 5,3 Mrd € abgeschmolzen sind, wurden die selbst vermittelten Baufinanzierungsbestände um 1,4 Mrd € auf 68,6 Mrd € und das Ratenkreditgeschäft um 0,5 Mrd € bzw. 12,2 % auf 4,4 Mrd € ausgeweitet.

Geld- und Kapitalmarktanlagen

Im Berichtsjahr konnten wir die Bilanzstruktur der Postbank deutlich verbessern. Dies zeigt sich insbesondere in den Geld- und Kapitalmarktanlagen, bestehend aus Finanzanlagen, Handelsaktiva und Forderungen an Kreditinstitute. Diese Positionen haben wir zusammengekommen im Vergleich zum Vorjahr deutlich, nämlich um 21,5 Mrd € oder 22,6 %, auf 73,7 Mrd € reduziert.

Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen gegenüber dem Vorjahresende um 8,2 Mrd € auf 20,3 Mrd €, was im Wesentlichen auf die Ausweitung von Wertpapierpensionsgeschäften zurückzuführen ist.

Unseren Bestand an Finanzanlagen konnten wir strategiegemäß kräftig um weitere 12,5 Mrd € auf 46,5 Mrd € reduzieren. Das Nominalvolumen unseres strukturierten Kreditportfolios ging von 3,7 Mrd € am 31. Dezember 2010 weiter auf 2,0 Mrd € am Jahresende 2011 zurück. Erreicht wurde die Verminderung bei unseren Finanzanlagen überwiegend durch den Verzicht auf die Wiederanlage auslaufender Positionen und durch aktiven Abbau unter Nutzung von Marktopportunitäten. So haben wir unser ursprünglich für Ende 2013 definiertes Ziel, das Volumen der Finanzanlagen auf rund 45 Mrd € zu verringern, bereits zum Berichtsjahresende nahezu erreicht.

Die Handelsaktiva sanken gegenüber dem Vorjahresresultimo um 17,3 Mrd € auf nur noch 6,9 Mrd €. Im Rahmen des Bilanzsummenmanagements haben wir hier den Bestand an Zinsswaps deutlich reduziert, was zu einer erheblichen Verringerung von Handelsaktiva und Handelspassiva geführt hat.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Auf der Passivseite verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden im Vergleich zu dem hohen Niveau des Jahres 2010 um 2,4 Mrd € auf 134,1 Mrd €. Dabei reduzierten sich die Spareinlagen um 2,5 Mrd € auf 47,9 Mrd €.

Die gesamten Kundeneinlagen gingen zum Jahresende 2011 auf 113,0 Mrd € zurück, dies waren 3,2 Mrd € weniger als Ende 2010. Die hohen Einlagevolumen, zu denen uns unser Geschäftsmodell verhilft, machen die Postbank weitestgehend unabhängig von ungedeckter Refinanzierung am Kapitalmarkt und sorgen für eine Liquiditätssituation, mit der wir uns deutlich von anderen Anbietern in Deutschland und in Europa unterscheiden.

Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten

Die Geld- und Kapitalmarktverbindlichkeiten, die aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, verbrieften Verbindlichkeiten und Handelspassiva bestehen, gingen entsprechend der Entwicklung auf der Aktivseite um 32,8 % bzw. 20,2 Mrd € auf 41,3 Mrd € zurück.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringerten sich von 22,4 Mrd € auf 20,0 Mrd €. Aufgrund der Fälligkeit von Beständen lagen die verbrieften Verbindlichkeiten trotz der Emission eines weiteren Jumbo-Hypothekendarlehens Anfang Februar 2011 am Ende des Berichtsjahres weitestgehend unverändert bei 12,7 Mrd € nach 12,9 Mrd € Ende Dezember 2010.

Analog zu den Handelsaktiva sanken die Handelspassiva gegenüber dem 31. Dezember 2010 deutlich, nämlich um 17,6 Mrd € auf 8,6 Mrd €.

Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich gegenüber dem Jahresende 2010 um 82 Mio € auf 5.709 Mio €. Hierfür ist insbesondere der Konzerngewinn in Höhe von 111 Mio € verantwortlich. Die im bilanziellen Eigenkapital enthaltene Neubewertungsrücklage sank aufgrund der im Jahr 2011 per saldo leicht negativen barwertigen Veränderungen der hier erfassten Positionen von – 273 Mio € Ende 2010 auf – 306 Mio €.

Die Kernkapitalquote (Tier 1 Ratio) nach Basel II stieg deutlich und betrug 10,8 % nach 8,1 % am Jahresende 2010. Unser für das Jahresende 2012 definiertes Ziel einer Quote von 9,5 % haben wir damit bereits deutlich übertroffen.

Insgesamt haben die von der Postbank seit 2008 ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Kapitalposition, zur Verbesserung des Risikoprofils und zum Abbau von Risikopositionen einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Kernkapitalquote signifikant zu erhöhen.

94

Details zu den zu erwartenden Auswirkungen von Basel III finden Sie im Prognosebericht auf Seite 94.

Infolge der bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierung durch die Deutsche Bank AG ist die Deutsche Postbank AG nicht mehr übergeordnetes Institut einer bankaufsichtsrechtlichen Institutsgruppe, sondern nachgeordnetes Institut der Deutschen Bank AG; die Postbank Gruppe bildet für sich genommen keine Institutsgruppe mehr. Damit sind die Anwendungsvoraussetzungen des sogenannten Waivers nach § 2a Abs. 1 bzw. Abs. 6 KWG für die Deutsche Postbank AG und die BHW Bausparkasse AG nicht mehr erfüllt, sodass beide Gesellschaften wieder den Vorschriften des § 10 KWG sowie der §§ 13 und 13a KWG auf der Ebene des Einzelinstituts unterliegen. Ab dem Meldestichtag 31. Dezember 2010 erstellen beide Institute daher wieder die entsprechenden Einzelinstitutsmeldungen, wobei die Deutsche Postbank AG darüber hinaus weiteren Meldepflichten (z. B. nach § 10a Abs. 14 KWG) unterworfen ist.

Nachtragsbericht

Am 10. Januar 2012 sind Deutsche Bank AG und Deutsche Postbank AG übereingekommen, in Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen und der Deutschen Postbank AG als beherrschtem Unternehmen einzutreten.

Wir gehen davon aus, dass bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 5. Juni 2012 über die Zustimmung zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag beschließen kann.

Am 31. Januar 2012 schloss die Postbank mit der norisbank GmbH, Berlin, eine Kooperationsvereinbarung, durch die beide Häuser die Möglichkeit erhalten, die Zusammenarbeit künftig auszubauen.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Risikobericht

Zusammenfassender Überblick über die Risikolage

Nachdem sich die Wirtschaft im Jahr 2011 europaweit solide entwickelt hat und in Deutschland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ein sehr gutes reales Wachstum zeigte, wird für 2012 eine Abkühlung der Konjunktur erwartet. Während sich für Deutschland noch ein schwacher BIP-Anstieg prognostizieren lässt, ist für die Eurozone insgesamt mit einer milden Rezession zu rechnen. Die Liquiditätssituation der Banken im Euroraum dürfte weiterhin angespannt bleiben. Im Laufe des Jahres 2011 wurden immer größere Teile des EWU-Bankensektors abhängig von Liquiditätsmaßnahmen der EZB, in zunehmendem Maße auch Banken in Kerneuropa, speziell in Frankreich und Italien. Die Risikoaufschläge auf Staatsanleihen im Euro-Währungsraum, insbesondere in den sogenannten Peripherieländern, verharrten auf hohem Niveau. Darin spiegeln sich zum einen Zweifel an der Zahlungsfähigkeit einiger Staaten, zum anderen aber auch eine allgemeine Risikoaversion wider.

Gesamtbankrisiko

Die eingegangenen Risiken werden im Rahmen des ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) regelmäßig identifiziert, gemessen, überwacht und limitiert sowie im Kontext der Risikotragfähigkeitsrechnung in die Gesamtbanksteuerung einbezogen. Im Jahr 2011 sind die für Marktpreis-, Kredit- und Operationelle Risiken festgesetzten Limite auf Konzernebene stets eingehalten worden. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war jederzeit gegeben.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Risikoprofil der Postbank nur marginal verändert. Nachdem die Volatilitäten im zweiten Quartal 2011 zurückgegangen waren, stiegen sie im zweiten Halbjahr erneut deutlich an. Im Zuge dessen haben sich auch die ausgewiesenen Marktpreisrisiken zum Jahresende wieder spürbar erhöht. Das Kreditgeschäft mit privaten und gewerblichen Kunden wurde im Berichtsjahr vom positiven konjunkturellen Umfeld begünstigt; dies schlug sich – neben den risikoreduzierenden Maßnahmen der Bank – positiv in der Risikovorsorge nieder. Belastend hingegen wirkten die Absreibungen auf griechische Anleihen im Rahmen der Schuldenkrise.

Entwicklungsbeeinträchtigende oder gar bestandsgefährdende Risiken sind aktuell nicht erkennbar. Eine von unseren derzeitigen Annahmen deutlich abweichende, negativere Entwicklung der europäischen Staatsschuldenkrise, verbunden mit einer spürbaren Eintrübung der makroökonomischen Rahmenbedingungen, könnte die Entwicklung des Bankensektors insgesamt und so auch der Postbank beeinträchtigen.

Kreditrisiken

Die Risikovorsorge lag 2011 aufgrund des positiven Verlaufs im Kundengeschäft (gutes makroökonomisches Umfeld, gute Verwertungserlöse in der Baufinanzierung) deutlich unter der des Vorjahres. Strategisch hat im Non-Retail-Geschäft weiterhin die Bestandsbetreuung Vorrang vor der Neugeschäftsakquisition. Im Rahmen der strategischen Ausrichtung 2011 hat die Postbank speziell beim Neugeschäft in der gewerblichen Immobilienfinanzierung die Geschäftsstrategie nochmals geschärft und speziell die Anforderungen an das Neugeschäft als Basis der Risikostrategie erhöht.

Das Nominalvolumen des Structured-Credit-Products-Portfolios (SCP-Portfolios) ist im Jahr 2011 im Wesentlichen aufgrund des aktiven Bestandsabbaus weiter von 3,69 Mrd € zum Ultimo 2010 auf 1,99 Mrd €

zurückgegangen. Die Belastungen aus dem Portfolio haben sich aufgrund der konservativen Bewertungen im Jahr 2011 deutlich verringert.

Mit Blick auf die aktuelle Verschuldungssituation der sogenannten GIIPS-Staaten (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) wird das entsprechende Exposure im Postbank Konzern sehr eng überwacht. Das Exposure (nominal) gegenüber staatlichen Kreditnehmern in diesen Ländern reduzierte sich im Berichtsjahr insbesondere durch Fälligkeiten, aber auch durch Abbau um 944 Mio €.

Vor dem Hintergrund der finanziellen Schwierigkeiten Griechenlands hat die Postbank ihr Engagement in griechischen Staatsanleihen im Jahr 2011 wertberichtigt. Zunächst wurde per 30. Juni 2011 – mit Blick auf eine geplante freiwillige Beteiligung des privaten Sektors – um rund 21 % des Nominals wertberichtigt. Dieser Wert wurde aus den Parametern des Anleiheumtauschprogramms des Internationalen Bankenverbands IIF abgeleitet. Per 30. September 2011 wurde – angesichts der anhaltenden Diskussion um die Höhe eines Schuldenschnitts – für Forderungen aus griechischen Staatsanleihen ein Recoverable Amount aus Kursen approximiert. Zum 31. Dezember 2011 ergab sich als Folge der weiteren Entwicklungen sowie der fortgeführten Diskussion um das Rettungspaket bzw. den Anleiheumtausch für die als Loans and Receivables kategorisierten griechischen Staatsanleihen ein erzielbarer Betrag von durchschnittlich rund 27 % des Nominals. Bei der Ermittlung des Recoverable Amount wurden u. a. Annahmen im Hinblick auf den Umtauschzeitpunkt, die Kuponhöhe sowie den Diskontfaktor getroffen. Die griechischen Staatsanleihen der Kategorie Available for Sale wurden auf den jeweiligen Fair Value zum Abschlussstichtag wertberichtigt. Insgesamt beliefen sich die Wertberichtigungen im Berichtsjahr auf 632 Mio €.

Marktpreisrisiken

Das Marktpreisrisiko des Postbank Konzerns war im Jahr 2011 von den hohen Volatilitätsschwankungen an den Anleihemärkten geprägt. Nachdem der Value-at-Risk der Marktrisikopositionen im zweiten Quartal 2011 noch deutlich rückläufig war, stieg er im zweiten Halbjahr wieder sukzessive an und lag zum 31. Dezember 2011 über dem Vergleichswert des Vorjahres. Zu dieser Erhöhung trugen insbesondere die sprunghaften Spread-Ausweitungen bei europäischen Staats- und Bankenanleihen bei. Wenngleich die Postbank im Berichtsjahr den Abbau von Finanzanlagen fortgeführt hat, sieht sie ihre Bestände doch weiterhin erhöhten Marktwertschwankungen ausgesetzt, die zu entsprechend negativen Barwerteffekten und einem erhöhten Risikoausweis führen.

Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätssituation der Postbank ist aufgrund der stabilen Refinanzierungsbasis aus den Kundeneinlagen und dank des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren weiterhin solide.

Die Risikosituation und das Risikomanagement des Postbank Konzerns sowie die vom Konzern ergriffenen Maßnahmen werden im Folgenden detailliert beschrieben.

Entwicklungen im Risikomanagement

Die in diesem Bericht dargelegten Methoden, Systeme, Prozesse und das darauf aufbauende Berichtswesen unterliegen kontinuierlichen Überprüfungen und Verbesserungen, um den marktbedingten, betriebswirtschaftlichen und regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Struktur der CRO-Bereiche wurde im Berichtsjahr konsequent weiterentwickelt. So wurde zum 1. März 2011 der bisherige CRO-Bereich um die Marktfolgeeinheiten Kredit erweitert und in einem organisatorisch eigenständigen Ressort gebündelt. Das strategische Liquiditätsmanagement wurde im dritten Quartal 2011 in das CRO-Ressort überführt. Die Gesamtleitung des Ressorts wurde dem neu ernannten Vorstand Hanns-Peter Storr (CRO) übertragen. Um den gestiegenen Anforderungen an das Risikomanagement weiter Rechnung zu tragen, wurde die Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis der im Jahr 2011 angestoßenen strukturellen Veränderungen mit Wirkung vom 1. Januar 2012 angepasst. Im Detail sind die Veränderungen im Kapitel „Organisation des Risikomanagements“, insbesondere in den dortigen Abschnitten „Risikokomitees“ und „Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung“ beschrieben.

64

Die Postbank hat in den Jahren 2010 und 2011 eine neue Risk Governance zur Verbesserung des Risikomanagements umgesetzt. Dies beinhaltet insbesondere die risikoadjustierte Ertragssteuerung durch die Gremien der Postbank auf Basis eines weiterentwickelten Gesamtbanksteuerungs- und Risikokapitalkonzepts im Rahmen eines Projekts zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts, vor allem im Hinblick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse und den Einsatz von Risikokapital in der Gesamtbanksteuerung. Die Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept wurden zum 30. Juni 2011 umgesetzt. Zu den Details bezüglich der Ausgestaltung des Risikotragfähigkeitskonzepts wird auf die Abschnitte „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokapital“ im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ verwiesen.

67

Innerhalb der Kreditrisikosteuerung und -überwachung wurden umfangreiche Projekte zur Weiterentwicklung der Modelle und Prozesse im Kreditgeschäft Retail und Non-Retail umgesetzt. Die prozessspezifischen Arbeiten konnten 2011 bereits abgeschlossen werden. Schwerpunkte bildeten die Validierung und die – bei Bedarf – durchgeführte (Neu-) Kalibrierung der bestehenden Ratingmodelle.

Im Zusammenhang mit dem Projekt „A-IRBA“ strebt die Bank die Zulassung zum fortgeschrittenen Ansatz zur Kreditrisikomessung unter Verwendung eigener Verlustschätzungen im Falle des Ausfalls für das Jahr 2012 an.

Die Postbank hat zum Jahresultimo 2011 als neues Kreditportfoliomodell ein marktgängiges Asset-Value-Modell zur Messung des Kapitalbedarfs für Kreditrisiken ((Credit-)Economic Capital (EC)) eingeführt, das sowohl die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen als auch eine verbesserte Kreditrisikosteuerung ermöglicht. Parallel wurden auf Basis des Kreditportfoliomodells die IT-Prozesse zur Sicherstellung einer zeitnahen Kreditrisikosteuerung weiterentwickelt. Das Konfidenzniveau der Berechnung beträgt unverändert 99,93 %. Das neue Modell berechnet den Bedarf auf Einzelgeschäftsebene und erlaubt eine additive Zerlegung des EC in Portfolios und Sub-Portfolios. Die Steuerung erfolgt auf Segmentebene auf Basis der monatlich vom Bankenrisikokomitee (BRK) genehmigten Limite.

Hinsichtlich der Steuerung der Marktpreisrisiken hat die Postbank im Berichtsjahr die Risikomessung auch im Anlagebuch auf ein konsistentes und einheitliches konzernübergreifendes Risikomodell auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation mit voller Neubewertung aller Positionen umgestellt. Durch die Aufnahme portfoliospezifischer Risikofaktoren und Erweiterungen der Stresstests wurde die Portfoliosteuerung weiter verbessert.

Mit Blick auf das Liquiditätsrisikomanagement hat die Postbank im Jahr 2011 ein Projekt zur Erfüllung neuer bzw. konkretisierter regulatorischer Anforderungen aufgesetzt und vorangetrieben. Dabei liegt der Fokus auf dem Aufbau bzw. der Vervollständigung der notwendigen IT- und Prozessinfrastruktur sowie der künftigen Meldung der neuen Basel-III-Liquiditätskennziffern.

Die Postbank hat im ersten Halbjahr das Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken grundlegend überarbeitet. Die Risikoberechnung wird über einen szenariobasierten Ansatz barwertig durchgeführt. Das Verfahren steht in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Aufgrund der Übernahme der Mehrheit der Aktien der Postbank durch die Deutsche Bank und der anschließenden Konsolidierung der Postbank in den Deutsche Bank Konzern sind unter Beachtung der maßgeblichen bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben die Voraussetzungen für ein integriertes Risikomanagement zu schaffen. Das Hauptaugenmerk richtete sich im Berichtsjahr darauf, gleiche Ansätze zu Risikobewertungs-, Risikomess- und Risikokontrollverfahren bzw. zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung sowie Überwachung und Kommunikation der Risiken zu entwickeln und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen umzusetzen. Hierzu wurde größtmögliche Transparenz im Hinblick auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Organisationsstrukturen, Prozessen und Methoden beider Institute geschaffen. Im Jahr 2012 wird es Schwerpunkt der Aktivitäten sein, die Risikofunktionen in einer übergreifenden Organisationsstruktur unter Berücksichtigung der rechtlichen und organisatorischen Anforderungen an die einzelnen rechtlichen Einheiten zusammenzuführen. Zusätzlich zu einer integrierten Risikoorganisation soll eine einheitliche Governance-Struktur etabliert werden.

Die Anforderungen aus der Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) vom 15. Dezember 2010 wurden im Rahmen bestehender Projekte bis Ende 2011 umgesetzt. Details zur Umsetzung sind insbesondere im Kapitel „Übergreifendes Risikomanagement“ – dort insbesondere in den Abschnitten „Risikotragfähigkeit“ und „Risikokonzentrationen und Stresstesting“ –, sowie im Kapitel „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“ beschrieben.

67

87

Die Postbank hat darüber hinaus alle erforderlichen Vorbereitungen eingeleitet, um den ab 2013 stufenweise steigenden Anforderungen aus Basel-III an die Eigenkapitalausstattung sowie den Minimalanforderungen zur Liquiditätsausstattung ebenso zu entsprechen wie den Neuregelungen zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken, zum Reporting, zur Steuerung der Leverage Ratio und zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen. Weitere Details hierzu finden sich im Abschnitt „Aufsichtsrechtliche Neuerungen“ im Kapitel „Aufsichtsrechtliche Anforderungen“ sowie im Kapitel „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“.

70

87

Arten von Risiken

Die im Postbank Konzern betrachteten Risikoarten werden im Rahmen einer konzernweiten Risikoinventur ermittelt. Die Materialität dieser Risikoarten sowie die Existenz weiterer bisher nicht betrachteter Risiken werden im Rahmen der jährlichen Risikoinventur überprüft. Der Postbank Konzern greift im Rahmen der Risikoinventur auf

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Instrumente zurück, die in ihrer Gesamtheit alle wesentlichen organisatorischen Bereiche und Risikobereiche der Bank abdecken.

Der Postbank Konzern unterscheidet folgende Risikoarten:

I Marktpreisrisiken

Mögliche finanzielle Verluste aufgrund der Änderung von Marktpreisen (z. B. Aktienkursen, Wechselkursen, Rohwarenpreisen) oder marktpreisbestimmenden Faktoren (z. B. Zinsen, Spreads oder Volatilitäten). Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.

I Kreditrisiken

Mögliche Wertverluste infolge von Bonitätsverschlechterungen oder durch die Zahlungsunfähigkeit eines Geschäftspartners (z. B. durch Insolvenz eines Emittenten, Kontrahenten bzw. Landes oder durch Wertverlust bei der Abwicklung oder Verrechnung von Transaktionen). Die Postbank unterscheidet vier Arten von Kreditrisiken: Bonitäts- und Ausfallrisiken, Abwicklungsrisiken, Kontrahentenrisiken und Länderrisiken.

I Liquiditätsrisiken

Zahlungsunfähigkeitsrisiko als Volumenrisiko, gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht zeitgerecht nachkommen zu können.

Liquiditätsfristentransformationsrisiko (LFT-Risiko) als Kostenrisiko eines erhöhten Refinanzierungsaufwands bei Schließung der Fristentransformation aufgrund einer Erhöhung der eigenen Refinanzierungsaufschläge auf den Swapsatz.

I Operationelle Risiken

Mögliche Verluste, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Die Definition umfasst auch Rechtsrisiken; Reputations- und strategische Risiken bleiben hierbei unberücksichtigt. Rechtsrisiken beinhalten u. a. die potenzielle Verpflichtung zur Zahlung von Bußgeldern, Geldstrafen oder sonstigen Strafzahlungen aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder privatrechtlichen Vereinbarungen. Sie ergeben sich auch durch eine geänderte Rechtslage aufgrund neuer Rechtsprechung bzw. durch Gesetzesänderungen, die Auswirkungen auf bereits abgeschlossene Geschäfte haben, umfassen aber nicht die Kosten für die Prozessänderung zur Umsetzung der geänderten Rahmenbedingungen.

I Beteiligungsrisiken

Potenzielle Verluste aus Marktwertschwankungen des strategischen Beteiligungsbesitzes, sofern diese nicht bereits in den anderen Risikoarten erfasst werden. Als Beteiligungen werden dabei sämtliche Gesellschaftsanteile definiert, die im Jahresabschluss der Deutschen Postbank AG unter den Positionen „Beteiligungen“ sowie „Anteile an verbundenen Unternehmen“ bilanziert werden, sowie Anteile an Unternehmen gemäß § 16 Abs. 2 und 4 AktG.

I Immobilienrisiken

Mietausfallrisiken, Teilwertabschreibungsrisiken sowie Veräußerungsverlustrisiken, bezogen auf den Immobilienbesitz des Postbank Konzerns.

I Kollektivrisiken

Potenzielle negative Auswirkungen aufgrund von Abweichungen der tatsächlichen Verhaltensweisen von Bausparern von den prognostizierten Verhaltensannahmen, d. h. Abweichungen der tatsächlichen von der prognostizierten Entwicklung des Bausparkollektivs. Die Kollektivrisiken stammen als spezifische Geschäftsrisiken aus dem Bauspargeschäft der BHW Bausparkasse AG.

I Geschäftsrisiken

Gefahr eines Ergebnisrückgangs aufgrund unerwarteter Änderungen von Geschäftsvolumen und/oder Margen und korrespondierenden Kosten. Der Begriff umfasst Spar- und Girorisiken (ehemals: Modellrisiken) sowie residuale Geschäftsrisiken (strategische Risiken und Reputationsrisiken):

a) Spar- und Girorisiken: Risiken aus unerwarteten Volumen- oder Margenrückgängen, die durch die Modellierung der Kundenprodukte mit nicht deterministischer Kapitalbindung und/oder variabler Verzinsung nicht vollständig abgedeckt werden können.

b) Strategische Risiken: Gefährdung der Ergebnisreichung infolge einer unzureichenden Ausrichtung des Konzerns auf das jeweilige – möglicherweise kurzfristig veränderte – Geschäftsumfeld.

c) Reputationsrisiken: Risiko, dass die Bank durch fehlerhaftes Verhalten einzelner Personen oder von Gruppen einen Vertrauensschwund bei Geschäftspartnern und Kunden erleidet.

Organisation des Risikomanagements

Die Risikomanagementorganisation des Postbank Konzerns ist verantwortlich für die Identifikation aller wesentlichen Risiken und Risikotreiber sowie für die unabhängige Messung und Bewertung dieser Risiken. Damit bildet sie die Grundlage für eine risiko- und ertragsorientierte Gesamtbanksteuerung. Das Risikomanagementsystem verfolgt das Ziel, bankübliche Risiken in einem definierten Rahmen unter strikter Beachtung von Risikotragfähigkeitsgesichtspunkten einzugehen, um die sich ergebenden Geschäftschancen zu nutzen.

Das Risikomanagement wird konzernweit durch die zentralen und die angebundenen dezentralen Einheiten wahrgenommen. Aussagen im Risikobericht beziehen sich, wenn nicht anders vermerkt, auf diese Konzernfunktionen. Tochtergesellschaften werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für den Konzern in das Risikomanagement einbezogen. Spezielle aufsichtsrechtliche Vorgaben auf Ebene der Tochtergesellschaften werden stets berücksichtigt.

Verantwortlichkeiten und Risikostrategie

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risiko- und das Kapitalprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung.

Die Kontrolle erfolgt durch den Aufsichtsrat bzw. im Kreditausschuss des Aufsichtsrats. Dieser wird regelmäßig durch den Vorstand über das Risiko- und das Kapitalprofil des Postbank Konzerns unterrichtet.

Die Risikostrategie des Konzerns ist, wie in den Vorgaben der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) gefordert, konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen

Geschäftsfelder und Risikoarten. Die Risikostrategie gilt gruppenweit: die in einzelnen Konzerneinheiten (z. B. BHW) beschlossenen Risikostrategien sind konsistent mit der Konzernrisikostrategie.

Art und Umfang der Risikoprävention sowie der Umgang mit den Risiken ergeben sich aus den Strategien der einzelnen Geschäftsfelder im Abgleich mit dem Risikoappetit, dem Risikoprofil und den Renditezielen des Postbank Konzerns. Sie werden im Rahmen der jährlich verabschiedeten Risikostrategie, die auf den Geschäftsfeldstrategien basiert, definiert und dokumentiert.

Risikokomitees

Das Risikomanagement wurde vom Vorstand für die einzelnen Risikoarten an die Risikokomitees delegiert. Die Aufgaben der Komitees veranschaulicht folgende Grafik:

Aufgaben der Risikokomitees				
	Bankrisikokomitee	Kreditrisikokomitee	Marktrisikokomitee	OpRisk-Komitee
Tagungs- frequenz	mindestens vierteljährlich	mindestens vierteljährlich	mindestens monatlich	halbjährlich
Aufgaben	Beratung des Vorstands in Hinblick auf: Risikoappetit (ökonomisch, regulatorisch) Risikostrategien und Risikoprofil Allokation von Risikokapital Maßnahmen zur Begrenzung und Steuerung der Gesamtbank- Risikopositionen	Limitallokation der Kreditrisiken Definition des Limitsystems Entscheidung über Änderung der Risiko- klassifizierungs- verfahren Festlegung Standard- risikokosten	Limitallokation der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken Steuerung der strategischen Ausrichtung des Bankbuchs Erörterung der Ergebnis- und Risikosituation	Definition Mindest- anforderungen für Konzerneinheiten Definition Rahmen- bedingungen für OpRisk Allokation der Risiko- kapitalbeträge auf die Geschäftsfelder

Das Bankrisikokomitee (BRK) unterstützt den Vorstand bei der übergreifenden Steuerung der Risiken und insbesondere bei der Festlegung des Risikoappetits, der Risikoallokation und der damit verbundenen Ertragsziele. Es nimmt den Gesamtbankrisikobericht entgegen. Das Kreditrisikokomitee (KRK) ist für die strategische Steuerung des Adressenausfallrisikos verantwortlich. Das Marktrisikokomitee (MRK) verantwortet die strategische Steuerung der Marktpreis- und der Liquiditätsrisiken. Dies schließt jeweils die Weiterverteilung des vom Gesamtvorstand zur Verfügung gestellten Globallimits ein. Das OpRisk-Komitee (ORK) entscheidet über die Allokation des Risikokapitals für Operationelle Risiken auf die Geschäftsfelder und legt die Rahmenbedingungen für das Management der Operationellen Risiken fest.

Für 2012 sind mit Blick auf die Zusammensetzung wie auf die Kompetenzen Veränderungen der Risikokomitees geplant. Das BRK wird künftig als übergreifendes Risikokomitee mit Vorstandsbesetzung die Themen kompakt und gebündelt an den Gesamtvorstand herantragen, während KRK, MRK, ORK sowie das künftige Modell- und Validierungskomitee (MVK) vom Senior Management geleitet werden. Das MVK ist für Änderungen und Erweiterungen von Risikomodellen und Risikoklassifizierungsverfahren sowie für die Abnahme der Validierungsberichte zuständig.

Zentrale Risikoüberwachung und -steuerung

Der CRO ist konzernweit für die risikoüberwachenden und -steuernden Funktionen zuständig. Er berichtet regelmäßig dem Gesamtvorstand und dem Aufsichtsrat über die Gesamtrisikolage des Konzerns.

Zum 1. März 2011 wurde der bisherige CRO-Bereich um die Marktfolgeeinheiten Kredit erweitert und in einem organisatorisch eigenständigen Ressort gebündelt. Das strategische Liquiditätsmanagement wurde im dritten Quartal 2011 in das CRO-Ressort überführt. Die Gesamtleitung wurde dem neu ernannten Vorstand Hanns-Peter Storr (CRO) übertragen.

Im Jahr 2011 waren dem CRO in der Aufbauorganisation sowohl das Risikomanagement mit den Bereichen Risikosteuerung, Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling sowie Kreditrisikosteuerung als auch die Kreditmarktfolge mit den Bereichen Kredit, Unternehmensfinanzierung, Banken und Kapitalmärkte, Kreditprozess, Gewerbliche Immobilienfinanzierung sowie Kredit Workout & Collections zugeordnet.

Bereiche des Risikomanagements und deren Aufgaben	
Bereich	Aufgaben
Risiko- steuerung	■ Gesamtbankrisikosteuerung und -reporting inklusive Risikotragfähigkeit und Stresstest ■ Definition der Risikostrategie und Risikoprofil ■ Management Operationeller Risiken
Risikoanalytik und Marktpreisrisiko	■ Management und Reporting der Marktpreis-, Liquiditäts-, Geschäfts-, Kollektiv-, Beteiligungs- und Immobilienrisiken ■ Methoden- und Modellhoheit zur Risikoquantifizierung, bezogen auf alle Risikoarten ■ Verantwortung für sämtliche Rating- und Scoringverfahren ■ Qualitätssicherung von Marktdaten und Fair Values für Risikosteuerung und Bilanzierung ■ Tägliche Adresslimitüberwachung
Kreditrisiko- steuerung	■ Management und Reporting der Kreditrisiken ■ Kreditfachliche Regelwerke/Kreditrichtlinien ■ Portfoliomanagement ■ Koordination des Risikovororgangsprozesses und der Watchlist
Kreditmarkt- folge	■ Kreditgenehmigung, Betreuung und Kreditüberwachung für Banken, Staaten, Unternehmen und Immobilienfinanzierungen

Mit Wirkung vom 1. Januar 2012 ist die – in der vorstehenden Tabelle beschriebene und für das Berichtsjahr 2011 maßgebliche – Organisationsstruktur des CRO-Bereichs auf Basis der im Jahr 2011 angestoßenen Veränderungen angepasst worden. Ziel der Änderung der Organisationsstruktur ist es, den als Folge der Finanzmarktkrise erhöhten externen und internen Anforderungen an das Risikomanagement gerecht zu werden. Zudem sollen eine stärkere aktive risikoartenübergreifende Portfoliorisikosteuerung sowie die Bündelung sämtlicher Kreditentscheidungen erreicht werden. Künftig werden in einem „Chief Operating Office“ die Einhaltung der Standards für die Kreditbearbeitung sichergestellt und die zentrale Projekt- und Ressourcensteuerung für den CRO-Bereich wahrgenommen. In den Bereichen „Risikosteuerung“ und „Kreditrisikocontrolling“ wird die Risikosteuerung sämtlicher Risikoarten sichergestellt. Das „Credit Office“ mit den Bereichen „Kreditanalyse“ und „Kreditservice Workout & Collection Retail“ wird alle Kreditentscheidungen bündeln und in enger Zusammenarbeit mit den Vertriebsseinheiten die Umsetzung der Geschäfts- und der Risikostrategie gestalten.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Qualifikation der Mitarbeiter im Risikomanagement wird durch fortlaufende Schulungsmaßnahmen sichergestellt. Im Rahmen des zentralen Qualifizierungsangebots der Postbank werden daher auch

Veranstaltungen durchgeführt, die sich ausschließlich mit Aspekten des Risikomanagements (insbesondere mit dem Kreditrisiko) befassen.

Operative Risikosteuerung

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist im Konzern auf mehrere zentrale Einheiten verteilt. Dazu gehören in erster Linie das Ressort Financial Markets, die Kreditbereiche Unternehmensfinanzierungen, Gewerbliche Immobilien und Banken & Kapitalmärkte sowie die Kreditfunktionen des Privatkundengeschäfts. Darüber hinaus steuern die Tochtergesellschaften BHW Bausparkasse AG, Deutsche Postbank International S.A. (Luxemburg), PB Capital Corporation (New York) und PB Factoring GmbH sowie die Niederlassung in London ihre Risiken eigenständig im Rahmen separat definierter Risikolimits, Verfahren und Prozesse. In Bezug auf das Liquiditätsrisiko hingegen findet die Steuerung der Niederlassung London zentral von Bonn aus statt.

Das Ressort Financial Markets ist aufgegliedert in den Bereich Treasury und das Chief Operating Office Financial Markets. Im Bereich Treasury erfolgt die operative Steuerung der Marktpreisrisiken im Konzern. Darüber hinaus steuert Treasury operativ das Liquiditätsrisiko im Konzern mit dem Fokus auf Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit im Sinne des „Lender of Last Resort“. Das Chief Operating Office Financial Markets ist für das Management des SCP-Portfolios der Gesamtbank verantwortlich. Die Entwicklung, Validierung und Kalibrierung der Ratingmodelle erfolgt in der Abteilung Risikoanalytik, während die Limitüberwachungs-, die Reporting- und die Steuerungsfunktion in der Abteilung Kreditrisikocontrolling wahrgenommen werden. Die Abteilung Kreditgrundsätze erlässt die grundlegenden Regelungen für den Umgang mit Adressrisikopositionen.

Für die operative Steuerung der Operationellen Risiken existiert je Bereich bzw. Tochtergesellschaft eine zweistufige Organisationsstruktur mit dezentralen OpRisk-Managern. Die zentrale Koordinations- und Reportingfunktion wird durch das OpRisk-Controlling wahrgenommen. Die Verantwortung für die Identifizierung und Steuerung der Rechtsrisiken trägt vorrangig der Bereich Recht der Postbank.

Das Beteiligungsrisiko wird operativ durch das Beteiligungsmanagement im Rahmen der Organbetreuung im Sinne der Beteiligungsstrategie gesteuert. Auf die Geschäfts- und die Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen nimmt die Bank insbesondere durch die Vertretung in den Eigentümer- und Aufsichtsgremien, in der Regel durch Vorstandsmitglieder, Einfluss.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Risiken aus Immobilienbesitz wird im Postbank Konzern einheitlich durch die im Bereich „Immobilien, Support, Sicherheit“ des Ressorts Ressourcen der Postbank angesiedelte Abteilung Immobilienmanagement wahrgenommen.

Die operative Risikosteuerung und -überwachung der Kollektivrisiken erfolgt dezentral durch die BHW Bausparkasse AG.

Die zentrale Analyse- und Reportingfunktion für Spar- und Giro Risiken sowie strategische Geschäftsrisiken nimmt der Bereich Risikoanalytik und Marktpreisrisikocontrolling wahr, die Verantwortung dieser Geschäftsrisiken verbleibt in den Marktbereichen.

Jedes Ressort ist operativ dafür verantwortlich, seine im Rahmen der Geschäftsstrategie definierten Ziele zu erreichen bzw. die definierten Rahmenbedingungen einzuhalten, und trägt somit zur operativen Steuerung des Geschäftsrisikos bei.

Übergreifendes Risikomanagement

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit der Bank wird sowohl aus einer Liquidationsperspektive (ökonomischer Gläubigerschutz) als auch aus einer Going-Concern-Perspektive (regulatorischer Going-Concern-Ansatz) beurteilt.

Der Postbank Konzern sieht seine Risikotragfähigkeit als gegeben an, wenn die Risikodeckungsmasse größer als das zugewiesene Risikokapital und größer als das momentane Gesamtrisiko (VaR) ist.

Unter dem Blickwinkel des ökonomischen Gläubigerschutzes wird das Risikopotenzial zu einem Konfidenzniveau von 99,93 % berechnet. Bei dieser Perspektive stellt die Risikodeckungsmasse den ökonomischen Substanzwert dar und wird aus der IFRS-Konzernbilanz abgeleitet.

Bei der Betrachtung unter dem Aspekt des regulatorischen Going-Concern-Ansatzes wird die Differenz zwischen dem regulatorischen Kernkapital und einem dem Risikoappetit der Postbank entsprechenden mindestens erforderlichen Kernkapital berechnet. Das so ermittelte freie Kernkapital und die geplanten Erträge stellen die Risikodeckungsmasse dar. Das Risikopotenzial in dieser Perspektive wird dabei zu einem Konfidenzniveau von 95 % ermittelt.

Die zugrunde liegenden Konzepte wurden aufgrund zunehmend präziser regulatorischer Vorgaben überarbeitet. Die Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts betrifft hinsichtlich der Risikomessung im Wesentlichen die Quantifizierung des Geschäftsrisikos und die Risikoaggregationsmethodik. Die Zusammensetzung der Risikodeckungsmasse blieb strukturell unverändert. Langfristig nicht zur Verfügung stehende Komponenten, wie das kurzfristige Nachrangkapital oder latente Steuern, wurden herausgenommen. Weitere Anpassungen führten zu Änderungen bei der Bewertung des Kundengeschäfts mit Blick auf die Berechnung der Risikodeckungsmasse. Die Postbank hat damit die regulatorischen Anforderungen – auch im Hinblick auf das von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) am 7. Dezember 2011 veröffentlichte Papier „Aufsichtsrechtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“ – erfüllt.

Risikokapital und Limitierung

Das aus der Risikodeckungsmasse auf die jeweiligen Einheiten und Risikoarten allokierte Kapital wird als Risikokapital bezeichnet. Die Risikokapitalallokation wird mindestens quartalsweise vom Gesamtvorstand bzw. vom BRK überprüft und gegebenenfalls angepasst. Die weitere Verteilung des den einzelnen Risikoarten zugeordneten Risikokapitals sowie gegebenenfalls eine Überleitung in ein Limitsystem erfolgt durch die Risikokomitees.

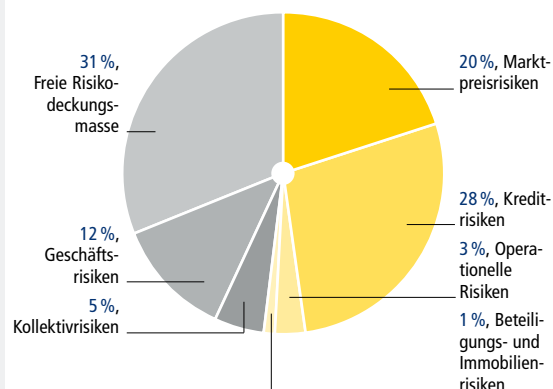
63

Für die im Kapitel „Arten von Risiken“ aufgeführten Risikoarten wird mit Ausnahme des Liquiditätsrisikos ökonomisches Kapital bereitgestellt. Zur Absicherung des Zahlungsunfähigkeitsrisikos verfolgt die Postbank ein aktives Liquiditätsmanagement und -controlling. Das Immobilien- und das Beteiligungsrisiko werden als nicht wesentlich betrachtet.

Bei der Risikokapitalallokation werden mögliche Schwankungen der Risikodeckungsmasse sowie risikoartenübergreifende Stressszenarien berücksichtigt. Für die Ermittlung des Gesamtrisikokapitalbedarfs werden Diversifikationseffekte auf Basis von Korrelationen zwischen den Risikoarten auf Basis von Postbank spezifischen Daten konservativ ermittelt, die das bereitgestellte Risikokapital entsprechend reduzieren. Geschäftsmodellspezifische Risiken (Operationelle Risiken, Kollektivrisiken, Geschäftsrisiken) tragen hierbei in besonderem Maße zum Diversifikationseffekt bei. Markt-, Kredit-, Immobilien- und Beteiligungsrisiken weisen in der Regel mittlere Diversifikationseffekte auf.

Die prozentuale Aufteilung der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ des Postbank Konzerns nach Risikoarten und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten im Geschäftsjahr 2011 (Berechnung per 31. Dezember 2011) stellt sich wie folgt dar:

Verteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns nach Risikoarten (genehmigtes Risikokapital)

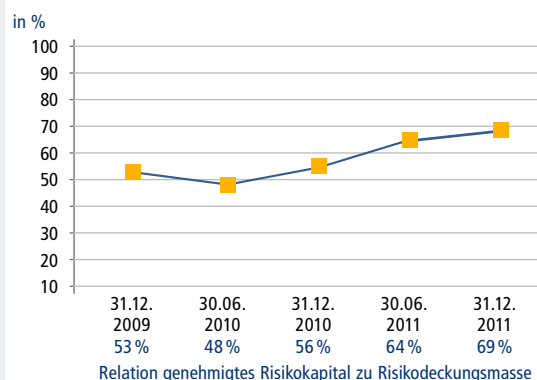


Die absolute Höhe der Risikodeckungsmasse „Ökonomischer Gläubigerschutz“ und eine nach Risikoarten differenzierte Aufteilung der absoluten Risikokapitalbeträge (Stichtag 31. Dezember 2011 und Vorjahr) werden in Note 48 des Konzernanhangs dargestellt.

154

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung des genehmigten Risikokapitals im Verhältnis zur gesamten Risikodeckungsmasse:

Entwicklung Relation genehmigtes Risikokapital zu Risikodeckungsmasse



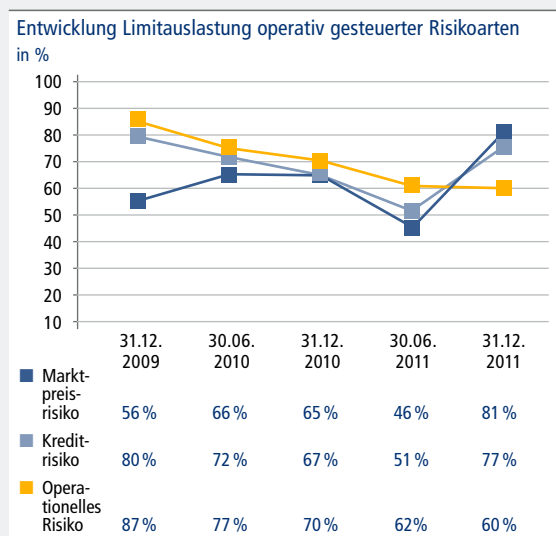
Die Auslastung der Risikodeckungsmasse, bezogen auf das verteilte Risikokapital nach Diversifikation, beläuft sich zum Berichtsstichtag auf 69 %. Damit ergibt sich sowohl gegenüber dem 31. Dezember 2010 als auch gegenüber dem 30. Juni 2011 eine Erhöhung der Auslastung der Risikodeckungsmasse um 5 bzw. 13 Prozentpunkte. Die gegenüber dem ersten Halbjahr 2011 erhöhte Auslastung ist im Wesentlichen auf die oben angesprochene Überarbeitung des Konzepts zurückzuführen. Die Risikotragfähigkeit des Postbank Konzerns war somit jederzeit gegeben.

Neben der Limitierung der Risikopositionen für die einzelnen Risikoarten auf Basis des allokierten Risikokapitals kommen Produkt-, Volumen- und Sensitivitätslimite zum Einsatz, um über die eigentlichen Risikopositionen hinaus auch Risikokonzentrationen in Einzelpositionen oder Risikoarten zu beschränken.

Bei den Marktpreisrisiken erfolgt die Steuerung über die Zuteilung von VaR- und Verlustlimiten auf Konzernebene sowie für die jeweiligen Portfolios. Die Steuerung von Kreditrisiken erfolgt für Forderungen gegenüber Banken, Unternehmen und Staaten (Zentral-, Regionalregierungen und Kommunen) im Wesentlichen durch Limitierung auf Portfolioebene sowie durch Vorgabe eines Zielfortfolios. Das Volumen des Mengengeschäfts wird durch Soll-Ist-Vergleiche mit den Planvorgaben gesteuert. Für Operationelle Risiken werden Limite und Warnschwellen je Segment festgelegt. Die weiteren Risikoarten werden nicht durch operative Limite gesteuert. Das allokierte Risikokapital stellt den konservativ ermittelten zukünftigen Kapitalbedarf dar.

Die Postbank verfolgt das Ziel, durch ein aktiveres Limitmanagement die Steuerungswirkung auf die Risiken zu verbessern, weshalb generell mit höheren Auslastungen der Limite zu rechnen ist.

Nachstehende Grafik veranschaulicht die Entwicklung der Limitauslastung operativ gesteuerter Risikoarten im Zeitablauf:



Vor dem Hintergrund der Rückführung des Marktrisiko-Exposure wurde im Jahr 2011 das Risikokapital für Marktpreisrisiken verringert. Das aus den Positionen resultierende Marktpreisrisiko stieg aufgrund der im zweiten Halbjahr eskalierenden Staatsschuldenkrise zum Jahresende 2011 deutlich an. Darüber hinaus hat die Postbank das

Risikokapital im Zusammenhang mit der Einführung des internen Modells zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für das Operationelle Risiko leicht reduziert. Schließlich wurden 2011 die Risikokapitalbeträge für das Geschäftsrisiko (wegen der Zunahme von Einlagen im Giro- und Sparbereich), für das Beteiligungs- und das Immobilienrisiko sowie für das Kollektivrisiko (Umsetzung eines neuen Berechnungsmodells unter Wegfall des bisherigen Puffers) angepasst. Durch die Einführung des neuen Modells zur Messung des Risikokapitals aus Kreditrisiken (db-CDE) ergibt sich erwartungsgemäß ein einmaliger Anstieg des Risikokapitals. Auf den für Modellunsicherheiten Ende 2010 eingerichteten Limitpuffer für Modellunsicherheiten kann zukünftig verzichtet werden.

Zum 31. Dezember 2011 betrug das Verhältnis von Risiken zur Risikodeckungsmasse zum Schutz der definierten Kernkapitalquote 43 %. Die verfügbare Risikodeckungsmasse wird derzeit als ausreichend angesehen, um die definierte Mindestkernkapitalquote zu halten.

Risikokonzentrationen und Stresstesting

Konzentrationen bei Kredit-, Liquiditäts-, Marktpreis- und sonstigen Risiken werden u. a. über Sensitivitätsanalysen und Stresstests identifiziert und überwacht und über Risikofaktor- oder Gap-Limite (im Bereich Zins- und Spread-Risiken) begrenzt. Das Management dieser Risiken erfolgt im Rahmen der täglichen Steuerung (z. B. über Hedging-Maßnahmen). Hinsichtlich ihres Spread-Risikos sind hierbei insbesondere die Bestände in Staats- und Bankenanleihen ausgewählter europäischer Länder relevant.

Im Rahmen des Kreditportfoliomanagements werden systematisch Risikokonzentrationen auf der Ebene von Kreditnehmereinheiten sowie auf sektoraler Ebene (Branchen, Regionen, Sicherheitenkategorien etc.) identifiziert, reportet und über einen geregelten Prozess unter Berücksichtigung von Risikotragfähigkeit und Risikorendite begrenzt. Mit Blick auf die Verbesserung der Kreditportfoliosteuerung hat die Postbank im Jahr 2011 u. a. Leitplanken zur verbesserten Steuerung der Risikokonzentration im Kredithandbuch verankert. Im Mittelpunkt stehen hierbei die identifizierten Sektoren gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken sowie Staaten, für die – über die gültige Limitmatrix für Corporates hinaus – weitergehende Regelungen bestehen. Durch die segmentspezifischen Risk Assessment Reports und die steuerungsrelevanten Risikozirkel wurde die operative Steuerung von Risikokonzentrationen deutlich ausgebaut.

Im Segment Financial Markets wird neben einer Reduktion des Staatsanleihen-Portfolios vor allem im Banken-Portfolio weiterhin aktives De-Risking u. a. zur Reduzierung von Konzentrationsrisiken betrieben. Im zweiten Quartal 2011 wurde für das Commercial-Real-Estate-Portfolio eine Strategie zur Vermeidung von regionalen Einzelkonzentrationsrisiken in den USA und in Großbritannien verabschiedet.

Aktuell sind auf Basis des zugrunde gelegten Konfidenzniveaus von 99,93 % Risikokonzentrationen insbesondere im Bereich der Eurostaaten sowie nach wie vor im Portfolio der strukturierten Kredite (SCP) erkennbar. Die Berichterstattung zum Credit Economic Capital (EC) und dessen Risikokonzentrationen ist wesentlicher Bestandteil des Kreditrisikoreports der Postbank.

Die Postbank unterliegt aufgrund ihres Geschäftsmodells, d. h. als überwiegend im deutschen Markt tätige Retail-Bank, zudem

Ertragsrisiken in der Form, dass die aus Kundengeschäften erwirtschafteten Erträge geringer als geplant ausfallen können. Die Überwachung solcher Ertragsrisiken erfolgt im Planungsprozess unter Einbindung des Bereichs Controlling. Hierbei werden Ertragsrisikokonzentrationen anhand von Sensitivitätsanalysen und statistischen Methoden überwacht und durch entsprechende Maßnahmen gesteuert.

Zur Gewährleistung einer gesamthaften Risikobeurteilung werden zumindest die wesentlichen operativ limitierten Risikoarten (Kredit-, Marktpreis- und Operationelle Risiken) im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung regelmäßig den definierten Szenarioanalysen und Stresstests unterzogen. Neben den risikoarten-übergreifenden Gesamtbankstresstests werden auch inverse Stresstests und risikoartenspezifische Stresstests durchgeführt. Die Stresstests werden in Abhängigkeit von der Marktentwicklung und basierend auf dem Risikoprofil der Postbank stetig und dynamisch weiterentwickelt.

Neue-Produkte-Prozess

Die Risikofaktoren neuer Produkte und Produktmodifikationen werden über einen Prozess Neue Produkte/Neue Märkte (NPNM) systematisch MaRisk-konform identifiziert, in einer Produktdatenbank dokumentiert und ihren Risiken entsprechend in die Risikomessung und -überwachung des Postbank Konzerns eingebunden.

Konzernweites Risikoreporting

Das Risikoreporting in der Postbank beleuchtet die Risikotragfähigkeit und die Risikoauslastung in den einzelnen Risikoarten und umfasst eine Vielzahl regelmäßiger und spezieller Berichte. Über das reguläre Managementreporting hinaus existieren Regeln für ein nach Risikoarten differenziertes Ad-hoc-Frühwarnreporting. Die Adressaten werden somit zeitnah über Veränderungen von relevanten Einflussfaktoren informiert. Die nachfolgende Tabelle stellt, gegliedert nach den einzelnen Risikoarten, den Inhalt der wesentlichen Berichte, deren Publikationsturnus und deren Empfängerkreis dar.

Konzernweites Reporting			
Thema	Berichtsinhalte	Turnus	Adressat
Risikoarten-übergreifend	I Risikotragfähigkeit, Einzelrisiken, Konzentrationsrisiken, Stresstestergebnisse	quartalsweise	Aufsichtsrat, Gesamtvorstand, Bankrisikokomitee
Marktpreisrisiken	I Risikokennzahlen, Limitauslastungen, Umsätze, barwertige Ergebnisentwicklung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markteinheiten
	I Marktentwicklung, Entwicklung der Marktpreisrisiken, Ergebnisse und Risikokennzahlen, Stresstest- und Szenarioanalysen, Ergebnisse Backtesting	monatlich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten, Aufsicht
	I Risikokennzahlen, Limitauslastungen, barwertige Ergebnisentwicklung, Stresstest- und Backtestingergebnisse	monatlich	Markttrisikokomitee
Kreditrisiken	I Adresslimitüberwachung	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	I Portfolioentwicklung/-früherkennung, spezifische Portfolioanalysen, Key Performance Indicators, Ratingverteilungen, Länderrisiko inklusive GIIPS-Reporting, Limitauslastungen inklusive EC/RTF-Entwicklung, Risikovorwarnentwicklung inklusive Plan-Ist-Abgleich, Problemkredite/Watch-List, Risikokonzentrationen, RWA-Entwicklung, EL-Entwicklung, Ergebnisse aus Szenarioanalysen/Stresstests, MaRisk-Pflichtangaben	quartalsweise	Gesamtvorstand, Kreditausschuss, Bankrisikokomitee, Kreditrisikokomitee
Liquiditätsrisiken	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen	täglich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee, Financial Markets
	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests	wöchentlich	Risikovorstand, Financial Markets
	I Liquiditätsstatus inklusive Limitauslastung, Cashflows, Liquiditätsquellen, Ergebnisse der Szenarioanalysen/Stresstests, Liquiditätsentwicklung	monatlich	Gesamtvorstand
Operationelle Risiken	I Aufgetretene Schadenfälle	wöchentlich	Fraud Gremium, OpRisk-Komitee
	I Schadenfälle, Indikatoren, Einhaltung von Warnschwellen, Frequenzschäden, Auslastung der VaR-Limite	monatlich	Gesamtvorstand, OpRisk-Komitee
Geschäftsrisiken	I Volumenentwicklung Kundenprodukte	täglich	Gesamtvorstand, operative Markt- und Marktfolgeeinheiten
	I Risikokennzahlen, Stresstestergebnisse	monatlich	Gesamtvorstand, Markttrisikokomitee

Die übrigen Risikoarten – Beteiligungsrisiken, Immobilienrisiken und Kollektivrisiken – werden im Rahmen der Berichterstattung zu den Gesamtbankrisiken entsprechend als Einzelrisiken berichtet. Über die Kollektivrisiken wird darüber hinaus monatlich auch das MRK informiert.

Risikoartenunabhängig besteht eine Ad-hoc-Eskalationspflicht für alle entscheidungsrelevanten Ereignisse und Entwicklungen.

Aufsichtsrechtliche Anforderungen

Eigenmittelausstattung

Die Postbank kalkuliert ihr Eigenkapital seit dem 1. Januar 2007 auf Basis der Vorgaben von Basel II. Für die Kalkulation des Eigenkapitals nutzt die Postbank den IRB-Basis-Ansatz sowie den IRB-Ansatz für das Mengengeschäft.

Für die folgenden Portfolios – gegliedert nach Forderungsklassen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) – hat die Postbank per Stichtag 31. Dezember 2011 die aufsichtsrechtliche Eigenkapitalunterlegung nach den Regelungen der internen Ratingansätze kalkuliert: Zentralregierungen (Staaten), Institute (Banken), Unternehmen (Firmenkunden Inland, Firmenkunden Ausland, Gewerbliche Finanzierungen Inland, Gewerbliche Finanzierungen Ausland, Angekaufte Forderungen Unternehmen, Versicherungsgesellschaften), Mengengeschäft (Baufinanzierungen Deutsche Postbank AG, Baufinanzierungen BHW, Ratenkredite, Girokredite für wirtschaftlich Selbstständige und Geschäftskunden, Angekaufte Forderungen Retail), Beteiligungen (soweit nicht nach § 338 Abs. 4 SolvV ausgenommen), Verbriefungen und sonstige kreditunabhängige Aktiva.

Für die nicht nach den IRB-Ansätzen kalkulierten Restportfolios wendet die Postbank den Kreditrisiko-Standardansatz an. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um folgende Portfolios: Kontokorrentkredite und Beitreibungsgeschäft im Privatkundensegment, Portfolios der anderen Tochtergesellschaften der Postbank Gruppe mit Ausnahme der BHW Baufinanzierungen, Geschäfte aus auslaufenden Geschäftsbereichen und Forderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem öffentlichen Sektor des europäischen Wirtschaftsraums.

Bei Verbriefungspositionen erfolgt die Behandlung gemäß IRB-Ansatz oder Kreditrisiko-Standardansatz auf Basis der zugrunde liegenden Geschäfte. Die Eigenkapitalunterlegung für Verbriefungen wird in der Regel auf Basis des ratingbasierten Ansatzes mittels externer Ratings bzw. mittels des aufsichtlichen Formelansatzes kalkuliert. Für die von der Postbank originierte Verbriefungstransaktion PB Domicile 2006-1 wendet die Postbank eine abgeleitete Bonitätsbeurteilung an. Verbriefungspositionen, für die sich ein Risikogewicht von 1.250 % errechnet, werden vom Eigenkapital abgezogen.

Für Beteiligungen des Anlagebuchs, die nicht aufsichtsrechtlich zu konsolidieren oder von den Eigenmitteln abzuziehen sind, ermittelt die Postbank die Eigenkapitalunterlegung portfoliospezifisch auf Basis selbst geschätzter Ausfallwahrscheinlichkeiten. Bereits vor dem 1. Januar 2008 gehaltene strategische Beteiligungen sind befristet von der IRBA-Eigenkapitalunterlegung ausgenommen und verbleiben im Kreditrisiko-Standardansatz. Die Risikogewichtung der sonstigen Beteiligungen und auch der kreditunabhängigen Aktiva erfolgt mit aufsichtlich vorgegebenen Risikogewichten.

Die Postbank ist aktuell in der Umsetzungsphase für eine zukünftige Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes zur Eigenkapital-

berechnung der Adressenausfallrisiken unter Verwendung selbst geschätzter Verlustquoten auch für die Nicht-Mengengeschäft-Portfolios. Das Erreichen der Eintrittsschwelle und der damit angestrebten Entlastung bei den risikogewichteten Aktiva und bei der Eigenkapitalquote ist für das Jahr 2012 geplant. Letztendlich muss eine Abnahme durch die Aufsichtsbehörde erfolgen.

Zur Berechnung der Eigenkapitalanforderungen für die Marktpreisrisiken nutzt die Postbank derzeit die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden. Ende Februar 2011 hat die Postbank eine Neuausrichtung ihrer Handelsstrategie angekündigt, die tendenziell zu einer Reduzierung des Handelsbuchvolumens und damit der Marktpreisrisiken führt. Als Folge dessen hat die Postbank im Mai 2011 ihren Antrag auf Zulassung des internen Marktrisikomodells durch die BaFin zurückgezogen.

Für die Berechnung der Eigenkapitalanforderungen der Operationellen Risiken nutzt die Postbank seit dem 31. Dezember 2010 einen fortgeschrittenen Messansatz (AMA).

Hinsichtlich der Offenlegungsanforderungen nach §§ 319 bis 337 SolvV in Verbindung mit § 26a KWG (Gesetz über das Kreditwesen) hat die Deutsche Bank AG als übergeordnetes Institut der Deutsche Bank Gruppe den Offenlegungsbericht gemäß SolvV (Säule-III-Bericht nach Basel II) per 31. Dezember 2010 auf ihrer Internetseite veröffentlicht. Die Postbank veröffentlicht daher keinen eigenen Offenlegungsbericht mehr.

Liquiditätsanforderungen

Die Postbank erfüllt die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Liquidität gemäß § 11 KWG in Verbindung mit der am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Liquiditätsverordnung (LiqV). Die Postbank kalkuliert die Liquiditätskennzahlen auf Basis der aufsichtsrechtlichen Standardmethode gemäß §§ 2 bis 7 LiqV. Die Prozesse zur konzernweiten Identifikation, Messung, Überwachung und Steuerung der Liquiditätsrisiken orientieren sich an den in den „Principles for Sound Liquidity Risk Management and Supervision“ formulierten Anforderungen.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Mit Blick auf die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) hat die Postbank im Jahr 2011 alle ausstehenden Maßnahmen umgesetzt, durch die sie die zusätzlichen Anforderungen aus der am 15. Dezember 2010 veröffentlichten Neufassung der MaRisk bezüglich der Einbindung der Aufsichtsorgane, der Behandlung von Risikokonzentrationen, der Behandlung von Liquiditätsrisiken und des Risikomanagements auf Gruppenebene erfüllt.

Aufsichtsrechtliche Neuerungen

Ziel der unter der Bezeichnung „Basel III“ vom Baseler Ausschuss am 16. Dezember 2010 final verabschiedeten erweiterten regulatorischen Anforderungen ist die Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors. Zum 31. Dezember 2011 traten die Änderungen aus der Capital Requirements Directive (CRD III) und die daraus abgeleiteten Änderungen des KWG, der SolvV und der GroMiKV in Kraft. Die Postbank erfüllt alle neuen Anforderungen im Hinblick auf die Eigenkapitalunterlegung und die Behandlung von Großkrediten.

Die Postbank hat darüber hinaus alle erforderlichen Vorbereitungen eingeleitet, um den ab 2013 stufenweise steigenden Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung, den Minimalanforderungen zur Liquiditätsausstattung sowie den Neuregelungen zur Unterlegung von Adressenausfallrisiken und zur Vermeidung von prozyklischen Wirkungen zu entsprechen (Basel III).

Zudem hat die Postbank die Einflussparameter der Leverage Ratio und die Auswirkungen möglicher Szenarien sowie Maßnahmen zur Steuerung der Leverage Ratio analysiert und bereitet sich auf die diesbezüglichen künftigen Berichtspflichten vor. Weitere Maßnahmen zur Optimierung der Leverage Ratio werden kontinuierlich untersucht.

Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken

Zur Steuerung ihrer Marktpreisrisiken bedient sich die Postbank einer Kombination aus Risikokennzahlen, Ergebnisgrößen und sonstigen Kennzahlen. Die Wertveränderungen der mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen werden aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet. Bei inaktiven Marktsegmenten wird im Rahmen eines gesonderten Prozesses regelmäßig überprüft, inwieweit die verfügbaren Marktdaten noch adäquate Bewertungen ermöglichen. Für definierte Bestände werden deshalb aus Bewertungsmodellen abgeleitete Kurse verwendet. Die Ergebnissteuerung der Marktpreisrisikopositionen erfolgt sowohl mit einem periodischen als auch mit einem barwertigen Fokus. Sämtliche Marktpreisrisiken werden auf Value-at-Risk-Basis gemessen. Risiken aus möglichen Spread-Veränderungen sind in der Risikomessung berücksichtigt. Als weitere Steuerungskennzahlen werden Sensitivitätsmaße und Fristigkeitenstrukturen herangezogen.

Die vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise bereits 2008 eingeleitete De-Risking-Strategie wurde auch im Jahr 2011 planmäßig fortgeführt. Bis 2013 wird die Postbank ihren Bestand an Finanzanlagen im Wesentlichen durch Fälligkeiten und Verkäufe um bis zu 45 % (Vergleichsstichtag 30. September 2008) abbauen. Neben dem Abbau durch Fälligkeiten fanden hierzu im Verlauf des Jahres 2011 – wie bereits im Vorjahr – insbesondere Veräußerungen von SCP-Positionen und eine Reduzierung des Exposure in Banken und Staatsanleihen statt. Das Risiko aus Aktienbeständen ist unverändert vernachlässigbar.

Um der relativen Bedeutung der Marktpreisrisiken und der Volatilität von Marktbewegungen gerecht zu werden, hat die Postbank für die kritischen Steuerungsgrößen sowie für exogene Ereignisse Eskalationsmechanismen definiert, die eine zeitnahe Reaktion bei Limitannäherungen, bei Limitüberschreitungen oder im Falle von – für die Postbank relevanten – extremen Marktbewegungen ermöglichen.

Risikosteuerung von Zinsänderungsrisiken

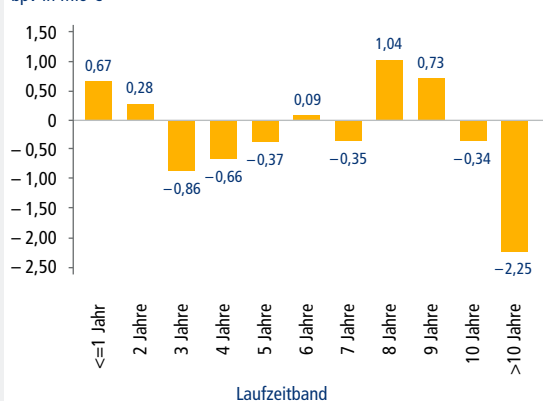
Zinsänderungsrisiken ergeben sich, wenn die zinssensitiven Aktiva und Passiva in den einzelnen Laufzeitbändern voneinander abweichende Beträge und Zinssätze aufweisen. Zur Quantifizierung der Zinsänderungsrisiken werden für die Kundengeschäfte mit wesentlichen impliziten Optionen spezielle Verhaltensannahmen auf der Basis von in der Vergangenheit beobachteten Verhaltensmustern getroffen. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die variabel verzinslichen Kundeneinlagen bei der Deutschen Postbank AG, die Positionen des Bausparkkollektivs der BHW Bausparkasse AG sowie das Kundenkreditgeschäft. Spezielle Abbildungsregeln und Bodensatzdefinitionen ergänzen das Konzept zur Risikoüberwachung und -steuerung. Die dazu verwendeten Modellierungsmethoden werden laufend überprüft

und weiter verfeinert. Das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen wird gemäß den internen Modellen und Verfahren zur Steuerung und Überwachung der Zinsänderungsrisiken modelliert. Eigenkapitalbestandteile, die dem Institut zeitlich unbegrenzt zur Verfügung stehen, werden nicht in die Ermittlung der Zinsänderungsrisiken einbezogen.

Die Analyse der Zinsrisiken ist integraler Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung im Handels- und im Anlagebuch. Die nachstehende Grafik zeigt das Profil der offenen Zinspositionen des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2011 in Form einer Basispoint-value (bpv)-Darstellung:

Zinspositionen (bpv) des Postbank Konzerns per 31.12.2011

bpv in Mio €



Positionen mit einem negativen Wert stellen ein aktivisches Zinsänderungsrisiko dar, hier besteht also ein Überhang der Aktivpositionen. Positive Werte sind analog als Passivüberhang zu interpretieren. In Summe ist die Postbank zum 31. Dezember 2011 weiterhin mit einem aktivischen Zins-Exposure positioniert. Die Abbildung zeigt, dass sich die aktivischen Überhänge zum Stichtag 31. Dezember 2011 im Wesentlichen auf den mittleren Laufzeitbereich – 3 bis 5 Jahre und 7 Jahre – sowie den Bereich langfristiger Laufzeiten von über 10 Jahren konzentrieren. Die grundsätzliche Ausrichtung der Zinsrisikopositionierung in den verschiedenen Laufzeitbereichen wurde im Jahr 2011 nur geringfügig verändert. Der Gesamt-bpv lag zum 31. Dezember 2011 bei ca. –2,0 Mio € nach ca. –2,6 Mio € am 31. Dezember 2010. Die Zinssensitivitäten resultieren überwiegend aus Euro- (bpv: ca. –0,7 Mio €) und aus US-Dollar-Positionen (bpv: ca. –1,2 Mio €); die Zinssensitivitäten gegenüber anderen Währungen sind unwesentlich.

Zu den Maßnahmen der Postbank zur aktiven Reduzierung der Zins-sensitivität zählten im Berichtsjahr der Abbau von Positionen sowie der Abschluss von Zinsswaps und Zinsfutures als Hedge-Maßnahmen.

Value-at-Risk-Messung, Limitierung und Backtesting

Die Quantifizierung und Überwachung der eingegangenen Marktpreisrisiken erfolgt im Postbank Konzern auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts. Der Value-at-Risk (VaR) eines Portfolios bestimmt die potenzielle negative Marktwertveränderung, die in einem bestimmten Zeitraum mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit in dem betreffenden Portfolio nicht überschritten wird. Die Berechnung wird auf alle mit Marktpreisrisiken behafteten Positionen des Handelsbuchs und des Anlagebuchs konsistent

und ohne Berücksichtigung ihres jeweiligen bilanziellen Ausweises angewandt.

Die Ermittlung des VaR erfolgt im Postbank Konzern einheitlich auf Basis einer Monte-Carlo-Simulation. Bei der operativen Steuerung werden ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von 10 Tagen (Anlagebuch) bzw. 1 Tag (Handelsbuch) zugrunde gelegt. Als maßgebliche Risikofaktoren werden bei der VaR-Berechnung Zins- und Spread-Kurven, Aktienkurse, Wechselkurse sowie Volatilitäten berücksichtigt. Spezifische Credit-Spread-Risiken bleiben im Marktpreisrisiko-VaR derzeit noch unberücksichtigt.

Korrelationseffekte zwischen den Risikofaktoren leiten sich aus historischen Beobachtungswerten ab. Neben dem Gesamt-VaR, der sämtliche Korrelationseffekte der Risikofaktoren berücksichtigt, werden auch VaR-Beiträge für die verschiedenen Unterarten des Marktpreisrisikos analysiert.

Die Marktpreisrisiken werden durch ein System risikobegrenzender Limite, bezogen auf den Gesamt-VaR sowie die wesentlichen Unterarten des Marktpreisrisikos (Zins-, Spread-, Aktien- und Währungsrisiken), überwacht. Daneben werden Verlustlimite für potenzielle Marktwertverluste in einzelnen Portfolios allokiert. Die Risikomessung und -überwachung erfolgt für die Gesamtbank auf End-of-Day-Basis, für die Handelsportfolios besteht zusätzlich eine Intraday-Überwachung des Marktpreisrisikos. Die Gesamtlimite werden vom BRK beschlossen und vom MRK als Sublimite den einzelnen operativen Einheiten zugeteilt. Die Limite werden ergebnisabhängig dynamisiert; über das Verlustlimit hinausgehende aufgelaufene Verluste reduzieren das Limit, aufgelaufene Gewinne füllen es wieder bis maximal auf das ursprünglich festgelegte Niveau auf. Im Jahr 2011 haben aufgetretene Marktwertverluste in einzelnen Subportfolios zu teilweisem Limitverzehr geführt. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte führte dieser Effekt, verbunden mit tendenziell steigenden VaR-Werten, auf Subportfolioebene zur Überschreitung von Limiten bzw. Wargrenzen, auf Konzernebene wurde das zur Verfügung gestellte Limit jedoch jederzeit eingehalten.

Neben diesen VaR-Limiten sind vom MRK Sensitivitätslimite festgelegt worden, die die Credit-Spread- und die Zins-Sensitivitäten in den verschiedenen Segmenten, Portfolios und Laufzeiten begrenzen.

Die zur Berechnung des VaR angewandten Verfahren werden regelmäßig im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit überprüft. Dabei wird die Prognosegenauigkeit des berechneten VaR u. a. durch Vergleich mit den eingetretenen Gewinnen und Verlusten infolge tatsächlicher Marktwertveränderungen, aber unverändertem Bestand, überprüft (Clean Mark-to-Market Backtesting).

Während das Backtesting zum Ultimo 2011 für die Risikokennzahlen des Handelsbuchs keine Ausreißer zeigt, liegt die Anzahl der Ausreißer im Anlagebuch mit 10 Fällen (Vorjahr: 5 Fälle) außerhalb der statistisch zu erwartenden Bandbreiten. Sämtliche Backtesting-Ausreißer wurden im zweiten Halbjahr beobachtet und stehen im Zusammenhang mit den extremen Spread-Ausweitungen bei Sovereign Bonds im Rahmen der europäischen Staatsschuldenkrise, die weit über die unter normalen Marktbedingungen zu beobachtenden Spread-Veränderungen hinausgingen. Im Jahr 2012 werden die Modellannahmen und -parameter im Hinblick auf mögliche Verbesserungen analysiert. Da das VaR-Modell unter den normalen

Marktbedingungen des ersten Halbjahres 2011 wie in den Vorjahren eine sehr gute Prognosegüte aufwies, ist jedoch grundsätzlich davon auszugehen, dass das VaR-Modell unter üblichen Marktbedingungen auch künftig ein geeignetes Instrument zur Ermittlung des Marktpreisrisikos darstellt.

Stresstesting

Zusätzlich zu den VaR-Berechnungen werden zur besonderen Analyse der Auswirkungen extremer Marktbewegungen in regelmäßigen Abständen Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt. Diese Analysen quantifizieren die Auswirkungen außergewöhnlicher Ereignisse und extremer Marktbedingungen auf die entsprechenden Positionen des Postbank Konzerns. Die Szenarioanalysen und Stresstests werden für alle wesentlichen Risikofaktoren durchgeführt. Die den Stresstests zugrunde liegenden Annahmen unterliegen einer laufenden Validierung.

Auch im Berichtsjahr wurden die Szenarioannahmen und die Stressparameter regelmäßig überprüft, und darüber hinaus wurde das Spektrum der durchgeführten Stresstests erweitert. Die Stresstests umfassen sowohl aus historisch beobachteten Risikofaktoränderungen abgeleitete Szenarien als auch hypothetische Extremszenarien. Der Gesamtvorstand, die Mitglieder des BRK und des MRK sowie der Aufsichtsrat werden über die wesentlichen Ergebnisse der Szenarioanalysen regelmäßig informiert. Die größten Anfälligkeiten zeigen sich unverändert im Zins- und im Spread-Bereich. Demgegenüber sind die Sensitivitäten gegenüber Aktienkurs-, Währungskurs- und Volatilitätsveränderungen deutlich geringer.

Auch beim nachteiligsten der betrachteten historischen Stressszenarien ist das den Marktpreisrisiken zugeteilte Risikokapital ausreichend.

Der Maßgabe, Risikokonzentrationen zu berücksichtigen, wird in der Marktpreisrisikomessung gesondert Rechnung getragen. Dies erfolgt beispielsweise durch Quantifizierung und Analyse der Auswirkungen assetklassen-, rating- oder währungsspezifischer Stresstests. Außerdem werden mithilfe von Sensitivitätsanalysen Risikokonzentrationen identifiziert. Instrumente hierfür sind Zinsgapstruktur-Analysen, nach Assetklassen und Bonitäten differenzierte Analysen von Credit-Spread-Sensitivitäten sowie Analysen der Aktien- und der Fremdwährungspositionen des Konzerns.

Marktgerechte Bedingungen

Neben der Überwachung der Marktpreisrisiken führt die Postbank auch eine Prüfung der im eigenen Namen für eigene Rechnung abgeschlossenen Handelsgeschäfte auf marktgerechte Preise (Marktgerechtheitskontrolle) durch. Die Überwachung erfolgt durch vom Handel unabhängige interne Kontrollstellen.

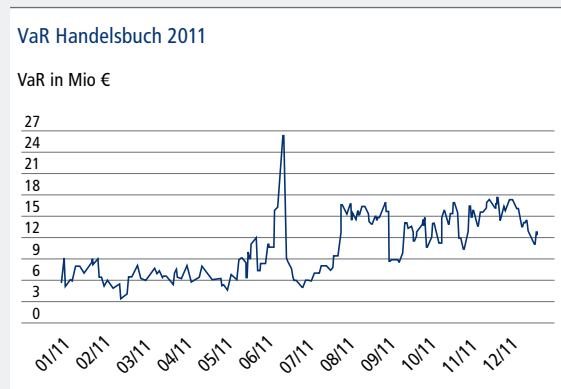
Risikokennzahlen

Für das Handelsbuch des Postbank Konzerns wurden für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011 (sowie für das Vergleichsjahr 2010) folgende Value-at-Risk-Werte (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) ermittelt:

Value-at-Risk-Handelsbuch	2011 Mio €	2010 Mio €
VaR am Jahresende	12,3	6,2
Minimaler VaR	3,4	2,3
Maximaler VaR	25,8	12,8
Durchschnittlicher VaR	10,2	5,2
Limit am Jahresende*	23,0	34,0

*nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

Die Entwicklung des Value-at-Risk im Laufe des Berichtsjahres für das Handelsbuch ist der folgenden Grafik zu entnehmen.



Im Verlauf des Jahres 2011 wurden im Handelsbuch die ausgeprägten Marktschwankungen insbesondere zur kurzfristigen Positionierung an den Geldmärkten genutzt. Risikopositionen wurden bei sich ergebenden Marktchancen erhöht und zeitnah wieder zurückgefahren. Insgesamt stieg der VaR aufgrund von höheren Marktvolatilitäten im Jahresverlauf an. Die VaR-Limitauslastung wird laufend überwacht, die Limite wurden jederzeit auch auf Subportfolioebene eingehalten.

Für das Anlagebuch, auf das der weitaus größte Teil der Marktpreisrisiken entfällt, betrug der Value-at-Risk (Konfidenzniveau: 99 %, Haltedauer: 10 Tage) zum 31. Dezember 2011 441,7 Mio € (zum Vergleich: 384,6 Mio € per 31. Dezember 2010).

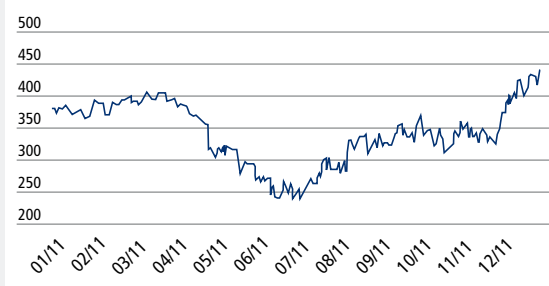
Value-at-Risk-Anlagebuch	2011 Mio €	2010 Mio €
VaR am Jahresende	441,7	384,6
Minimaler VaR	245,7	313,2
Maximaler VaR	441,7	406,2
Durchschnittlicher VaR	345,0	360,5
Limit am Jahresende*	523,0	562,0

*nach Berücksichtigung von limitverzehrenden Verlusten in der freien Risikodeckungsmasse

In die Berechnung werden alle wesentlichen marktpreisrisikotragenden Bestände des Anlagebuchs einbezogen. Bedingt durch die Geschäftsstrategie des Postbank Konzerns, wird die Höhe der Marktpreisrisiken im Anlagebuch im Wesentlichen durch Zins- und Spread-Risiken determiniert. Fremdwährungsrisiken haben eher eine untergeordnete Bedeutung und entstehen vor allem durch die Geschäftsaktivitäten der ausländischen Töchter der Postbank. Die aus Fremdwährungspositionen resultierenden barwertigen Risiken sind Bestandteil der täglichen Marktpreisrisikomessung und -berichterstattung. In der Steuerung liegt der Fokus zum einen auf der barwertigen Betrachtung und zum anderen auf der Minimierung möglicher GuV-Risiken aus Fremdwährungspositionen. Aktienrisiken, die u. a. auch aus der Steuerung der Risiken aus Kundenprodukten resultieren, sind gering.

VaR Anlagebuch 2011

VaR in Mio €



Der VaR im Anlagebuch der Postbank reduzierte sich im zweiten Quartal des Jahres 2011 aufgrund der fortgesetzten De-Risking-Maßnahmen sowie aufgrund von Verbesserungen bei der Berücksichtigung von Korrelationen zwischen den Marktrisikopositionen der Konzerneinheiten und der zunehmend geringeren Bedeutung der hochvolatilen Marktphase April/Mai 2011 bei der Schätzung der Risikofaktor-Volatilitäten deutlich. Im zweiten Halbjahr 2011 stieg der VaR aber wieder spürbar an, insbesondere aufgrund des erneuten sprunghaften Anstiegs der Spread-Volatilitäten europäischer Sovereigns und Banken als Folge der eskalierenden Staatsschuldenkrise.

Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken

Der Postbank Konzern orientiert sich in der Gesamtzusammensetzung des Kreditportfolios mit den Schwerpunkten Firmenkunden inklusive gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Banken, Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen) und Retail sowie den damit einhergehenden Risikokonzentrationen an einem Zielfortfolio. Dieses Zielfortfolio wurde nach der Maßgabe eines ausgewogenen Verhältnisses von Rendite und Risiko aufgestellt. Auf dessen Basis werden die Ratingklassen-, Branchen- und Regionenverteilungen strukturiert. Quartalsweise erfolgt ein Abgleich des aktuellen Forderungsportfolios mit dem Zielfortfolio. Für das Firmenkundengeschäft erfolgt zusätzlich eine einzelbezogene Rentabilitätsbetrachtung mittels des Return-on-Equity, des Verhältnisses von risikoadjustierter Nettomarge zu gebundenem Eigenkapital. Das Privatkundengeschäft ist aufgrund der ausgeprägten Risikodiversifikation im Rahmen der Definition des Zielfortfolios nicht grundsätzlich limitiert, sondern wird über die Nettomargenerwartungen nach Abzug des erwarteten Risikos gesteuert.

Das Management und die Überwachung des Adressenausfallrisikos und damit die Umsetzung der Kreditrisikostategie finden zum einen auf Basis des Einzelrisikos und zum anderen auf Portfolioebene statt.

Steuerung der Einzelrisiken

Kreditgenehmigungsverfahren

Die Kreditrichtlinien des Postbank Konzerns enthalten detaillierte Vorgaben für alle Kreditgeschäfte. Kreditgenehmigungen unterliegen einer festgelegten Kompetenzordnung, in deren Rahmen Entscheidungsträger oder -gremien zum Abschluss von Kreditgeschäften autorisiert sind. Die Kreditkompetenzen werden anhand festgelegter Höchstkreditgrenzen pro Gruppe verbundener Kunden (vgl. § 19 Abs. 2 KWG) in Abhängigkeit von der Bonitätseinstufung (Rating) und der Höhe bei Firmenkunden und Geschäften im Geschäftsbereich Financial Markets definiert. Ein wesentliches Merkmal des Kreditgenehmigungsverfahrens ist die Trennung zwischen Markt (Vertrieb/Handel), Marktfolge sowie dem Risikomanagement, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Eine bankaufsichtsrechtlich zulässige Ausnahme von der strengen Funktionstrennung bildet das standardisierte Kreditvergabeverfahren im nicht-risikorelevanten Geschäft, worunter die Postbank private Wohnungsbaufinanzierungen bis 1 Mio €, andere Retail-Kreditprodukte sowie im Geschäftsbereich Firmenkunden Kredite bis 750 T€ versteht, für die vereinfachte und standardisierte Verfahren Anwendung finden.

Scoring und Rating

Die Postbank verfügt über interne Ratingsysteme, die zur Nutzung des IRB-Ansatzes nach Basel II zugelassen sind. Neben methodischen und prozessual-organisatorischen Anforderungen haben diese Ratingsysteme ihre Eignung bei der Klassifizierung des Bestands- bzw. des Neugeschäfts bewiesen. Unabhängig von der Größe und der Art des Kreditgeschäfts wird im Kreditgenehmigungsverfahren mindestens jährlich oder anlassbezogen ein individuelles Rating oder Scoring durchgeführt.

Die Verantwortung für die Konzeption, die Implementierung, die Überwachung der Funktionsfähigkeit, die Kalibrierung und die Validierung der internen Ratingsysteme obliegt der Abteilung Risikoanalytik. Ein Ende 2010 zur Prozessunterstützung eingerichtetes Validierungsgremium stellt auch die Einbindung der Ergebnisse aus den Überwachungsaktivitäten in das interne Berichtswesen und die Steuerungsprozesse der Bank sicher. Der Vorstand wird regelmäßig über die Funktionsfähigkeit der Ratingsysteme sowie über die Ratingergebnisse im Rahmen des Managementreportings informiert. Die Prozessüberwachung liegt im Bereich Kreditrisikosteuerung Kreditgrundsätze. Die Weiterentwicklung, laufende Validierung und gegebenenfalls Rekalibrierung der Scoring- und Ratingsysteme stellten im Jahr 2011 einen Tätigkeitsschwerpunkt des Kreditrisikomanagements der Bank dar. Die Interne Revision prüft jährlich die Angemessenheit der internen Ratingsysteme inklusive der Einhaltung der Mindestanforderungen an den Einsatz der Ratingsysteme.

Im Retail Banking erfolgen Kreditvergabe, Prolongationsentscheidung und die Gestaltung der Konditionen basierend auf den Ergebnissen statistischer Scoringmodelle und über Genehmigungsrichtlinien. Die bei der Postbank eingesetzten Scoringmodelle verwenden interne und externe Informationen über den Kreditnehmer und schätzen mittels statistischer Verfahren individuell die PD (Probability of Default = Ausfallwahrscheinlichkeit) eines Kreditnehmers. Im Rahmen der Berechnung der LGD (Loss Given Default = Verlustquote) werden, bezogen auf die anrechenbaren Sicherheiten, individuell die Verwer-

tungsquoten sowie im Falle des kleinteiligen unbesicherten Mengengeschäfts pauschal die Wiedereinbringungsquoten geschätzt. Im Rahmen der CCF-Ermittlung (Credit Conversion Factor = Konversionsfaktor) wird der Anteil der im Ausfallzeitpunkt ausgenutzten offenen Linien geschätzt. Für die Giroprodukte im Retail-Bereich setzt die Postbank ein internes Verhaltensscoring ein, das Ausfallrisiken individuell auf Basis der historischen Kontoführungsdaten zusammen mit weiteren externen Informationen bewertet.

Für Kunden sowie Garantiegeber im Bereich Firmenkunden, Banken und Staaten werden für die Kreditentscheidung und die Konditionengestaltung Ratingmodelle verwendet, die in der Regel aus einem statistischen Kern (statistisches Bilanzrating oder Monte-Carlo-Simulation der erwarteten Zahlungsströme) bestehen und über eine heuristische Komponente qualitative und kurzfristigere Informationen in das interne Rating einbeziehen.

Alle internen Ratings und Scorings werden auf einer einheitlichen Masterskala abgebildet, die jedem Rating- oder Scoringergebnis eine Ratingklasse und die für die Klasse festgelegte Ausfallwahrscheinlichkeit zuordnet. Die Postbank lehnt sich hierbei an die Bezeichnungen der Ratingagentur Standard & Poor's an. Die Validierung der Rating- und der Scoringverfahren findet bei der Postbank im Rahmen der jährlichen Modellvalidierung und während des laufenden Monitoringprozesses statt. Die Modellvalidierung stützt sich auf standardmäßige Kernanalysen, die die Gesichtspunkte Stabilität der Modellformel bzw. der geschätzten Parameter und der Verteilungen, die Trennschärfe des Ratingmodells sowie die Bestätigung der Vorhersagekraft der Modelle beinhalten. Im Rahmen der Validierung werden auch eventuelle Veränderungen in der Verlusthistorie durch Anpassung der Parameter berücksichtigt.

Grundsätzlich ergibt sich aus der Einbindung der Modellvalidierung in die Prozesse der Postbank die Möglichkeit, geschäftspolitische und modellrelevante Maßnahmen aus den Ergebnissen der Kernanalysen direkt abzuleiten. In der Datenverarbeitung werden alle relevanten Inputfaktoren und die Ergebnisse der durchgeführten Ratings gespeichert, sodass eine lückenlose Ratinghistorie für jeden Kunden bzw. jedes Geschäft besteht.

Rating- und Scoringergebnisse dienen – über die Unterstützung im Kreditentscheidungsprozess hinaus – u. a. auch als Grundlage für die Berechnung des erwarteten Verlusts, also des Verlusts, der im statistischen Mittel über den Zeitraum eines Jahres zu erwarten ist. Sie fließen neben anderen Größen über die Standardrisikokosten (vgl. nachstehenden Abschnitt) indirekt in die Margenkalkulation ein.

Risiko-/Rendite-Steuerungsgrößen

Für erwartete Ausfälle im Kreditgeschäft des Postbank Konzerns werden die durchschnittlichen Standardrisikokosten in der Vorkalkulation kreditindividuell berücksichtigt. Dadurch können alle Kreditgeschäfte im Rahmen der Vorkalkulation bewertet werden. Die Standardrisikokosten fließen als Prämie für den erwarteten Verlust in die Preisbestimmung und in Form einer Return-on-Equity-Kennziffer (RoE) in die Rentabilitätsberechnung der Forderungen bei Firmenkunden ein. Die Rentabilitätsbetrachtung zielt auf eine ganzheitliche Bewertung der Kundenbeziehung ab und findet für den Retail-Bereich auf Produkt- bzw. Portfolioebene, für den Non-Retail-Bereich individuell statt.

Sicherheitenmanagement

Das Sicherheitenmanagement ist wichtiger und integraler Bestandteil des Kreditmanagementprozesses der Postbank. An die Qualität (z. B. die rechtliche Wirksamkeit und die Durchsetzbarkeit) der hereingenommenen Sicherheiten werden strenge Maßstäbe angelegt. Wie beim Grundgeschäft mit einem Kontrahenten wird die Werthaltigkeit der Sicherheit nicht nur bei Kreditgewährung, sondern auch während der Laufzeit des Kredits auf Basis konzernweiter Standards kontinuierlich überwacht. Im Jahr 2011 wurden die Sicherheitenprozesse für die Hereinnahme und Überwachung von Grundpfandrechten an den Auslandsstandorten London und New York sowie von Gewährleistungen weiter optimiert. Die grundlegende Entscheidung über die Anerkennung und die Anwendung von Arten von Sicherungsinstrumenten zur Kreditrisikominderung ist Teil der Geschäftsstrategie wie auch der Kreditrisikostategie. Als Sicherungsinstrumente nutzt die Postbank hauptsächlich Grundpfandrechte zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen, Garantien und Kreditderivate sowie finanzielle Sicherheiten und sonstige Sachversicherungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement liegt in der Marktfolge und umfasst die Anerkennung als Sicherheit, die rechtliche Beordnung und die regelmäßige Überprüfung und Bewertung sowie die Verwaltung der angerechneten Sicherheiten. Die immobilien Sicherheiten werden in den positionsführenden Systemen erfasst. Die Wertansätze der Sicherheiten werden in Abhängigkeit von der Art der Besicherung nach festgelegten Überwachungsfrequenzen, im Regelfall jährlich bzw. bei kritischen Engagements in kürzeren Intervallen, überprüft.

Garantien und Kreditderivate müssen unwiderruflich und unbedingt sein, um als Kreditrisikominderungsinstrument bei der Mindesteigenkapitalberechnung für Adressrisiken angerechnet werden zu können. Anerkannt werden nur Garantien von Staaten (Zentral- und Regionalregierungen sowie Kommunen), sonstigen staatlichen Stellen, Banken, supranationalen Organisationen und juristischen Personen mit einem Rating von mindestens A–. Garantie- sowie Sicherheitengeber im Zusammenhang mit Kreditderivaten unterliegen den gleichen Risikoklassifizierungs-, Risikolimitierungs- und Risikoüberwachungsverfahren wie Kreditnehmer.

Grundpfandrechte werden bei der Berechnung des möglichen Verlusts bei Ausfall eines Kredits berücksichtigt. Im Falle einer dauerhaften Zahlungsunfähigkeit des Kreditnehmers erfolgt die Verwertung der Sicherheiten.

Bei grundpfandrechtlichen Kreditsicherheiten im Firmenkundengeschäft erfolgen turnusmäßig, mindestens jährlich, eine objektbezogene Wertüberprüfung sowie im Inland eine marktbezogene Überwachung auf Basis des Marktwertschwankungskonzepts der Deutschen Kreditwirtschaft (ehemals: Zentraler Kreditausschuss (ZKA)). Daneben erfolgt eine fortlaufende qualitative Beobachtung der relevanten Branchen und Immobilienmärkte durch den Markt- und den Marktfolgebereich. Bei Krediten bzw. Immobilienwerten im Volumen von mehr als 3 Mio € wird die Bewertung grundsätzlich spätestens nach drei Jahren durch unabhängige, qualifizierte Kreditspezialisten überprüft bzw. eine Neubewertung durch Immobiliensachverständige vorgenommen.

Sofern die sofortige Verwertung von der Postbank zur Kreditsicherung übertragenen Sicherheiten aus rechtlichen oder wirtschaftlichen

Gründen nicht möglich oder sinnvoll ist, kann die Liquidation dieser Sicherheiten bis zur Klärung der rechtlichen Voraussetzungen bzw. bis zum Eintritt einer wirtschaftlich sinnvoller Situation unter bestmöglicher Bewirtschaftung und Entwicklung zunächst zurückgestellt werden (aktives bzw. passives Halten).

Zur Verbesserung des Sicherheitenmanagements der Postbank ist die konzernweite Einführung eines mandantenfähigen Sicherheitenverwaltungssystems geplant. Die Einführung erfolgt modular, für erste Teilportfolios bereits im Jahr 2012.

Kreditüberwachung und Problemkreditverfahren

Bei nicht standardisierten Krediten erfolgt eine Überwachung der Kreditrisiken durch mindestens jährliche Bonitätsprüfungen sowie infolge von Ereignissen, die die Bonität eines Schuldners beeinflussen können. Die Kontrollen werden, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben, von den operativen Kreditheiten in der Marktfolge und bei Handelsgeschäften zusätzlich vom Risikocontrolling durchgeführt.

Im Bereich des individuellen Kreditgeschäfts mit Firmenkunden sowie im Bereich der Baufinanzierung (hier ab 500 T€ je Kreditnehmer bzw. Kreditnehmereinheit) hat die Postbank, entsprechend den bankaufsichtsrechtlichen Anforderungen, einen Kreditüberwachungsprozess implementiert, durch den anhand definierter qualitativer und quantitativer Risikoindikatoren (z. B. Brancheninformationen, betriebswirtschaftliche Daten, Kunden- und Kontoführungsdaten und Ratingveränderungen) erhöht risikobehaftete Kredite identifiziert werden. Die frühzeitige Erkennung des zunehmenden Kreditausfallrisikos anhand von Frühwarnindikatoren ermöglicht der Postbank, zeitnah Maßnahmen zur Risikominderung zu ergreifen, gegebenenfalls Sanierungsmodelle mit dem Schuldner zu entwickeln und umzusetzen oder eine Kreditabwicklung einzuleiten.

Bei Identifikation eines Firmenkundenkredits als erhöht risikobehaftet wird der betreffende Kreditnehmer auf eine Überwachungsliste gesetzt. Der Einzelkredit ist bei Vorliegen harter Risikoindikatoren zwingend und bei Vorliegen lediglich weicher Risikoindikatoren nach Ermessen des betreuenden Kreditspezialisten auf die Überwachungsliste zu nehmen. Sie wird laufend von den verschiedenen Kreditabteilungen aktualisiert und dem Ressortvorstand CRO sowie dem KRK quartalsweise vorgelegt. Die größten Einzelengagements sowie Kredite, die in der Entscheidung des Gesamtvorstands lagen, werden als Teil des vierteljährlichen Kreditrisikoberichts an den Gesamtvorstand und den Kreditausschuss des Aufsichtsrats berichtet.

Im Berichtsjahr hat die Postbank in Reaktion auf die Finanzmarktkrise und die daraus resultierende Bonitätsverschlechterung vieler Kunden und Kontrahenten ihre Prozesse im Rahmen umfangreicher Projekte signifikant verbessert. Schwerpunkt war u. a. die verbesserte Identifikation, Dokumentation und spezialisierte Bearbeitung von ausfallgefährdeten und sanierungsbedürftigen Kreditengagements. In diesem Zusammenhang wurden eigens Spezialkreditabteilungen gegründet und mit Sanierungsexperten besetzt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Steuerung der Kreditrisiken auf Portfolioebene

Portfoliosteuerung

Über die Überwachung der Einzelrisiken hinaus ermittelt der Postbank Konzern das notwendige ökonomische Kapital (auch Economic Capital bzw. EC) für den gesamten mit Kreditrisiken behafteten Forderungsbestand des Konzerns. Zu diesem Zweck hat die Postbank zum Jahresende 2011 ein neues Kreditportfoliomodell eingeführt, das Modellunsicherheiten bei der bisherigen Messung des Credit Value-at-Risk (CVar) beseitigt. Mit dem neuen Modell konnte die bislang erforderliche Berechnung auf Basis von Vormonatsdaten durch eine Berechnung auf Basis von Daten des aktuellen Monats ersetzt werden. Weitere Vorteile sind die bessere Einbindung interner und externer Risikoparameter, die verbesserte Erfassung von Konzentrationsrisiken im Kreditportfolio sowie von Wiederanlageeffekten bei Restlaufzeiten von unter einem Jahr und die Aufgliederung bis auf einzelne Schuldner.

Das EC ist die potenzielle negative Veränderung des Barwerts des Gesamtkreditportfolios durch eingetretene oder potenzielle Verluste aufgrund von Kreditrisiken, die innerhalb eines Jahres mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,93 % nicht überschritten wird. Im Rahmen des konzernübergreifenden Risikotragfähigkeitskonzepts der Postbank ist das EC als Maß für den unerwarteten Verlust aus Kreditrisiken durch Risikokapital zu unterlegen. Durch die Einführung des neuen Modells und den damit verbundenen erwarteten Anstieg des ökonomischen Kapitals wird der im Jahr 2010 eingeführte Limitpuffer wegen Modellunsicherheiten obsolet.

76

Im Unterschied zum EC ist der in der Tabelle „Kreditrisiken“ im Abschnitt Portfoliostruktur angegebene erwartete Verlust der Erwartungswert von Verlusten aus Kreditrisiken des Konzernportfolios, bezogen auf ein Zeitintervall von einem Jahr. Dieser berechnet sich näherungsweise als Produkt der Ausfallwahrscheinlichkeit, der Gesamtforderungshöhe bei Ausfall und der Verlustquote bei Ausfall und ist abhängig vom Rating des Kontrahenten bzw. des Geschäfts und der Laufzeit des Geschäfts. Der erwartete Verlust trägt nicht zum Gesamtrisiko der Bank bei, sondern wird über die Standardrisikokosten in der Margenkalkulation berücksichtigt.

Die Berechnung des EC basiert auf dem Migrationsverhalten der schulderspezifischen Bonitäten und den Korrelationseffekten im Portfolio, um Risiken aus einer unvorteilhaften Konzentration der Kreditnehmer bezüglich ihrer Branchen-, Größenklassen-, Bonitäts- und Länderzugehörigkeit zu quantifizieren. Die Wahrscheinlichkeit einer Ratingveränderung (Migration) wird kontinuierlich aktualisiert und an die beobachteten Veränderungen der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Zur Berechnung des EC werden alle Forderungen mit ihren zukünftigen Zahlungsströmen erfasst und auf den Betrachtungszeitpunkt diskontiert, sodass neben einem Kapitalausfall innerhalb des Betrachtungszeitraums von einem Jahr auch der barwertige Effekt aller über den Betrachtungszeitraum hinaus auftretenden Bonitätsveränderungen gemessen wird. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt hierbei auf Basis der aktuellen internen und externen Bonitätsbeurteilungen sowie intern und extern abgeleiteter Parameterschätzungen für Verlustquoten.

Als externe Eingangsgrößen fließen in die EC-Berechnung u. a. fortlaufend aktualisierte Daten der Ratingagenturen, abgeleitete Migrationstabellen, Zinskurven sowie eine Kovarianzmatrix der im Korrelationsmodell verwendeten Risikofaktoren ein. Homogene, granulare Forderungen werden bei der Berechnung des EC zusammengefasst

und nicht auf Einzelgeschäftsebene berechnet. Dies sind vor allem Produkte des Mengengeschäfts.

Mit den jeweils aktualisierten Bestands- und Marktdaten wird monatlich das EC des Konzernkreditportfolios berechnet. Die Berechnung des EC im Konzernkreditportfolio berücksichtigt die Diversifikationseffekte zwischen den Portfolios der Geschäftsbereiche. Die Auslastung der vom KRK den einzelnen Profitcentern zur Verfügung gestellten EC-Limite und des Gesamtlimits für Kreditrisiken wird regelmäßig überwacht.

Zusätzlich zur Berechnung des EC wird das Konzernkreditportfolio regelmäßig einem risikoartenübergreifenden Stresstesting und Sensitivitätsanalysen unterzogen mit dem Ziel, die Verluste zu quantifizieren, die als Folge extremer Ereignisse ausgelöst werden könnten.

Portfoliostruktur

Wesentliche Kennzahlen zur Beschreibung der Kreditrisiken für die unterschiedlichen Profitcenter zum 31. Dezember 2011 im Vergleich zum Jahresende 2010 werden in der folgenden Tabelle dargestellt (Volumen: IFRS-Buchwerte).

Kreditrisiken ¹	Volumen		Erwarteter Verlust		Economic Capital ^{1,2}	
	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €	31.12. 2011 Mio €	31.12. 2010 Mio €
Retail	81.219	79.068	195	363	824	232
Corporate	26.422	29.263	67	79	538	259
Financial Markets	78.070	128.873	143	361	1.104	1.450
Gesamt	185.711	237.204	405	802	2.466	1.469

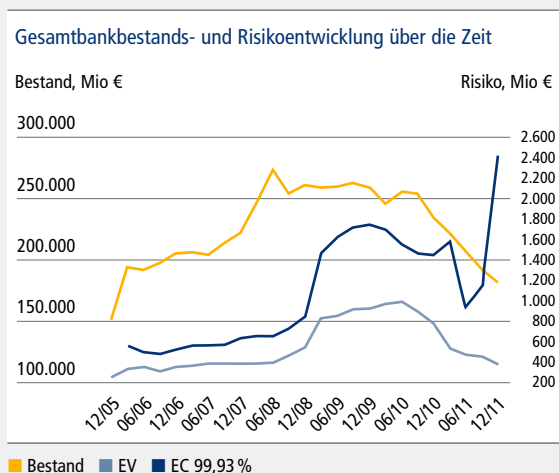
¹Berechnung des Economic Capital per 31.12.2011 auf Basis des neuen Kreditportfoliomodells. Vergleichszahlen per 31.12.2010 wurden nach altem Verfahren ermittelt. Das zugrunde liegende Konfidenzniveau beträgt 99,93 %.

²Per 31.12.2010 ist gemäß alter Ermittlungsmethodik der CVar im Konzernkreditportfolio geringer als die Summe der Einzel-CVar der Geschäftsbereiche. Die Begriffe Economic Capital (EC) und CVar sind inhaltlich identisch.

Der Rückgang des Gesamtvolumens von 237,2 Mrd € auf 185,7 Mrd € und eines Teils der erwarteten Verluste resultiert insbesondere aus dem weiteren Abbau der Finanzanlagen inklusive SCP im Bereich Financial Markets. Beim erwarteten Verlust wirkt sich zudem eine methodische Anpassung in der Masterskala im ersten Quartal 2011 reduzierend aus. Im Bereich Retail wird jedoch aufgrund anstehender Rekalibrierungen für 2012 in einzelnen Subsegmenten wieder ein Anstieg erwartet.

Der EC-Anstieg (ohne Berücksichtigung des Limitpuffers in Höhe von 1,3 Mrd € per Jahresultimo 2010) ist auf den Wechsel des Kreditportfoliomodells und die dadurch verbesserte Abbildung von Korrelationen und Konzentrationen zurückzuführen. Der Anstieg spiegelt keine Risikoerhöhung wider. Insgesamt hat sich das Risikoprofil – mit Ausnahme des Staaten-Exposure – durch De-Risking positiv entwickelt.

Nachfolgende Grafik spiegelt die Umstellung auf das neue Kreditportfoliomodell und den damit verbundenen Anstieg des EC zum Jahresultimo 2011, den seit 2010 verstärkten Abbau des Bestands durch De-Risking und die daraus resultierende Reduktion des erwarteten Verlusts wider:



Die nachfolgende Tabelle stellt das maximale Kreditrisiko zum 31. Dezember 2011 im Vergleich zum 31. Dezember 2010 dar. Die Darstellung „Maximale Adressausfallrisiken“ zeigt einen Aufriss des maximalen Kreditrisikos gemäß IFRS 7.36 (a) nach Klassen der risikotragenden Finanzinstrumente. Diese Größe stellt eine Brutto-position dar, da risikotragende Finanzinstrumente jeweils ohne Anrechnung von Kreditrisikominderungstechniken angesetzt und bewertet werden, das bilanzielle Geschäft zu Buchwerten ausgewiesen wird und die maximalen Adressenausfallrisikobeträge aus der Inanspruchnahme von unwiderruflichen Kreditzusagen bzw. sonstigen außerbilanziellen Positionen den gesamten extern zugesagten Linien entsprechen. In diese Darstellung fließen keinerlei Informationen über Ratings ein, wie dies bei der ökonomischen Risikobetrachtung in der Tabelle „Kreditrisiken“ gegeben ist. Im Vergleich zur bisherigen Berichterstattung wurde die Tabelle gemäß IFRS 7.36 (b) um die Darstellung von Sicherheiten bzw. Risikominderungsverfahren erweitert.

Den Bestand an Finanzanlagen baut die Postbank im Rahmen des Programms zum Abbau von finanzmarktbezogenen Beständen und Risiken seit dem dritten Quartal 2008 gezielt ab. Seit Ende 2010 wurde ein Volumen von 12,5 Mrd € oder 21 % abgebaut.

Maximale Adressenausfallrisiken								
Risikotragende Finanzinstrumente	Maximaler Adressen- ausfallrisikobetrag		Sicherheiten		Garantien/ Kreditderivate		Maximaler Adressenausfall- risikobetrag nach Kreditrisiko- minderung	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsaktiva	6.892	24.150	163	183	22	21	6.707	23.946
Held for Trading	6.892	24.150	163	183	22	21	6.707	23.946
Hedging-Derivate	1.277	664	–	–	–	–	1.277	664
Forderungen an Kreditinstitute	20.322	12.140	12.184	3.630	50	150	8.088	8.360
Loans and Receivables	20.322	12.140	12.184	3.630	50	150	8.088	8.360
Wertpapierpensionsgeschäfte	12.184	3.630	12.184	3.630	–	–	0	0
Tagesgelder	4.252	4.294	–	–	–	–	4.252	4.294
Darlehen	2.459	3.453	–	–	50	150	2.409	3.303
Namensschuldverschreibungen	348	400	–	–	–	–	348	400
Termingelder	104	191	–	–	–	–	104	191
Sonstige Forderungen	975	172	–	–	–	–	975	172
Forderungen an Kunden	110.740	111.783	83.092	83.226	388	646	27.260	27.911
Loans and Receivables	103.227	103.689	75.845	75.371	388	646	26.994	27.672
Private Baufinanzierungen	63.750	62.365	61.500	61.750	–	–	2.250	615
Bauspardarlehen	3.830	3.713	3.696	3.713	–	–	134	0
Gewerbliche Kredite	26.125	30.284	10.649	9.908	385	409	15.091	19.967
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.517	2.433	–	–	3	237	3.514	2.196
Ratenkredite	4.352	3.880	–	–	–	–	4.352	3.880
Sonstige Forderungen	1.653	1.014	–	–	–	–	1.653	1.014
Fair-Value-Option	7.513	8.094	7.247	7.855	–	–	266	239
Private Baufinanzierungen	7.513	8.094	7.247	7.855	–	–	266	239
Finanzanlagen	46.480	58.980	–	–	912	1.528	45.568	57.452
Loans and Receivables	39.976	50.032	–	–	738	1.355	39.238	48.677
Available for Sale	6.504	8.948	–	–	174	173	6.330	8.775
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.338	7.739	–	–	174	173	6.164	7.566
Aktien	2	2	–	–	–	–	2	2
Investmentfondsanteile	128	1.164	–	–	–	–	128	1.164
Beteiligungen	18	19	–	–	–	–	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	18	24	–	–	–	–	18	24
Zwischensumme	185.711	207.717	95.439	87.039	1.372	2.345	88.900	118.333
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	827	1.036	–	–	–	–	827	1.036
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	20.077	21.563	–	–	2	28	20.075	21.535
Gesamt	206.615	230.316	95.439	87.039	1.374	2.373	109.802	140.904

Ergänzend zu den in der Tabelle dargestellten Sicherheiten und Garantien/ Kreditderivaten hat die Postbank zum Jahresultimo 2011 Nettingeffekte in Höhe von 6,6 Mrd € (31. Dezember 2010: 22,3 Mrd €), bezogen auf die Handelsaktiva und die Hedging-Derivate, risikomindernd genutzt. Bei den Wertpapierpensionsgeschäften wurden zum Jahresultimo 2011 Nettingeffekte in Höhe von 23,4 Mrd € (31. Dezember 2010: 7,0 Mrd €) bereits im Ausweis des maximalen Adressenausfallrisikobetrags vor Sicherheiten berücksichtigt.

Bei dem Ausweis zum Jahresultimo 2011 in der Position „Finanzanlagen“ und zu einem geringen Teil auch in der Position „Forderungen an

Kreditinstitute“ handelt es sich in Höhe von 11,8 Mrd € um gedeckte Schuldverschreibungen (31. Dezember 2010: 15,9 Mrd €). Daneben sind die ebenso in der Position „Finanzanlagen“ enthaltenen Investorverbriefungen zum Jahresultimo 2011 in Höhe von 1,7 Mrd € (31. Dezember 2010: 2,7 Mrd €) als vollbesichert anzusehen.

Branchenstruktur des Kreditportfolios

Nachstehende Tabelle veranschaulicht die Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen, aufgegliedert nach Bilanzpositionen, Haltekategorien und Produktgruppen.

Risikokonzentrationen nach Branchen bzw. Schuldnergruppen

Risikotragende Finanzinstrumente	Retail-Kunden		Banken/ Versicherungen/ Finanzdienstleister		Staaten		Gewerbliche Realkredite		Dienstleister/ Handel		Industrie		Sonstige Branchen		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsaktiva	169	189	6.230	23.440	–	–	–	99	151	125	81	22	261	275	6.892	24.150
Held for Trading	169	189	6.230	23.440	–	–	–	99	151	125	81	22	261	275	6.892	24.150
Hedging-Derivate	–	–	1.277	664	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	1.277	664
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	20.168	12.099	–	–	–	23	0	1	–	–	154	17	20.322	12.140
Loans and Receivables	–	–	20.168	12.099	–	–	–	23	0	1	–	–	154	17	20.322	12.140
Wertpapierpensionsgeschäfte	–	–	12.184	3.630	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	12.184	3.630
Tagesgelder	–	–	4.252	4.292	–	–	–	–	0	1	–	–	0	1	4.252	4.294
Darlehen	–	–	2.458	3.414	–	–	–	23	–	–	–	–	1	16	2.459	3.453
Namensschuldverschreibungen	–	–	346	400	–	–	–	–	–	–	–	–	2	–	348	400
Termingelder	–	–	104	191	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	104	191
Sonstige Forderungen	–	–	824	172	–	–	–	–	–	–	–	–	151	–	975	172
Forderungen an Kunden	82.690	81.895	908	1.265	3.269	2.225	16.276	16.703	4.002	5.281	2.216	2.212	1.379	2.202	110.740	111.783
Loans and Receivables	75.185	73.813	908	1.265	3.269	2.224	16.276	16.703	4.000	5.277	2.216	2.212	1.373	2.195	103.227	103.689
Private Baufinanzierungen	63.291	61.753	11	2	7	4	0	465	160	65	19	2	262	74	63.750	62.365
Bauspardarlehen	3.830	3.697	–	–	0	7	–	–	0	3	–	–	0	6	3.830	3.713
Gewerbliche Kredite	2.171	4.110	856	1.068	1	114	16.274	16.238	3.748	5.114	2.197	2.210	878	1.430	26.125	30.284
Forderungen an öffentliche Haushalte	–	–	0	61	3.261	2.099	–	–	90	94	–	–	166	179	3.517	2.433
Ratenkredite	4.351	3.393	0	2	–	–	–	–	1	1	–	–	0	484	4.352	3.880
Sonstige Forderungen	1.542	860	41	132	–	–	2	–	1	0	–	–	67	22	1.653	1.014
Fair-Value-Option	7.505	8.082	–	–	0	1	–	–	2	4	–	–	6	7	7.513	8.094
Private Baufinanzierungen	7.505	8.082	–	–	0	1	–	–	2	4	–	–	6	7	7.513	8.094
Finanzanlagen	–	–	23.962	33.197	18.257	21.486	–	–	2.090	1.922	1.444	940	727	1.435	46.480	58.980
Loans and Receivables	–	–	20.215	27.933	16.803	19.335	–	–	1.384	1.149	1.116	621	458	994	39.976	50.032
Available for Sale	–	–	3.747	5.264	1.454	2.151	–	–	706	773	328	319	269	441	6.504	8.948
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	–	–	3.608	4.189	1.454	2.151	–	–	706	653	328	319	242	427	6.338	7.739
Aktien	–	–	2	2	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	2
Investmentfondsanteile	–	–	118	1.058	–	–	–	–	0	103	–	–	10	3	128	1.164
Beteiligungen	–	–	1	–	–	–	–	–	0	17	–	–	17	2	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	–	–	18	15	–	–	–	–	–	–	–	–	0	9	18	24
Zwischensumme	82.859	82.084	52.545	70.665	21.526	23.711	16.276	16.825	6.243	7.329	3.741	3.174	2.521	3.929	185.711	207.717
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	318	63	131	625	0	–	34	73	223	114	63	66	58	95	827	1.036
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	16.066	16.213	130	96	45	67	553	1.419	2.107	2.239	747	1.028	429	501	20.077	21.563
Gesamt	99.243	98.360	52.806	71.386	21.571	23.778	16.863	18.317	8.573	9.682	4.551	4.268	3.008	4.525	206.615	230.316

Insgesamt zeigt die Branchenaufteilung des Volumens der kreditrisikotragenden Instrumente mit Ausnahme der Konzentration bei Banken eine ausgewogene Struktur. Das Konzernkreditportfolio besteht schwerpunktmäßig aus Krediten an Retail-Kunden mit Fokus auf private Baufinanzierungen in Deutschland. Daneben bestehen Kreditengagements im Bereich Firmenkunden überwiegend aus dem Geschäft mit gewerblichen Kunden in Deutschland bzw. in Form nationaler und internationaler gewerblicher Immobilienfinanzierungen. Der Bestand an Finanzanlagen besteht vornehmlich aus einem Portfolio von Staatsanleihen, überwiegend Deutschlands und anderer europäischer Nationen, sowie Anleihen von Banken (inklusive Covered Bonds und Pfandbriefe), Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern.

Zur Steuerung der Investitionen im Non-Retail-Bereich ist in der Kreditrisikostategie ein Zielfortfolio definiert, das unter Diversifikationsaspekten ausgerichtet wurde.

Regionale Aufteilung des Kreditportfolios

Zur Steuerung des Länderrisikos hat der Postbank Konzern länderspezifische Limite für die Kreditvergaben eingerichtet. Die Höhe der Länderlimite wird maßgeblich bestimmt durch interne und externe Ratings und die am Bruttoinlandsprodukt gemessene Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes. In einer konzernweiten Datenbank werden neben den jeweils zugewiesenen Länderlimiten und deren aktueller Ausnutzung auch volkswirtschaftliche Daten erfasst, die zur Einordnung eines Landes in eine Risikoklasse herangezogen werden. Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise wurde die Systematik der Länderlimite grundsätzlich überarbeitet und um eine Frühwarnsystematik ergänzt.

Risikokonzentrationen nach geografischen Gebieten								
Risikotragende Finanzinstrumente	Deutschland		Westeuropa		Sonstige Regionen		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsaktiva	2.454	6.180	3.986	15.253	452	2.717	6.892	24.150
Held for Trading	2.454	6.180	3.986	15.253	452	2.717	6.892	24.150
Hedging-Derivate	179	136	871	376	227	152	1.277	664
Forderungen an Kreditinstitute	13.164	6.608	6.546	4.173	612	1.359	20.322	12.140
Loans and Receivables	13.164	6.608	6.546	4.173	612	1.359	20.322	12.140
Wertpapierpensionsgeschäfte	8.099	3.339	4.085	180	0	111	12.184	3.630
Tagesgelder	2.469	1.250	1.358	2.100	425	944	4.252	4.294
Darlehen	1.171	1.430	1.103	1.719	185	304	2.459	3.453
Namensschuldverschreibungen	348	242	0	158	–	–	348	400
Termingelder	104	175	0	16	–	–	104	191
Sonstige Forderungen	973	172	–	–	2	–	975	172
Forderungen an Kunden	94.388	93.927	12.717	12.567	3.635	5.289	110.740	111.783
Loans and Receivables	86.899	85.863	12.696	12.541	3.632	5.285	103.227	103.689
Private Baufinanzierungen	59.362	58.071	4.337	3.319	51	975	63.750	62.365
Bauspardarlehen	3.805	3.682	22	27	3	4	3.830	3.713
Gewerbliche Kredite	14.450	17.015	8.105	8.964	3.570	4.305	26.125	30.284
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.347	2.225	170	208	–	–	3.517	2.433
Ratenkredite	4.339	3.868	12	11	1	1	4.352	3.880
Sonstige Forderungen	1.596	1.002	50	12	7	–	1.653	1.014
Fair-Value-Option	7.489	8.064	21	26	3	4	7.513	8.094
Private Baufinanzierungen	7.489	8.064	21	26	3	4	7.513	8.094
Finanzanlagen	12.820	18.512	27.513	33.606	6.147	6.862	46.480	58.980
Loans and Receivables	10.940	15.071	23.373	28.944	5.663	6.017	39.976	50.032
Available for Sale	1.880	3.441	4.140	4.662	484	845	6.504	8.948
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.788	2.379	4.071	4.543	479	817	6.338	7.739
Aktien	2	–	0	2	–	–	2	2
Investmentfondsanteile	75	1.022	50	114	3	28	128	1.164
Beteiligungen	15	18	1	1	2	–	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	0	22	18	2	–	–	18	24
Zwischensumme	123.005	125.363	51.633	65.975	11.073	16.379	185.711	207.717
Eventualverpflichtungen aus Bürgschaften und Garantien	666	716	64	263	97	57	827	1.036
Andere Verpflichtungen (unwiderrufliche Kreditzusagen)	19.512	20.752	466	546	99	265	20.077	21.563
Gesamt	143.183	146.831	52.163	66.784	11.269	16.701	206.615	230.316

Die regionale Aufteilung des Kreditvolumens zeigt weiterhin eine strategiekonforme Konzentration auf den Heimatmarkt Deutschland sowie ausgewählte Engagements in Westeuropa und Nordamerika, die u. a. von den ausländischen Tochtergesellschaften und Niederlassungen eingegangen wurden.

Die nachstehende Tabelle beinhaltet sämtliche Engagements gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder. Ausgewiesen werden die IFRS-Buchwerte jeweils in den Kategorien „Available for Sale“ und „Loans and Receivables“.

Engagement gegenüber staatlichen Kreditnehmern ausgewählter europäischer Länder ¹		
Land	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Griechenland	195,2	1.402,1
Loans and Receivables	193,2	959,8
Available for Sale	2,0	442,3
Irland	358,5	360,7
Loans and Receivables	358,5	360,7
Available for Sale	–	–
Italien	4.628,6	4.981,5
Loans and Receivables	4.485,4	4.796,7
Available for Sale	143,2	184,8
Portugal	64,1	59,1
Loans and Receivables	64,1	59,1
Available for Sale	–	–
Spanien	1.217,6	1.145,5
Loans and Receivables	1.059,7	1.079,3
Available for Sale	157,9	66,2
Gesamt	6.464,0	7.948,9

¹Basis sind die IFRS-Buchwerte. Für die Bestände in der Kategorie „Available for Sale“ ist dies der Fair Value.

Ergänzend zu den ausgewiesenen Werten hatte die Postbank in der Kategorie „Held for Trading“ zum 31. Dezember 2011 Credit Default Swaps für die Adresse Italien im Bestand. Die Postbank tritt mit einem Volumen von 69,4 Mio € als Protection Buyer sowie als Protection Seller auf, sodass sich das Nettonominalvolumen auf 0 € beläuft. Diesbezüglich beträgt der negative Marktwert per Jahresultimo 3,8 Mio €.

Bonitätsstruktur des Kreditportfolios

Die folgende Tabelle zeigt die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Non-Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2011 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“).

Im Rahmen der Risikosteuerung stellt die Postbank grundsätzlich auf das für die Eigenkapitalunterlegung verwendete Rating ab, d. h. in der Regel auf das Emittentenrating anstelle des Emissionsratings. Die Postbank besitzt ein umfangreiches Portfolio aus Pfandbriefen und ähnlich gedeckten Emissionen mit einem relativ geringen Risikogehalt. Aus diesem Grunde wird beim Ausweis der Tabelle auf Emissionsratings abgestellt. Die Verteilung der Ratingklassen des Konzernkreditportfolios spiegelt die konservative Ausrichtung des Postbank Konzerns wider. Es dominieren die guten Ratingklassen: 93 % des gerateten Portfolios sind Investmentgrade (Rating BBB oder besser).

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Non-Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsaktiva	80	77	1.133	5.627	4.383	17.685	742	320	144	138	240	108	6.722	23.955
Held for Trading	80	77	1.133	5.627	4.383	17.685	742	320	144	138	240	108	6.722	23.955
Hedging-Derivate	0	20	301	180	954	461	3	3	–	–	19	–	1.277	664
Forderungen an Kreditinstitute	2.289	163	5.758	1.237	8.079	9.248	3.747	779	84	140	283	478	20.240	12.045
Loans and Receivables	2.289	163	5.758	1.237	8.079	9.248	3.747	779	84	140	283	478	20.240	12.045
Wertpapierpensionsgeschäfte	–	–	4.556	33	5.192	3.533	2.436	64	–	–	–	–	12.184	3.630
Tagesgelder	2.049	49	874	946	1.026	3.034	119	44	–	–	119	144	4.187	4.217
Darlehen	179	17	217	135	990	2.272	961	605	84	140	11	266	2.442	3.435
Namensschuldverschreibungen	–	–	111	78	47	322	188	–	–	–	2	–	348	400
Termingelder	61	72	–	–	0	64	43	55	–	–	–	–	104	191
Sonstige Forderungen	0	25	0	45	824	23	0	11	–	–	151	68	975	172
Forderungen an Kunden	3.761	3.856	6.496	5.545	3.727	3.450	5.920	9.092	3.989	4.729	2.176	1.883	26.069	28.555
Loans and Receivables	3.761	3.856	6.496	5.545	3.727	3.450	5.920	9.092	3.989	4.729	2.176	1.883	26.069	28.555
Private Baufinanzierungen	30	–	45	–	21	–	15	–	150	–	125	–	386	–
Gewerbliche Kredite	3.622	3.668	3.670	3.786	3.706	3.377	5.901	9.048	3.797	4.726	1.371	1.512	22.067	26.117
Forderungen an öffentliche Haushalte	109	188	2.781	1.759	0	69	4	43	2	3	610	371	3.506	2.433
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	0	4	0	1	40	–	70	–	110	5
Finanzanlagen	13.008	19.437	17.483	19.098	5.946	9.143	6.379	5.805	2.247	3.555	850	1.416	45.913	58.454
Loans and Receivables	11.724	17.605	15.944	17.791	5.258	8.226	4.763	4.067	1.554	1.843	340	173	39.583	49.705
Available for Sale	1.284	1.832	1.539	1.307	688	917	1.616	1.738	693	1.712	510	1.243	6.330	8.749
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.284	1.832	1.489	1.307	688	915	1.616	1.738	679	1.712	460	119	6.216	7.623
Aktien	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–	2	2	2	2
Investmentfondsanteile	–	–	31	–	–	–	–	–	12	–	33	1.081	76	1.081
Beteiligungen	–	–	1	–	–	–	–	–	2	–	15	19	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	–	–	18	–	0	2	–	–	–	–	0	22	18	24
Gesamt	19.138	23.553	31.171	31.687	23.089	39.987	16.791	15.999	6.464	8.562	3.568	3.885	100.221	123.673

Im Vergleich zum Jahresabschluss 2010 konnte der Bestand an ungerateten Volumen abgebaut werden. Das Volumen in den guten Ratingklassen ist unverändert hoch. Dabei hat sich jedoch im Rahmen des De-Risking vor allem bei den Handelsaktiva im A-Bereich eine deutliche Reduktion ergeben, während das Exposure im BBB-Bereich durch eine Erhöhung bei den Forderungen an Kreditinstitute durch Wertpapierpensionsgeschäfte angestiegen ist. Daher liegen hier die Ziel-Ratingverteilungen außerhalb der vorgegebenen Bandbreiten und werden eng überwacht.

Analog veranschaulicht die folgende Tabelle die Kreditqualität der risikotragenden Finanzinstrumente, bezogen auf das Retail-Geschäft der Postbank, die zum Stichtag 31. Dezember 2011 weder überfällig noch einzelwertgemindert waren (ausgenommen „Eventualverbindlichkeiten“ und „Andere Verbindlichkeiten“). Das Retail-Geschäft der Postbank weist eine unverändert günstige Bonitätsstruktur auf. Altbestände im Retail-Geschäft (hauptsächlich vor August 2004 ausgereichte Baufinanzierungen) sowie Forderungsankäufe werden über Pool-Ratings abgebildet; d.h., durch Segmentierungen werden homogene Risiko-Pools gebildet, für die die relevanten Basel-II-Parameter individuell gemessen werden. Der Anteil dieser durch Pool-Ratings behandelten Portfolios nimmt sukzessive ab, da bei jedem Neugeschäft eine individuelle Bonitätseinschätzung durchgeführt wird.

Kreditqualität von Finanzinstrumenten im Retail-Geschäft, die weder überfällig noch wertgemindert sind														
Risikotragende Finanzinstrumente	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Basel II Pool-Rating/ ohne Rating		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Handelsaktiva	1	1	4	6	21	25	62	73	65	72	16	12	169	189
Held for Trading	1	1	4	6	21	25	62	73	65	72	16	12	169	189
Forderungen an Kunden	3.102	2.912	6.794	6.100	9.589	8.402	16.721	14.985	18.444	18.636	25.205	25.827	79.855	76.862
Loans and Receivables	3.098	2.906	6.656	5.953	8.902	7.676	14.539	12.756	16.489	16.646	22.761	23.178	72.445	69.115
Private Baufinanzierungen	3.059	2.870	6.288	5.675	7.985	6.838	12.814	11.146	13.991	14.262	17.408	18.817	61.545	59.608
Bauspardarlehen	29	33	303	240	665	608	875	755	388	316	1.367	1.438	3.627	3.390
Gewerbliche Kredite	–	–	–	–	0	18	0	11	23	0	2.148	2.330	2.171	2.359
Ratenkredite	10	3	65	38	249	209	837	833	1.948	1.930	828	188	3.937	3.201
Sonstige Forderungen	–	–	–	–	3	3	13	11	139	138	1.010	405	1.165	557
Fair-Value-Option	4	6	138	147	687	726	2.182	2.229	1.955	1.990	2.444	2.649	7.410	7.747
Private Baufinanzierungen	4	6	138	147	687	726	2.182	2.229	1.955	1.990	2.444	2.649	7.410	7.747
Gesamt	3.103	2.913	6.798	6.106	9.610	8.427	16.783	15.058	18.509	18.708	25.221	25.839	80.024	77.051

Überfälliges und nicht wertgemindertes Kreditvolumen

Die folgende Tabelle zeigt diejenigen risikotragenden Finanzinstrumente, die zum Stichtag 31. Dezember 2011 überfällig, jedoch nicht wertgemindert waren.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Überfälligkeiten von nicht wertgeminderten Finanzinstrumenten													
Risikotragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Überfällige, nicht wertgeminderte Finanzinstrumente										Fair Value der Sicherheiten überfälliger, nicht wertgeminderter Finanzinstrumente		
	Verzug ≤ 3 Monate		Verzug > 3 Monate, ≤ 6 Monate		Verzug > 6 Monate, ≤ 1 Jahr		Verzug > 1 Jahr		Gesamt				
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	
Handelsaktiva	0	2	0	1	0	1	1	2	1	6	–	–	
Held for Trading	0	2	0	1	0	1	1	2	1	6	–	–	
Forderungen an Kunden	411	787	123	830	94	351	412	507	1.040	2.475	829	2.288	
Loans and Receivables	411	690	122	776	85	299	386	435	1.004	2.200	797	2.043	
Private Baufinanzie- rungen	365	587	117	676	71	140	287	219	840	1.622	700	1.182	
Bauspardarlehen	5	31	3	20	4	28	13	50	25	129	22	117	
Gewerbliche Kredite	15	24	0	76	9	129	84	164	108	393	75	619	
Ratenkredite	10	11	1	3	1	2	1	2	13	18	–	44	
Sonstige Forderungen	16	37	1	1	–	–	1	–	18	38	–	81	
Fair-Value-Option	0	97	1	54	9	52	26	72	36	275	32	245	
Private Baufinanzie- rungen	0	97	1	54	9	52	26	72	36	275	32	245	
Gesamt	411	789	123	831	94	352	413	509	1.041	2.481	829	2.288	

Der Rückgang der überfälligen, nicht wertgeminderten Engagements im Jahr 2011 bezieht sich im Wesentlichen auf die BHW Bausparkasse und resultiert aus einer Bereinigung von Zahlungsrückständen sowie der nunmehrigen Berücksichtigung einer Bagatellgrenze in Höhe von mindestens 2,5 % des Forderungsbetrags bzw. 100 € Überziehung. Der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte, deren Konditionen neu ausgehandelt wurden (nachverhandeltes Volumen) und die ansonsten überfällig oder wertgemindert wären, betrug 584 Mio € (per 31. Dezember 2010: 463,3 Mio €).

Kreditrisikoversorge

Die Risikoversorge im Kreditgeschäft beinhaltet Einzelwertberichtigungen, pauschalierte Einzelwertberichtigungen und Wertberichtigungen auf Portfoliobasis.

Eine Einzelwertberichtigung ist zu bilden, wenn der unter Berücksichtigung der Sicherheiten voraussichtlich erzielbare Betrag der Kreditforderungen niedriger ist als deren Buchwert, wenn also die Forderung ganz oder teilweise uneinbringlich ist und daher eine dauerhafte Wertminderung vorliegt (Impairment). Die Höhe der Einzelwertberichtigungen bemisst sich aus den jeweiligen Blankoanteilen als den Unterschiedsbeträgen der Gesamtforderung und den Barwerten der erwarteten künftigen Zahlungen, u. a. aus der Verwertung von Sicherheiten. Für die Abzinsung der Zahlungsströme wird der ursprüngliche Effektivzinssatz für variabel verzinsliche Forderungen verwendet. Bei den Sicherheiten werden individuell Verwertungserlöse und Verwertungszeitpunkte berücksichtigt. Alle Engagements werden laufend daraufhin untersucht, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen, und gegebenenfalls einem Impairment-Test unterzogen. Darüber hinaus wird für alle Engagements auf der Watch-List quartalsweise ein Impairment-Test durchgeführt.

Eine pauschalierte Einzelwertberichtigung erfolgt auf die Kredite in einem Portfolio gleichartiger homogener Kredite, sofern diese Kredite objektive Hinweise auf eine Wertminderung erkennen lassen und der Betrag der Wertminderung pro Einzelkredit sich anhand statistischer Erfahrungswerte schätzen lässt. Bei der Bemessung der pauschalierten Einzelwertberichtigung wird auf pauschale Quoten zurückgegriffen, die auf historischen Erfahrungswerten bezüglich der Verlustquote beruhen. Der Postbank Konzern bildet pauschalierte Einzelwertberichtigungen im Bereich der Dispositions- und Ratenkredite, der Kreditkartenforderungen sowie pauschal berechnete Einzelwertberichtigungen bei Baufinanzierungen mit Überfälligkeiten von drei bis sechs Monaten.

Die folgende Tabelle weist alle wertgeminderten finanziellen Vermögenswerte zu den Stichtagen 31. Dezember 2011 und 31. Dezember 2010 aus, jeweils aufgeteilt in einzelwertgeminderte Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden sowie Finanzanlagen, für die Impairments gebildet wurden. Im Detail wird der Buchwert nach Wertminderung als Differenz zwischen dem Buchwert vor Wertminderung und dem Umfang der Wertminderung gezeigt.

Wertgeminderte Finanzinstrumente								
Wertgeminderte risiko- tragende Finanzinstrumente und Sicherheiten	Buchwert vor Wertminderung		Betrag der Wertminderung ¹		Buchwert nach Wertminderung		Fair Value der Sicherheiten wertgeminderter Instrumente	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	82	95	37	36	45	59	–	–
Loans and Receivables	82	95	37	36	45	59	–	–
Tagesgelder	65	77	24	36	41	41	–	–
Darlehen	17	18	13	–	4	18	–	–
Forderungen an Kunden	3.776	3.891	1.649	1.576	2.127	2.315	2.017	2.057
Loans and Receivables	3.709	3.819	1.647	1.575	2.062	2.244	1.958	1.993
Private Baufinanzierungen	979	1.135	483	516	496	619	748	992
Bauspardarlehen	178	194	7	9	171	185	159	32
Gewerbliche Kredite	1.779	1.415	562	535	1.217	880	1.051	965
Ratenkredite	402	661	250	204	152	457	–	4
Sonstige Forderungen	360	414	345	311	15	103	–	–
Fair-Value-Option	67	72	2	1	65	71	59	64
Private Baufinanzierungen	67	72	2	1	65	71	59	64
Finanzanlagen	1.575	1.066	1.008	540	567	526	–	–
Loans and Receivables	1.386	862	993	535	393	327	–	–
Available for Sale	189	204	15	5	174	199	–	–
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	133	116	11	–	122	116	–	–
Aktien	2	–	2	–	0	–	–	–
Investmentfondsanteile	54	88	2	5	52	83	–	–
Gesamt	5.433	5.052	2.694	2.152	2.739	2.900	2.017	2.057

¹keine Betrachtung von Portfoliowertberichtigungen

Die Wertberichtigungen auf Portfoliobasis berücksichtigen alle Verluste aus Krediten, die eingetreten sind, jedoch von der Postbank noch nicht identifiziert werden können, da z. B. der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen noch nachkommt. Die Postbank berücksichtigt dabei die erwarteten Ausfallwahrscheinlichkeiten, die Verlustquoten und die Abschätzung der Zeitintervalle zwischen Ausfall und Ausfallidentifizierung (LIP-Faktor) jeweils in Abhängigkeit von Produktart und Kundengruppe. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten und die Verlustquoten bei Ausfall auf Portfolioebene werden portfoliospezifisch ermittelt bzw. bei Bedarf im Rahmen der Erkenntnisse aus der jährlichen Validierung und Rekalibrierung der IRBA-Ratingsysteme aktualisiert, während die LIP-Faktoren in Abhängigkeit von den Prozessen zur Risikoüberwachung individuell geschätzt, regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Verbriefungen

Die Verbriefung von Finanzaktiva (Asset Securitisation) ermöglicht die Übertragung der zugrunde liegenden Kreditrisiken an Dritte. Im Regelfall werden ganze Forderungs-Pools übertragen, die sich aus zwei oder mehr untereinander abgestuften Risikosegmenten (Tranchen) mit unterschiedlichen Risikograden zusammensetzen.

Die Postbank nimmt bei der Asset Securitisation sowohl die Rolle des Investors als auch die des Originators ein.

Investor

Im Rahmen der Durchführung von Kreditsatzgeschäften hat die Postbank u. a. in strukturierte Kreditprodukte investiert (sogenannte Structured Credit Products (SCP)). Konkret handelt es sich um Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS). Die Investorpositionen des Bankbuchs werden je nach Intention und Struktur des Investments den IFRS-Kategorien „Loans and Receivables“ oder „Available for Sale“ zugerechnet und entsprechend bewertet. Die Verbriefungspositionen sind in der Regel von mindestens einer anerkannten Ratingagentur (Standard & Poor's, Moody's oder Fitch Ratings) geratet. Die periodische Bewertung des Portfolios erfolgt mithilfe eines eigenen Bewertungsmodells, das die einzelnen Portfoliobestandteile auf Underlying-Ebene analysiert.

Das Portfolio hat per 31. Dezember 2011 ein Gesamtvolumen von 1,99 Mrd € (Stand per 31. Dezember 2010: 3,69 Mrd €). Gegenüber dem Vorjahr ist der Bestand im Wesentlichen aufgrund des aktiven Bestandsabbaus zurückgegangen. Die SCP-Bestände werden von der Postbank sehr eng überwacht und unterliegen monatlichen Impairment-Tests. Auf Basis einer regelmäßigen Bewertung des Portfolios mit einem eigenentwickelten Modell wurden 2011 Impairments in Höhe von insgesamt 6 Mio € vorgenommen sowie entlastende

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 10 Mio € berücksichtigt. Seit Beginn der Finanzmarktkrise Mitte 2007 wurden somit Impairments von 404 Mio € bzw. Bewertungseffekte bei eingebetteten Derivaten in Höhe von 1.835 Mio € auf betroffene Bestände in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht. Darüber hinaus wurden 139 Mio € an Fair-Value-Änderungen in der Neubewertungsrücklage berücksichtigt. Hinsichtlich der Bewertung siehe Note 4 (h) des Konzernanhangs.

Die Postbank hatte zum 31. Dezember 2011 folgende Verbriefungspositionen im Bestand:

Verbriefungspositionen: Volumen nach Ratingklassen

Verbriefungspositionen	AAA		AA		A		BBB		< BBB		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
CMBS	1	19	9	73	85	79	37	46	3	29	135	246
RMBS	74	240	69	120	133	94	39	41	20	51	335	546
Corporate CDO	5	0	169	232	62	59	82	58	760	1.387	1.078	1.736
Non Corporate CDO	0	0	15	17	8	7	27	106	75	547	125	677
Other ABS ¹	180	246	2	2	39	61	12	24	82	150	315	483
Gesamt	260	505	264	444	327	300	197	275	940	2.164	1.988	3.688

¹hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

Die folgende Tabelle zeigt die Verbriefungspositionen, gegliedert nach regionalem Schwerpunkt:

Verbriefungspositionen: Volumen nach regionalem Schwerpunkt

		CMBS		RMBS		Corporate CDO		Non Corporate CDO		Other ABS ¹		Gesamt	
		31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Mio €	Deutschland	49	81	103	133	–	–	–	–	–	28	152	242
	UK	51	88	64	98	–	5	–	–	–	87	115	278
	Frankreich	2	2	–	–	–	–	–	–	–	–	2	2
	Spanien/Portugal	–	–	80	88	–	–	–	–	–	–	80	88
	Restliches Europa	33	75	86	183	380	447	75	75	18	19	592	799
	USA	–	–	–	41	364	405	42	361	258	293	664	1.100
	Übrige ²	–	–	2	3	335	879	8	241	38	56	383	1.179
	Gesamt	135	246	335	546	1.078	1.736	125	677	315	483	1.988	3.688
Relative Verteilung	Deutschland	36 %	33 %	31 %	24 %	0 %	–	0 %	–	0 %	6 %	8 %	7 %
	UK	38 %	35 %	19 %	18 %	–	0 %	–	–	–	18 %	6 %	8 %
	Frankreich	1 %	1 %	–	–	–	–	–	–	–	–	–	0 %
	Spanien/Portugal	–	–	24 %	16 %	–	–	–	–	–	–	4 %	2 %
	Restliches Europa	25 %	31 %	25 %	34 %	35 %	26 %	60 %	11 %	6 %	4 %	30 %	21 %
	USA	–	–	–	8 %	34 %	23 %	34 %	53 %	82 %	60 %	33 %	30 %
	Übrige ²	–	–	1 %	0 %	31 %	51 %	6 %	36 %	12 %	12 %	19 %	32 %
	Gesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

¹hauptsächlich Consumer ABS und Commercial ABS

²bzw. ohne speziellen Schwerpunkt

Per Stichtag 31. Dezember 2011 waren keine Verbriefungspositionen über Monoliner abgesichert (per Stichtag 31. Dezember 2010: nominal insgesamt im Volumen von etwa 23 Mio €). Im CDO-Portfolio befanden sich darüber hinaus einige synthetische Verbriefungsstrukturen, die Exposure gegenüber Anleiheversicherern aufwiesen.

Der Bestand an Investorpositionen der Postbank an handelbaren Commercial-Real-Estate-Krediten (CMBS) betrug zum Stichtag 135 Mio € (per 31. Dezember 2010: 246 Mio €). Bei diesen Positionen handelt es sich um europäische CMBS mit regionalem Schwerpunkt auf Großbritannien und Deutschland.

Originator

Neben der Rolle als Investor tritt die Postbank als Originator am Markt auf. Die nachstehenden synthetischen Verbriefungstransaktionen in Form der Verbriefung von Forderungen auf Wohnimmobilien – bezogen auf Deutschland und Italien – führen einerseits zu einer Entlastung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelunterlegung, andererseits zu einer Risikodiversifikation. Bei den ausgewiesenen Werten handelt es sich um die aufsichtsrechtlichen Bemessungsgrundlagen. Zum Berichtsstichtag hatte die Postbank keine Verbriefungstransaktion im Zusammenhang mit revolvingierenden Adressenausfallrisiken durchgeführt.

PB Domicile 2006-1	1.677 Mio €	(Deutsche Postbank AG)
Provide Blue 2005-2	1.636 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)
PB Domicilio 2007-1	760 Mio €	(BHW Bausparkasse AG)

Darüber hinaus hat die Postbank die synthetische Originator-Verbriefung Provide Domicile 2009-1 strukturiert, zu der bislang kein wesentlicher Risikotransfer bewirkt wurde. Die bislang gehaltenen traditionellen Originator-Verbriefungen PB Consumer 2008-1 und PB Consumer 2009-1 sind nach Ausübung der Call-Option zum Jahresresultat 2011 nicht mehr im Bestand. Die Originator-Verbriefungstransaktion Provide Blue 2005-1 wurde im Januar 2010 gekündigt. Diese Transaktion befindet sich in der Deferred Redemption, und es liegt ein Restbestand von ca. 32 Mio € vor.

Umweltrisiken

Bei ihren Kreditentscheidungen berücksichtigt die Postbank auch Umweltrisiken. In der Kreditpolitik wie auch in den einzelnen Kreditentscheidungen wissen sich der Postbank Konzern und seine Mitarbeiter ihrer gesellschaftlichen Verantwortung verpflichtet.

Die Identifizierung und die Quantifizierung von Umweltrisiken bilden einen Bestandteil der üblichen Risikobeurteilungs- und Risikomanagementverfahren im In- und Auslandsgeschäft. Im Hinblick auf die Kunden betrachtet die Postbank die Erfüllung der geltenden Umweltauflagen und einen verantwortungsbewussten Umgang mit der Umwelt als wesentliche Faktoren für die Beurteilung der Unternehmensführung.

Damit erfüllt die Postbank die Anforderungen an ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Wirtschaften sowie die Orientierung an supranationalen Leitlinien wie dem UN Global Compact.

Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken

Aufgabe des Liquiditätsmanagements ist es, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Postbank auch in Stresssituationen zu gewährleisten. Die Postbank verfügt aufgrund ihrer geschäftspolitischen Ausrichtung

als Retail-Bank über eine breite Refinanzierungsbasis im Kundengeschäft und weist daher nur eine vergleichsweise geringe Abhängigkeit vom Geld- und Kapitalmarkt auf. So sind auch für das Jahr 2012 nur unwesentliche Aktivitäten auf dem Geld- und Kapitalmarkt geplant. Konzentrationsrisiken bei der Refinanzierung werden im Rahmen der Stresstests berücksichtigt. Wesentliche Konzentrationsrisiken gegenüber einzelnen Gläubigern werden aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung aus Liquiditätssicht nicht gesehen. Für den Fall eines unerwarteten Liquiditätsabflusses wird ein erheblicher Bestand an freien EZB-fähigen Wertpapieren vorgehalten, der kurzfristig zur Liquiditätsbeschaffung, auch auf privaten (Repo-)Märkten, genutzt werden kann. Zur weiteren Diversifikation der Refinanzierungsbasis besitzt die Postbank die Pfandbrieflizenz zur Emission von öffentlichen Pfandbriefen und Hypothekendarlehenpfandbriefen.

Der Steuerungsprozess basiert auf mehreren Säulen. Auf Basis von Liquiditätsablaufbilanzen und Cashflow-Prognosen stellt das Liquiditätsrisikokontrolling geschäftstäglich den Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns fest, anhand dessen die operative Steuerung erfolgt. Darüber hinaus basiert die Steuerung nicht nur auf einer regelmäßigen konzernweiten Liquiditäts- und Emissionsplanung, sondern auch auf einer Reihe von weitergehenden Analysen der Liquiditätssteuerung. Die Maßnahmen zur Steuerung sind vor allem darauf ausgerichtet, die derzeitige Zahlungsfähigkeit – auch in extremen Stresssituationen – sicherzustellen. Hierfür werden die Liquiditätspositionen mindestens wöchentlich einer Reihe von Stresstests unterzogen. Diese Simulationsberechnungen entsprechen den MaRisk BTR 3.2 Ziffer 3 und geben gemäß den MaRisk den Pufferbedarf für die Dauer von 7 und 30 Tagen vor (MaRisk = Mindestanforderungen an das Risikomanagement; BTR = Besonderer Teil, Anforderungen an die Risikosteuerungs- und -controllingprozesse). Sie bilden sowohl institutsspezifische als auch marktweite Ursachen sowie im Extremszenario die Kombination aus beiden Ursachen ab. So werden Veränderungen diverser Marktfaktoren, panikartige Kundenreaktionen und Strukturveränderungen innerhalb der Refinanzierungsbestände, z. B. aufgrund von abnehmender Marktliquidität, berücksichtigt. Im Extremszenario werden gravierende Abflüsse von Spar-, Sicht- und Firmenkundeneinlagen, der vollständige Wegfall des Zugangs zum unbesicherten Geldmarkt sowie erhöhte Haircuts auf zentralbankfähige Wertpapiere simuliert.

Die Ergebnisse der Stresstests zeigen, dass die Liquiditätssituation des Postbank Konzerns – trotz der im Zuge der Finanzmarktkrise phasenweise massiv erschwerten Marktbedingungen – nicht zuletzt aufgrund der weiterhin stabilen Basis an Kundeneinlagen und des umfangreichen Bestands an hochliquiden Wertpapieren komfortabel ist.

Mit Blick auf die Anforderungen aus der Neufassung der MaRisk vom 15. Dezember 2010 hat die Postbank 2011 die Szenarien für den Liquiditätsstress gemäß BTR 3.2 Ziffer 3 überarbeitet. Das Liquiditätspufferreporting wurde insbesondere zur Differenzierung von hochliquiden Vermögensgegenständen gemäß BTR 3.2 Ziffer 2 erweitert. Außerdem hat die Postbank ein Benchmarkkonzept zur Ermittlung der Liquiditätspufferkosten entwickelt und verabschiedet sowie für die Zeit ab 2012 die Segmentverrechnung der Liquiditätspufferkosten auf die Verursacher beschlossen.

Die Postbank bereitet sich im Rahmen eines regulatorischen Liquiditätsprojekts auf die Meldung und Steuerung der zukünftig regelmäßig zu reportenden Liquiditätsrisikokennzahlen Liquidity Coverage Ratio

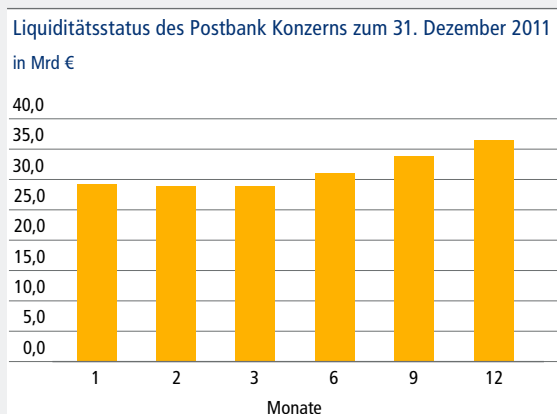
(LCR) und Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Erstellung zusätzlicher Monitoring-Tools vor. Da Details zu den Liquiditätskennzahlen noch in den verschiedenen aufsichtlichen Gremien auf nationaler und internationaler Ebene diskutiert werden, orientiert sich die Postbank zunächst an den Meldebögen der laufenden Erhebungen im Rahmen der regelmäßigen „Quantitativ Impact Studies“ (QIS) der Aufsicht.

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verbindlichkeiten zum Stichtag 31. Dezember 2011 sowie zum 31. Dezember 2010, differenziert nach Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten												
Verbindlichkeiten	Täglich fällig		≤ 3 Monate		> 3 Monate und ≤ 1 Jahr		> 1 Jahr und ≤ 5 Jahre		> 5 Jahre		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Nicht-derivative Verbindlichkeiten	59.524	62.126	69.756	76.000	28.272	27.443	19.821	20.943	27.025	26.570	204.398	213.082
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	293	1.172	6.792	9.569	2.628	3.202	5.489	5.823	5.147	4.457	20.349	24.223
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	38.327	38.355	59.404	62.133	22.742	20.949	5.582	6.238	16.068	16.833	142.123	144.508
Verbriefte Verbindlichkeiten	0	0	2.249	2.793	1.483	2.003	6.731	7.261	3.888	2.490	14.351	14.547
Nachrangkapital	0	0	621	840	1.419	1.289	2.019	1.621	1.922	2.790	5.981	6.540
Sonstige Passiva	0	0	690	665	0	0	0	0	0	0	690	665
Eventual- und andere Verpflichtungen	20.904	22.599	0	0	0	0	0	0	0	0	20.904	22.599
Derivative Verbindlichkeiten	0	0	592	2.156	1.844	5.781	6.948	17.414	2.668	5.423	12.052	30.774
Hedging-Derivate	0	0	69	120	235	198	1.132	850	708	770	2.144	1.938
Handelsspassiva	0	0	523	2.036	1.609	5.583	5.816	16.564	1.960	4.653	9.908	28.836
Gesamt	59.524	62.126	70.348	78.156	30.116	33.224	26.769	38.357	29.693	31.993	216.450	243.856

Hierbei werden die undiskontierten vertraglichen Cashflows der bilanziellen und der außerbilanziellen Verbindlichkeiten in die jeweiligen Klassen eingestellt. Die Darstellung der juristischen Cash-flow-Fälligkeiten der finanziellen Verbindlichkeiten erfolgt anforderungsgemäß nach dem Worst-Case-Prinzip, d. h., bei Vorliegen von Wahlrechten bzw. Kündigungsmöglichkeiten wird der jeweils aus Liquiditätsgesichtspunkten ungünstigste Fall angenommen. Dies ist insbesondere relevant bei den Sicht- und Spareinlagen, die für den Kunden täglich verfügbar sind bzw. eine kurze vertragliche Laufzeit von in der Regel drei Monaten haben, der Bank aber statistisch gemessen deutlich länger zur Verfügung stehen.

Im Gegensatz zur Darstellung der juristischen Zahlungsströme der finanziellen Verbindlichkeiten zeigt der folgende Liquiditätsstatus des Postbank Konzerns zum 31. Dezember 2011 eine kumulierte Darstellung der für die folgenden zwölf Monate erwarteten Mittelzu- und -abflüsse und der vorhandenen Liquiditätsquellen nach den Grundsätzen der internen Liquiditätssteuerung:



Die Erwartungswerte hinsichtlich des Abflusses von Verbindlichkeiten ohne feste Kapitalbindung, wie z. B. Spar- und Giroeinlagen, der Ziehungswahrscheinlichkeit unwiderruflicher Kreditzusagen und der Güte der vorhandenen fungiblen Aktiva zur Sicherstellung der Liquidität basieren zum Teil auf historischen Beobachtungswerten und zum Teil auf Schätzungen, die regelmäßig validiert werden. Danach zeigen sich über sämtliche Laufzeitbereiche deutliche Liquiditätsüberhänge, die entsprechende Liquiditätspuffer für Stresssituationen darstellen und so die angemessene Liquiditätsposition des Postbank Konzerns unterstreichen.

Auch die Ergebnisse der Stresstests per Jahresultimo 2011 unterstreichen die komfortable Liquiditätsposition des Postbank Konzerns. So ergeben sich auch nach Berücksichtigung der kombinierten Stresseffekte im Extremszenario komfortable Überschüsse bei der Nettoliquiditätsposition, auch über die MaRisk relevanten Zeiträume von 7 und 30 Tagen hinaus.

Überwachung und Steuerung von Operationellen Risiken

Die ökonomische Kapitalunterlegung für die Operationellen Risiken wird sowohl für die Gesamtbank als auch für die vier einzelnen Geschäftsfelder anhand des internen Kapitalmodells ermittelt. Das Kapitalmodell basiert auf einem Verlustverteilungsansatz (Loss Distribution Approach – LDA). Als Grundlage der Berechnung dienen zunächst interne und externe Verlustfälle sowie Szenariodaten. Zur qualitativen Adjustierung der für die Geschäftsfelder mittels Monte-Carlo-Simulation berechneten Kapitalbeträge wird eine Scorecard zur Bewertung der Güte des OpRisk-Managements der Geschäftsfelder eingesetzt, die auch einen materiellen Anreiz zur Verbesserung des OpRisk-Managements setzt.

Das VaR-Limit für Operationelle Risiken auf Gesamtbankebene von 600 Mio € wurde zum Ultimo 2011 auf 550 Mio € reduziert. Im Fall von Limitüberschreitungen wird das Limit für die Operationellen Risiken – auch unterjährig – zulasten anderer Risikoarten oder der noch freien Risikodeckungsmasse erhöht. Den vier Geschäftsfeldern

des Postbank Konzerns sind spezielle Risikokapitalbeträge zugewiesen. Die Auslastung dieser Limite wird ebenfalls vierteljährlich überwacht.

Neben der regulären Berechnung der OpRisk-Kennzahlen werden quartalsweise zusätzlich Stresstests durchgeführt. Anhand der Ergebnisse der Stresstests wird das Verhalten der Risikokennzahlen unter extremen Bedingungen analysiert. So wird z. B. untersucht, welche Auswirkungen ein genereller Anstieg der Schadenfrequenzen oder ein zusätzlicher „künstlicher“ Großschaden haben.

Die Postbank setzt neben dem Quantifizierungsmodell insbesondere folgende Instrumente konzernweit ein:

- strukturierte Erfassung interner Schadenfälle ab 1.000 € (Betrugsfälle ab 0 €),
- Definition von Risikoindikatoren als Frühwarninstrument,
- halbjährliches Self Assessment zur Bewertung des internen Kontrollgefüges,
- Definition von Szenarien zur Bewertung von spezifischen Risikosituationen,
- IT-gestützte zentrale Maßnahmenverfolgung zur Reduzierung von Operationellen Risiken.

Die Umsetzung der Anforderungen aus dem AMA-Rahmenwerk der Deutschen Bank (AMA = Advanced Measurement Approach – fortgeschrittener Messansatz) bildete im Jahr 2011 einen wesentlichen Schwerpunkt der Aufgaben im Bereich der Operationellen Risiken. Die in einem mehrstufigen Prozess angelegten Harmonisierungs- und Integrationsaktivitäten starteten im November 2010 und wurden zu einem Großteil im Laufe des Jahres 2011 abgeschlossen.

Der Gesamtaufwand für Schäden aus Operationellen Risiken (inklusive der Beiträge an den EKS-Haftungsfonds (EKS = Eurokartensysteme)) war mit 56 Mio € gegenüber dem Vorjahr stark rückläufig (Vorjahr: 76 Mio €). Von den Schäden ist nur ein geringer Anteil auf einzelne Großschäden zurückzuführen; das Gros der Schäden resultiert aus den zahlreichen Betrugsdelikten Externer im Geschäftsfeld Retail Banking. Schwerpunkte bilden dabei Betrugsdelikte in der privaten Baufinanzierung sowie Frequenzschäden (Phishing, Kreditkartenbetrug etc.), also Fälle, die pro Einzelfall nur mit einer geringen Schadenhöhe verbunden sind, dafür jedoch häufig auftreten.

Im Zentrum der Betrugsbekämpfung stehen insbesondere die zeitnahe und bankweite Kommunikation aller bedeutenden Betrugssachverhalte über das FRAUD-Gremium sowie die Sensibilisierung aller in die relevanten Prozesse involvierten Mitarbeiter, um eine systematische und flächendeckende Früherkennung von Betrugsfällen sicherzustellen. Flankierend wurden im Jahr 2011 verschiedene technische Maßnahmen initiiert bzw. weitgehend etabliert, die sukzessive zur Verbesserung der Situation beigetragen haben.

In der nachfolgenden Tabelle ist der Operational Value-at-Risk (OpVaR) nach Adjustierung auf Gesamtbank- und Geschäftsfeldebene bei einem Konfidenzniveau von 99,93 % dargestellt:

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Geschäftsfeld	Operational Value-at-Risk (OpVaR)	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Retail Banking	188	198
Firmenkunden	38	56
Transaction Banking	27	73
Financial Markets	80	93
Postbank Konzern	333	420

OpVaR nach qualitativer Adjustierung; Konfidenzniveau 99,93

Die strategische Ausrichtung der Postbank auf das Privat- und Geschäftskundensegment schlägt sich auch in den geschäftsfeldspezifischen OpVaR-Kennzahlen nieder. Der mit Abstand größte Kapitalbedarf zeigte sich mit 188 Mio € (per 31. Dezember 2010: 198 Mio €) im Geschäftsfeld Retail Banking.

Die Postbank betreibt Business Continuity Management (BCM) entlang der Wertschöpfungskette für Geschäftstätigkeiten und für kritische Konzernfunktionen. Das BCM beinhaltet die Beschreibung der Umsetzung vorbeugender und wiederherstellender Maßnahmen in Form von Notfall-, Krisen- und Testplänen für jedes Ressort. Im Rahmen des BCM werden regelmäßig Business-Impact-Analysen und Risk Identifikation and Assessments (RIAs) zur Beurteilung wesentlicher Geschäftsprozesse und deren Kritikalität durchgeführt. Durch Tests wird die Funktionsfähigkeit der Notfallpläne nachgewiesen.

Überwachung und Steuerung von Beteiligungsrisiken

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2011 hielt die Deutsche Postbank AG 63 unmittelbare und eine Vielzahl von mittelbaren Unternehmensbeteiligungen. Im Geschäftsjahr 2011 hat sich die Zahl der Anteile an verbundenen Unternehmen/Beteiligungen gegenüber dem Vorjahr nicht nennenswert verändert.

Bei den Unternehmensbeteiligungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um strategische Beteiligungen zur Abbildung von Produkt-/Leistungsfeldern des Postbank Konzerns sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für den Postbank Konzern. Eine Reihe dieser Beteiligungen werden dabei wie Bereiche der Postbank geführt. In einigen dieser Fälle werden einzelne Zentralfunktionen wie beispielsweise Buchhaltung, Finanzen, Controlling, Recht, Personal und Revision durch zuständige Organisationseinheiten der Deutschen Postbank AG wahrgenommen. Risiken aus Beteiligungen mit kreditnahem oder kreditsubstituierendem Charakter werden durch die zuständigen Kreditabteilungen der Postbank überwacht.

Die Postbank hält unverändert keine Beteiligungen im Sinne eines Investment- oder Private-Equity-Ansatzes.

Der Postbank Konzern hat Verfahren eingerichtet, die eine angemessene Steuerung und Überwachung der wesentlichen Beteiligungsrisiken auf Gruppenebene sicherstellen. Darin einbezogen sind auch die von der Postbank gehaltenen Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften. Im Berichtsjahr bestanden diese insbesondere zur Emission von nachrangig haftenden Wertpapieren sowie zur temporären Übernahme von Immobilienbesitz. Die Postbank hält keine Gesellschaftsanteile an Zweckgesellschaften zur Auslagerung von Aktiva. Die Vielfalt der bestehenden und sich laufend weiterentwickelnden Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleistet, dass die Postbank jederzeit in

der Lage ist, Risiken aus Anteilseignerbesitz, einschließlich strategischer Beteiligungsrisiken, zu überwachen und zu steuern.

Überwachung und Steuerung von Immobilienrisiken

Bei den Immobilien im Eigenbestand handelt es sich im Wesentlichen um selbst genutzte Objekte der Deutschen Postbank AG und der BHW Bausparkasse AG. Zur laufenden Überprüfung der Werthaltigkeit der Immobilien werden diese in einem Abstand von drei Jahren einer Neubewertung unterzogen. Entsprechend den Grundsätzen zur Bewertung – hier: Practice Statement (PS) 3.2 der RICS Valuation Standards (7. Auflage) der Royal Institution of Chartered Surveyors (RICS), London –, basiert diese Überprüfung im Wesentlichen auf der Anwendung des wie folgt definierten Marktwertes: „Der geschätzte Betrag, zu dem eine Immobilie zum Bewertungsstichtag zwischen einem verkaufsbereiten Verkäufer und einem kaufbereiten Erwerber nach angemessenem Vermarktungszeitraum in einer Transaktion im gewöhnlichen Geschäftsverkehr verkauft werden sollte, wobei jede Partei mit Sachkenntnis, Umsicht und ohne Zwang handelt.“ (Übersetzung durch RICS Deutschland, Valuation Faculty Board, 7. Fassung, Mai 2011).

Die Überwachung des Immobilienbestands konzentriert sich auf die regelmäßige unter Risikoaspekten durchgeführte Bewertung der Objekte sowie die Analyse der Veränderungen des Immobilienportfolios.

Konzentrationsrisiken aus dem Eingehen von Immobilienpositionen sind nicht erkennbar.

Überwachung und Steuerung der Kollektivrisiken

Als Grundlage zur Risikoquantifizierung nutzt die BHW Bausparkasse AG ein Kollektiv-Simulationsmodell. In diesem Modell werden geplante Neuabschlüsse und erwartete Verhaltensweisen der Bausparer, wie z. B. Sparverhalten, Kündigungen, Bestandsfinanzierungen, Zuteilungen und Tilgungen, modelliert. Auf Basis einer Vielzahl von Verhaltensparametern ermittelt das Simulationsmodell vierteljährlich, ausgehend von den Einzelverträgen, auf Ebene des Gesamtkollektivs den statistisch zu erwartenden Gesamt-Cashflow sowie die GuV- und Bilanzdaten für die Planungsrechnung.

Die Validität des Modells ist von Wirtschaftsprüfern bestätigt und von der BaFin akzeptiert. Darüber hinaus erfolgt eine jährliche Qualitätssicherung durch Backtesting und Soll-Ist-Vergleiche.

Die komplexe bauspartechnische Simulation mit einer Vielzahl von Parametern leitet Annahmen über das Verhalten von Bausparern unter verschiedenen Zinsszenarien aus historischen Datenreihen ab. Diese aufwendige statistische Modellierung könnte die relevanten bauspartechnischen Parameter falsch abschätzen, woraus negative Auswirkungen auf die Ertrags- und Vermögenslage resultieren können.

In die Kollektivsimulation gehen neben den existierenden Beständen auch Annahmen zum Neugeschäft der nächsten Jahre ein. Gravierende Effekte für die mittelfristige Ertragslage ergeben sich, wenn das tatsächliche Neugeschäft deutlich unterhalb der Annahmen liegt, da der Bausparkasse in diesem Fall weniger niedrig verzinsliche Kundennittel zur Verfügung stehen.

Die Postbank sieht die aus dem Bauspargeschäft resultierenden Kollektivrisiken als wesentlich an. Zur Quantifizierung des für Kollektivrisiken erforderlichen Risikokapitalbedarfs wird ein szenariobasiertes Modell eingesetzt.

Überwachung und Steuerung von Geschäftsrisiken

Die Postbank hat im ersten Halbjahr 2011 die Quantifizierungsverfahren zur Bestimmung der Geschäftsrisiken grundlegend überarbeitet. Die Verfahren stehen in einem direkten konsistenten Zusammenhang mit der Ermittlung des ökonomischen Kapitals innerhalb des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Zur Umsetzung der Steuerung von Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken werden für Kundengeschäfte mit nicht deterministischen Zins- und Kapitalbindungen – insbesondere Spar- und Giroeinlagen – Ablaufkationen definiert, die das Zinsanpassungs- und Kapitalbindungsverhalten in diesen Kundenprodukten in geeigneter Form widerspiegeln. Durch eine veränderte Zinsanpassungspolitik – aber auch durch fehlende Zinsanpassungsmöglichkeiten in Grenzbereichen – können im Zeitablauf unerwartete Volumen- oder Margenschwankungen auftreten, die die Erzielung eines langfristig stabilen Zinsüberschusses gefährden und die Liquiditätssituation beeinträchtigen können (Spar- und Giroisiko).

Als Grundlage zur Abschätzung der residualen Geschäftsrisiken dienen historische Soll-Ist-Vergleiche der Perioden.

Die Quantifizierung und Überwachung der Geschäftsrisiken erfolgt teilweise auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts, teilweise durch Anwendung von Szenarioanalysen, dabei werden die angewandten Verfahren regelmäßig im Hinblick auf ihre Güte überprüft. Die Limite werden vom BRK beschlossen.

Zur Analyse von außergewöhnlichen Ereignissen werden darüber hinaus in regelmäßigen Abständen weitere, sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Szenarioanalysen und Stresstests durchgeführt.

Im Sinne eines Frühwarnsystems werden vom Controlling und von den Geschäftsfeldern laufend Markt- und Wettbewerbsdaten zur Identifizierung potenzieller Risiken erhoben und analysiert sowie entsprechende Gegenmaßnahmen entwickelt.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Im Folgenden werden im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 Handelsgesetzbuch (HGB) die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess beschrieben. Die Postbank erachtet Informationen als wesentlich im Sinne des § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, wenn ihr Weglassen die auf der Basis des Konzernabschlusses sowie der weiteren Bestandteile der Rechnungslegung getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Adressaten beeinflussen könnte. Die Wesentlichkeit ist nicht allgemeingültig bestimmbar, sondern wird sachverhaltsabhängig festgelegt. Die Beurteilung der Wesentlichkeit ist abhängig von Art und Umfang des jeweils abgebildeten Sachverhalts. Zur Beurteilung der Frage, ob ein Sachverhalt wesentlich ist, geht die Postbank von dessen Bedeutung in Bezug auf den Konzernabschluss aus.

Aufgaben des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Die Postbank hat einen hohen Qualitätsanspruch an die korrekte Abbildung der Geschäftsvorfälle in der Rechnungslegung. Die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Rechnungslegung ist Bestandteil des internen Kontrollsystems.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem der Postbank besteht aus Regelungen zur Steuerung der Unternehmensaktivitäten (internes Steuerungssystem bzw. Risikomanagementsystem) und Regelungen zur Überwachung der Einhaltung dieser Regelungen (internes Überwachungssystem).

Das interne Kontrollsystem der Postbank hat folgende Aufgaben:

- Sicherung der Wirksamkeit und der Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit entsprechend der Unternehmensstrategie,
- Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der internen und der externen Rechnungslegung sowie
- Einhaltung der für das Unternehmen maßgeblichen rechtlichen Vorschriften.

Der Vorstand der Postbank ist für die Einrichtung des internen Kontrollsystems verantwortlich. Die Umsetzung wird durch entsprechende Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen sichergestellt.

Organisation des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Der Vorstand ist für die Aufstellung des Jahres- und des Konzernabschlusses sowie für die (Konzern-)Lageberichterstattung verantwortlich. Der Vorstand hat die Verantwortlichkeiten für die einzelnen Bestandteile und Prozessschritte im Zusammenhang mit der Rechnungslegung in Form von Organisationsrichtlinien klar definiert und einzelnen Organisationseinheiten zugeordnet. Am Erstellungsprozess sind im Wesentlichen die Ressorts Finanzen, Konzernsteuerung, Ressourcen und Chief Risk Office beteiligt.

Die Postbank stellt ihren Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, auf. Des Weiteren berücksichtigt sie die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften gemäß § 340i HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB und die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS), die branchenspezifischen Vorschriften für Kreditinstitute und die rechtsformspezifischen Vorschriften für Aktiengesellschaften (§§ 150–161 AktG) sowie die ergänzenden Vorschriften der Satzung.

Für Zwecke der Einbeziehung von Tochtergesellschaften erstellen die einzubeziehenden Unternehmen und Zweckgesellschaften Berichte (Konzern-Packages), die nach Konzernvorgaben der Bank aufgestellt werden.

Die Rechnungslegung erfolgt überwiegend durch die Bereiche im Ressort Finanzen, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- Überwachung gesetzlicher Neuerungen,
- Erstellung und Pflege der Bilanzierungsrichtlinien,

- I ordnungsgemäße Erfassung und Verarbeitung der rechnungslegungsbezogenen Daten/Geschäftsvorfälle in den IT-Anwendungen,
- I Zusammenstellung des Konzernabschlusses nebst Konzernlagebericht,
- I Bereitstellung der Informationen für die Segmentberichterstattung.

Darüber hinaus erfolgen bestimmte Tätigkeiten in den Bereichen des Ressorts Konzernsteuerung, die folgende wesentliche Aufgaben haben:

- I Koordination der Entsprechenserklärung im Sinne des § 161 AktG,
- I Bereitstellung bestimmter Anhangangaben.

Das Ressort Ressourcen ist im Rahmen des Rechnungslegungsprozesses insbesondere mit den folgenden Tätigkeiten betraut:

- I Berechnung der Personal- und Pensionsrückstellungen sowie Bereitstellung der damit in Zusammenhang stehenden Anhangangaben,
- I Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Das Chief Risk Office nimmt folgende Aufgaben wahr:

- I Erstellung von Beschlüssen zu Einzelwertberichtigungen von in- und ausländischen Krediten,
- I Bereitstellung der offenzulegenden Informationen hinsichtlich der Marktpreis-, Kredit-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken,
- I Bereitstellung relevanter Angaben zu Anhang und Risikobericht.

Der Aufsichtsrat hat den Vorstand zu überwachen. Im Rahmen der Rechnungslegung fällt ihm die Billigung des Konzernabschlusses der Postbank zu. Der vom Aufsichtsrat gebildete Prüfungsausschuss hat folgende Aufgaben:

- I Beratung und Überwachung hinsichtlich Rechnungslegung, internes Kontrollsystem, Risikomanagement und -controlling, soweit nicht der Kreditausschuss zuständig ist, Interne Revision und Compliance,
- I Befassung mit Fragen der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers,
- I Erteilung des Prüfungsauftrags an den Abschlussprüfer, Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten, Festlegung der Honorarvereinbarung.

Der Prüfungsausschuss bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgaben seines Auskunftsrechts gegenüber der Internen Revision.

Darüber hinaus hat die Interne Revision der Postbank eine prozess-unabhängige Überwachungsfunktion. Sie führt im Auftrag des Vorstands Prüfungen in sämtlichen Unternehmensbereichen durch und ist ihm direkt unterstellt und berichtspflichtig. Neben der Ordnungsmäßigkeit und der Funktionssicherheit der Prozesse und Systeme beurteilt sie insbesondere die Wirksamkeit und die Angemessenheit des internen Kontrollsystems sowie des Risikomanagements im Allgemeinen.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht sind, bevor der Konzernabschluss gebilligt wird, durch den von der Hauptversammlung gewählten Abschlussprüfer zu prüfen.

Der vom Abschlussprüfer anzufertigende Prüfungsbericht ist dem Aufsichtsrat der Postbank vorzulegen.

Komponenten des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems

Als eine Komponente des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems stellt das Kontrollumfeld der Postbank den Rahmen dar, innerhalb dessen die bestehenden Regelungen im Postbank Konzern eingeführt und angewendet werden. Es ist geprägt durch die Grundeinstellungen, das Problembewusstsein und das Verhalten des Managements in Bezug auf das interne Kontrollsystem. Das Kontrollumfeld beeinflusst wesentlich das Kontrollbewusstsein der Mitarbeiter. Ein günstiges Kontrollumfeld ist Voraussetzung für die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems.

Die ordnungsgemäße fachliche Berücksichtigung der Geschäftsvorfälle wird durch Bilanzierungsrichtlinien und andere Regelungen sichergestellt, die einer fortlaufenden Überprüfung unterzogen und bei Bedarf angepasst werden. Für die Verbuchung verwendet die Postbank das System SAP. Darüber hinaus wird auf individuelle Tools zur Datenverarbeitung (DV) zurückgegriffen, deren Ausgestaltung im Rahmen des IDV-Monitoring überwacht wird. Die Konzern-Packages der einzubeziehenden Gesellschaften werden von den Gesellschaften in das System SAP SEM geladen oder in Einzelfällen manuell eingepflegt. Aus diesen Daten sowie auf Basis weiterer von den zu konsolidierenden Gesellschaften zur Verfügung gestellten Informationen erstellt die Bank ihren Konzernabschluss.

Dem Risiko einer nicht regelungskonformen Abschlusserstellung wird durch entsprechende Vorgaben in den Richtlinien entgegengesteuert. Die Konzern-Packages werden einer Prüfung auf Konformität mit den Konzernhandbüchern unterzogen. Der Konzernabschluss wird im Bereich Rechnungswesen qualitätsgesichert. In regelmäßigen Informationsveranstaltungen für Tochtergesellschaften werden die Vorgehensweisen für den Konzernabschluss erläutert und IFRS-Neuerungen weitergegeben.

Es kommen allgemein anerkannte Bewertungsverfahren zum Einsatz. Die angewendeten Verfahren sowie die zugrunde liegenden Parameter werden regelmäßig kontrolliert und soweit erforderlich angepasst.

Maßgeblicher Grundsatz für die Ausgestaltung der Prozesse ist die klare Trennung von unvereinbaren Tätigkeiten. In diesem Zusammenhang kommt dem Vier-Augen-Prinzip eine hohe Bedeutung zu. Bei der Verarbeitung der Geschäftsvorfälle erfolgt die Buchung grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip. Hierbei ist entweder ein technisches oder ein organisatorisches Vier-Augen-Prinzip oder die Kombination beider vorgesehen.

Der Rechnungslegungsprozess für den Jahresabschluss umfasst die fachliche Begleitung der auftretenden Geschäftsvorfälle, die Datenerfassung und -verarbeitung, die Berichterstellung sowie die Veröffentlichung der Bestandteile der Rechnungslegung. Die Konzernabschluss-erstellung umfasst darüber hinaus im Wesentlichen die Bestimmung des Konsolidierungskreises, die Meldungen der einbezogenen Gesell-

schaften, die Intercompany-Abstimmung, die Währungsumrechnung, automatisierte und manuelle Konsolidierungsbuchungen sowie die letztendliche Generierung des Konzernabschlusses.

Der gesamte Rechnungslegungsprozess wird durch IT-Anwendungen unterstützt. Bei den Anwendungen handelt es sich um Standardprogramme und Individualsoftware. Ausgehend von der IT-Strategie und der Risikostrategie des Postbank Konzerns, bestehen Regelungen und Verfahren bezüglich der Programmentwicklung und -änderung, der Datensicherung sowie der Zugriffsberechtigung, die die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sicherstellen.

Als prozessintegrierte Kontrollen werden programmintegrierte Plausibilisierungen sowie automatisierte und manuelle Abstimmungen vorgenommen. So führt die Bank regelmäßig Haupt- und Nebenbuchabstimmungen durch. Die Verbuchung erfolgt grundsätzlich im Vier-Augen-Prinzip.

Interne Revision

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Postbank Konzern. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Die Interne Revision ist den Standards des Institute of Internal Auditors (IIA) bzw. des Deutschen Instituts für Interne Revision verpflichtet. Sie prüft, entsprechend den MaRisk, risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Die Revision prüft grundsätzlich alle Teilbereiche der Postbank in mindestens dreijährigem Rhythmus. Bereiche, die einem besonderen Risiko unterliegen, werden jährlich geprüft. Darüber hinaus erstreckt sich ihre Aufgabenwahrnehmung in abgestufter Form auch auf die Tochtergesellschaften im Postbank Konzern und den von der Deutschen Post AG erworbenen Filialbereich. Die Tätigkeiten in den Tochtergesellschaften reichen von einer Beratungsfunktion bis hin zur vollständigen Ausübung der Internen Revision.

Die Prüfungsplanung und die Festlegung der Prüfungsfrequenzen erfolgen toolgestützt auf Basis eines seit mehreren Jahren etablierten und bewährten Verfahrens. Für jedes Prüfungsfeld wird ein Risikowert ermittelt, aus dem die Prüfungsfrequenz abgeleitet wird. Die Risikoeinschätzungen werden auf der Grundlage durchgeführter Prüfungen bzw. aufgrund aktueller Veränderungen im Geschäftsfeld vorgenommen. Hieraus ergeben sich die mehrjährige Prüfungsplanung und das Jahresprogramm für das nächste Geschäftsjahr, mit dessen Durchführung die Interne Revision durch den Vorstand beauftragt wird.

Neben regelmäßigen Prüfungen führt die Interne Revision anlassbezogen Sonderuntersuchungen durch und ist bei der Einführung und Umsetzung von wesentlichen Projekten begleitend prüferisch tätig. Die Prüfungskonzepte werden laufend den aktuellen Veränderungen im Konzern und in der Rechtslage angepasst. So werden z. B. neue Produkte, Veränderungen im internen Kontrollsystem oder Organisationsveränderungen in der Prüfungsdurchführung ebenso berücksichtigt wie Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Vergütungssysteme

Das Bundesfinanzministerium hatte am 6. Oktober 2010 aufgrund des § 25a Abs. 5 Sätze 1–3 und 5 KWG die Verordnung über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Vergütungssysteme von Instituten (InstitutsVergV) erlassen, die das Rundschreiben 22/2009 der BaFin vom 21. Dezember 2009 ablöste.

Die Vergütungssysteme des Postbank Konzerns wurden mit Wirkung für das Jahr 2011 an die in der InstitutsVergV geregelten allgemeinen und besonderen Anforderungen angepasst. Die Vergütungssysteme stehen im Einklang mit den in den Strategien niedergelegten Zielen und sind so ausgerichtet, dass negative Anreize vermieden werden. Die Mitarbeiter werden entsprechend ihren Aufgaben und ihrer Verantwortung angemessen vergütet; die Vergütungssysteme werden jährlich auf ihre Angemessenheit hin überprüft.

Bezüglich der besonderen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Geschäftsleitern und Mitarbeitern, deren Tätigkeit wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil hat, wurden die Vergütungssysteme so ausgestaltet, dass diese die auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Unternehmensziele noch stärker unterstützen. Die Postbank hat die notwendigen Anpassungen, die sich aus der InstitutsVergV ergaben, für diese Personengruppe in den Vergütungssystemen durchgeführt. Soweit dies zivil-, arbeits- und gesellschaftsrechtlich möglich war, wurden die notwendigen Anpassungen nach Prüfung gemäß § 10 InstitutsVergV in den Anstellungsverträgen nachgezogen.

Laufende Rechtsverfahren

Durch ihre Entscheidung vom 25. Januar 2012 hat die EU-Kommission das förmliche Beihilfeprüfverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen, das sie am 12. September 2007 eröffnet hatte. Im Rahmen der Untersuchung, ob der Deutschen Post AG von der Bundesrepublik Deutschland eine europarechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei, hat die EU-Kommission u. a. die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG überprüft. Den Vorwurf, dass die Deutsche Post AG der Deutschen Postbank AG ermögliche, Postfilialen zu nicht marktgerechter Vergütung zu nutzen, und dadurch gegen das Beihilfeverbot des EG-Vertrags verstoße, hatte zuvor auch schon die Monopolkommission erhoben.

Am 10. Mai 2011 weitete die EU-Kommission das förmliche Beihilfeprüfverfahren aus. Die Ausweitung betraf die Regelungen zur Finanzierung der von der Deutschen Post AG gezahlten Beamtenpensionen, die unter Einbeziehung der Anerkennung von Pensionslasten in den die Deutsche Post AG betreffenden Preisgenehmigungsentscheidungen näher überprüft werden sollten.

In ihrer Entscheidung vom 25. Januar 2012 ist die EU-Kommission bei der Prüfung der Finanzierung der Beamtenpensionen zum Ergebnis gelangt, dass insofern der Deutschen Post AG eine rechtswidrige Beihilfe gewährt worden sei, die an die Bundesrepublik zurückzuzahlen sei. Dagegen hat die Kommission die Kooperationsvereinbarungen zwischen Deutscher Post AG und Deutscher Postbank AG nicht beanstandet. Den 1999 erfolgten Verkauf aller Anteile der Deutschen Postbank AG an die Deutsche Post AG hat die EU-Kommission in der Entscheidung nicht wieder aufgegriffen.

Die Deutsche Post AG ist der Auffassung, dass der Vorwurf, bei der Finanzierung der Beamtenpensionen eine rechtswidrige Beihilfe

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

erhalten zu haben, unbegründet und die Entscheidung der Kommission vom 25. Januar 2012 insofern rechtswidrig ist, und wird gegen die Entscheidung Klage bei dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg einreichen.

I Prognosebericht

Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft dürfte 2012 ihren Wachstumskurs beibehalten, aber an Fahrt verlieren. Der IWF rechnet nur noch mit einem Zuwachs der globalen Wirtschaftsleistung von 3,3 %, nach 3,8 % im Jahr 2011. Die Risiken sind jedoch erheblich. Diese gehen vor allem von der EWU-Staatsschuldenkrise aus, die bei einer weiteren Eskalation die Funktionsfähigkeit der internationalen Finanzmärkte stark beeinträchtigen könnte. Im Jahr 2013 sollte das Wachstum des globalen BIPs laut IWF wieder etwas höher ausfallen.

In den Vereinigten Staaten von Amerika wird sich die Konjunktur 2012 unserer Einschätzung nach beleben, es ist jedoch nicht mit einer starken Dynamik zu rechnen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter steigen. Die Bauinvestitionen könnten, von einem sehr niedrigen Niveau ausgehend, leicht ausgeweitet werden. Der weiterhin bestehende Angebotsüberhang am Markt für Wohnimmobilien wird einer möglichen Aufwärtsbewegung aber enge Grenzen setzen. Der private Verbrauch sollte bei leicht sinkender Arbeitslosigkeit verhalten wachsen. Vom Außenhandel sind per saldo keine Impulse zu erwarten. Gleiches gilt aufgrund des Konsolidierungsbedarfs der öffentlichen Haushalte auch für den Staatsverbrauch. Insgesamt erwarten wir für 2012 ein BIP-Wachstum von 2,4 %. Für das Jahr 2013 rechnen wir – davon ausgehend, dass sich der Aufwärtstrend beim privaten Verbrauch verstärken wird – mit einem Wachstum von 2,7 %.

Die japanische Wirtschaft sollte sich 2012 von dem Rückschlag erholen, den sie 2011 als Folge der Naturkatastrophe erlitten hat. Die Exporte werden voraussichtlich wieder deutlich zulegen. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften nicht zuletzt aufgrund der erforderlichen Wiederaufbaumaßnahmen kräftig steigen. Auch der private Verbrauch sollte sich ausweiten. Das BIP dürfte im Jahr 2012 deshalb spürbar um 2,1 % wachsen. Für 2013 erwarten wir dann wieder eine Abschwächung der Konjunktur. In China sollte die Wirtschaft 2012 aufgrund der Bestrebungen der Regierung, eine Überhitzung zu vermeiden, etwas langsamer wachsen als im Berichtsjahr. Der wirtschaftliche Aufschwung wird jedoch robust bleiben und sollte sich auch 2013 fortsetzen.

Die Wirtschaft des Euroraums wird 2012 aller Voraussicht nach eine ausgeprägte Schwächephase durchlaufen. Die Staatsschuldenkrise und der daraus resultierende Zwang zur Konsolidierung führen zu weiteren Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen. Dies dürfte nicht nur den Staatsverbrauch, sondern auch den privaten Verbrauch und die Bruttoanlageinvestitionen bremsen. Bei der zu erwartenden schwachen Binnennachfrage sollten die Importe in deutlich geringerem Maß wachsen als die Exporte, sodass der Außenhandel positiv zum Wachstum beitragen dürfte. Dennoch wird das BIP voraussichtlich schwächer, als im Vorjahr erwartet, nämlich nur um 0,6 % steigen. Die hohen Wachstumsdifferenzen zwischen den EWU-Mitgliedsländern dürften bestehen bleiben. Einige Länder mit besonders hohem Konsolidierungsbedarf in den öffentlichen Haushalten werden eine Rezession kaum vermeiden können, während andere ihre Wirtschafts-

leistung moderat steigern sollten. Für 2013 rechnen wir mit einer Verstärkung der positiven Impulse für die Konjunktur, verbunden mit einem Anstieg des BIP-Wachstums auf 1,7 %.

Konjunkturausblick für Deutschland

Die deutsche Konjunktur durchläuft zum Jahreswechsel 2011/2012 eine Schwächephase. Die hiesige Wirtschaft steht aber weiterhin auf einer soliden Basis, sodass sich unseres Erachtens im weiteren Jahresverlauf 2012 die Antriebskräfte wieder durchsetzen sollten. Die wirtschaftliche Schwäche vieler EWU-Partnerländer wird die Konjunktur 2012 jedoch spürbar bremsen. Insbesondere sollte das Exportwachstum sich deutlich verlangsamen. Die Ausrüstungsinvestitionen sollten weiter steigen, aber mit deutlich geringerer Dynamik als im Jahr 2011. Bei den Bauinvestitionen rechnen wir nur mit einem schwachen Zuwachs. Aufgrund des nachlassenden Schwungs bei den Bruttoanlageinvestitionen dürfte sich auch der Aufwind am Arbeitsmarkt abschwächen, wobei die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt aber dennoch beachtlich steigen sollte. Dies würde die Einkommen der privaten Haushalte stützen, sodass der private Verbrauch weiter zulegen sollte. Das BIP-Wachstum wird 2012 voraussichtlich deutlich auf 1,2 % zurückgehen, damit aber immer noch spürbar höher ausfallen als im Euroraum insgesamt. Für 2013 rechnen wir mit einer Fortsetzung des Wachstums auf breiter Basis, wobei sich die Impulse aus dem Außenhandel wieder etwas verstärken sollten. Das BIP-Wachstum sollte sich in der Folge auf 1,7 % beschleunigen.

Märkte

Die Staatsschuldenkrise dürfte die globalen Märkte auch 2012 weiterhin stark prägen. Angesichts immer noch sehr hoher Staatsdefizite kann die Nervosität der Marktteilnehmer sehr schnell steigen und dies zu erneuten Kursrückschlägen führen. Wie in den Vorjahren könnten hiervon insbesondere die Anleihen hoch verschuldeter Eurostaaten sowie die Aktienmärkte betroffen sein. Die Geldpolitik der führenden Notenbanken dürfte 2012 expansiv bleiben. Aufgrund der schwachen Konjunktur im Euroraum und der europäischen Staatsschuldenkrise wird die EZB ihren Leitzins 2012 unserer Einschätzung nach konstant bei 1,0 % belassen. Dabei dürfte sie gegebenenfalls auch eine neuerliche Überschreitung ihres Inflationsziels von knapp unter 2 % tolerieren. Zudem gehen wir davon aus, dass sie auf absehbare Zeit an ihren unkonventionellen Maßnahmen wie der Vollzuteilung bei ihren Refinanzierungsgeschäften und der Ausschreibung längerfristiger Tender festhalten wird. Sollte sich die EWU-Staatsschuldenkrise weiter zuspitzen, halten wir es auch für möglich, dass die EZB weitere Leitzinssenkungen vornimmt und den Ankauf von EWU-Staatsanleihen nochmals ausdehnt. Mit Leitzinserhöhungen rechnen wir frühestens für das Jahr 2013. Aber auch dann sollte die EZB sehr vorsichtig agieren. Vor dem Hintergrund konstanter Leitzinsen dürften auch die Geldmarktzinsen 2012 auf ihrem aktuell niedrigen Niveau verharren. Die US-Notenbank hat bereits angekündigt, dass sie ihren Leitzins voraussichtlich bis Ende 2014 bei 0 % bis 0,25 % belassen wird, sofern die Preisentwicklung oder die Konjunktur dem nicht entgegenstünden. Mit Leitzinsanhebungen in den USA ist deshalb weder für 2012 noch für 2013 zu rechnen.

Die Kapitalmarktzinsen in Deutschland sind auf ihrem derzeitigen Niveau unseres Erachtens vor allem aufgrund der erhöhten Inflationsrate nach unten verzerrt. Die Entwicklung der EWU-Staatschuldenkrise dürfte jedoch weiterhin Bundesanleihen mit ihrem Ruf

als „sicherer Hafen“ begünstigen. Da sich die EWU-Staatsschuldenkrise unserer Einschätzung nach im Jahr 2012 abschwächen wird, aber noch nicht nachhaltig überwunden werden kann, rechnen wir nur mit einer leichten Erhöhung der Rendite 10-jähriger Bundesanleihen auf 2,5 %. Bei konstant niedrigen Leitzinsen dürfte die Zinsstrukturkurve etwas steiler werden. Im Jahr 2013 sollten die Kapitalmarktzinsen bei einer vorsichtigen Straffung der Geldpolitik weiter steigen. Die Zinsstrukturkurve sollte in diesem Umfeld weder markant abflachen noch deutlich steiler werden.

Verstärken sich im Laufe der Jahres 2012 – wie von uns erwartet – die Antriebskräfte für die Konjunktur und verliert die EWU-Staatsschuldenkrise etwas von ihrer Brisanz, dann sollte auch die Sorge vor Ausfällen bei Unternehmensanleihen nachlassen. Dies würde die Risikoauflage leicht sinken lassen – ein Trend, der sich im Jahr 2013 fortsetzen sollte. Die Corporate Spreads dürften aber weiterhin deutlich über dem Niveau liegen, das vor dem Ausbruch der Finanzkrise zu verzeichnen war. Im Hinblick auf die Risikoauflage, die für Staatsanleihen der sogenannten Peripherieländer in der Eurozone verlangt werden, halten wir erst dann eine nachhaltige Entspannung für wahrscheinlich, wenn die vereinbarten Strategien, die zu einer dauerhaft soliden Finanzpolitik in der EWU führen sollen, erste klare Erfolge zeigen. Bis dahin wird die Schwankungsanfälligkeit hoch bleiben.

Branchensituation

Auf europäischer Ebene sind die regulatorischen Rahmenbedingungen für Finanzinstitute in vielen Punkten weiterhin nicht fixiert. Abschließende Entscheidungen zur Harmonisierung der Einlagensicherung, zur Einführung einer Finanztransaktions- bzw. Finanzaktivitätssteuer oder für eine EU-weite Bankenabgabe wurden noch nicht getroffen.

Nach dem Berichtsjahr kann auch das Jahr 2012 die gesamte europäische Bankenbranche – und mit ihr selbstverständlich auch die deutschen Institute – vor beträchtliche Herausforderungen stellen. Ein Ende der Staatsschuldenkrise in den Peripheriestaaten der Eurozone zeichnet sich noch nicht ab. Auch für das laufende Jahr können weitere Belastungen für deutsche Kreditinstitute, die in Rentenpapieren der GIPS-Staaten investiert sind, nicht ausgeschlossen werden. Ein weiterer Kursverfall der Staatsanleihen dieser Länder könnte bei einigen Geldinstituten erneut zu Verlusten in den Handelsbüchern oder zu Wertberichtigungen führen. Die Modalitäten eines freiwilligen Forderungsverzichts privater Gläubiger im Falle Griechenlands sind noch nicht fixiert. Je nach Ausgestaltung dieser Vereinbarung könnten nochmalige Abschreibungen auf von deutschen Banken gehaltene griechische Staatsanleihen erforderlich werden.

Die leichte konjunkturelle Eintrübung in den Industrieländern, die zuletzt auch Deutschland erreichte, wird das operative Geschäft der Branche voraussichtlich erschweren. Daher dürften weitere deutliche Reduzierungen der Risikovorsorge die Ausnahme darstellen. Zwar rechnen wir damit, dass die derzeit flache Zinsstrukturkurve steiler wird. Mit Blick auf den harten Wettbewerb, der vor allem im Privatkundensegment und zunehmend auch im Firmenkundengeschäft herrscht, erwarten wir aber keine deutliche Steigerung der Zinsüberschüsse. Die Ergebnisbeiträge aus Investmentbanking und Eigenhandel dürften bei vielen deutschen Instituten in Anbetracht des schwierigen Kapitalmarktumfelds und der erhöhten Eigenkapitalanforderungen bestenfalls stagnieren.

Insgesamt erwarten wir für die Mehrheit der deutschen Banken für 2012 allenfalls eine moderate Ergebnissteigerung.

Nach unserer Einschätzung wird die deutsche Bankenlandschaft auch mittelfristig von der Drei-Säulen-Struktur aus privaten, öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Instituten gekennzeichnet sein.

Auch 2013 dürfte kein einfaches Jahr für die deutsche Bankenbranche werden. Der harte Wettbewerb im Privat- und im Firmenkundengeschäft sollte anhalten und die Chancen auf steigende Zins- und Provisionsüberschüsse limitieren. Die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise dürften das Kapitalmarktumfeld weiterhin belasten und deutliche Verbesserungen der Erträge aus Investmentbanking oder Eigenhandel begrenzen. Das operative Ergebnis der Institute sollte in diesem Umfeld nur leicht zulegen können.

Investitionsschwerpunkte der Postbank

Aus gesetzlichen Anforderungen erwachsen Investitionsanforderungen insbesondere im Zusammenhang mit den neuen und den veränderten Regelungen hinsichtlich der Liquiditäts- und Kapitalanforderungen, der SEPA, der Solvabilitätsverordnung und des Verbraucherschutzes. Hervorzuheben sind die Investitionen in die Systeme der Sicherheitsverwaltung sowie in Recovery- und Workout-Prozesse, die künftig zu positiven Effekten bei der Kapitalbelastung führen werden.

Zur Optimierung des laufenden Betriebs und der Prozesse investiert die Postbank weiterhin in das Kernbankensystem SAP und in die Vertriebs-Front-Ends.

Im Hinblick auf die Geschäftsentwicklung werden wir im Wesentlichen in den Ausbau der Kooperation mit der Deutschen Bank und in die gemeinsame zukünftige Retail-Target-Plattform investieren.

Die voraussichtlichen Auswirkungen von Basel III

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) hat am 16. Dezember 2010 die Regelungstexte der künftigen internationalen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) final verabschiedet. Dieses Regelwerk wird derzeit auf europäischer Ebene in entsprechenden Richtlinien und Verordnungen umgesetzt. In Reaktion auf die Finanzkrise wird eine Vielzahl von Verschärfungen der regulatorischen Rahmenbedingungen vorgenommen, die eine größere Widerstandsfähigkeit des weltweiten Bankensystems zum Ziel haben. Vorgehen sind sowohl höhere Anforderungen an die Qualität und die Quantität des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals als auch höhere Anrechnungsbeträge der mit Eigenkapital zu unterlegenden Aktiva. Zusätzlich werden künftig Mindestanforderungen an die Liquiditätsausstattung der Banken gestellt, und der Verschuldungsgrad der Banken wird überwacht.

Die neuen Regelungen von Basel III werden bei den Banken tendenziell zu einer Minderung des aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals und einem Anstieg der risikogewichteten Aktiva führen. Dies gilt auch für die Postbank. Die regulatorischen Neuerungen werden jedoch zeitlich gestaffelt in einer Übergangsperiode bis 2022 eingeführt, um den Banken die nötige Zeit zur Anpassung an die verschärften Anforderungen zu geben. Parallel hierzu werden sukzessive bis 2018 die Mindestkapitalquoten angehoben, und es sind ein zusätzlicher Kapitalerhaltungspuffer sowie gegebenenfalls ein antizyklischer Kapitalpuffer aufzubauen.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Für den Zeitraum bis zur Einführung von Basel III plant die Postbank, ihre Eigenkapitalposition durch die Einführung fortgeschrittener Modelle zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen (IRB-Advanced-Ansatz) sowie den Abbau von Finanzanlagen weiter zu verbessern. Auf Basis der aktuellen Planungen wird die Postbank so die bei der Einführung von Basel III erforderlichen Mindestkapitalquoten einhalten bzw. übertreffen. Gleichzeitig werden kontinuierlich weitere Maßnahmen zur Optimierung der Kapitalausstattung geprüft.

Die De-Risking-Strategie der Postbank wird darüber hinaus auch dazu beitragen, den von den Aufsichtsbehörden zunächst nur beobachteten, nicht aber limitierten Verschuldungsgrad weiter zu reduzieren.

Ausblick für den Postbank Konzern

Erwartete Auswirkungen des Abschlusses von Unternehmensverträgen

Am 10. Januar 2012 sind Deutsche Bank und Postbank übereingekommen, in Verhandlungen über den Abschluss eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags zwischen der DB Finanz-Holding GmbH (einer 100 %igen Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG) als herrschendem Unternehmen und der Deutschen Postbank AG als beherrschtem Unternehmen einzutreten. Wir gehen davon aus, dass bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen die ordentliche Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG am 5. Juni 2012 über die Zustimmung zum Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag beschließen kann. Im Ergebnis könnten sich für die Postbank im Falle des Abschlusses einer derartigen Vereinbarung Vorteile aus der Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen dem Deutsche Bank Konzern und der Postbank ergeben. Wir erwarten diese u. a. im Hinblick auf eine Optimierung der Liquiditätssteuerung, eine steuerliche Organschaft und die Erzielung von Synergien, die ohne den Abschluss des Unternehmensvertrags nicht erreichbar wären. Darüber hinaus kann durch den Abschluss einer derartigen Vereinbarung eine zentrale gesetzliche Voraussetzung zur Erlangung eines sogenannten Waivers nach § 2a KWG erfüllt werden.

Besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag, so sieht das Aktiengesetz vor, dass jeder während der Vertragsdauer bei der Deutschen Postbank AG entstehende Jahresfehlbetrag auszugleichen ist, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer in sie eingestellt worden sind. Das Aktiengesetz sieht ebenfalls vor, dass das beherrschende Unternehmen die Abführung aller erzielten Gewinne verlangen kann.

Erwartete Entwicklung der Ergebnissituation des Postbank Konzerns

Die folgende Einschätzung des voraussichtlichen Geschäftsverlaufs der Postbank in den Jahren 2012 und 2013 basiert auf den in diesem Lagebericht skizzierten volkswirtschaftlichen Grundannahmen und Erwartungen. Eine weitere Verschärfung der Staatsschuldenkrise und/oder mögliche Rückschläge und Verwerfungen an den internationalen Kapital- und Immobilienmärkten könnten sich negativ auf dieses Szenario auswirken. Auch die anhaltende Diskussion um strengere regulatorische Vorschriften für den Bankensektor, wie z. B. die Reform der Einlagensicherung, sowie ein über die heutige Planung hinaus beschleunigter Abbau von Risikopositionen könnten einen signifikanten Einfluss auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Postbank haben, der in dem im Folgenden dargestellten Basisszenario nicht berücksichtigt wurde.

Aus der Integration der Postbank Gruppe in den Deutsche Bank Konzern werden in den kommenden Perioden spürbare Synergien erwartet, die die Geschäftsentwicklung und damit die kurz-, mittel- und langfristige Ergebnissituation der Postbank und ihrer Geschäftsbereiche positiv beeinflussen sollten. Aus Maßnahmen zum Erzielen von Synergien werden kurz- und mittelfristig Sonderbelastungen entstehen, so z. B. aus der Hebung von Effizienzgewinnen oder aus der Realisierung von gemeinsamen IT-Systemen. Auf Basis der derzeitigen Ergebnisse der Integrationsarbeiten wurden die erwarteten positiven und negativen Effekte im nachfolgenden Ausblick berücksichtigt.

Im Falle einer Beherrschung könnte es darüber hinaus durch die Übernahme von Konzernvorgaben zu Effekten in der Bewertung von Aktiva und Passiva kommen.

Basis für die künftige Ergebnisentwicklung der Postbank sind unverändert die soliden Ertragsströme aus dem Geschäft mit Privat-, Geschäfts- und Firmenkunden. Dem Management unserer Kostenbasis werden wir auch in den kommenden Perioden höchste Aufmerksamkeit widmen und dabei verstärkt Effizienzpotenziale heben, die sich durch die Einbindung in den Deutsche Bank Konzern ergeben. Auf Basis der volkswirtschaftlichen Prognosen und bei einem Abklingen der Staatsschuldenkrise erwarten wir auch eine weiter rückläufige Notwendigkeit für Wertkorrekturen auf Risikopositionen der Bank. Dies wird unterstützt durch den signifikanten Abbau dieser Positionen in den vergangenen Jahren.

Im Einzelnen erwarten wir, dass die operativen Ergebnislinien Zins- und Provisionsüberschuss im Jahr 2012 moderat hinter dem guten Ergebnis des abgeschlossenen Geschäftsjahres zurückbleiben. Der Zinsüberschuss wird durch das anhaltend niedrige Zinsniveau belastet bleiben, und im Provisionsüberschuss werden sich u. a. höhere Aufwendungen, z. B. für Produktvermittlungen im Rahmen der Zusammenarbeit mit der norisbank, widerspiegeln. Strukturell bedingt werden auch die Provisionserlöse für Postdienstleistungen weiter rückläufig sein. Ab 2013 dürfte sich, u. a. aufgrund des erwarteten Anstiegs der Zinsstrukturkurve, wieder ein Wachstum ergeben.

Für das Handels- und das Finanzanlageergebnis gehen wir davon aus, dass sich – ohne Berücksichtigung einer möglichen nochmaligen Verschärfung der Staatsschuldenkrise und daraus resultierenden negativen Effekten für die Bankenbranche – in den Jahren 2012 und 2013 jeweils kumuliert nur noch leicht negative Ergebnisbeiträge ergeben.

Die Entwicklung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ist eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland und in den Ländern, in denen wir Engagements in der gewerblichen Immobilienfinanzierung eingegangen sind. Wie beschrieben, gehen wir in unserem Basisszenario von einer temporären Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere in Europa, aus. Vor diesem Hintergrund erwarten wir für 2012 und 2013 einen Anstieg der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Vergleich zum Jahr 2011, das durch die Auflösung von Risikovorsorge begünstigt war.

Für die Entwicklung des Verwaltungsaufwands erwarten wir für 2012 und 2013 einen spürbaren Rückgang gegenüber dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres. Auch wenn wir Einmalaufwendungen aus der Integration in den Deutsche Bank Konzern erwarten, sollten sich hier Effizienzmaßnahmen vorangegangener Perioden und erste Syner-

gien positiv auswirken. Für 2012 erwarten wir die anderen Verwaltungsaufwendungen in etwa auf Vorjahresniveau und – insbesondere als Folge eines rückläufigen Rückstellungsbedarfs – einen sinkenden Personalaufwand. Im Jahr 2013 sollte der Verwaltungsaufwand in Summe nochmals leicht unter dem Niveau des Jahres 2012 liegen.

In Summe gehen wir auf Basis der vorgenannten Einschätzungen zur Entwicklung der einzelnen Ergebniskomponenten davon aus, dass der Postbank Konzern in den Jahren 2012, 2013 und darüber hinaus wieder deutlich positive Ergebnisse erwirtschaften wird. Der von uns mittelfristig erwartete Anstieg der Ergebnisbeiträge aus dem Kundengeschäft wird insbesondere im Jahr 2012 noch durch das nach wie vor für einlagenstarke Banken herausfordernde Zinsumfeld beeinträchtigt.

Erwartete Entwicklung in den wesentlichen Geschäftsbereichen

Retail Banking

Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung gehen wir für 2012 von einer stabilen Entwicklung des Privatkundengeschäfts in Deutschland aus. Es handelt sich hier um einen wenig volatilen und gegenüber anderen Bereichen risikoärmeren Geschäftszweig. Wir unterstellen allerdings eine weiter steigende Wettbewerbsintensität. Mit unserer aktuellen Positionierung sehen wir uns hierfür sehr gut aufgestellt und wollen auf unserem Wachstumspfad voranschreiten.

Die Unsicherheiten am Geld- und Kapitalmarkt dürften dafür sorgen, dass sich der Trend zu sicheren Anlagen fortsetzt. Hieraus erwarten wir positive Impulse insbesondere für das Spar- und das Bauspargeschäft. Zudem sollte das Baufinanzierungsgeschäft vom hohen Nachholbedarf an energetischen Sanierungen profitieren.

Die Ergebnisbeiträge des Segments Retail Banking sollten sich in den Jahren 2012 und 2013 auf dem hohen Niveau des abgeschlossenen Geschäftsjahres bewegen. Dabei erwarten wir für 2012 einen leichten Rückgang der Summe aus Zins- und Provisionsüberschuss gegenüber dem sehr guten Wert des Jahres 2011. Im Jahr 2013 sollte sich, insbesondere aufgrund des weiter steigenden Zinsüberschusses, wieder ein Wachstum der Erträge ergeben. Für die Risikovorsorge gehen wir derzeit von einer nahezu stabilen Entwicklung aus.

Firmenkunden

Im Ergebnis des Segments Firmenkunden wird sich das Niveau des Jahres 2011 nach derzeitiger Einschätzung in den Jahren 2012 und 2013 nicht erreichen lassen, da wir aufgrund der zu erwartenden Abkühlung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit einer im Vergleich zu 2011 steigenden Risikovorsorge im Kreditgeschäft rechnen. Die Gesamterträge des Segments sollten dabei in etwa auf dem guten Niveau des Jahres 2011 verbleiben.

Transaction Banking

Die Ergebnisentwicklung des Segments Transaction Banking wird – u. a. als Folge des Weggangs des Mandanten Dresdner Bank im zweiten Quartal 2011 – in den kommenden zwei Jahren leicht rückläufig sein. Hierbei dürfte der Provisionsüberschuss deutlich zurückgehen, was wir durch den rückläufigen Verwaltungsaufwand teilweise ausgleichen können. Darüber hinaus werden wir dem Kostenmanagement auch in den kommenden Jahren hohe Priorität einräumen.

Financial Markets

Für das Segment Financial Markets, das die Ergebnisse aus dem Management unseres Bankbuchs beinhaltet, gehen wir aufgrund rückläufiger Belastungen aus der Finanzmarkt- und der Staatsschuldenkrise für die nächsten beiden Jahre von einer deutlichen Verbesserung gegenüber dem Ergebnis des abgelaufenen Geschäftsjahres aus.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

geschäftlich

Kostenlose Kontoführung

0,00 Euro*

Postbank Business Giro



Business SparCard

Klasse, wie meine Bank
ihr Geschäft versteht...
und auch meines!

UNTERM STREICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de/geschaeftskunden
- Postbank Business-Center,
0180 4440400**
- Postbank Finanzcenter,
www.postbank.de/filial-suche

 **Postbank**

GESCHÄFTSKUNDEN

* Ab 10.000 Euro durchschnittlichem Habensaldo im Monat. ** 9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunktarif maximal 42 Cent/Minute.

zuverlässig

Postbank Markenwert:

Schneller, guter Service und verlässliche Produktqualität

Wie ihren Privatkunden so bietet die Postbank auch ihren 280.000 Geschäftskunden – Selbstständigen, Freiberuflern, Gewerbetreibenden und kleinen Unternehmen – ein breites Spektrum von Produkten für den alltäglichen Bedarf. Dass die Zahl der Kunden, die uns als Hauptbankverbindung nutzen, stetig wächst, verdanken wir zum einen der Qualität und Verlässlichkeit unserer Produkte und Leistungen und zum anderen einem speziellen Know-how unserer Mitarbeiter: dem Know-how über die Branchen unserer Kunden.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Konzernabschluss nach International Financial Reporting Standards zum 31. Dezember 2011

101	Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011
102	Bilanz zum 31. Dezember 2011
103	Eigenkapitalveränderungsrechnung
104	Kapitalflussrechnung
106	Anhang – Notes
139	Segmentberichterstattung (Note 39)
174	Bestätigungsvermerk

I Gesamtergebnisrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2011

Gewinn- und Verlustrechnung

	Erläuterungen	2011 Mio €	2010 Mio €
Zinserträge	(6)	6.900	6.978
Zinsaufwendungen	(6)	– 3.990	– 4.247
Zinsüberschuss	(6)	2.910	2.731
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(7)	– 383	– 561
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.527	2.170
Provisionserträge	(8)	1.502	1.586
Provisionsaufwendungen	(8)	– 250	– 270
Provisionsüberschuss	(8)	1.252	1.316
Handelsergebnis	(9)	64	– 241
Ergebnis aus Finanzanlagen	(10)	– 554	– 1
Verwaltungsaufwand	(11)	– 3.204	– 2.934
Sonstige Erträge	(12)	107	175
Sonstige Aufwendungen	(13)	– 114	– 170
Ergebnis vor Steuern		78	315
Ertragsteuern	(14)	34	– 176
Ergebnis nach Steuern		112	139
Ergebnis Konzernfremde		– 1	– 1
Konzerngewinn		111	138
Ergebnis je Aktie in €		0,51	0,63
Bereinigtes Ergebnis je Aktie in €		0,51	0,63

Verkürzte Gesamtergebnisrechnung

	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis nach Steuern	112	139
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	– 24	238
Veränderung der Neubewertungs- rücklage	– 35	340
davon Bewertungsänderung	– 51	239
davon Bestandsänderung	16	101
Veränderung der Währungs- umrechnungsrücklage	9	9
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	2	– 111
Gesamtergebnis Konzernfremde	– 1	– 1
Gesamtergebnis	87	376

Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern sind ausschließlich in der Neubewertungsrücklage entstanden.

Für das Ergebnis je Aktie wird der Konzerngewinn durch die während des Geschäftsjahres durchschnittlich gewichtete Stückzahl ausgegebener Aktien dividiert. Im Geschäftsjahr 2011 befanden sich durchschnittlich 218.800.000 (Vorjahr: 218.800.000) Aktien im Umlauf.

Das bereinigte Ergebnis je Aktie entspricht dem Ergebnis je Aktie, da – wie im Vorjahr – keine Wandel- oder Optionsrechte im Umlauf sind und somit kein Verwässerungseffekt vorhanden ist.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung vorschlagen, für das Geschäftsjahr 2011, wie im Vorjahr, keine Dividende auszuschütten.

I Bilanz zum 31. Dezember 2011

Aktiva	Erläuterungen	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Barreserve	(15)	3.652	3.248
Forderungen an Kreditinstitute	(16)	20.322	12.140
Forderungen an Kunden	(17)	110.740	111.783
Risikovorsorge	(19)	– 1.826	– 1.764
Handelsaktiva	(20)	6.892	24.150
Hedging-Derivate	(21)	1.277	664
Finanzanlagen	(22)	46.480	58.980
Immaterielle Vermögenswerte	(23)	2.274	2.339
Sachanlagen	(24)	791	826
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	(25)	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(26)	206	321
Latente Ertragsteueransprüche	(26)	404	347
Sonstige Aktiva	(27)	697	695
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	(2)	–	882
Summe der Aktiva		191.982	214.684

Passiva	Erläuterungen	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(28)	20.024	22.419
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(29)	134.126	136.476
Verbriefte Verbindlichkeiten	(30)	12.727	12.860
Handelspassiva	(31)	8.591	26.174
Hedging-Derivate	(32)	1.817	1.451
Rückstellungen		2.557	2.287
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	(33)	1.161	1.126
b) Sonstige Rückstellungen	(34)	1.396	1.161
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(35)	129	77
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(35)	175	284
Sonstige Passiva	(36)	689	665
Nachrangkapital	(37)	5.438	5.577
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	(2)	–	787
Eigenkapital	(38)	5.709	5.627
a) Gezeichnetes Kapital		547	547
b) Kapitalrücklage		2.010	2.010
c) Andere Rücklagen		3.037	2.928
d) Konzerngewinn		111	138
Anteile in Fremdbesitz		4	4
Summe der Passiva		191.982	214.684

I Eigenkapitalveränderungsrechnung

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Währungs- umrech- nungs- rücklage	Neubewer- tungs- rück- lage	Konzern- gewinn	Eigen- kapital vor Fremd- anteilen	Anteile in Fremd- besitz	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Stand 01.01.2010	547	2.010	3.267	-151	-502	76	5.247	4	5.251
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			76			-76	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2010				9	229	138	376		376
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen							-	-	-
Stand 31.12.2010	547	2.010	3.343	-142	-273	138	5.623	4	5.627
Ausschüttung							-		-
Veränderung der Gewinnrücklagen			138			-138	0		0
Gesamtergebnis 01.01.–31.12.2011				9	-33	111	87		87
Eigene Aktien im Bestand							-		-
Übrige Veränderungen			-5				-5	-	-5
Stand 31.12.2011	547	2.010	3.476	-133	-306	111	5.705	4	5.709

Im Gesamtergebnis sind Bewertungs- und Bestandsveränderungen der Finanzinstrumente Available for Sale enthalten.

Zum 31. Dezember 2010 entfallen von der Währungsumrechnungsrücklage -6,6 Mio € auf die zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerte.

137

Für die detailliertere Darstellung der Entwicklung der Neubewertungsrücklage wird auf Note 38 verwiesen.

Zum 31. Dezember 2011 hat die Postbank keine eigenen Aktien im Bestand.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Kapitalflussrechnung

Erläuterungen	2011 Mio €	2010 Mio €
Konzerngewinn	111	138
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Sach- und Finanzanlagen sowie Forderungen	1.123	595
Veränderungen der Rückstellungen (33), (34), (35)	213	23
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	–65	95
Gewinne aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	–87	–37
Sonstige Anpassungen (per Saldo, im Wesentlichen Zinsüberschuss)	–2.688	–2.198
Zwischensumme	–1.393	–1.384
Veränderungen des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	–8.451	1.987
Forderungen an Kunden	164	–1.803
Handelsaktiva	17.543	–3.569
Hedging-Derivate positive Marktwerte	–537	–304
Sonstige Aktiva	53	212
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–1.899	–16.308
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–2.780	4.383
Verbriefte Verbindlichkeiten	–103	–3.811
Handelspassiva	–17.583	3.757
Hedging-Derivate negative Marktwerte	437	–691
Sonstige Passiva	41	–27
Zinseinzahlungen	7.081	7.346
Zinsauszahlungen	–4.279	–4.609
Erhaltene Dividendenzahlungen	0	0
Ertragsteuerzahlungen	–82	–210
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	–11.788	–15.031

	Erläuterungen	2011 Mio €	2010 Mio €
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		12.574	14.568
Anteilen an Tochterunternehmen	(2)	171	30
Sachanlagen		25	1
Immateriellen Vermögenswerten		0	0
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		-184	-701
Anteilen an Tochterunternehmen		4	0
Sachanlagen		-59	-64
Immateriellen Vermögenswerten		-38	-47
Cashflow aus Investitionstätigkeit		12.493	13.787
Dividendenzahlungen		0	0
Mittelveränderungen aus sonstiger Finanzierungstätigkeit (Saldo)		-300	-41
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-300	-41
Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Geschäftsjahres	(15)	3.248	4.534
Zugang Konsolidierungskreis			
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit		-11.788	-15.031
Cashflow aus Investitionstätigkeit		12.493	13.787
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit		-300	-41
Effekte aus Wechselkursänderungen		-1	-1
Zahlungsmittelbestand zum Ende des Geschäftsjahres	(15)	3.652	3.248

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht der Barreserve.

Die Ermittlung der Kapitalflussrechnung erfolgt nach der indirekten Methode. Hierbei wird der Netto-Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit ausgehend vom Konzerngewinn ermittelt, wobei zunächst diejenigen Aufwendungen zugerechnet und diejenigen Erträge abgezogen werden, die im Geschäftsjahr nicht zahlungswirksam waren.

Weiterhin werden alle Aufwendungen und Erträge eliminiert, die zwar zahlungswirksam waren, jedoch nicht dem operativen Geschäftsbereich zuzurechnen sind. Diese Zahlungen werden bei den Cashflows aus der Investitionstätigkeit oder der Finanzierungstätigkeit berücksichtigt.

Inhaltsverzeichnis

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	108
(2) Konsolidierungskreis	108
(3) Konsolidierungsgrundsätze	110
(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	110
(a) Aktiver Markt	110
(b) Forderungen	110
(c) Leasinggeschäfte	111
(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung	111
(e) Handelsaktiva	112
(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte	112
(g) Hedging-Derivate	112
(h) Finanzanlagen	113
(i) Immaterielle Vermögenswerte	114
(j) Sachanlagen	115
(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	115
(l) Sonstige Aktiva	116
(m) Verbindlichkeiten	116
(n) Handelspassiva	116
(o) Rückstellungen	116
(p) Währungsumrechnung	117
(q) Ertragsteuern	117
(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	117

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss	119
(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	119
(8) Provisionsüberschuss	120
(9) Handelsergebnis	120
(10) Ergebnis aus Finanzanlagen	121
(11) Verwaltungsaufwand	121
(12) Sonstige Erträge	122
(13) Sonstige Aufwendungen	122
(14) Ertragsteuern	122

Erläuterungen zur Bilanz

(15) Barreserve	123
(16) Forderungen an Kreditinstitute	123
(17) Forderungen an Kunden	124
(18) Kreditvolumen	124
(19) Risikovorsorge	124
(20) Handelsaktiva	125
(21) Hedging-Derivate	126
(22) Finanzanlagen	126
(23) Immaterielle Vermögenswerte	127
(24) Sachanlagen	129
(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	131
(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche	131
(27) Sonstige Aktiva	132
(28) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	132
(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	133
(30) Verbriefte Verbindlichkeiten	133
(31) Handelspassiva	134
(32) Hedging-Derivate	134
(33) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	134
(34) Sonstige Rückstellungen	136
(35) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen	136
(36) Sonstige Passiva	137
(37) Nachrangkapital	137
(38) Eigenkapital	137

Sonstige Angaben

(39) Segmentberichterstattung	139
(40) Eventual- und andere Verpflichtungen	142
(41) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	142
(42) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39	148
(43) Derivative Finanzinstrumente	149
(44) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	153
(45) Fremdwährungsvolumen	153
(46) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote	153
(47) Risikokapital	153
(48) Restlaufzeitengliederung	154
(49) Nachrangige Vermögenswerte	155
(50) Sonstige finanzielle Verpflichtungen	155
(51) Treuhandgeschäfte	156
(52) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	156
(53) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	156
(54) Andere Angaben	165
(55) Namen und Mandate der Organmitglieder	165
(56) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB	169
(57) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB	169
(58) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB	169
(59) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex	173

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Anhang – Notes

Allgemeine Angaben

Die Muttergesellschaft der Deutschen Postbank AG, Bonn, ist die Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main. Die Unternehmen des Postbank Teilkonzerns sind in den Konzernabschluss der Muttergesellschaft einbezogen.

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die Deutsche Postbank AG hat als börsennotierte Aktiengesellschaft für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr ihren Konzernabschluss nach den in der EU geltenden International Financial Reporting Standards (IFRS) und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften aufgestellt. Der Abschluss stellt einen Jahresfinanzbericht im Sinne des § 37v WpHG dar.

Eine Übersicht über die angewandten Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2011) enthält die Anlage zu diesem Konzernabschluss.

Die Bilanzierung und Bewertung wurde unter der Annahme der Unternehmensfortführung (Going Concern) vorgenommen. Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt. Sie werden in der Periode erfasst und ausgewiesen, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Der Konzernabschluss umfasst die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie den Anhang (Notes).

Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wurde, in Millionen Euro (Mio €) angegeben.

Sämtliche im Rahmen der Bilanzierung und Bewertung nach IFRS notwendigen Annahmen, Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten einschließlich der Einschätzung des Vorliegens eines aktiven bzw. inaktiven Marktes, die Bilanzierung und Bewertung der Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit zukünftiger Steuerentlastungen. Unter anderem wird auch im Rahmen der Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“ auf die Schätzungsunsicherheiten innerhalb der Bewertungsmodelle von Finanzinstrumenten eingegangen. Bei der Bestimmung der Halteabsicht für Finanzinstrumente werden auch die Geschäftsstrategie und die derzeitigen Marktbedingungen in Betracht gezogen. Sofern Schätzungen in größerem Umfang erforderlich waren, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Für Wertpapierbestände in Staatsanleihen, Pfandbriefen, Banken- und Unternehmensanleihen erfolgt die Fair-Value-Ermittlung anhand beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter.

Die Steuerung der Marktpreis-, Adressenausfall- und Liquiditätsrisiken ist im Abschnitt Risikobericht (Unterabschnitte „Überwachung und Steuerung von Marktpreisrisiken“, „Überwachung und Steuerung von Kreditrisiken“ sowie „Überwachung und Steuerung von Liquiditätsrisiken“) des Konzernlageberichts dargestellt.

Die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

Die Steuerung der einzelnen Risikoarten und die Angaben zu Risiken aus Finanzinstrumenten (nach IFRS 7) werden im Risikobericht des Konzernlageberichts erläutert.

(2) Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2011 werden neben dem Mutterunternehmen Deutsche Postbank AG 50 Tochterunternehmen (31. Dezember 2010: 51) einbezogen, die in der folgenden Übersicht aufgeführt sind.

Konsolidierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil (%) unmittelbar	Anteil (%) mittelbar
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin/Hameln	100,0	
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	
Deutsche Postbank International S.A., Munsbach, Luxemburg	100,0	
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln		100,0
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln		100,0
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln		100,0
BHW-Immobilien GmbH, Hameln		100,0
BHW Kreditservice GmbH, Hameln		100,0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Munsbach, Luxemburg		100,0
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Munsbach, Luxemburg		100,0
DPBI Immobilien KGaA, Munsbach, Luxemburg		100,0
Miami MEI LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PBC Carnegie LLC, Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Finance (Delaware), Inc., Wilmington, Delaware, USA		100,0
PB Firmenkunden AG, Bonn		100,0
PB Hollywood I Hollywood Station LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PB Hollywood II Lofts LLC, Dover, Delaware, USA		100,0
PMG Collins LLC, Tallahassee, Florida, USA		100,0
Postbank Filial GmbH, Bonn		100,0
Postbank Support GmbH, Köln		100,0
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn		100,0
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	23,3	76,7
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA		94,7
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn		90,0
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 58 dargestellt.

Die im Vorjahr in der Bilanz gesondert nach IFRS 5 ausgewiesene Deutsche Postbank Home Finance Ltd. (Indien), eine 100 %ige Tochtergesellschaft der BHW Holding AG, ist zum 31. März 2011 aus dem Konsolidierungskreis ausgeschieden. Aus der Veräußerung der Gesellschaft wurde ein Ertrag in Höhe von 55 Mio € erzielt. Die Vermögenswerte der Gesellschaft betrugen zum Abgangszeitpunkt 840 Mio €, und die Verbindlichkeiten beliefen sich auf 747 Mio €.

Gemäß der vom International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) veröffentlichten Interpretation SIC-12, nach der Zweckgesellschaften unter bestimmten Voraussetzungen zu konsolidieren sind, wurden eine Zweckgesellschaft zur Verbriefung von Wohnungsbaukrediten (PB Domicile 2009-1) und ein im Berichtsjahr neu erworbener Publikumsfonds (DWS Bond Flexible) konsolidiert. Zwei zur Verbriefung von Ratenkrediten gegründete Zweckgesellschaften wurden im Berichtsjahr abgewickelt und entkonsolidiert (PB Consumer Gesellschaften).

Die Merkur I SICAV - FIS und die Merkur II SICAV - FIS, eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Merkur I SICAV - FIS, wurden zum 30. November 2011 wegen nunmehr untergeordneter Bedeutung entkonsolidiert und im Dezember 2011 aufgelöst.

Die BHW Kreditservice GmbH mit Sitz in Hameln wurde am 22. Dezember 2011 gegründet und im Dezember 2011 erstmals in den Konzernabschluss einbezogen. Die BHW Kreditservice GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der BHW Holding AG.

Im Dezember 2011 wurde erstmals die Postbank P.O.S. Transact GmbH in den Konsolidierungskreis einbezogen. Die Postbank P.O.S. Transact GmbH ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft der Deutschen Postbank AG.

Darüber hinaus lagen keine Veränderungen des Konsolidierungskreises vor. Die Änderungen des Konsolidierungskreises haben insgesamt keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

(3) Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss der Deutschen Postbank AG wird gemäß IAS 27.24 nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt.

Die Kapitalkonsolidierung wird nach der Erwerbsmethode gemäß IAS 27.18 i.V.m. IFRS 3 vorgenommen. Der Ansatz der Anteile an den Tochterunternehmen zum Buchwert bei dem Mutterunternehmen wird ersetzt durch die mit ihrem beizulegenden Zeitwert angesetzten Vermögenswerte und die Schuldposten der einbezogenen Unternehmen.

Die aus der Erstkonsolidierung entstandenen aktiven Unterschiedsbeträge mit Firmenwertcharakter werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft und gegebenenfalls außerplanmäßig abgeschrieben.

Die nicht dem Mutterunternehmen zustehenden Anteile am Eigenkapital von Tochterunternehmen werden innerhalb des Konzerneigenkapitals als „Anteile in Fremdbesitz“ ausgewiesen. Anteile anderer Gesellschafter werden auf der Grundlage der Zeitwerte der ihnen zuzuordnenden Vermögenswerte und Schulden ermittelt.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten sowie die aus dem konzerninternen Finanz- und Leistungsverkehr stammenden Aufwendungen und Erträge werden gemäß IAS 27.20 eliminiert. Zwischenergebnisse innerhalb des Konzerns werden gemäß IAS 27.21 herausgerechnet.

Die zur Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse der einbezogenen Tochterunternehmen wurden auf den Abschlussstichtag des Mutterunternehmens aufgestellt. Die Konsolidierungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr unverändert.

(4) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Sämtliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden bleiben, soweit im Folgenden nicht anders dargestellt, im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

(a) Aktiver Markt

Für die Beurteilung der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze von Finanzinstrumenten ist es von Relevanz, ob für diese ein aktiver Markt besteht. Gemäß IAS 39.AG71 gilt ein Finanzinstrument als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise an einer Börse, von einem Händler, Broker, einer Branchengruppe, einem Preisberechnungsservice oder einer Aufsichtsbehörde leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Sind die genannten Bedingungen nicht erfüllt, so liegt ein inaktiver Markt vor.

(b) Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden werden grundsätzlich mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert (Kategorie „Loans and Receivables“). Hierzu zählen auch Geldhandelsforderungen.

Die Postbank wendet die Fair-Value-Option ausschließlich auf bestimmte Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs an, die in einem wirtschaftlichen Sicherungszusammenhang zu Zinsderivaten stehen. Danach können finanzielle Vermögenswerte ergebniswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder bei der Ergebniserfassung (Accounting Mismatch) führt. Die Bewertung der Forderungen erfolgt im Einklang mit IAS 39.AG74 ff. auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung einer aktuellen Swaprenditekurve und darlehensspezifischer Risiko- bzw. Kostenaufschläge. Eine detaillierte Beschreibung des Bewertungsmodells erfolgt in Note 41. Der bilanzielle Ausweis erfolgt unter der Position „Forderungen an Kunden“. Die Marktwertänderungen der Bestände werden im Handelsergebnis erfasst. Die Zinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände sowie der dazugehörigen Zinsswaps werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Das maximale Kreditrisiko aus den der Fair-Value-Option zugeordneten Darlehensbeständen besteht in Höhe des Buchwertes von 7,5 Mrd € (Vorjahr: 8,1 Mrd €), dieses wird in Höhe von 0,5 Mrd € (Vorjahr: 1,0 Mrd €) durch Credit Default Swaps reduziert, da diese Darlehen Bestandteil der Referenz-Pools von synthetischen Verbriefungen sind bzw. dieses Kreditrisiko im Zusammenhang mit den RMBS-Transaktionen ausplatziert worden ist. Bei den das Kreditrisiko reduzierenden Credit Default Swaps handelt es sich ausschließlich um Finanzgarantien, die gemäß IAS 37 bilanziert bzw. erst im Zeitpunkt der Rückgriffsforderung bewertet werden.

Bonitätsinduzierte Wertminderungen von Forderungen, die nicht ergebniswirksam zum Fair Value bewertet werden, werden separat in der Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

Der Buchwert von gesicherten Forderungen, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Gewinne und Verluste aus Schwankungen des Fair Value angepasst, die auf das gesicherte Risiko zurückzuführen sind.

Agio- und Disagiobeträge inklusive der Anschaffungsnebenkosten werden über das Zinsergebnis ergebniswirksam erfasst. Abgegrenzte Zinsen auf Forderungen sowie Agien und Disagien werden mit den jeweiligen Forderungen unter den entsprechenden Bilanzposten ausgewiesen. Agio- und Disagio-Beträge werden nach der Effektivzinsmethode abgegrenzt.

Ein Abgang von Forderungen erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden, erfolgt anhand beobachtbarer Marktpreise oder auf Basis eines Discounted-Cashflow-Verfahrens unter Anwendung von am Markt beobachtbaren Parametern (aktuelle Swaprenditekurve plus „Credit Spread“). Weitere Angaben zu beizulegenden Zeitwerten von Finanzinstrumenten beinhaltet Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

Die nach IFRS 7.6 geforderte Klassifizierung von Finanzinstrumenten nach Klassen ergibt sich bei der Postbank aus der Zuordnung der Kategorien von Finanzinstrumenten nach IAS 39 in Verbindung mit den entsprechenden Bilanzpositionen. Zur weiteren Erhöhung der Transparenz hat die Postbank die Angaben zum Kreditrisiko nach IFRS 7.36 f. im Risikobericht differenziert nach den einzelnen Klassen angegeben.

(c) Leasinggeschäfte

Die Bilanzierung von Leasinggeschäften erfolgt gemäß IAS 17 und IFRIC 4.

Leasingverhältnisse werden gemäß IAS 17 nach der Verteilung der wirtschaftlichen Chancen und Risiken aus dem Leasinggegenstand zwischen Leasinggeber und -nehmer beurteilt und entsprechend als Finanzierungs- oder Operating Leasing bilanziert.

Als Leasingnehmer bei einem Finanzierungsleasing weist die Postbank den Leasinggegenstand in Höhe des zu Beginn des Leasingverhältnisses beizulegenden Zeitwertes oder mit dem niedrigeren Barwert der Mindestleasingzahlungen im Sachanlagevermögen aus.

Die zu leistenden Leasingzahlungen werden unter den Sonstigen Passiva in der Bilanz ausgewiesen. Die Abschreibungen auf die Leasinggegenstände werden im Verwaltungsaufwand erfasst.

Als Leasinggeber weist die Postbank bei einem Finanzierungsleasing die Forderung mit dem Nettoinvestitionswert unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. den Forderungen an Kunden aus. Die fälligen Leasingraten werden als Zinsertrag (ergebniswirksamer Ertragsanteil)

erfasst sowie gegen den ausgewiesenen Forderungsbestand (erfolgsneutraler Tilgungsanteil) gebucht.

Die Postbank hat keine Finanzierungsleasingverhältnisse im Immobilienbereich. Die Leasingverträge für Mobilien sind in der Regel als Teilamortisationsverträge mit Andienungsrecht ausgestattet. Im Fall der Teilamortisationsverträge wird aufgrund der im Verhältnis zur betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer kürzeren Grundmietzeit nur ein Teil der Gesamtinvestitionskosten innerhalb der Grundmietzeit amortisiert.

Beim Operating Leasing weist die Postbank als Leasingnehmer von Immobilien die geleisteten Leasingraten in voller Höhe als Mietaufwand in den Verwaltungsaufwendungen aus.

Als Leasinggeber beim Operating Leasing weist die Postbank das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen Erträgen und die Abschreibungen auf die verleaste Objekte im Verwaltungsaufwand ausgewiesen.

(d) Risikovorsorge und Wertberichtigung

Erkennbare Risiken aus dem Kreditgeschäft werden durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen (bzw. pauschalierten Einzelwertberichtigungen) abgedeckt. Für eingetretene, aber noch nicht identifizierte Risiken werden darüber hinaus für Gruppen finanzieller Vermögenswerte mit vergleichbaren Ausfallrisikoprofilen Portfoliowertberichtigungen gebildet, deren Höhe auf der Basis von Basel-II-Parametern (erwartete Verlustquoten, Ausfallwahrscheinlichkeiten und LIP-Faktoren) ermittelt wird. Die Risikovorsorge wird als separater Bilanzposten aktivisch abgesetzt. Sie beinhaltet die Wertberichtigung für Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden.

Ein potenzieller Wertminderungsbedarf wird bei Vorliegen der Indikatoren Zahlungsverzug über einen bestimmten Zeitraum, Einleitung von Zwangsmaßnahmen, drohende Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung, Beantragung oder Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder Scheitern von Sanierungsmaßnahmen angenommen.

Der Bedarf für eine Wertberichtigung liegt vor, wenn der voraussichtlich erzielbare Betrag (Estimated Recoverable Amount) eines finanziellen Vermögenswertes niedriger ist als der betreffende Buchwert, d. h., wenn ein Darlehen voraussichtlich (teilweise) uneinbringlich ist. Ist dies der Fall, so ist der Verlust für finanzielle Vermögenswerte, die zu fortgeführten Anschaffungskosten (IAS 39.63) anzusetzen sind, entweder über eine indirekte Wertberichtigung (Risikovorsorge) oder eine Direktabschreibung ergebniswirksam abzubilden (IAS 39.63).

Der erzielbare Betrag (Recoverable Amount) wird gemäß IAS 39.63 ff. nach folgenden Methoden ermittelt:

- Barwert der geschätzten zukünftigen Cashflows (Zins- und Tilgungszahlungen sowie Zahlungseingänge aus der Verwertung von Sicherheiten) aus dem finanziellen Vermögenswert.
- Unter Verwendung eines beobachtbaren Marktpreises, sofern für das Finanzinstrument ein beobachtbarer Marktpreis vorliegt, da die Marktbewertung das erhöhte Adressenausfallrisiko beinhaltet.

Uneinbringliche Forderungen werden in entsprechender Höhe direkt ergebniswirksam abgeschrieben, Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden ergebniswirksam erfasst.

Für Bürgschaften, Avale und unwiderrufliche Kreditzusagen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen für das Kreditgeschäft gebildet.

(e) Handelsaktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Wertpapiere sowie derivative Finanzinstrumente mit einem positiven Marktwert bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der positive Marktwert von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie von derivativen Finanzinstrumenten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option bilanziert. Die erstmalige Erfassung dieser Geschäfte erfolgt zum Handelstag.

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Falls öffentlich notierte Marktpreise auf einem aktiven Markt im Sinne des IAS 39.AG71 ff. vorliegen, werden diese öffentlich notierten Marktpreise grundsätzlich als Fair Value verwendet, ansonsten wird der Fair Value anhand anerkannter Bewertungsmethoden (gemäß IAS 39.AG74 ff.) ermittelt. Eine detaillierte Beschreibung der Bewertungsmethoden erfolgt in Note 41. Das Bewertungsergebnis sowie die realisierten Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst.

Die Zinsen aus Kassageschäften sowie die Swapzinsen der der Fair-Value-Option zugeordneten Bestände werden im Zinsergebnis erfasst. Alle anderen Swapzinsen werden im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Postbank hat die in den synthetischen Collateralized-Debt-Obligationen (CDO) eingebetteten Derivate gemäß IAS 39.AG30h abgespalten und damit separat erfolgswirksam bewertet.

Die abgespaltenen Derivate der synthetischen SCP-Bestände (Structured Credit Products) werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Die SCP-Bestände des Handels werden ebenfalls unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP-Beständen enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(f) Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Die Postbank schließt sowohl Wertpapierleihe- als auch echte Wertpapierpensionsgeschäfte ab. Die bei Repo- und Sell-and-Buy-Back-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden in der Konzernbilanz als Wertpapierbestand bilanziert. Der Liquiditätszufluss aus den Geschäften wird je nach Gegenpartei als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder gegenüber Kunden in der Bilanz ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten werden in Höhe des erhaltenen Kaufpreises (netto) ausgewiesen; die zu zahlende Repo-Rate wird zeitanteilig abgezogen. Zinszahlungen werden als Zinsaufwendungen gebucht.

Reverse Repos und Buy-and-Sell-Back-Geschäfte (Kassakauf von Wertpapieren) werden als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Die in Pension genommenen Wertpapiere werden nicht in der Bilanz ausgewiesen; aus diesem Geschäftsvorgang entstehende Zinsen werden als Zinserträge erfasst.

Nach IFRS ist bei der Entleihe nur dann eine Rückgabeverpflichtung durch den Entleiher zu bilanzieren, wenn die Wertpapiere an Dritte weitergereicht wurden. Der Verleiher bilanziert weiterhin die Wertpapiere.

(g) Hedging-Derivate

Ziel des Aktiv-Passiv-Managements im Postbank Konzern ist die risiko- und ertragsoptimierte Steuerung der Gesamtbankposition unter besonderer Beachtung der Barwertrisiken; dazu werden Fair Value Hedges eingesetzt.

Beim Fair Value Hedge (Absicherung des Fair Value) werden finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten gegen Wertänderungen abgesichert, soweit diese Veränderungen auf dem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) beruhen.

Als Sicherungsinstrumente für Fair Value Hedges werden bei den verzinslichen Positionen in Wertpapieren und langfristigen Forderungen überwiegend Zinsswaps, bei den Emissionen auch Cross Currency Swaps und strukturierte Swaps eingesetzt, um festverzinsliche oder strukturierte Geschäfte in variable Positionen umzuwandeln. Es werden sowohl Einzelgeschäfte als auch homogene Subportfolios mittels Fair Value Hedges gesichert. Des Weiteren werden Credit Default Swaps (CDS) zur Absicherung von Kreditrisiken insbesondere aus Wertpapieren eingesetzt.

Unter den Hedging-Derivaten werden die Sicherungsinstrumente bilanziert, welche die Voraussetzungen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 erfüllen.

Werden die derivativen Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken gehalten, so kann grundsätzlich ein Sicherungsinstrument einem einzelnen und auch mehreren ähnlichen Grundgeschäften zugeordnet werden. Diese Sicherungsbeziehungen werden in der Regel als Mikrohedger bezeichnet.

Die bilanzielle Abbildung von Sicherungszusammenhängen (Hedge Accounting) wird durch IAS 39 geregelt. Nach den IFRS dürfen nur solche Sicherungsbeziehungen nach den Regelungen zum Hedge Accounting bilanziert werden, die die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. erfüllen. Eine Hedge-Beziehung endet, wenn das Grundgeschäft oder das Sicherungsinstrument ausläuft, veräußert oder ausgeübt wurde bzw. die Anforderungen an das Hedge Accounting nicht mehr erfüllt sind. Die Anforderungen des Hedge Accounting müssen zu allen Bilanzstichtagen und für alle Sicherungsbeziehungen erfüllt sein.

Derivative Finanzinstrumente, die zum Bilanzstrukturmanagement abgeschlossen werden, sowie Derivate aus ineffektiven Sicherungsbeziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des IAS 39.88 ff. und werden daher stets ergebniswirksam bewertet und in den Bilanzposten „Handelsaktiva/-passiva“ als Derivate des Bankbuchs zum Fair Value ausgewiesen. Dies sind vornehmlich zur Absicherung von Nettositionen aus Forderungen und Verbindlichkeiten abgeschlossene

Zinsswaps. Deren Bewertungs- und Zinsergebnisse werden nach IFRS im Handelsergebnis ausgewiesen.

Die Effektivitätsprüfung für alle Fair Value Hedges erfolgt prospektiv durch eine Sensitivitätsanalyse von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument, ergänzt durch einen Homogenitätstest bei den Subportfolios. Die tatsächlichen Marktwertänderungen von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument werden für jede Sicherungsbeziehung regelmäßig retrograd miteinander verglichen.

Derivative Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements werden in erster Linie als Mikrohedgbeziehungen (Fair Value Hedges) eingegangen. Sofern keine effektiven Mikrohedgbeziehungen vorliegen, sind die Wertveränderungen der derivativen Finanzinstrumente des Bilanzstrukturmanagements gemäß IFRS ergebniswirksam im Handelsergebnis auszuweisen, unabhängig davon, ob die Risikosteuerung bei ökonomischer Betrachtung erfolgreich war oder nicht. Im Zusammenhang mit dem aktiven Management der Festzinsposition der Gesamtbilanz (Bilanzstrukturmanagement) werden sowohl neue Swaps in der Form von Mikrohedges (Mikroswaps) abgeschlossen als auch bestehende Sicherungsbeziehungen aufgelöst und glattgestellt. Die Überprüfung der Festzinsposition und die Entscheidung über den Abschluss oder die Auflösung und Glattstellung von Mikrohedgbeziehungen orientieren sich an ökonomischen Aspekten. Die Auflösung eines Mikroswaps wird in der Bilanz und im Periodenergebnis wie bei ineffektiven Hedges behandelt. Die Durchführung des Effektivitätstests und damit die ergebniswirksame Bewertung erfolgen zum Monatsultimo.

Seit Oktober 2011 steuert die Postbank durch private Baufinanzierungen hervorgerufene Zinsänderungsrisiken mit Derivaten (Plain Vanilla Swaps). Die Sicherungsinstrumente werden unter Berücksichtigung der Bilanzierungsgrundsätze des IAS 39.AG 114 ff. im Rechnungswesen im Rahmen des Hedge Accounting abgebildet. Hedged Items sind dabei einzelne Darlehen, welche als gleichwertige Vermögenswerte in Gruppen, sogenannten Darlehensklassen, zusammengefasst und bilanziert werden. Als Sicherungsinstrument kommt ein Kollektiv aus Plain-Vanilla-Zinsswaps zum Einsatz.

(h) Finanzanlagen

Der Bilanzposten „Finanzanlagen“ umfasst nicht zu Handelszwecken gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und sonstige Beteiligungen.

Die erstmalige Erfassung der Finanzanlagen erfolgt mit den Anschaffungskosten zum Erfüllungszeitpunkt.

Die Loans-and-Receiveables (LaR)-Bestände werden in der Bilanz mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Die Folgebewertung der Finanzanlagen Available for Sale (AFS) erfolgt zum Fair Value, wenn dieser verlässlich ermittelbar ist. Änderungen des Marktwertes bei Finanzanlagen AFS werden in der Neubewertungsrücklage des Eigenkapitals ausgewiesen und fließen erst in das Ergebnis ein, wenn der Gewinn oder Verlust realisiert wird oder ein Abschreibungsbedarf vorliegt. Wird für diese Finanzanlagen Hedge Accounting angewendet, werden Gewinne und Verluste aus Schwan-

kungen des Fair Value, die auf das abgesicherte Risiko zurückzuführen sind, direkt in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In die IFRS-Kategorie AFS stellt die Postbank Finanzinstrumente ein, für die keine kurzfristige Wiederveräußerungs- bzw. Gewinnerzielungsabsicht besteht, die nicht zur Bewertung zum Fair Value designiert wurden und die nicht bis zu ihrer Endfälligkeit gehalten werden sollen. Darüber hinaus sind die Finanzinstrumente zu ihrem Zugangszeitpunkt an einem aktiven Markt – wie er in Note 4 (a) definiert wird – notiert.

Agien und Disagien werden den Finanzinstrumenten direkt zugerechnet und über die Restlaufzeit effektivzinskonstant verteilt.

Bei wesentlichen oder dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Überprüfung auf Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung erfolgt zum Bilanzstichtag und darüber hinaus beim Vorliegen eines Impairment-Triggers.

Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen sowie sonstige Beteiligungen werden in der Regel zu Anschaffungskosten bilanziert, da für diese ein Fair Value nicht verlässlich ermittelbar ist. Bei dauerhaften Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen. Die Fair Values von Unternehmensanleihen, Staatsanleihen, Pfandbriefen und Bankanleihen werden auf Basis beobachtbarer Marktpreise oder am Markt beobachtbarer Parameter gemäß IAS 39.AG71 ff. ermittelt.

Im Rahmen ihres Kreditersatzgeschäfts hat die Postbank in Structured Credit Products (SCP) investiert. Dabei handelt es sich z. B. um folgende Produktarten: Asset Backed Securities (ABS), Collateralized Debt Obligation (CDO), Collateralized Loan Obligation (CLO), Residential Mortgage Backed Securities (RMBS) und Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS).

In geringem Umfang befinden sich SCP-Produkte im Handelsbestand (Held-for-Trading (HfT) -Kategorie). Für die bilanzielle Behandlung der nicht dem Handelsbestand zugeordneten SCP-Bestände ist entscheidend, ob diese als sogenannte „Cash-Strukturen“ oder aber als „synthetische Strukturen“ einzustufen sind. Bei Cash-Strukturen befinden sich zur Unterlegung der von der Zweckgesellschaft emittierten Anleihen Forderungen und/oder Wertpapiere im Bestand der Zweckgesellschaft. Bei synthetischen Strukturen dahingegen wird das Kreditrisiko des Portfolios von finanziellen Vermögenswerten synthetisch üblicherweise mit einem Credit Default Swap (CDS) übertragen. Kombinationen aus Cash- und synthetischen Strukturen werden bilanziell wie synthetische Strukturen behandelt.

SCP-Bestände des Bankbuchs mit Cash-Strukturen werden der IAS 39 Kategorie Loans and Receivables (LaR) und SCP-Bestände mit synthetischen Strukturen der IAS 39 Kategorie AFS zugeordnet. Diese SCP-Bestände sind gemäß IAS 39.11 daraufhin zu untersuchen, ob ein abspaltungspflichtiges eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) vorliegt. Die Cash-Strukturen (LaR) enthalten keine abzuspaltenden eingebetteten Derivate und werden als ein einziger finanzieller Vermögenswert bilanziert. Die synthetischen Strukturen (AFS) werden dahingegen in einen Basisvertrag (Host Contract) und ein eingebettetes Derivat (Embedded Derivative) aufgespalten.

Bei den SCP-Beständen des Bankbuchs werden das gesamte strukturierte Produkt (Cash-Strukturen) bzw. der Basisvertrag bei Abspaltung

des Embedded Derivates (synthetische Strukturen) unter dem Bilanzposten „Finanzanlagen“ ausgewiesen (siehe des Weiteren auch Note 4 (e)).

Die synthetischen SCP (AfS) einschließlich der Embedded Derivatives und die SCP des Handelsbestands (HfT) werden mit dem Fair Value bewertet. Grundsätzlich erfolgt die Fair-Value-Bewertung über veröffentlichte Transaktions- oder Börsenkurse. Liegen keine Transaktions- oder Börsenkurse vor, werden sogenannte Arranger oder Dealer Quotes (Indikationen) zur Bewertung herangezogen. Aufgrund der fast vollständigen Inaktivität der Märkte für Verbriefungsprodukte wird bei der Ermittlung der Fair Values für SCP der Bewertungskategorie AfS, wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS und RMBS, ein internes Bewertungsmodell (im Einklang mit IAS 39.AG74 ff.) mit transaktionsindividuellen Liquiditäts-Spreads verwendet. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A in größtmöglichen Umfang Marktdaten.

Die Fair-Value-Veränderung der SCP des Handelsbestands wird im Handelsergebnis ausgewiesen. Bei den synthetischen SCP wird die Fair-Value-Veränderung der abgespaltenen Embedded Derivatives ebenfalls im Handelsergebnis erfasst. Die restliche Fair-Value-Veränderung (d. h. die des Host Contract der synthetischen SCP) wird – sofern kein Impairment vorliegt – erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage gezeigt. Dabei wird vom Full Fair Value des synthetischen SCP der durch ein marktgängiges, ausfallbasiertes Bewertungsmodell – bei dem an die jeweilige Marktlage angepasste Input-Parameter verwendet werden – ermittelte Wert des Embedded Derivative abgezogen.

Eine bonitätsinduzierte Abschreibung (Impairment) erfolgt nur bei einer dauerhaften Wertminderung. Das Vorliegen einer dauerhaften Wertminderung wird an bestimmten objektiven Faktoren (Objective Evidence) festgemacht. IAS 39.59 nennt einige solcher objektiven Faktoren, wie z. B. erhebliche finanzielle Schwierigkeiten des Emittenten oder des Schuldners oder aber Vertragsbruch, wie z. B. Ausfall oder Verzug von Zins- oder Tilgungszahlungen. Die Postbank hat die objektiven Faktoren dahingehend erweitert, dass das Vorliegen von indirekten Subprime-Investments als Faktor definiert worden ist; somit ist für alle indirekten Subprime-Investments ein Impairment-Test durchzuführen. Alle SCP-Bestände unterliegen einer laufenden Beobachtung.

Liegen solche objektiven Faktoren für eine dauerhafte Wertminderung vor, ist wie folgt zu verfahren:

Bei LaR-Beständen ist die Differenz zwischen dem bisherigen Buchwert und dem dauerhaft erzielbaren Betrag (Recoverable Amount) als Impairment in der GuV zu erfassen. Bei AfS-Beständen ist der negative Betrag aus der Neubewertungsrücklage GuV-wirksam auszubuchen.

Die Impairment-Feststellung bei den SCP-Beständen erfolgt auf Basis der Analyse der erwarteten Cashflows anhand eines internen Bewertungsmodells, in das die aktuellen Schätzungen des Adressenausfallrisikos der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools einbezogen werden. Die Ausfallereignisse der Underlyings wurden über die Zeit simuliert und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet.

Die Ratingmigrationen und Kennzeichnungen der ausgefallenen Underlyings ermöglichen eine Analyse von bestimmten Triggern bei Cash-CDOs. Die Berücksichtigung komplexer Trigger, wie z. B. Auflösungs-Trigger, ist über zusätzliche Einzelfallanalysen gewährleistet. Die aktuelle Schätzung des Adressenausfallrisikos der Underlyings basiert auf einer Produkte/Märkte/Vintage-Matrix unter Berücksichtigung des ursprünglichen und des aktuellen Ratings sowie der Recovery-Erwartungen.

Bei der Bewertung des strukturierten Kreditportfolios hat die Postbank zum ersten Quartal 2011 eine Kalibrierung der Spreads für Non-Corporate CDOs vorgenommen. Diese Parameteranpassung führte per 31. Dezember 2011 zu einer Belastung der Gewinn- und Verlustrechnung in Höhe von 0,5 Mio € und zu einer Belastung der Neubewertungsrücklage in Höhe von 9,1 Mio €.

Impairments werden im Finanzanlageergebnis ausgewiesen. Ein Abgang von Finanzinstrumenten erfolgt, sobald die Mehrheit der wesentlichen mit rechtlichem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen der finanziellen Vermögenswerte übertragen wurde. Eine Beschreibung der jeweils angewandten Bewertungsverfahren erfolgt in Note 41 „Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten“.

(i) Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter immateriellen Vermögenswerten werden selbst erstellte und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Geschäfts- und Firmenwerte ausgewiesen.

Im Postbank Konzern werden immaterielle Vermögenswerte nur dann gemäß IAS 38.21-23 angesetzt, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem Unternehmen der erwartete Nutzen zufließen wird und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten zuverlässig ermittelt werden können.

Entwicklungskosten für selbst geschaffene Software werden aktiviert, wenn die Nachweise gemäß IAS 38.57 (a)–(f) erbracht werden können. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung sofort erfolgswirksam erfasst.

Immaterielle Vermögenswerte mit einer begrenzten Nutzungsdauer werden linear über einen Zeitraum von 4 bis 10 Jahren abgeschrieben, bilanzierte Kundenbeziehungen werden linear über einen Zeitraum von 25 Jahren und vorteilhafte Verträge über einen Zeitraum von 12 Jahren abgeschrieben. Die Abschreibungsdauer für immaterielle Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer wird mindestens zum Ende eines jeden Geschäftsjahres überprüft.

Änderungen bezüglich der erwarteten Nutzungsdauer werden als Schätzungsänderung behandelt. Die immateriellen Vermögenswerte mit begrenzter Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag daraufhin überprüft, ob irgendein Anhaltspunkt vorliegt, dass der Vermögenswert wertgemindert sein könnte. Liegt ein Indikator vor, wird der Wertminderungsaufwand ermittelt. Die Ermittlung erfolgt durch Feststellung, ob der jeweilige Buchwert des Vermögenswertes seinen erzielbaren Betrag übersteigt, und unter Berücksichtigung der Überlegung zur Vollabschreibung und/oder des Abgangs des Vermögenswertes. Im Jahr 2011 lagen keine Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor. Noch nicht nutzungsbereite immaterielle Vermögenswerte werden jährlich auf Wertminderung geprüft.

Bei den bei der Postbank bilanzierten immateriellen Vermögenswerten mit einer unbestimmten Nutzungsdauer handelt es sich ausschließlich um Markenwerte.

Die etablierte Marke „BHW“ wird durch kontinuierliche Investitionen in Form von Werbung laufend gefördert. Es ist beabsichtigt, sie dauerhaft zu nutzen.

Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte unterliegen keiner planmäßigen Abschreibung. Vielmehr ist ein Impairment-Test durchzuführen, um eine Wertminderung – und somit außerplanmäßige Abschreibung – zu bestimmen.

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte und die immateriellen Vermögenswerte mit einer unbestimmten Nutzungsdauer werden zum Bilanzstichtag auf eine mögliche Wertminderung geprüft (Impairment-Test nach IAS 36). Zur Durchführung der Impairment-Tests werden die bilanzierten Geschäfts- und Firmenwerte sowie Markenwerte auf die entsprechenden Zahlungsmittel generierenden Einheiten nach den Anforderungen des IAS 36 allokiert. Als Zahlungsmittel generierende Einheiten wurden dabei gemäß IAS 36.80 die Geschäftssegmente nach IFRS 8 bestimmt. Für den Impairment-Test auf den Geschäfts- oder Firmenwert wird anschließend festgestellt, ob der erzielbare Betrag den jeweiligen Buchwert der Zahlungsmittel generierenden Einheit übersteigt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus Nutzungswert und Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten. Die gleiche Vorgehensweise wird für den Impairment-Test der Markenwerte angewendet, wobei die Ermittlung des Zeitwertes abzüglich der Veräußerungskosten für die Markenwerte nicht auf Ebene der Zahlungsmittel generierenden Einheit, sondern auf Ebene des einzelnen Vermögenswertes bestimmt wird. Bei der Berechnung der Nutzungswerte werden die entsprechenden Cashflows der Zahlungsmittel generierenden Einheit zugrunde gelegt. Der Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten wird nur ermittelt, wenn sich aus der Berechnung des Nutzungswertes ein Abschreibungsbedarf ergeben würde. Dies war 2011 nicht der Fall. Die Berechnung der Nutzungswerte erfolgt anhand der jeweiligen Planungsrechnung (Management Approach). Der Planungszeitraum umfasst fünf Jahre. Im Anschluss an den Detailplanungszeitraum wurde eine Wachstumsrate von 1 % (sogenannte ewige Rente) angesetzt.

Für die Bewertung wurde ein Abzinsungssatz von 7,76 % berücksichtigt. Der Abzinsungssatz ergibt sich aus einem risikolosen Zins von 2,75 % zuzüglich einer unternehmensspezifischen Risikoprämie von 5,01 %, die sich aus dem systematischen Marktrisiko (Betafaktor) sowie der aktuellen Marktrisiko- und Geschäftsausstattung ableitet.

Bezug nehmend auf IAS 36.134 (d) (ii), basieren die in der Planungsrechnung ermittelten erzielbaren Beträge (Segmentergebnisse) sowohl auf historischen Daten als auch auf Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Märkte, die für die Geschäftsentwicklung der Postbank ausschlaggebend sind. Die wesentlichen Planungsannahmen bezüglich der volkswirtschaftlichen Rahmendaten beruhen auf Erfahrungen und dem Einsatz von Marktmodellen im Research der Postbank sowie auf den Einschätzungen der Produktmanager bezüglich der Marktentwicklungen im Verhältnis zur geplanten Entwicklung der Postbank Produkte. Zusätzlich werden auf Basis der Rahmendaten Einschätzungen und Modelle der Credit-Risk-Manager zur Entwicklung der Risikoversorge eingesetzt.

Nachfolgend werden gemäß IAS 36.134 (d) (i) die wesentlichen Annahmen dargestellt, auf denen die Managementprognose der erzielbaren Beträge aufbaut.

Für die volkswirtschaftlichen Rahmendaten in Deutschland wird für den Planungszeitraum 2012 bis 2016 eine durchschnittliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erwartet; zugleich wurde von einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2014 ausgegangen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften über den gesamten Planungszeitraum hinweg kräftig steigen. Trotz einer signifikanten Zunahme des Verbraucherpreisniveaus sollte der private Konsum mit durchschnittlichen Raten wachsen, wobei die Sparquote in etwa auf dem aktuellen Niveau verharret. Zugleich wird vom Management prognostiziert, dass das Kreditgeschäft von dem anhaltend niedrigen Zinsniveau leicht profitiert und der Kreditbestand gegenüber Privatkunden moderat ausgeweitet wird. Der Einfluss der Staatsschuldenkrise auf den Bankensektor und den Kapitalmarkt dürfte im Laufe des Jahres 2012 abnehmen. Weitere Belastungen infolge massiver Kursverluste und Wertberichtigungen oder Abschreibungen auf Staatsanleihen sind jedoch nicht auszuschließen.

Die aus den dargestellten angenommenen volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen abgeleitete prognostizierte Entwicklung der relevanten Marktparameter bei den Sparprodukten, der Anzahl der Girokonten, der Ratenkredite und der Bausparprodukte der Postbank für den Kernmarkt Deutschland ergibt eine insgesamt nur moderate Entwicklung der Geschäftstätigkeit der Postbank.

(j) Sachanlagen

Sachanlagen sind mit ihren Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer angesetzt. Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer von Sachanlagen werden die physische Abnutzung, die technische Alterung sowie rechtliche und vertragliche Beschränkungen berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Sachanlagen werden linear über die folgenden Zeiträume abgeschrieben:

	Nutzungsdauer in Jahren
Gebäude	40–60
EDV-Anlagen	4–5
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	5–20

Kosten für laufende Wartung und Anschaffungskosten bis 150 € werden in voller Höhe ergebniswirksam erfasst. Kosten für den Ersatz von Teilen des Sachanlagevermögens werden aktiviert.

Anschaffungen von geringwertigen Wirtschaftsgütern werden aus Wesentlichkeitsgründen sofort als Aufwand erfasst.

(k) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Property) werden gemäß den Vorschriften nach IAS 40 solche Immobilien behandelt, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zum Zwecke der Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden.

Die Mieterträge werden unter den sonstigen Erträgen ausgewiesen.

Das nach IAS 40 bestehende Wahlrecht zwischen einer Bewertung zum Fair Value oder zu fortgeführten Anschaffungskosten wird von der Postbank zugunsten der Anschaffungskostenbewertung ausgeübt. Die notwendigen Angaben werden in Note 25 erläutert. Abschreibungsmethode und Nutzungsdauer der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien entsprechen denen der Gebäude (siehe Note 4 (j)). Die beizulegenden Zeitwerte werden auf Basis externer Gutachten ermittelt.

(l) Sonstige Aktiva

Unter den sonstigen Aktiva werden insbesondere die Rechnungsabgrenzungsposten, aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten sowie alle nicht einem der übrigen Aktivposten zuzuordnenden Vermögenswerte ausgewiesen.

Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

(m) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten und Nachrangkapital werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten ausgewiesen (IAS 39.47).

Der Buchwert von gesicherten Verbindlichkeiten, für die Hedge Accounting angewandt wird, wird um die Fair-Value-Änderungen, die auf das abgesicherte Risiko entfallen, angepasst.

Agio- und Disagiobeträge sowie Emissionskosten werden effektivzinskonstant über das Zinsergebnis erfasst.

(n) Handelspassiva

Unter diesem Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Fair Value bilanziert, die zum Zwecke der kurzfristigen Gewinnerzielung aus Marktpreisänderungen oder der Realisierung einer Handelsspanne erworben wurden. Darüber hinaus wird der negative Fair Value von derivativen Finanzinstrumenten des Bankbuchs bilanziert. Bewertungsgewinne und -verluste sowie realisierte Ergebnisse werden im Handelsergebnis erfasst. Die erstmalige Erfassung der derivativen Finanzinstrumente in den Handelspassiva erfolgt zum Handelstag. Zudem werden Zinsderivate, welche im Zusammenhang mit den Grundgeschäften der Fair-Value-Option stehen, hier ausgewiesen. Darüber hinaus werden Wertpapierleerverkäufe – soweit zulässig – mit ihrem negativen Fair Value ausgewiesen.

Die abgespalteten Derivate der synthetischen SCP-Bestände werden wie „Stand-alone“-Derivate unter dem Bilanzposten „Handelsaktiva“ (bei positivem Marktwert) oder aber „Handelspassiva“ (bei negativem Marktwert) ausgewiesen. Detaillierte Erläuterungen zu SCP enthält die Note 4 (h) „Finanzanlagen“.

(o) Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die betriebliche Altersversorgung bestehen leistungs- und beitragsorientierte Pläne. Die Aufwendungen für die beitragsorientierten Pläne sind im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (Postbeamtenversorgungskasse) in Höhe von 112 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) und der gesetzliche Arbeitgeberanteil an den Beiträgen zur Rentenversicherung in

Höhe von 56 Mio € (Vorjahr: 57 Mio €), die im Verwaltungsaufwand erfasst werden. Die leistungsorientierten Pläne sind über externe Planvermögen sowie Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert. Die Gesamtverpflichtung aus leistungsorientierten Plänen entspricht dem Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche unter Berücksichtigung von erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eines prognostizierten Rententrends und wurde auf der Basis externer versicherungsmathematischer Gutachten gemäß IAS 19 ermittelt. Die Berechnung der Versorgungsverpflichtungen und Versorgungsaufwendungen erfolgt auf Basis der „Projected-Unit-Credit-Methode“ (Anwartschaftsbarwertverfahren).

Die den Pensionsverpflichtungen zugrunde liegenden Vereinbarungen sehen nach den verschiedenen Berechtigten Gruppen der Versicherten unterschiedliche Leistungen vor, z. B.:

- I Altersrenten ab Vollendung des 62. bzw. 63. Lebensjahres, bei Schwerbehinderung frühestens ab Vollendung des 60. Lebensjahres,
- I Invalidenrenten bei Vorliegen von Dienstunfähigkeit oder Erwerbsminderung,
- I Hinterbliebenenrenten.

Die Pensionsverpflichtungen beruhen überwiegend auf unmittelbaren Versorgungszusagen. Art und Höhe der Ruhegelder der versorgungsberechtigten Mitarbeiter richten sich nach den Bestimmungen der jeweiligen Versorgungsregelungen (u. a. Pensionsrichtlinien, Versorgungsordnung). Diese sind im Wesentlichen von der Dauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängig.

Für die in Vorjahren in die betriebliche Altersversorgung der Bank übernommenen, bis dahin bei der Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) versicherten Rentner und Arbeitnehmer hat die Bank eine Direktzusage auf betriebliche Altersversorgung erteilt.

Folgende versicherungsmathematische Annahmen liegen in Deutschland der Berechnung zugrunde:

	2011	2010
Rechnungszinsfuß	4,9 % p. a.	5,0 % p. a.
Gehaltsdynamik	2,8 %	2,5 %
Anpassungsrate für Renten	2,3 %	2,1 %
Fluktuation	4,0 % p. a.	4,0 % p. a.
Pensionsalter	60–63 Jahre	60–63 Jahre
Sterblichkeit, Invalidität etc.	Heubeck-Tafeln 2005G	Heubeck-Tafeln 2005G
Durchschnittlich erwarteter Vermögensertrag	4,41 %	3,93 %

Der erwartete Ertrag aus Planvermögen wurde auf Basis aktueller langfristiger Vermögenserträge aus Anleihen (Staat und Industrie) bestimmt. Dabei wurden geeignete Risikozuschläge auf Basis historischer Kapitalmarktrenditen und gegenwärtiger Kapitalmarktexpectationen unter Beachtung der Struktur des Planvermögens einbezogen.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden gemäß IAS 19.92 erst dann als Ertrag bzw. Aufwand erfasst, wenn der Saldo der kumulierten, nicht erfassten versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste am Ende der vorherigen Berichtsperiode 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang oder Planvermögen zu diesem Zeitpunkt übersteigt. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst.

Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 bzw. IAS 19 (ohne Pensionsverpflichtungen) zu passivieren sind. Die Rückstellungshöhe bemisst sich gemäß IAS 37.36 nach dem bestmöglichen Schätzwert des Erfüllungsbetrags. Rückstellungen, aus denen Mittelabflüsse nach 12 Monaten erfolgen, werden in Höhe des Barwertes ausgewiesen. Für die Abzinsung werden zum Bilanzstichtag gültige, laufzeitkongruente Zinssätze berücksichtigt, die den Renditen für Bundeswertpapiere entsprechen. Im Berichtsjahr vorzunehmende Aufzinsungen werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Für das Bauspargeschäft werden, differenziert nach Tarifen und Vertragsbedingungen, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten, für die Rückerstattung von Abschlussgebühren und für rückwirkend zu vergütende Zinsboni bei Darlehensverzicht bzw. Zinssatzwechsel oder Tarifwechsel gebildet. Für die Berechnung dieser Rückstellungen wird auf Basis der vorliegenden statistischen Daten über das Kundenverhalten unter Einbeziehung zukünftiger Umfeldbedingungen eine auf das Potenzial bezogene Rückstellungsquote ermittelt.

Rückstellungszuführungen für Zinsboni und Zinssatzwechsel werden im Zinsergebnis erfasst, während Rückstellungsdotierungen für die Rückerstattung von Abschlussgebühren das Provisionsergebnis belasten.

(p) Währungsumrechnung

Gemäß IAS 21.23 wurden sämtliche monetären Fremdwährungsposten sowie Aktien in Fremdwährung, bei denen es sich um nicht monetäre Posten nach IAS 21.8 handelt, zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags in Euro umgerechnet. Wesentliche nicht monetäre zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete Posten (insbesondere Sachanlagen und Abgrenzungsposten), die gemäß IAS 21.23 (b) zum historischen Kurs umgerechnet werden, bestanden zum Bilanzstichtag nicht. Aufwendungen und Erträge in Fremdwährung wurden grundsätzlich mit dem zum Monatsultimo gültigen Kurs umgerechnet.

Die aus der Währungsumrechnung von monetären Vermögenswerten und Schulden resultierenden Ergebnisse werden erfolgswirksam berücksichtigt. Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von nicht monetären Positionen werden, entsprechend der der Position zugrunde liegenden Bewertungskategorie, entweder erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage oder erfolgswirksam im Handelsergebnis erfasst.

Die Umrechnung des in Fremdwährung aufgestellten Konzernreportings der ausländischen Tochtergesellschaften der Postbank erfolgt nach der modifizierten Stichtagskursmethode (IAS 21.39). Die daraus resultierenden Umrechnungsdifferenzen werden ergebnisneutral innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen.

(q) Ertragsteuern

Die Bilanzierung und Bewertung von Ertragsteuern erfolgt gemäß IAS 12. Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den sich nach IFRS ergebenden Wertansätzen und den steuerlichen Wertansätzen gebildet. Latente Steuern auf steuerliche Verlustvorträge werden in der Höhe angesetzt, in der eine zukünftige Nutzung wahrscheinlich ist.

Latente Steuern werden unter dem Posten „Latente Ertragsteueransprüche“, soweit es sich um Steuerminderungsansprüche handelt, und unter dem Posten „Latente Ertragsteuerverpflichtungen“, soweit es sich um künftige Steuerverbindlichkeiten handelt, ausgewiesen.

Die entsprechenden kurzfristigen und langfristigen latenten Steueransprüche und -schulden werden gemäß IAS 12.74 saldiert.

Die Aufwendungen und Erträge aus Steuerlatenzen werden, getrennt von den tatsächlichen Steueraufwendungen und -erträgen, unter den Ertragsteuern erfasst. Dabei wird die Bilanzierung des zugrunde liegenden Sachverhalts berücksichtigt. So werden die latenten Steuern ergebniswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst, wenn der Bilanzposten selbst ergebniswirksam behandelt wird. Eine ergebnisneutrale Erfassung im Eigenkapital in der Neubewertungsrücklage erfolgt dann, wenn der Bilanzposten selbst erfolgsneutral erfasst wird (IAS 12.61A), z. B. bei Neubewertungen von Wertpapieren der Kategorie „Available for Sale“.

Latente Steuerschulden aufgrund temporärer Differenzen aus Anteilen an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen und assoziierten Unternehmen sind nach IAS 12.39 nicht auszuweisen, wenn die Konzernmutter in der Lage ist, den zeitlichen Verlauf der Umkehrung der temporären Differenz zu steuern, und es gleichzeitig wahrscheinlich ist, dass sich die temporäre Differenz in absehbarer Zeit nicht umkehren wird. Da im vorliegenden Fall beide Bedingungen erfüllt sind, wurden auf temporäre Unterschiede im Zusammenhang mit Anteilen an verbundenen Unternehmen in Höhe von 83,5 Mio € keine latenten Steuerschulden angesetzt.

(5) Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Neuerungen für das Geschäftsjahr 2011

In der Berichtsperiode waren erstmals folgende Standards anzuwenden: IAS 24 (rev. 2009) „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ und „Annual Improvements-Project 2010“. Aufgrund der Änderungen im IAS 24 hat sich der Kreis der der Postbank nahestehenden Unternehmen erweitert (vgl. Note 53). Darüber hinaus ergaben sich für die Postbank keine wesentlichen Auswirkungen aus diesen Änderungen.

Neuerungen aus in zukünftigen Geschäftsjahren anzuwenden- den Standards und Interpretationen

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die Postbank sind in der nachfolgenden Tabelle zusammengefasst:

Standard	Erstanwendungszeitpunkt	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die Postbank
IAS 1 „Presentation of Items of Other Comprehensive Income“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Die Darstellung des sonstigen Gesamtergebnisses wurde dahingehend geändert, dass die Posten des sonstigen Ergebnisses, die später in das Periodenergebnis umgliedert werden können, getrennt von den Posten, bei denen keine Umgliederung erfolgen wird, darzustellen sind. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neueregelungen nicht zu erwarten. Die Änderung betrifft die Darstellung in der Gesamtergebnisrechnung.
IAS 12 „Recovery of Underlying Assets“	01.01.2012 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Die Änderung bietet eine Lösung bezüglich der Bestimmung, ob der Buchwert eines Vermögenswertes durch Nutzung oder durch Veräußerung realisiert wird. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neueregelungen nicht zu erwarten.
IAS 19 „Employee Benefits“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Mit den Änderungen werden neue Vorschriften zur Bilanzierung von Leistungen an Arbeitnehmer eingeführt. Die Neueregelungen beziehen sich u. a. auf folgende Bereiche: – Wegfall des Korridor-Approach – Ausweis von versicherungsmathematischen Gewinnen und Verlusten im sonstigen Ergebnis. Im Jahr der Erstanwendung wird es durch die Auflösung des Korridor-Ansatzes zu einer Veränderung des Eigenkapitals kommen (Einmaleffekt). Die sofortige Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis wird zukünftig zu einer erhöhten Volatilität des Eigenkapitals führen.
IFRS 7 (am. 2011) „Disclosures-Offsetting Financial Assets and Financial Liabilities“ und IAS 32 (am. 2011) „Financial Instruments: Presentation“	IFRS 7: 01.01.2013 IAS 32: 01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Neue Vorschriften zur Saldierung von Finanzinstrumenten: IFRS 7: Zusätzliche Angaben zu den saldierten Finanzinstrumenten und zu Finanzinstrumenten, die nicht saldiert wurden, jedoch einer Saldierungsvereinbarung unterliegen. IAS 32: Stellt klar, dass eine Saldierung nur dann möglich ist, wenn zum Bilanzstichtag keine weiteren Voraussetzungen einer Saldierung zu erfüllen sind. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 7 (am. 2010) „Transfers of Financial Assets“	01.01.2012 (endorsed durch die EU-Verordnung 1205/2011 vom 22.11.2011)	Änderungen im IFRS 7 führen zu erweiterten Angabepflichten zu Übertragungen finanzieller Vermögenswerte, bei denen eine vollständige oder teilweise Ausbuchung gescheitert ist bzw. ein anhaltendes Engagement bilanziert werden muss. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 9 „Financial Instruments“	Nach derzeitigem Stand soll der IFRS 9 (Phase 1) für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2015 beginnen, angewendet werden. Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Das IASB hat ein Projekt zur Ablösung des IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ aufgesetzt. Dieses Projekt gliedert sich in drei Phasen, die letztendlich in einem neuen Standard IFRS 9 „Finanzinstrumente“ münden. Für die Phase 1 „Kategorisierung und Bewertung“ liegt bereits ein finaler Standard vor. Dieser sieht zur Kategorisierung von Finanzinstrumenten die Kriterien Business Model und Contractual Cash Flow Characteristics vor. Je nach Ausgestaltung dieser Kriterien erfolgt eine Kategorisierung bzw. Bewertung zu Amortised Cost oder zum Fair Value. Für Phase 2 („Amortised Cost and Impairment“) und Phase 3 („Hedge Accounting“) liegen derzeit nur Standardentwürfe vor. Mit Phase 2 soll das Incurred-Loss-Impairment-Modell durch ein Expected-Loss-Modell abgelöst werden, um vorzeitig Risiken abbilden zu können. Phase 3 sieht Vereinfachungen beim Hedge Accounting vor, insbesondere beim Effektivitätstest. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 10 „Consolidated Financial Statements“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Die Neuregelung betrifft eine einheitliche Definition des Control und die hiermit verbundene Abgrenzung des Konsolidierungskreises. Der neue Standard ersetzt die derzeit relevanten IAS 27 „Consolidated and Separate Financial Statements“ und SIC-12 „Consolidation – Special Purpose Entities“. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.
IFRS 11 „Joint Arrangements“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	IFRS 11 regelt die Bilanzierung von Sachverhalten, in denen ein Unternehmen gemeinschaftliche Führung (Joint Control) über ein Gemeinschaftsunternehmen (Joint Venture) oder eine gemeinschaftliche Tätigkeit (Joint Operation) ausübt. Die bilanzielle Behandlung von Joint Ventures gemäß Equity-Methode ist im IAS 28 rev. 2010 geregelt. Eine Möglichkeit der Quotenkonsolidierung sehen die neuen Vorschriften nicht vor. Der neue Standard ersetzt IAS 31 „Interests in Joint Ventures“ und SIC-13 „Jointly Controlled Entities – Non-Monetary Contributions by Venturers“. Wesentliche Effekte für die Postbank sind aus den Neueregelungen nicht zu erwarten.
IFRS 12 „Disclosure of Interests in Other Entities“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	Der IFRS 12 ist ein Sammelwerk der Anhangangaben zu Beteiligungen im Konzernabschluss (inkl. Joint Ventures und assoziierten Unternehmen) und Zweckgesellschaften und ersetzt die Angabepflichten nach IAS 27, 28 und 31. Die Neuerungen werden zu erweiterten Angaben im Anhang, insbesondere im Bezug auf die nicht konsolidierungspflichtigen Zweckgesellschaften, führen.
IFRS 13 „Fair Value Measurement“	01.01.2013 Ein EU-Endorsement liegt bisher nicht vor.	IFRS 13 gibt Hilfestellungen für die Ermittlung des Fair Value. Zielsetzung ist die standardübergreifende Vereinheitlichung des Fair-Value-Begriffs und der bei der Fair-Value-Ermittlung anzuwendenden Methoden sowie insbesondere auch der mit der Fair-Value-Bewertung einhergehenden Anhangangaben. Zurzeit prüft die Postbank die möglichen Auswirkungen und Änderungen für den Konzernabschluss.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(6) Zinsüberschuss

	2011 Mio €	2010 Mio €
Zins- und laufende Erträge		
Zinserträge aus		
Kredit- und Geldmarktgeschäften	5.380	5.310
Festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.452	1.652
Handelsgeschäften	15	24
Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen	38	-26
	6.885	6.960
Laufende Erträge aus		
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	11	9
Beteiligungen	4	9
	15	18
	6.900	6.978
Zinsaufwendungen aus		
Verbindlichkeiten	2.893	2.835
Verbrieften Verbindlichkeiten	401	416
Nachrangkapital	254	268
Swaps	437	691
Handelsgeschäften	5	37
	3.990	4.247
Gesamt	2.910	2.731

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten in Höhe von 84 Mio € (Vorjahr: 132 Mio €) enthalten (Unwinding nach IAS 39).

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten, Verbrieften Verbindlichkeiten und Nachrangkapital entfallen auf Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost.

Der Zinsaufwand aus Handelsgeschäften enthält die Refinanzierungsaufwendungen aus der Handelstätigkeit.

Das Zinsergebnis aus Swaps aus Sicherungsbeziehungen wird netto ausgewiesen. Die hier zugrunde liegenden Geschäfte sind zum einen Sicherungsinstrumente, die die Anforderungen des Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, in Höhe von 210 Mio € (Vorjahr: 381 Mio €). Zum anderen sind hier derivative Geschäfte in Höhe von 227 Mio € (Vorjahr: 310 Mio €) enthalten, die Forderungen gegenüberstehen, welche als Fair-Value-Option designed sind.

Die Gewinne bzw. Verluste, die aus der Bewertungsänderung von Fair Value Hedges resultieren, werden im Ergebnis aus Sicherungsbeziehungen ausgewiesen, welches sich wie folgt zusammensetzt:

	2011 Mio €	2010 Mio €
Fair-Value-Änderung der Grundgeschäfte	-7	271
Fair-Value-Änderung der Sicherungsinstrumente	45	-297
Gesamt	38	-26

(7) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

	2011 Mio €	2010 Mio €
Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	692	852
Portfoliowertberichtigungen	23	16
Aufwand aus der Zuführung zu Rückstellungen für das Kreditgeschäft	34	15
Direkte Forderungsabschreibung	50	52
Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge		
Einzelwertberichtigungen	330	331
Portfoliowertberichtigungen	33	10
Ertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft	24	12
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	29	21
Gesamt	383	561

Der Risikovorsorgeaufwand entfällt in Höhe von 373 Mio € (Vorjahr: 558 Mio €) auf Forderungen an Kunden der Kategorie Loans and Receivables und in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) auf Bürgschaften, Gewährleistungsgarantien und unwiderrufliche Kreditzusagen.

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge und der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	2011 Mio €	2010 Mio €
Zuführung		
Private Baufinanzierungen	252	292
Bauspardarlehen	3	3
Gewerbliche Kredite	294	414
Ratenkredite	63	55
Sonstige Forderungen	79	85
Portfoliowertberichtigungen	23	16
Gesamt	714	865

Der Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge entfällt mit 1 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

	2011 Mio €	2010 Mio €
Auflösung		
Private Baufinanzierungen	115	85
Bauspardarlehen	2	1
Gewerbliche Kredite	201	214
Ratenkredite	2	2
Sonstige Forderungen	10	24
Portfoliowertberichtigungen	33	10
Gesamt	363	336

Der Ertrag aus der Auflösung der Risikovorsorge entfällt mit 0 Mio € (Vorjahr: 5 Mio €) auf Forderungen an Kreditinstitute.

(8) Provisionsüberschuss

	2011 Mio €	2010 Mio €
Girogeschäft	336	332
Wertpapiergeschäft	90	93
Kredit- und Avalgeschäft	127	130
Filialgeschäft	425	431
Sonstiges Provisionsgeschäft	274	330
Gesamt	1.252	1.316

In der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ sind die Erträge aus Zahlungsverkehrsdienstleistungen für Dritte enthalten.

Der Provisionsüberschuss aus dem Treuhandgeschäft beträgt 6 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) und wird in der Position „Sonstiges Provisionsgeschäft“ ausgewiesen.

Zur sachgerechteren Darstellung wurde die Zuordnung der Provisionsaufwendungen und -erträge zu den einzelnen Geschäftsarten des Provisionsüberschusses neu adjustiert. Hierzu werden die Vorjahreszahlen angepasst.

(9) Handelsergebnis

Bei der Fair-Value-Ermittlung von Handelsaktiva und Handelspassiva werden grundsätzlich Börsenkurse zugrunde gelegt. Für nicht börsennotierte Produkte werden die Fair Values nach der Barwertmethode oder anhand geeigneter Bewertungsmodelle ermittelt. Im Handelsergebnis ist neben dem realisierten Ergebnis auch das Bewertungsergebnis aus Handelsaktivitäten enthalten.

	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis aus dem Verkauf von Wertpapieren und Darlehen	2	39
Bewertungsergebnis der Wertpapiere und Darlehen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	6
Aktien	0	-1
Darlehen (Held for Trading)	2	1
	2	6
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs		
Ertrag aus Derivaten	11.213	8.235
Aufwand aus Derivaten	-11.134	-8.569
	79	-334
Ergebnis aus Fair-Value-Option		
davon Forderungen an Kunden	133	51
davon Derivate, die im wirtschaftlichen Zusammenhang mit der Fair-Value-Option stehen	-157	-30
	-24	21
Devisenergebnis	7	30
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-3
Gesamt	64	-241

Das Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs enthält einen Aufwand aus Swapzinsen in Höhe von 146 Mio € (Vorjahr: 291 Mio €). Die diesen Zinsen zugrunde liegenden Swapbestände sind nicht Bestandteil einer Hedge-Beziehung nach IAS 39.

Im Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs sind Erträge aus dem Bilanzstrukturmanagement in Höhe von 13 Mio € (Vorjahr: 31 Mio €) enthalten (vgl. Note 4 (g)).

Weiterhin sind im Derivateergebnis die Effekte aus der Bewertung von eingebetteten Derivaten aus strukturierten Kreditprodukten in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: -322 Mio €) und kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen (CPPI) in Höhe von 10 Mio € (Vorjahr: -31 Mio €) enthalten.

	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis aus Zinsprodukten	3	45
Ergebnis aus Derivaten des Handelsbestands und des Bankbuchs	79	-334
Ergebnis aus Fair-Value-Option	-24	21
Ergebnis aus Aktien	1	-
Devisenergebnis	7	30
Provisionsergebnis Handelsbestand	-2	-3
Gesamt	64	-241

(10) Ergebnis aus Finanzanlagen

Im Finanzanlageergebnis werden Veräußerungs- und Bewertungsergebnisse aus Wertpapieren des Finanzanlagebestands, Beteiligungen und Anteilen an Tochterunternehmen, die nicht konsolidiert werden, ausgewiesen.

	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis aus Finanzanlagen Loans and Receivables	-623	64
davon Verkaufsergebnis	0	96
Verkaufsgewinne	122	282
Verkaufsverluste	122	186
davon Wertminderungsergebnis	-623	-32
Ergebnis aus Finanzanlagen Available for Sale	5	-56
davon Verkaufsergebnis	23	-50
Verkaufsgewinne	117	93
Verkaufsverluste	94	143
davon Wertminderungsergebnis	-18	-6
Ergebnis aus Forderungen an Kredit- institute (saldiert)	-7	1
davon Verkaufsergebnis aus Forde- rungen Loans and Receivables	-7	1
Ergebnis aus Forderungen an Kunden (saldiert)	14	-1
davon Verkaufsergebnis aus Forde- rungen Loans and Receivables	14	-1
Ergebnis aus Beteiligungen	57	-9
Gesamt	-554	-1
	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen	17	47
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	13	-1
Ergebnis aus Beteiligungen	57	-9
Impairment	-641	-38
Gesamt	-554	-1

Von dem Wertminderungsergebnis (Impairment) auf Finanzanlagen entfallen 6 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) auf Structured Credit Products, 627 Mio € auf sonstige Schuldverschreibungen (Vorjahr: -5 Mio €) und 8 Mio € auf Abschreibungen auf Publikumsfonds und Beteiligungen (Vorjahr: 19 Mio €).

Die Postbank hat im Geschäftsjahr 2011 ihr Engagement in griechischen Staatsanleihen aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten Griechenlands wertberichtigt. Per 30. Juni 2011 wurden die griechischen Staatsanleihen vor dem Hintergrund einer geplanten freiwilligen Beteiligung des privaten Sektors um rund 21 % des Nominals wertberichtigt. Der Betrag von 21 % wurde hierbei aus den Parametern des IIF-Anleiheumtauschprogramms abgeleitet. Per 30. Septem-

ber 2011 wurde für die Forderungen in griechischen Staatsanleihen, aufgrund der anhaltenden Diskussionen um die Höhe eines Schuldenschnitts, ein Recoverable Amount aus Marktkursen approximiert. Per 31. Dezember 2011 hat sich auf Basis der aktuellen Entwicklungen sowie der Diskussionen um das Rettungspaket bzw. den Anleiheumtausch für die als Loans and Receivables kategorisierten griechischen Staatsanleihen ein erzielbarer Betrag von durchschnittlich rund 27 % des Nominals ergeben. Im Rahmen der Ermittlung des Recoverable Amount wurden u. a. Annahmen über den Umtauschzeitpunkt, die Kuponhöhe sowie den Diskontfaktor getroffen.

Die griechischen Staatsanleihen der Kategorie Available for Sale wurden auf den jeweiligen Fair Value zum Abschlussstichtag wertberichtigt. Insgesamt beliefen sich die Wertberichtigungen im Berichtsjahr auf insgesamt 632 Mio €.

(11) Verwaltungsaufwand

Die Verwaltungsaufwendungen im Konzern setzen sich zusammen aus Personalaufwand, Sachaufwand sowie Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Sie gliedern sich wie folgt:

	2011 Mio €	2010 Mio €
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	1.293	1.119
Soziale Abgaben	112	112
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	219	211
	1.624	1.442
Andere Verwaltungsaufwendungen	1.414	1.344
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte	88	74
Abschreibungen auf Sachanlagen	78	74
Gesamt	3.204	2.934

In den Aufwendungen für Altersvorsorge und Unterstützung sind hauptsächlich Aufwendungen für beitragsorientierte Pläne in Höhe von 108 Mio € (Vorjahr: 116 Mio €) sowie Pensionsaufwendungen leistungsorientierter Pläne in Höhe von 92 Mio € (Vorjahr: 84 Mio €) enthalten.

In den anderen Verwaltungsaufwendungen sind im Wesentlichen Aufwendungen für EDV-Kosten 317 Mio € (Vorjahr: 289 Mio €), Aufwendungen für betrieblich genutzte Grundstücke und Gebäude 134 Mio € (Vorjahr: 153 Mio €), Verbundleistungen mit der Deutschen Post AG 144 Mio € (Vorjahr: 140 Mio €), Aufwendungen für Marktkommunikation 107 Mio € (Vorjahr: 105 Mio €), Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten 88 Mio € (Vorjahr: 76 Mio €) und Aufwendungen für die Bankenabgabe in Höhe von 23 Mio € enthalten. Von den anderen Verwaltungsaufwendungen entfallen 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €) auf Investment Property.

Die in den anderen Verwaltungsaufwendungen erfassten Leasingaufwendungen in Höhe von 105 Mio € (Vorjahr: 139 Mio €) setzen sich zusammen aus Aufwendungen für geleaste immaterielle Vermögenswerte,

Grundstücke und Gebäude sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung im Rahmen des Operating Lease.

122

Zur Erfassung der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und Accruals siehe Note 12.

In den Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte sind, wie im Vorjahr, keine außerplanmäßigen Abschreibungen enthalten.

Im Geschäftsjahr wurden außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) vorgenommen.

(12) Sonstige Erträge

	2011 Mio €	2010 Mio €
Erträge aus dem Sachanlagevermögen	33	26
Erstattungen aus Sozialbereichen	10	21
Erträge aus uneinbringlichen Zahlungsvorfällen	4	4
Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen	–	27
Erträge aus der Auflösung von Accruals	–	26
Übrige	60	71
Gesamt	107	175

Die Erträge aus dem Sachanlagevermögen enthalten im Wesentlichen 25 Mio € Mieteinnahmen (Vorjahr: 25 Mio €), von denen 3 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €) auf Investment Property entfallen.

Seit dem Geschäftsjahr 2011 werden Rückstellungen nicht mehr in den sonstigen Erträgen aufgelöst, sondern verursachungsgerecht in den Posten, in denen sie gebildet wurden. Die Auflösungen von Rückstellungen und Accruals im Vorjahr betreffen mit 39 Mio € die anderen Verwaltungsaufwendungen und mit 14 Mio € den Personalaufwand.

Darüber hinaus ist in den übrigen Erträgen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(13) Sonstige Aufwendungen

	2011 Mio €	2010 Mio €
Zuführung zu Rückstellungen	13	19
Aufwendungen für sonstige Steuern	13	5
Aufwendungen für Schadensregulierung und Kulanzzahlungen	7	14
Aufwendungen für die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT und StiftPT)	7	8
Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen	5	3
Ausgleich Verlustpartizipation stille Einlagen und Genussrechtskapital Vorjahre	–	42
Übrige	69	79
Gesamt	114	170

Die Aufwendungen aus dem Sachanlagevermögen enthalten Abgangsverluste aus Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten.

In den Aufwendungen für sonstige Steuern sind im Wesentlichen Grundsteuern in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €) und Umsatzsteuern in Höhe von 5 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) enthalten.

In dem Posten Übrige sind Zinsaufwendungen für Steuerforderungen der Finanzbehörden in Höhe von 2 Mio € (Vorjahr: 7 Mio €) enthalten. Darüber hinaus ist in den übrigen Aufwendungen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

(14) Ertragsteuern

Die Ertragsteuern des Konzerns gliedern sich wie folgt:

	2011 Mio €	2010 Mio €
Tatsächliche Ertragsteuern		
Laufende Ertragsteuern		
Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag	82	41
Gewerbeertragsteuer	22	26
	104	67
Ertragsteuern Vorjahr	26	13
	130	80
Latente Ertragsteuern		
Temporäre Differenzen	–119	21
Steuerliche Verlustvorträge	–45	75
	–164	96
Gesamt	–34	176

Die nachfolgende Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem Ergebnis nach Steuern und dem Ertragsteueraufwand:

	2011 Mio €	2010 Mio €
Ergebnis nach Steuern	112	139
Ertragsteuern	–34	176
Ergebnis vor Steuern	78	315
Anzuwendender Steuersatz	29,83 %	29,83 %
Rechnerische Ertragsteuer	23	94
Steuereffekte		
aus Änderungen des Steuersatzes	0	0
wegen abweichender Effektivsteuersätze im In- und im Ausland	4	2
aus steuerfreien Erträgen und nicht abzugsfähigen Aufwendungen	–8	6
Effekte aus nicht angesetzten latenten Steuern	–70	95
für Steuern aus Vorjahren	35	4
aus Aktien und Beteiligungen aufgrund § 8b KStG	–17	–23
Sonstige	–1	–2
	–57	82
Ertragsteueraufwand	–34	176

Bezieht eine Körperschaft Dividenden oder andere Bezüge von einer Beteiligungsgesellschaft oder erzielt sie aus dieser Beteiligung einen Veräußerungsgewinn, dann sind diese Beteiligungsergebnisse mit 95 % nach § 8b KStG bei der empfangenden Körperschaft steuerfrei zu belassen. Veräußerungsverluste im Zusammenhang mit Beteiligungen sind steuerlich nicht abzugsfähig. Diesen Regelungen liegt der Grundsatz zugrunde, dass Dividenden und Veräußerungsgewinne aus Anteilen an Kapitalgesellschaften steuerfrei und Veräußerungsverluste nicht abzugsfähig bleiben, solange diese im Bereich von Kapitalgesellschaften verbleiben.

Diese Gewinne/Verluste werden demzufolge erst steuerwirksam, wenn sie im Rahmen des Teileinkünfteverfahrens auf nicht begünstigte Empfänger (natürliche Personen oder Personenvereinigungen) übergehen. Eine Differenzierung nach inländischen oder ausländischen Beteiligungen findet nicht statt.

Erläuterungen zur Bilanz

(15) Barreserve

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Kassenbestand	777	807
Guthaben bei Zentralnotenbanken	2.875	2.441
Gesamt	3.652	3.248

Die Guthaben bei Zentralnotenbanken entfallen mit 1.563 Mio € (Vorjahr: 2.355 Mio €) auf Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Das Mindestreserve-Soll Ende Dezember 2011 beträgt 1.088 Mio € (Vorjahr: 2.113 Mio €).

(16) Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	1.574	989
Andere Forderungen	5.725	3.171
	7.299	4.160
Ausländische Kreditinstitute		
Täglich fällig	3.285	3.445
Andere Forderungen	9.738	4.535
	13.023	7.980
Gesamt	20.322	12.140

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kreditinstitute 6.478 Mio € (Vorjahr: 4.148 Mio €) fällig.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kreditinstitute wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	8.016	8.510
davon Fair Value Hedge	297	272
Geldhandelsaktiva (Loans and Receivables)	12.306	3.630
Gesamt	20.322	12.140

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Wertpapierpensionsgeschäfte	12.184	3.630
Tagesgelder	4.252	4.294
Darlehen	2.459	3.453
Namensschuldverschreibungen	348	400
Termingelder	104	191
Sonstige Forderungen	975	172
Gesamt	20.322	12.140

Erhaltene Sicherheiten, die unbedingt verwertbar oder veräußerbar sind:

	Fair Value der Sicherheiten, die unbedingt verwertbar bzw. veräußerbar sind		Fair Value der Sicherheiten, die verkauft bzw. weiterverpfändet wurden und für die eine Rückgabepflicht besteht	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Finanzielle Sicherheiten	18.319	3.587	8.958	111
Nicht-finanzielle Sicherheiten	–	–	–	–
Gesamt	18.319	3.587	8.958	111

Die Verwendung der Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Zum 31. Dezember 2011 bestanden Forderungen aus echten Pensionsgeschäften in Höhe von 12.184 Mio € (Vorjahr: 3.630 Mio €). Die Postbank ist hierbei Pensionsnehmer. Bei den in Pension genommenen Papieren handelt es sich um börsennotierte Anleihen öffentlicher Emittenten, Emissionen deutscher und ausländischer Kreditinstitute, Industrielandschuldverschreibungen sowie Aktien.

Die Forderungen an Kreditinstitute beinhalten festverzinsliche Forderungen von 15,0 Mrd € (Vorjahr: 5,7 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Forderungen von 5,3 Mrd € (Vorjahr: 6,4 Mrd €).

(17) Forderungen an Kunden

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Private Baufinanzierungen	71.263	70.459
Bauspardarlehen	3.830	3.713
Gewerbliche Kredite	26.125	30.284
Forderungen an öffentliche Haushalte	3.517	2.433
Ratenkredite	4.352	3.880
Sonstige Forderungen	1.653	1.014
Gesamt	110.740	111.783
davon:		
durch Grundpfandrechte gesichert	53.037	55.762
Kommunkredite	3.492	3.913
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Inländische Kunden	92.950	93.310
Ausländische Kunden	17.790	18.473
Gesamt	110.740	111.783

Die Forderungen an Kunden mit unbestimmter Laufzeit betragen 1,2 % (Vorjahr: 1,2 %) der Bilanzsumme. Diese Forderungen werden in der Restlaufzeitengliederung dem kürzesten Laufzeitband zugeordnet.

Nach mehr als 12 Monaten sind von den Forderungen an Kunden 82.104 Mio € (Vorjahr: 84.604 Mio €) fällig.

Von den Forderungen an Kunden entfallen 90,8 Mrd € (Vorjahr: 91,1 Mrd €) auf festverzinsliche Forderungen sowie 19,9 Mrd € (Vorjahr: 20,7 Mrd €) auf variabel verzinsliche Forderungen.

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Forderungsbestand an Kunden wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Loans and Receivables	103.227	103.689
davon Fair Value Hedge	3.042	2.688
Fair-Value-Option	7.513	8.094
Gesamt	110.740	111.783

In den Forderungen an Kunden sind Forderungen aus Finanzierungsleasingverträgen enthalten.

Die Summe der ausstehenden Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 232 Mio € (Vorjahr: 245 Mio €) und gliedert sich in die folgende Fälligkeitsstruktur:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	59	56
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	45	50
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	36	37
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	27	26
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	18	18
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	47	58
Gesamt	232	245

Die Überleitung auf den Barwert der ausstehenden Mindestleasingzahlungen stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Ausstehende Mindestleasingzahlungen	232	245
Nicht garantierte Restwerte	4	4
Bruttogesamtinvestition	236	249
Nicht realisierter Finanzertrag	30	36
Nettoinvestition	206	213
Barwert der nicht garantierten Restwerte	3	3
Barwert der Mindestleasingzahlungen	203	210

Die kumulierte Wertberichtigung für uneinbringliche ausstehende Mindestleasingzahlungen beträgt 3 Mio € (Vorjahr: 0,1 Mio €).

(18) Kreditvolumen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	20.322	12.140
Forderungen an Kunden	110.740	111.783
Bürgschaften und Garantien	827	1.036
Gesamt	131.889	124.959

(19) Risikovorsorge

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft deckt alle erkennbaren Bonitätsrisiken ab. Für das latente Kreditrisiko wurden Portfoliowertberichtigungen gebildet.

Die Risikovorsorge wurde durch eine aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge sowie durch die Bildung von Rückstellungen für das Kreditgeschäft getroffen.

Die Risikovorsorge gliedert sich dabei wie folgt auf:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Risikovorsorge für Forderungen an Kreditinstitute	37	36
Risikovorsorge für Forderungen an Kunden	1.789	1.728
Risikovorsorge für Forderungen gesamt	1.826	1.764
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	40	34
Gesamt	1.866	1.798

Die aktivisch ausgewiesene Risikovorsorge hat sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

	Einzelwertberichtigungen		Portfoliowertberichtigungen		Gesamt	
	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €
Stand 1. Januar	1.612	1.491	152	150	1.764	1.641
Veränderungen des Konsolidierungskreises	5	–	–	–	5	–
Umgliederung wegen IFRS 5	–	–1	–	–6	–	–7
Zugänge						
Zulasten GuV gebildete Vorsorge	692	852	23	16	715	868
Abgänge						
Inanspruchnahme	216	277	–	–	216	277
Zugunsten GuV aufgelöste Vorsorge	330	331	33	10	363	341
Unwinding	84	132	–	–	84	132
Währungsumrechnungsdifferenzen	–5	–10	–	–2	–5	–12
Stand 31. Dezember	1.684	1.612	142	152	1.826	1.764

Unter den Einzelwertberichtigungen werden auch die pauschalierten Einzelwertberichtigungen ausgewiesen.

Die Risikovorsorge für Forderungen an Kunden gliedert sich nach folgenden Produktgruppen:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Einzelwertberichtigungen		
Private Baufinanzierungen	483	517
Bauspardarlehen	7	9
Gewerbliche Kredite	562	535
Ratenkredite	250	204
Sonstige Forderungen	345	311
Portfoliowertberichtigungen	142	152
Gesamt	1.789	1.728

Der Gesamtbetrag der Kredite, auf die keine Zinszahlungen eingehen, belief sich zum Abschlussstichtag auf 1.434 Mio € (Vorjahr: 1.502 Mio €). Für Kredite mit einem Gesamtvolumen von 3.776 Mio € (Vorjahr: 3.891 Mio €) wurden Wertberichtigungen gebildet. Die auf diese Kredite entfallenden ausstehenden Zinsforderungen beliefen sich zum 31. Dezember 2011 auf 119 Mio € (Vorjahr: 114 Mio €).

Im Geschäftsjahr 2011 erfolgten direkte Forderungsabschreibungen in Höhe von 50 Mio € (Vorjahr: 52 Mio €). Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betrugen 29 Mio € (Vorjahr: 21 Mio €).

(20) Handelsaktiva

Die Handelsaktivitäten des Konzerns umfassen den Handel mit Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Schuld-scheindarlehen und Devisen sowie derivativen Finanzinstrumenten. Alle Handelsbestände werden zum Fair Value bilanziert.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	9	107
von anderen Emittenten	87	621
	96	728
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	13
Baudarlehen Held for Trading	169	188
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands	4.891	22.395
Positive Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	1.321	562
Positive Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	415	264
Gesamt	6.892	24.150

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.784 Mio € (Vorjahr: 18.854 Mio €) fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 81 Mio € (Vorjahr: 498 Mio €) mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 15 Mio € (Vorjahr: 230 Mio €) mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sowie den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren des Handelsbestands sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96	698
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	–

(21) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit positivem Marktwert, welche die Voraussetzungen für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	4	12
	4	12
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	32	197
	32	197
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35	20
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	547	82
Verbriefte Verbindlichkeiten	172	65
Nachrangkapital	487	288
	1.241	455
Gesamt	1.277	664

Bestände in Höhe von 1.112 Mio € (Vorjahr: 604 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

(22) Finanzanlagen

Der Bilanzposten Finanzanlagen beinhaltet Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen und Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
von öffentlichen Emittenten	18.671	21.623
von anderen Emittenten	27.643	36.148
	46.314	57.771
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Aktien	2	2
Investmentfondsanteile	128	1.164
	130	1.166
Beteiligungen	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen	18	24
Gesamt	46.480	58.980

In den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind am Bilanzstichtag fällige Wertpapiere und Zinscoupons in Höhe von 0 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €) enthalten.

Bestände in Höhe von 38.364 Mio € (Vorjahr: 50.286 Mio €) sind nach mehr als 12 Monaten fällig.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren sind 37,9 Mrd € mit einem über die gesamte Laufzeit fixen Zinssatz sowie 8,4 Mrd € mit einem variablen Zinssatz (Floater) ausgestattet.

Das Portfolio von strukturierten Kreditprodukten der Postbank hat ein Gesamtvolumen von 2,0 Mrd € (Vorjahr: 3,7 Mrd €).

Nach den im IAS 39 definierten Bewertungskategorien für Finanzinstrumente gliedert sich der Finanzanlagebestand wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Finanzanlagen Loans and Receivables	39.976	50.032
davon Fair Value Hedge	17.412	21.727
Available for Sale	6.338	7.739
davon Fair Value Hedge	1.674	1.366
	46.314	57.771
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		
Available for Sale	130	1.166
	130	1.166
Beteiligungen (Available for Sale)	18	19
Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen (Available for Sale)	18	24
Gesamt	46.480	58.980

Von den Finanzanlagen sind börsenfähig und börsennotiert:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45.578	56.603
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13	370
Beteiligungen	4	6

Es wurden Finanzanlagen für folgende Verbindlichkeiten als Sicherheiten hingegeben:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbindlichkeiten	14.459	11.009
Eventualverbindlichkeiten	21	11
Gesamt	14.480	11.020

Die Hingabe der Finanzanlagen als Sicherheiten erfolgt zu marktüblichen Konditionen.

Bewertungsänderungen von Wertpapieren Available for Sale, die nicht abgesichert sind, wurden mit –103 Mio € (Vorjahr: 280 Mio €) in der Neubewertungsrücklage erfasst. Durch den Abgang von Finanzanlagen und die Bildung von Impairments wurden in der Berichtsperiode –11 Mio € (Vorjahr: 43 Mio €) aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam entnommen und im Periodenergebnis erfasst.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Wertberichtigungen (Impairments) in Höhe von 641 Mio € (Vorjahr: 38 Mio €) gebildet, um der wirtschaftlichen Entwicklung der Finanzinstrumente Rechnung zu tragen.

Die Postbank hat aufgrund einer geänderten Halteabsicht in den Geschäftsjahren 2008 und 2009 Wertpapiere aus der Bewertungskategorie Available for Sale in die Bewertungskategorie Loans and Receivables umgegliedert. Als neuer Buchwert wurde der Fair Value der Wertpapiere zum entsprechenden Umgliederungszeitpunkt angesetzt.

Zum 31. Dezember 2011 haben sämtliche nach IAS 39.50E umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von 19,9 Mrd € sowie einen Buchwert von 21,8 Mrd €.

Bis zu den genannten Umgliederungszeitpunkten beliefen sich die in der Neubewertungsrücklage erfassten Marktwertänderungen der umgegliederten Papiere auf 468 Mio € vor Steuern. Sofern die Postbank ihre Halteabsicht nicht geändert hätte, wäre die Neubewertungsrücklage bis zum 31. Dezember 2011 um weitere 1.879 Mio € (Vorjahr: 1.533 Mio €) belastet worden.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelte Effektivzinssatz beträgt bei Nominalgewichtung der umgegliederten Wertpapiere 4,4 % (Bandbreite der Effektivzinssätze von 1,8 % bis 34,5 %), die geschätzten Zahlungsströme, welche die Postbank zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet, belaufen sich auf 45,4 Mrd €. Bis zum 31. Dezember 2011 ergaben sich auf sämtliche umgegliederte Wertpapiere Impairments von 621 Mio € (Vorjahr: 28 Mio €) und Veräußerungsverluste aus umgegliederten Wertpapieren von 9 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

Bis zum 31. Dezember 2011 sind für die umgegliederten Wertpapiere Zinserträge in Höhe von 650 Mio € (Vorjahr: 750 Mio €) angefallen.

(23) Immaterielle Vermögenswerte

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.642	1.651
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	549	589
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	70	77
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	13	22
Gesamt	2.274	2.339

Die erworbenen Geschäfts- oder Firmenwerte entfallen mit 1.568 Mio € (Vorjahr: 1.577 Mio €) auf das Segment Retail Banking, mit 33 Mio € (Vorjahr: 33 Mio €) auf das Segment Financial Markets und mit 41 Mio € (Vorjahr: 41 Mio €) auf das Segment Transaction Banking.

In der Position „Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte“ ist die Marke „BHW“ in Höhe von 319 Mio € enthalten. Die Marke „BHW“ ist dem Segment Retail Banking zugeordnet. Die aktivierten Werte für die Kundenbeziehungen betragen 74 Mio € (Vorjahr: 78 Mio €) und für die vorteilhaften Verträge 39 Mio € (Vorjahr: 46 Mio €).

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten					
Anfangsbestand 01.01.2010	1.662	1.021	127	50	2.860
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	15	14	18	47
Umbuchungen	–	3	19	–22	0
Abgänge	–	5	1	1	7
Endbestand 31.12.2010	1.662	1.034	159	45	2.900
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Zugänge	–	17	9	12	38
Umbuchungen	–	3	16	–19	0
Abgänge	9	5	6	25	45
Endbestand 31.12.2011	1.653	1.049	178	13	2.893

	Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte, selbst erstellte Software	Geleistete Anzahl- ungen auf immate- rielle Vermögens- werte und in der Entwicklung befind- liche immaterielle Vermögenswerte	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen					
Anfangsbestand 01.01.2010	11	399	59	23	492
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	51	23	–	74
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	5	–	–	5
Endbestand 31.12.2010	11	445	82	23	561
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–	–
Abschreibungen	–	59	29	–	88
Zugänge	–	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	–	4	3	23	30
Endbestand 31.12.2011	11	500	108	0	619
Buchwert 31.12.2010	1.651	589	77	22	2.339
Buchwert 31.12.2011	1.642	549	70	13	2.274

Die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2011 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2011 Mio €
Erworbene Geschäfts- oder Firmenwerte	1.651	–	9	–	–	1.642
Erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte	589	17	1	3	59	549
Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte und Software	77	9	3	16	29	70
Geleistete Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte und in der Entwicklung befindliche immaterielle Vermögenswerte	22	12	2	–19	–	13
Gesamt	2.339	38	15	0	88	2.274

Im Geschäftsjahr 2011 wurden gemäß IAS 23 auf qualifizierte Vermögenswerte (Software in der Entwicklung) Fremdkapitalkosten in Höhe von 0,5 Mio € (Vorjahr: 0,4 Mio €) aktiviert. Der zugrunde liegende Finanzierungskostensatz beträgt 2,12 %.

Zum 31. Dezember 2011 beträgt der Buchwert der geleisteten Anzahlungen auf immaterielle Vermögenswerte 4 Mio € (Vorjahr: 4 Mio €), der Buchwert der in der Entwicklung befindlichen immateriellen Vermögenswerte beträgt 9 Mio € (Vorjahr: 18 Mio €).

(24) Sachanlagen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Grundstücke und Gebäude	633	668
Betriebs- und Geschäftsausstattung	157	156
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1	2
Gesamt	791	826

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Grund- stücke und Gebäude Mio €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio €	Geleistete Anzahl- ungen und Anlagen im Bau Mio €	Gesamt Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten				
Anfangsbestand 01.01.2010	1.072	449	10	1.531
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Umgliederung wegen IFRS 5	–1	–1	–	–2
Zugänge	3	61	2	66
Umbuchungen	6	4	–10	0
Abgänge	–	64	–	64
Endbestand 31.12.2010	1.080	449	2	1.531
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Umgliederung wegen IFRS 5	–	1	–	1
Zugänge	6	50	2	58
Umbuchungen	1	–	–1	0
Abgänge	17	48	2	67
Endbestand 31.12.2011	1.070	452	1	1.523

	Grund- stücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahl- ungen und Anlagen im Bau	Gesamt
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Abschreibungen				
Anfangsbestand 01.01.2010	386	307	–	693
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	25	49	–	74
Zugänge/ Zuschreibungen	1	–	–	1
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	–	63	–	63
Endbestand 31.12.2010	412	293	–	705
Veränderungen des Konsolidierungskreises	–	–	–	–
Abschreibungen	30	48	–	78
Zugänge/ Zuschreibungen	–	–	–	–
Umbuchungen	–	–	–	–
Abgänge	5	46	–	51
Endbestand 31.12.2011	437	295	–	732
Buchwert 31.12.2010	668	156	2	826
Buchwert 31.12.2011	633	157	1	791

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2011	Umgliederun- gen wegen IFRS 5	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen	Abschreibungen	Buchwert 31.12.2011
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Grundstücke und Gebäude	668	–	6	12	1	–	30	633
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	156	1	50	2	–	–	48	157
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	2	–	2	2	–1	–	–	1
Gesamt	826	1	58	16	0	–	78	791

Zum Bilanzstichtag bestehen Anlagen im Bau in Höhe von 1 Mio € (Vorjahr: 1 Mio €).

Die Sachanlagen, bei denen die Postbank als Leasinggeber im Rahmen des Operating Lease fungiert, bestehen aus Grundstücken und Gebäuden sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Anschaffungs- oder Herstellungskosten Gebäude/Betriebs- und Geschäftsaus- stattung	723	724
Kumulierte Abschreibungen	371	339
Buchwert	352	385

Auf Grundstücke entfallen Anschaffungskosten in Höhe von 238 Mio € (Vorjahr: 240 Mio €).

(25) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Die Anschaffungswerte sowie die kumulierten Abschreibungen der Investment Property stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	Anschaffungswerte		Kumulierte Abschreibungen	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Investment Property	102	102	29	29

Die Buchwerte der Investment Property haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Buchwert 01.01.2011 Mio €	Zugänge Mio €	Abgänge Mio €	Umbuchungen Mio €	Abschreibungen Mio €	Buchwert 31.12.2011 Mio €
Investment Property	73	–	–	–	–	73

Die Investment Property stellen sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt dar:

	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	3	1	–	–	–

Im Geschäftsjahr 2010 stellten sich die Investment Property wie folgt dar:

	Mietein- nahmen Mio €	Direkte betriebliche Aufwendungen Mio €	Beschränkungen der Veräußer- barkeit Mio €	Eingang von Veräußerungs- erlösen Mio €	Vertragliche Verpflichtungen Mio €
Investment Property	4	1	–	–	–

Der beizulegende Zeitwert (Fair Value) der Investment Property beträgt laut Gutachten 73 Mio € (Vorjahr: 73 Mio €).

(26) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	206	321
Latente Ertragsteueransprüche		
Temporäre Differenzen	175	163
Steuerliche Verlustvorträge, davon	229	184
inländisch	64	–
ausländisch	165	184
	404	347
Gesamt	610	668

Latente Ertragsteueransprüche wurden im Zusammenhang mit temporären Unterschieden der folgenden Bilanzposten sowie noch nicht genutzten steuerlichen Verlusten gebildet:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	2	35
Risikovorsorge	116	124
Handelsaktiva	69	124
Hedging-Derivate	0	15
Finanzanlagen	206	100
Sachanlagen	13	10
Sonstige Aktiva	98	154
Passivposten		
Verbindlichkeiten	249	63
Handelspassiva	655	612
Hedging-Derivate	369	267
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	67	65
Andere Rückstellungen	84	134
Sonstige Passiva	20	12
	1.948	1.715
Steuerliche Verlustvorträge	229	184
Saldierung mit passiven latenten Steuern	1.773	1.552
Gesamt	404	347

Der Anteilserwerb durch die Deutsche Bank AG bewirkt, dass die Verlustvorträge einer amerikanischen Tochtergesellschaft dortigen steuerrechtlichen Restriktionen unterliegen, die wie eine Mindestbesteuerung wirken und dazu führen, dass sich der Zeitraum bis zur vollständigen Nutzung der Verlustvorträge über den Planungszeitraum hinaus verlängert.

Zum 31. Dezember 2011 wurde auf temporäre Differenzen/steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 487 Mio € kein latenter Steueranspruch angesetzt. Die nicht angesetzten latenten Steueransprüche enthalten steuerliche Verlustvorträge, welche voraussichtlich im Jahr 2028 verfallen werden.

(27) Sonstige Aktiva

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Rechnungsabgrenzungsposten	504	492
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	91	83
Forderungen an Finanzbehörden	21	16
Vorschüsse an Mitarbeiter des mobilen Vertriebs	13	13
Übrige	68	91
Gesamt	697	695

Von den Rechnungsabgrenzungsposten entfallen 378 Mio € (Vorjahr: 367 Mio €) auf abgegrenzte Vermittlungsprovisionen und 8 Mio € (Vorjahr: 12 Mio €) auf Miet- und Leasingaufwendungen.

In dem Posten Übrige sind aus dem Kreditgeschäft erworbene Sicherheiten in Höhe von 17 Mio € (Vorjahr: 23 Mio €) enthalten. Die Bewertung von erworbenen Sicherheiten erfolgt jeweils zum niedrigeren Betrag aus Anschaffungskosten und Nettoveräußerungswert.

Bestände in Höhe von 227 Mio € (Vorjahr: 461 Mio €) haben eine Laufzeit von mehr als 12 Monaten.

(28) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Inländische Kreditinstitute		
täglich fällig	634	888
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	17.185	17.007
	17.819	17.895
Ausländische Kreditinstitute		
täglich fällig	272	1.345
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.933	3.179
	2.205	4.524
Gesamt	20.024	22.419

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind 831 Mio € (Vorjahr: 291 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 11.069 Mio € (Vorjahr: 10.781 Mio €) fällig.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 16,3 Mrd € (Vorjahr: 17,6 Mrd €)

sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 3,7 Mrd € (Vorjahr: 4,8 Mrd €).

Zum 31. Dezember 2011 bestanden Verbindlichkeiten aus echten Wertpapierpensionsgeschäften in Höhe von 1,1 Mrd € (Vorjahr: 5,8 Mrd €).

(29) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden setzen sich überwiegend aus Spareinlagen, täglich fälligen Geldern und Termineinlagen zusammen.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Spareinlagen		
mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	47.748	50.201
mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	154	164
	47.902	50.365
Bauspareinlagen	17.936	17.173
darunter: auf gekündigte Verträge	95	92
darunter: auf zugeteilte Verträge	6	5
Andere Verbindlichkeiten		
täglich fällig	36.673	37.641
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	31.615	31.297
	68.288	68.938
Gesamt	134.126	136.476
Inländische Kunden	126.262	131.555
Ausländische Kunden	7.864	4.921
Gesamt	134.126	136.476

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind 6.374 Mio € (Vorjahr: 4.053 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbindlichkeiten gegenüber Kunden“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 33.677 Mio € (Vorjahr: 33.924 Mio €) fällig.

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden entfallen auf festverzinsliche Verbindlichkeiten 50,7 Mrd € (Vorjahr: 49,0 Mrd €) sowie auf variabel verzinsliche Verbindlichkeiten 83,4 Mrd € (Vorjahr: 87,5 Mrd €).

(30) Verbriefte Verbindlichkeiten

Als Verbriefte Verbindlichkeiten werden Schuldverschreibungen einschließlich Hypothekendarlehen und öffentliche Darlehen sowie Geldmarktpapiere (z. B. Certificates of Deposit, Euro-Notes, Commercial Paper) ausgewiesen.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Öffentliche Darlehen	1.773	1.829
Hypothekendarlehen	5.970	4.887
Sonstige Schuldverschreibungen	4.984	6.144
Gesamt	12.727	12.860

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten sind 2.973 Mio € (Vorjahr: 2.572 Mio €) Fair Value gehedgt.

Im Posten „Verbriefte Verbindlichkeiten“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 9.000 Mio € (Vorjahr: 8.462 Mio €) fällig.

Die Verbrieften Verbindlichkeiten beinhalten festverzinsliche Verbindlichkeiten von 12,1 Mrd € (Vorjahr: 12,0 Mrd €) sowie variabel verzinsliche Verbindlichkeiten von 0,6 Mrd € (Vorjahr: 0,8 Mrd €).

Von den Verbrieften Verbindlichkeiten wurden zurückgekauft eigene Schuldverschreibungen in Höhe von 156 Mio € (Vorjahr: 500 Mio €) direkt abgesetzt.

(31) Handelspassiva

In den Handelspassiva werden die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbestands und des Bankbuchs sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Negative Marktwerte der Handelsderivate	4.945	23.031
Negative Marktwerte aus Derivaten des Bankbuchs	2.317	2.075
Negative Marktwerte aus Derivaten im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	1.329	1.060
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	–	8
Gesamt	8.591	26.174

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 7.156 Mio € (Vorjahr: 20.735 Mio €) fällig.

(32) Hedging-Derivate

Die Sicherungsgeschäfte mit negativem Marktwert, welche die Voraussetzung für das Hedge Accounting nach IAS 39 erfüllen, gliedern sich wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktivposten		
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kreditinstitute		
Forderungen Loans and Receivables	17	16
	17	16
Hedging-Derivate auf Forderungen an Kunden		
Forderungen Loans and Receivables	205	113
	205	113
Hedging-Derivate auf Finanzanlagen		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.512	1.131
	1.512	1.131
Passivposten		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	–	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	–	41
Verbriefte Verbindlichkeiten	5	68
Nachrangkapital	78	81
	83	191
Gesamt	1.817	1.451

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 1.650 Mio € (Vorjahr: 1.291 Mio €) fällig.

(33) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen stellen sich wie folgt dar:

Abstimmung von Barwert der Verpflichtung, Zeitwert des Planvermögens und der Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember					
	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Barwert der Verpflichtung der vollständig oder teilweise kapitalgedeckten Leistungen	794	766	728	660	698
Barwert der Verpflichtung der nicht kapitalgedeckten Leistungen	924	879	815	733	729
Barwert der Gesamtverpflichtung	1.718	1.645	1.543	1.393	1.427
Zeitwert des Planvermögens	–487	–480	–470	–392	–392
Nicht realisierte Gewinne (+)/Verluste (–)	–70	–39	31	148	108
Nettopensionsrückstellungen	1.161	1.126	1.104	1.149	1.143

Entwicklung des Barwertes der Gesamtverpflichtung		
	2011 Mio €	2010 Mio €
Barwert der Gesamtverpflichtung am 1. Januar	1.645	1.543
Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	26	25
Arbeitnehmerbeiträge	4	4
Zinsaufwand	81	80
Erbrachte Pensionsleistungen	–80	–79
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	1
Planabgeltungen	–4	–
Transfers	1	–1
Veränderung Konsolidierungskreis	–	–
Versicherungsmathematische Gewinne (–)/Verluste (+)	44	71
Währungseffekte	1	1
Barwert der Gesamtverpflichtung am 31. Dezember	1.718	1.645

Entwicklung des Planvermögens		
	2011 Mio €	2010 Mio €
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	480	470
Arbeitgeberbeiträge	4	5
Arbeitnehmerbeiträge	–	–
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	18	20
Gewinne (+)/Verluste (–) aus dem Planvermögen	11	3
Erbrachte Pensionsleistungen	–22	–18
Transfers	–	–1
Veränderung Konsolidierungskreis	–	–
Planabgeltungen	–4	–
Währungseffekte	–	1
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	487	480

Das Planvermögen besteht in erster Linie aus Pensionskassenverträgen (68 %, Vorjahr: 69 %), festverzinslichen Wertpapieren (25 %, Vorjahr: 23 %), anderen Vermögenswerten (4 %, Vorjahr: 6 %) und Aktien (3 %, Vorjahr: 2 %). Von den Vermögenswerten werden keine direkt von der Postbank Gruppe selbst genutzt.

Gewinne und Verluste

Gewinne und Verluste aus Planvermögen					
	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Tatsächlicher Ertrag aus Planvermögen	29	23	27	10	10
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	18	20	17	16	17
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) des Planvermögens	11	3	10	–6	–7

Gewinne und Verluste aus Verpflichtungen					
	2011 Mio €	2010 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2007 Mio €
Erfahrungsbedingte Gewinne (+)/Verluste (–) aus Verpflichtungen	10	–3	–20	0	33
Annahmenänderungsbedingte Gewinne (+)/ Verluste (–) aus Verpflichtungen	–54	–68	–98	53	177
Gesamte versicherungsmathematische Gewinne (+)/Verluste (–) aus Verpflichtungen	–44	–71	–118	53	210

Entwicklung der Nettopensionsrückstellungen		
	2011 Mio €	2010 Mio €
Stand 1. Januar	1.126	1.104
Pensionsaufwand	92	84
Erbrachte Pensionsleistungen	–58	–61
Arbeitgeberbeiträge	–4	–5
Arbeitnehmerbeiträge	4	4
Veränderung des Konsolidierungskreises	–	–
Transfers	1	–
Währungseffekte	–	–
Stand 31. Dezember	1.161	1.126

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2012 Zahlungen in Höhe von 59 Mio € erwartet, die auf direkt erwartete Rentenzahlungen des Unternehmens entfallen. Weiterhin werden Arbeitgeberbeiträge in Höhe von 6 Mio € erwartet.

Pensionsaufwand		
	2011 Mio €	2010 Mio €
Dienstzeitaufwand	26	25
Zinsaufwand	81	80
Erwartete Erträge aus dem Planvermögen	–18	–20
Realisierter nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	1
Armortisation noch nicht realisierter Gewinne (–)/Verluste (+)	3	–2
Auswirkungen von Planabgeltungen	–	–
Sonstiges	–	–
Pensionsaufwand	92	84

Versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste werden gemäß IAS 19.92 nur insoweit erfasst, wie sie 10 % des Maximums von Verpflichtungsumfang und Planvermögen übersteigen. Der übersteigende Betrag wird über die Restdienstzeit der Aktiven verteilt und ergebniswirksam erfasst. Im Jahr 2011 wurden 3 Mio € Verlust (Vorjahr: 2 Mio € Gewinn) ergebniswirksam erfasst.

(34) Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2011	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand 31.12.2011
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft	842	124	4	178	892
Personalbezogene Rückstellungen	130	75	23	219	251
Rückstellungen für das Kreditgeschäft	34	4	24	34	40
Risikoausgleichsbeträge der Postbeamten-Krankenkasse	1	–	–	1	2
Übrige	154	94	15	166	211
Gesamt	1.161	297	66	598	1.396

Nach mehr als 12 Monaten sind 1.018 Mio € (Vorjahr: 767 Mio €) der gebildeten Rückstellungen fällig.

Die Rückstellungen im Bauspargeschäft haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

	Stand 01.01.2011 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2011 Mio €
Rückstellungen im Bauspargeschäft					
für Zinsboni	670	100	–	143	713
für Erstattungsansprüche Abschlussgebühren	77	10	–	10	77
für Zinssatzwechsel	87	13	–	18	92
Übrige	8	1	4	7	10
Gesamt	842	124	4	178	892

Die übrigen Rückstellungen beinhalten Rückstellungen für Prozesskosten in Höhe von 32 Mio € (Vorjahr: 16 Mio €), Jubiläumsrückstellungen in Höhe von 7 Mio € (Vorjahr: 8 Mio €) sowie Rückstellungen für Jahresabschlusskosten in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 3 Mio €).

(35) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

	Stand 01.01.2011 Mio €	Verbrauch Mio €	Auflösung Mio €	Zuführung Mio €	Stand 31.12.2011 Mio €
Tatsächliche Steuern	77	24	1	77	129
Latente Steuern	284	–	284	175	175
Gesamt	361	24	285	252	304

Die Rückstellungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Finanzverwaltungen.

Die latenten Steuerverpflichtungen stehen in Zusammenhang mit folgenden Bilanzposten:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktivposten		
Forderungen	344	301
Risikovorsorge	7	–
Handelsaktiva	188	160
Hedging-Derivate	219	116
Finanzanlagen	783	764
Sachanlagen	9	8
Sonstige Aktiva	281	282
Passivposten		
Verbindlichkeiten	33	110
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	13	11
Andere Rückstellungen	48	52
Sonstige Passiva	23	32
	1.948	1.836
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	1.773	1.552
Gesamt	175	284

(36) Sonstige Passiva

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Verbindlichkeiten aus sonstigen Steuern	168	168
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	143	107
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Rechnungen	65	81
Verbindlichkeiten aus Tantiemen	62	62
Verbindlichkeiten aus Provisionen und Prämien	44	47
Verbindlichkeiten aus ausstehenden Urlaubs- und Freizeitanträgen	41	41
Rechnungsabgrenzungsposten	33	39
Sonstige Verbindlichkeiten	133	120
Gesamt	689	665

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 58 Mio € (Vorjahr: 49 Mio €) fällig.

(37) Nachrangkapital

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten	2.281	2.545
Hybride Kapitalinstrumente	1.939	1.777
Genussrechtskapital	1.196	1.230
Vermögenseinlagen typisch stiller Gesellschafter	22	25
Gesamt	5.438	5.577

Im Posten „Nachrangkapital“ sind nur Finanzinstrumente der Kategorie Liabilities at amortised cost enthalten.

Nach mehr als 12 Monaten sind Bestände in Höhe von 5.064 Mio € (Vorjahr: 5.134 Mio €) fällig.

Die im Nachrangkapital ausgewiesenen Posten stellen aufgrund der derzeitigen Restlaufzeitenstruktur nur in Höhe von 2.982 Mio € (Vorjahr: 3.296 Mio €) haftende Eigenmittel gemäß der Baseler Eigenkapitalvereinbarung dar.

Der Zinsaufwand für Nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 113 Mio € (Vorjahr: 113 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 44 Mio € (Vorjahr: 30 Mio €) werden im Nachrangkapital bei den Nachrangigen Verbindlichkeiten bilanziert.

Die Hybriden Kapitalinstrumente stellen vier Emissionen in Form von Class B Preferred Securities dar, die durch für diesen Zweck bestehende Tochtergesellschaften begeben wurden. Die Class B Preferred Securities der Postbank Funding LLC I bis IV haben eine unbegrenzte Laufzeit und werden aufsichtsrechtlich als Kernkapital angerechnet.

Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen für Hybride Kapitalinstrumente betragen 23 Mio € (Vorjahr: 22 Mio €); sie werden im Posten „Hybride Kapitalinstrumente“ erfasst.

Die Genussscheininhaber erhalten eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche gewinnabhängige Ausschüttung; der Ausschüttungsanspruch mindert sich, wenn und soweit ein ausschüttungsfähiger Gewinn nicht vorhanden ist.

Der Zinsaufwand für das Genussrechtskapital für das Jahr 2011 beträgt insgesamt 58 Mio € (Vorjahr: 66 Mio €). Abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 45 Mio € (Vorjahr: 53 Mio €) werden dem Posten „Genussrechtskapital“ direkt zugeordnet.

Die Vermögenseinlage typisch stiller Gesellschafter stellt aufgrund ihrer vertraglichen Ausgestaltung und ihres wirtschaftlichen Charakters Fremdkapital dar und wird gemäß IAS 32 im Nachrangkapital ausgewiesen.

Das Nachrangkapital ist mit insgesamt 2.381 Mio € (Vorjahr: 2.157 Mio €) gegen Änderungen des Fair Value abgesichert; davon entfallen 442 Mio € (Vorjahr: 379 Mio €) auf nachrangige Verbindlichkeiten und 1.939 Mio € (Vorjahr: 1.778 Mio €) auf Hybride Kapitalinstrumente.

Das Nachrangkapital ist mit 2,9 Mrd € (Vorjahr: 4,0 Mrd €) festverzinslich sowie mit 2,5 Mrd € (Vorjahr: 1,6 Mrd €) variabel verzinslich.

(38) Eigenkapital

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Gezeichnetes Kapital	547	547
Kapitalrücklage	2.010	2.010
Gewinnrücklagen	3.476	3.343
Währungsumrechnungsrücklage	-133	-142
Neubewertungsrücklage	-306	-273
	3.037	2.928
Bilanzgewinn	111	138
Anteile im Fremdbesitz	4	4
Gesamt	5.709	5.627

Das gezeichnete Kapital der Postbank (547 Mio €) ist in 218.800.000 Stück nennwertlose Namensaktien eingeteilt.

In der Kapitalrücklage werden Agiobeträge aus der Ausgabe von Aktien ausgewiesen.

In den Gewinnrücklagen werden grundsätzlich nicht ausgeschüttete Gewinne aus Vorjahren erfasst.

Im Spruchverfahren zum Squeeze-out der BHW Holding AG ist am 12. April 2011 ein gerichtlicher Vergleich geschlossen worden. Danach zahlt die Postbank jedem Aktionär zusätzlich zu der bereits gezahlten Squeeze-out-Barabfindung einen Betrag in Höhe von 1,79 € zuzüglich Zinsen je BHW Aktie. Die Barabfindung wurde auf insgesamt 16,90 € zuzüglich Zinsen je Aktie erhöht. Mit Abschluss des Vergleichs wurde das Verfahren rechtskräftig beendet. Die Barabfindung wurde erfolgsneutral in den Gewinnrücklagen erfasst.

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

In der Neubewertungsrücklage werden die Ergebnisse aus der Bewertung der Finanzanlagen zum beizulegenden Zeitwert nach Berücksichtigung latenter Steuern ausgewiesen. Die erfolgswirksame Erfassung der Gewinne oder Verluste erfolgt erst nach Veräußerung oder Wertminderung des Vermögenswertes.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 22. April 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 21. April 2014 durch Ausgabe neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Sacheinlagen) ganz oder in Teilbeträgen, einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 273,5 Mio € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital).

Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten einer Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Die Hauptversammlung hat am 29. April 2010 die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um bis zu 273,5 Mio € durch Ausgabe von bis zu 109,4 Millionen neuen auf den Namen lautenden Stückaktien beschlossen (Bedingtes Kapital). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von auf den Namen lautenden Stückaktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen, Gewinnschuldverschreibungen und/oder Genussrechten (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die aufgrund der von der Hauptversammlung vom 29. April 2010 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder von ihr abhängigen oder im Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehenden Unternehmen bis zum 28. April 2015 begeben oder garantiert werden und ein Wandlungs- bzw. Optionsrecht auf neue auf den Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gewähren bzw. eine Wandlungspflicht bestimmen.

Des Weiteren wurde in der Hauptversammlung der Postbank vom 29. April 2010 der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG bis zu 5 % des jeweiligen Grundkapitals bzw. für andere Zwecke nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG bis zu insgesamt 10 % des Grundkapitals zu erwerben. Entsprechend der gesetzlichen Regelung dürfen die insgesamt gehaltenen eigenen Aktien nicht mehr als 10 % des Grundkapitals betragen. Die Ermächtigungen wurden mit Ablauf der Hauptversammlung wirksam und gelten bis zum 28. April 2015.

Die in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Bewertungskategorie Available for Sale haben sich wie folgt entwickelt:

	Finanzinstrumente Available for Sale	
	2011 Mio €	2010 Mio €
Stand 1. Januar	–273	–502
Bewertungsänderungen	–51	239
Available for Sale gehedgt (bonitätsinduzierter Teil)	52	–41
Available for Sale nicht gehedgt	–103	280
Bestandsänderungen	16	101
Impairment	19	6
davon Available for Sale	18	6
davon Loans and Receivables	1	–
Verkauf/Hedge-Auflösung	–30	42
davon Available for Sale	–23	50
davon Loans and Receivables	–7	–8
Amortisationseffekt im Zinsüberschuss	27	53
davon Available for Sale	–2	26
davon Loans and Receivables	29	27
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	2	–111
Stand zum 31. Dezember	–306	–273

Aus den Abgängen und Impairments von Finanzinstrumenten Available for Sale und umgewidmeten Finanzinstrumenten Available for Sale auf Loans and Receivables wurden der Neubewertungsrücklage im Geschäftsjahr –11 Mio € ergebniswirksam entnommen (Vorjahr: 48 Mio €). Durch den Amortisationseffekt dieser Finanzinstrumente wurden im Geschäftsjahr 27 Mio € aus der Neubewertungsrücklage ergebniswirksam aufgelöst (Vorjahr: 53 Mio €). Des Weiteren reduzierte sich die Neubewertungsrücklage um 51 Mio € (Vorjahr: Erhöhung 239 Mio €) aufgrund der Bewertung von Finanzinstrumenten Available for Sale. Die erfolgsneutral gebildeten Ertragsteuern veränderten sich in diesem Geschäftsjahr um 2 Mio € (Vorjahr: –111 Mio €) auf einen Endbestand von 142 Mio € (Vorjahr: 140 Mio €), welche die Neubewertungsrücklage insgesamt erhöhen.

Sonstige Angaben

(39) Segmentberichterstattung

Segmentberichterstattung nach Geschäftsfeldern

	Retail Banking ¹		Firmenkunden ¹		Transaction Banking ¹		Financial Markets ¹		Cost Center/ Konsolidierung ¹		Konzern	
	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €
Zinsüberschuss	2.448	2.341	567	624	2	2	-112	-228	5	-8	2.910	2.731
Handelsergebnis	-9	15	-	-	-	-	79	-255	-6	-1	64	-241
Finanzanlageergebnis	-1	-5	-	-14	-	-	-612	18	59	-	-554	-1
Provisionsüberschuss	1.041	1.080	106	123	327	363	-12	-5	-210	-245	1.252	1.316
Gesamterträge	3.479	3.431	673	733	329	365	-657	-470	-152	-254	3.672	3.805
Verwaltungsaufwand	-2.259	-2.178	-152	-151	-295	-318	-132	-106	-366	-181	-3.204	-2.934
Risikovorsorge	-295	-355	-85	-209	-	-	-3	3	-	-	-383	-561
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	15	10	12	9	14	20	-3	2	-45	-36	-7	5
Ergebnis	940	908	448	382	48	67	-795	-571	-563	-471	78	315
Externe Erträge	3.437	3.391	670	730	167	177	-659	-471	57	-22	3.672	3.805
Intersegmenterträge	42	40	3	3	162	188	2	1	-209	-232	0	0
Planmäßige Abschreibungen	-30	-19	-2	-2	-6	-7	-2	-2	-108	-110	-148	-140
Wertminderungen	-30	-19	-2	-2	-6	-7	-2	-2	-126	-118	-166	-148
Wertaufholungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Cost Income Ratio (CIR)	64,9 %	63,5 %	22,6 %	20,6 %	89,7 %	87,1 %	-20,1 %	-22,6 %	-	-	87,3 %	77,1 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	53,0 %	57,9 %	115,8 %	115,2 %	-	-	-22,4 %	-15,8 %	-	-	1,3 %	5,7 %

Der Postbank Konzern steuert seine Aktivitäten auf der Grundlage eines Management-Information-Systems, dessen zentraler Bestandteil die betriebswirtschaftliche Rechnung nach Geschäftsfeldern ist. Die Geschäftsfelder entsprechen der Organisationsstruktur des Konzerns. Als Folge von Veränderungen der organisatorischen Zuständigkeiten im Vorstand des Konzerns wurde auch die Segmentberichterstattung ab 2011 angepasst.

Die VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH ist jetzt dem Segment Transaction Banking zugeordnet (vormals Retail Banking). Die Verantwortung für die Ergebnisse aus den Bank- und Handelsbüchern liegt nun beim Vorstand Financial Markets, die Ergebnisse werden dem Segment Financial Markets zugerechnet. Die Ergebnisse des bisherigen Segments Übrige werden zusammen mit denen des bisherigen Segments Konsolidierung in das neue Segment Cost Center/Konsolidierung überführt. Im Rahmen der umfangreichen Modifikation der Segmentberichterstattung wurden weitere Anpassungen vorgenommen, sodass sich die Zahlen stärker an der aktuellen Organisationsstruktur orientieren. Die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung wurde auf den Tagesgeldsatz angepasst. Die Ergebnisgrößen des Konzerns bleiben unverändert, nur die Zuordnung zu den Segmenten verändert sich.

Im Geschäftsfeld Retail Banking bietet die Postbank Privat- und Geschäftskunden ein breites Spektrum von Bank- und Finanzdienstleistungen an. Die Produktpalette umfasst das Giro- und das Spargeschäft, Kredit- und Debitkarten, Baufinanzierungen, Ratenkredite, das Bauspargeschäft, das Wertpapier- und Depotgeschäft sowie Investmentfonds. Außerdem werden die Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft in diesem Segment erfasst.

Das Ergebnis des Segments setzt sich aus den operativen Ergebnissen des Retail Banking der Deutschen Postbank AG, des Teilkonzerns BHW (ohne das Ergebnis der Bank- und Handelsbücher der BHW Bausparkasse AG), der Postbank Filialvertrieb AG, der Postbank Filial GmbH, der Postbank Direkt GmbH und der P.O.S. Transact GmbH zusammen. Darüber hinaus wird das Ergebnis der Kaufpreisallokation aus dem Erwerb des BHW dem Segment Retail Banking zugeordnet.

Im Geschäftsfeld Firmenkunden erbringt die Postbank Dienstleistungen rund um den Zahlungsverkehr. Die gewerbliche Finanzierung – insbesondere von Immobilien – stellt national wie international eine zweite wesentliche Säule des Firmenkundengeschäfts dar. Den dritten Bereich dieses Geschäftsfelds bilden Factoring und Leasing.

¹Vorjahreszahlen angepasst

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den Ergebnissen des Firmenkundengeschäfts der Deutschen Postbank AG, der PB Firmenkunden AG, dem Firmenkundengeschäft der PB Capital Corporation, der Postbank Leasing GmbH, der PB Factoring GmbH, dem Firmenkundengeschäft der Niederlassung London und dem Firmenkundengeschäft der Deutschen Postbank International S.A.

Das Geschäftsfeld Transaction Banking bietet konzernintern sowie für andere Banken organisatorische und technische Abwicklungs- und Bearbeitungsleistungen im Bereich des inländischen und des grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs an. Das Ergebnis setzt sich zusammen aus den Ergebnissen des Teilkonzerns BCB und der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH.

Dem Geschäftsfeld Financial Markets zugeordnet sind die Ergebnisse aus den Financial-Markets-Geschäften des Konzerns (Bank- und Handelsbücher) sowie aus der Fondsverwaltung und dem Fondsmanagement sowohl für verschiedene Publikumsfonds der Postbank als auch für Spezialfonds.

Das Ergebnis des Segments setzt sich zusammen aus den jeweiligen Bank- und Handelsbüchern der Deutschen Postbank AG, der BHW Bausparkasse AG, der PB Capital Corporation, der Niederlassung London und den Ergebnissen der Töchter Deutsche Postbank International S.A. (ohne Firmenkundengeschäft), Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg, und Deutsche Postbank Financial Services GmbH.

Das Segment Cost Center/Konsolidierung enthält neben den Konzernkonsolidierungen – ohne die innerhalb der Segmente vorgenommenen Konsolidierungen – auch die Ergebnisse der Cost Center und deren nicht verrechnete Overhead-Kosten. Die Ergebnisse beinhalten außerdem die Ergebnisse der den Cost Centern zugeordneten Töchter Postbank Systems AG, Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH und Postbank Support GmbH. Ferner ist die Überleitung zum Konzernergebnis Bestandteil des Segments.

Neben den Ergebnissen der Gewinn- und Verlustrechnung der den Geschäftsfeldern zugeordneten Unternehmenseinheiten werden kalkulatorische Verfahren zur verursachungsgerechten Ermittlung der Segmentergebnisse verwendet. Gemäß IFRS 8.23 weisen wir den Zinsüberschuss (Nettozinsertrag) statt der Zinserträge und Zinsaufwendungen aus. Die Allokation des Zinsüberschusses der Kundenprodukte auf die Segmente folgt der Marktzinsmethode, nach der dem Kundenzins kalkulatorisch ein fristenkongruenter Geld- und Kapitalmarktzins gegenübergestellt wird. Der Verwaltungsaufwand der in den Segmentergebnissen berücksichtigten Einheiten der Deutschen Postbank AG basiert im Wesentlichen auf den Ergebnissen der Kostenstellenrechnung. Ertragsteuern werden nicht auf Segmentebene ermittelt.

Wertaufholungen und Wertminderungen beziehen sich auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen. Es werden sowohl planmäßige als auch außerplanmäßige Wertveränderungen berücksichtigt.

Die Zuordnung des Eigenkapitals zu den Segmenten richtet sich nach deren Risikokapitalbedarf. Der Risikokapitalbedarf wird abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse der Postbank und legt fest, in welcher Höhe Marktpreisrisiken, Kreditrisiken, Operationelle Risiken,

Geschäftsrisiken, Beteiligungs- und Immobilienrisiken sowie Kollektivrisiken eingegangen werden dürfen. Entsprechend der Segmentverantwortung für die Risikokapitalpositionen innerhalb der einzelnen Risikoarten, erfolgt die Zuordnung des durchschnittlichen IFRS-Eigenkapitals zu den Segmenten.

Da es sich bei der Abwicklung von Zahlungsverkehrstransaktionen nicht um Bankgeschäft im klassischen Sinne handelt, weisen wir im Geschäftsfeld Transaction Banking keine Eigenkapitalrentabilität aus.

Im Rahmen der oben beschriebenen Änderung der Geschäftsfeldrechnung wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst. Im Folgenden werden die wesentlichen Änderungen des Jahres 2010 beschrieben.

Im Segment Retail Banking gingen die Erträge um 42 Mio € zurück. Begründet ist dies durch die Neuordnung der Bank- und Handelsbücher zum Segment Financial Markets, die Zurechnung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Segment Transaction Banking, die Änderung der Verrechnung des Provisionsüberschusses zwischen den Cost Centern und dem Segment Retail Banking sowie die Berücksichtigung segmentinterner Konsolidierungssachverhalte. Der Verwaltungsaufwand reduzierte sich um 54 Mio € als Folge der Neuordnung der Bank- und Handelsbücher, der Zurechnung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Segment Transaction Banking, der Berücksichtigung segmentinterner Konsolidierungssachverhalte und der Adjustierung der Leistungsverrechnung mit dem Ziel, die neu festgelegten Verantwortlichkeiten im Vorstand korrekt abzubilden. Das Sonstige Ergebnis reduzierte sich um 1 Mio €, was auf die Zurechnung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Segment Transaction Banking zurückzuführen ist. Insgesamt erhöhte sich damit das Segmentergebnis vor Steuern um 11 Mio €.

Im Segment Firmenkunden wirkt überwiegend die Neuordnung der Bank- und Handelsbücher zum Segment Financial Markets. Aus diesem Sachverhalt resultierte ein Rückgang der Erträge um 29 Mio €. Der Verwaltungsaufwand ging um 21 Mio € zurück, abzuleiten aus der Neuordnung der Bank- und Handelsbücher sowie der Adjustierung der Leistungsverrechnung im Sinne einer korrekten Abbildung der neu definierten Verantwortlichkeiten im Vorstand. Die Risikovorsorge verringerte sich aufgrund der Neuordnung der Bank- und Handelsbücher um 8 Mio €. Das Segmentergebnis vor Steuern bleibt unverändert.

Aufgrund der Neuordnung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH wuchs das Ergebnis des Segments Transaction Banking um 6 Mio € (Erträge: 15 Mio €, Verwaltungsaufwand: – 10 Mio €, Sonstiges Ergebnis: 1 Mio €).

Im Segment Financial Markets verringerten sich als Folge der Neuordnung der Bank- und Handelsbücher zu diesem Segment die Erträge um 629 Mio €. Aus dem gleichen Sachverhalt sowie aus der Adjustierung der Leistungsverrechnung zur korrekten Abbildung der Verantwortlichkeiten im Vorstand begründet sich der Anstieg des Verwaltungsaufwands um 19 Mio €. Die Risikovorsorge nahm aufgrund der Zuordnung der Bank- und Handelsbücher um 8 Mio € zu. Das Segmentergebnis vor Steuern reduzierte sich um 656 Mio €.

In dem neuen Segment Cost Center/Konsolidierung werden die verbleibenden Ergebnisse der bisherigen Segmente Übrige und Konsolidierung zusammengefasst. Die Erträge des neuen Segments erhöht sich gegenüber der Summe der Erträge der beiden vormaligen Segmente um 685 Mio €. Die Gründe hierfür liegen in der Zuordnung der Bank- und Handelsbücher der Postbank, die vorher dem Segment Übrige zugeordnet waren, zum Segment Financial Markets, in der Berücksichtigung weiterer Konsolidierungssachverhalte sowie in der Änderung der Verrechnung des Provisionsüberschusses zwischen den Cost Centern und dem Segment Retail Banking. Der Verwaltungsaufwand stieg um 46 Mio €, zurückzuführen auf die Berücksichtigung weiterer Konsolidierungssachverhalte und die Adjustierung der Leistungsverrechnung zur korrekten Abbildung der Verantwortlichkeiten im Vorstand. Insgesamt erhöhte sich das Segmentergebnis vor Steuern um 639 Mio €.

Durch die Verlagerung der Marktpreisrisiken und der die Bank- und Handelsbücher betreffenden Kreditrisiken in das Segment Financial Markets veränderte sich das zugerechnete durchschnittliche IFRS-Eigenkapital der Segmente: Während es sich in den Segmenten Retail Banking, Firmenkunden, Cost Center/Konsolidierung (bisher Übrige und Konsolidierung) reduzierte, stieg es im Segment Financial Markets um 2.820 Mio €.

Durch die Zuordnung der – ehemals dem Segment Retail Banking zugerechneten – VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Segment Transaction Banking haben sich die für den Vergleichszeitraum 2010 ermittelten Intersegmenterträge im Segment Transaction Banking um 7 Mio € und im Segment Retail Banking um 36 Mio € verändert. Hintergrund sind die Provisionsbeziehungen zwischen diesen Segmenten.

Angaben auf Unternehmensebene

Die nachstehende Tabelle enthält Informationen zu Erträgen je Produkt bzw. Dienstleistung.

	2011 Mio €	2010 ¹ Mio €
Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden	3.089	3.081
Zahlungsverkehr Retail- und Firmenkunden	361	379
Provisionsgeschäft Retail- und Firmenkunden	572	572
Transaction Banking Insourcing (Provisionsüberschuss)	167	177
Übriges	–517	–404
Summe Erträge	3.672	3.805

Die Summe der Erträge setzt sich zusammen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und Ergebnis aus Finanzanlagen des Postbank Konzerns. Die dem Segment Firmenkunden zugeordneten Tochterunternehmen sind mit ihrem Zins- und Provisionsergebnis der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ zugerechnet. Die Position „Übriges“ enthält u. a. das Handels- und das Finanzanlageergebnis des Konzerns und somit auch die wesentlichen Belastungen aus der Kapitalmarktkrise.

Durch die neue Zuordnung der Erträge aus den Bank- und Handelsbüchern zum Segment Financial Markets, die bisher dem Segment Firmenkunden zugeordnet waren, hat sich der Vorjahreswert um 51 Mio € in der Position „Einlagen und Kredite Retail- und Firmenkunden“ reduziert. Aufgrund der Zuordnung der VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH zum Segment Transaction Banking erhöhte sich der Vorjahreswert um 23 Mio € in der Position „Transaction Banking Insourcing“. Die Position „Übriges“ erhöht sich somit um 28 Mio €.

Die Ermittlung der Ergebnisse der geografischen Regionen erfolgt über die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung der den Regionen zuzuordnenden Legaleinheiten und Niederlassungen.

Die Region Übrige enthält die Einheiten der Regionen Europa, USA (PB Capital) und Asien (Postbank Home Finance). Die Niederlassung London, die Luxemburger Einheiten Deutsche Postbank International S.A. und Deutsche Postbank Vermögensmanagement S.A. sowie die BHW Niederlassungen in Italien, Luxemburg und Belgien sind Bestandteil der Region Europa.

Deutschland enthält alle inländischen Geschäftseinheiten inklusive aller Konsolidierungssachverhalte.

	Erträge		Ergebnis vor Steuern		Langfristige Vermögenswerte	
	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €	2011 Mio €	2010 Mio €
Deutschland	3.382	3.422	–121	78	3.131	3.228
Übrige	290	383	199	237	7	10
Europa	170	269	103	140	4	5
USA	114	87	92	79	3	3
Asien	6	27	4	18	0	2
Gesamt	3.672	3.805	78	315	3.138	3.238

Langfristige Vermögenswerte beinhalten immaterielle Vermögenswerte, Sachanlagen und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien.

¹Vorjahreszahlen angepasst

(40) Eventual- und andere Verpflichtungen

Eventualverpflichtungen beruhen auf vergangenen Ereignissen, die in der Zukunft zu möglichen Verpflichtungen führen. Diese Verpflichtungen entstehen durch den Eintritt ungewisser zukünftiger Ereignisse, deren Erfüllungsbetrag nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Eventualverpflichtungen		
Aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	827	1.036
Andere Verpflichtungen		
Unwiderrufliche Kreditzusagen	8.002	9.469
davon bereitgestellte Baudarlehen	2.375	2.409
Sonstige Verpflichtungen	12.075	12.094
Gesamt	20.904	22.599

Die Sonstigen Verpflichtungen betreffen Kreditlinien, die durch die Postbank jederzeit gekündigt werden können. Die Eventual- und anderen Verpflichtungen wurden um die gebildete Risikovorsorge gekürzt.

(41) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

Fair-Value-Hierarchie

Während die Bewertung von Finanzinstrumenten nach IAS 39 vorgenommen wird, ordnet die Postbank die zum Fair Value bewerteten Finanzinstrumente der dreistufigen Fair-Value-Hierarchie gemäß IFRS 7 wie folgt zu:

Level 1:

Für die nach Level 1 kategorisierten Bestände liegen quotierte Preise in Märkten für den identischen Vermögenswert oder die identische Verpflichtung vor. Das heißt, bei der Fair-Value-Bewertung des Levels 1 werden ausschließlich am aktiven Markt notierte Preise des identischen Finanzinstruments zur Bewertung herangezogen. Unter Level 1 werden somit vor allem hochliquide Wertpapiere und börsengehandelte Derivate dargestellt.

Level 2:

Bei der Bewertung nach Level 2 werden die Fair Values entweder mithilfe von in aktiven Märkten für ähnliche Instrumente notierten Preisen oder mit Bewertungsmethoden, deren Inputparameter nur auf direkt oder indirekt beobachtbaren Marktdaten beruhen, bestimmt. Hierunter fallen u.a. nicht börsengehandelte Derivate (z.B. Swaps, Caps, Floors, CDS) sowie Anleihen und Schuldscheindarlehen, deren Bewertung auf Basis von Zins- und Spread-Kurven bzw. Volatilitäten erfolgt.

Level 3:

Bei der Bewertung nach Level 3 werden die Fair Values anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, bei denen wesentliche bzw. signifikante Eingangsparameter nicht am Markt beobachtbar sind. Solche Bewertungsverfahren werden insbesondere zur Bewertung von strukturierten Kreditprodukten verwendet.

Die folgenden Tabellen zeigen die Zuordnung der einzelnen Klassen von Finanzinstrumenten zu dem entsprechenden Level der Fair-Value-Hierarchie:

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2011 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	6.892	31	6.843	18
Hedging-Derivate	1.277	0	1.277	0
Forderungen an Kunden	7.513	0	7.513	0
davon private Baufinanzierungen	7.513	0	7.513	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	6.504	3.614	2.389	501
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0
Summe	22.186	3.645	18.022	519

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2011 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	8.591	0	8.547	44
Hedging-Derivate	1.817	0	1.817	0
Summe	10.408	0	10.364	44

Zum Fair Value bewertete Vermögenswerte				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2010 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Vermögenswerte zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsaktiva	24.150	693	23.446	11
Hedging-Derivate	664	0	664	0
Forderungen an Kunden	8.094	0	8.094	0
davon private Baufinanzierungen	8.094	0	8.094	0
Finanzielle Vermögenswerte Available for Sale				
Finanzanlagen	8.948	4.788	2.461	1.699
Forderungen an Kreditinstitute	0	0	0	0
Summe	41.856	5.481	34.665	1.710

Zum Fair Value bewertete Verbindlichkeiten				
Ausweis des Fair Value erfolgt in				
Klassen	31.12.2010 Mio €	Level 1 Mio €	Level 2 Mio €	Level 3 Mio €
Finanzielle Verbindlichkeiten zum Fair Value through Profit or Loss (FVtPL)				
Handelsspassiva	26.174	9	25.538	627
Hedging-Derivate	1.451	0	1.451	0
Summe	27.625	9	26.989	627

Die Finanzinstrumente der Handelsaktiva, Handelsspassiva sowie die Hedging-Derivate werden zum überwiegenden Teil mit Bewertungsmethoden bewertet, die dem Level 1 bzw. dem Level 2 zuzuordnen sind. Abspaltungspflichtige eingebettete Derivate aus strukturierten Kreditprodukten werden ebenfalls den Handelsaktiva bzw. den Handelsspassiva zugeordnet, allerdings erfolgt die Bewertung hier mit Bewertungsmodellen, die dem Level 3 zuzuordnen sind. Sofern für die Finanzinstrumente ein öffentlich notierter Marktpreis an einem aktiven Markt vorliegt, erfolgt eine Bewertung anhand dieses am aktiven Markt notierten Preises (IAS 39.AG71) und somit eine Zuordnung zu Level 1 gemäß IFRS 7. Liegt ein solcher Preis für das Finanzinstrument nicht vor, erfolgt die Bewertung anhand von Transaktionen des identischen Finanzinstruments aus der jüngsten Vergangenheit bzw. anhand von Transaktionen zum Bewertungsstichtag von ähnlichen Finanzinstrumenten (IAS 39.AG72). Für Anhangszwecke werden so bewertete

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Finanzinstrumente in Level 2 gemäß IFRS 7 dargestellt. Sind keine Vergleichsinformationen verfügbar, so erfolgt die Bewertung anhand von nachfolgend genannten Bewertungsmodellen (IAS 39.AG73 ff.). Ein großer Teil der o.g. Finanzinstrumente wird mit sogenannten Discounted-Cashflow-Methoden bewertet. Hierbei werden als Bewertungsparameter im Wesentlichen Zins- und Spread-Kurven (Credit Spreads, Basis Spreads) herangezogen. Des Weiteren werden zur Bewertung von Kreditderivaten zusätzlich CDS-Spreads bzw. Hazard Rates genutzt. Optionspreismodelle nutzen als Inputparameter darüber hinaus Aktienkurse, Indexpreise und Volatilitäten. Da die Bewertungsparameter der Bewertungsmodelle für die o.g. Finanzinstrumente im Wesentlichen auf beobachtbaren Marktdaten beruhen, erfolgt ebenfalls eine Darstellung dieser Finanzinstrumente nach Level 2.

Die Fair-Value-Option wird im Postbank Konzern ausschließlich auf Forderungsbestände des Baufinanzierungsbereichs angewandt. Die Ermittlung des Fair Value erfolgt anhand eines Discounted-Cashflow-Verfahrens. Als Bewertungsparameter werden die aktuelle Swaprenditekurve sowie darlehensspezifische Risiko- und Kostenaufschläge verwandt. Die Risikoaufschläge werden auf Basis von geschätzten Verlustquoten und Ausfallwahrscheinlichkeiten aus dem internen und von der Aufsicht zugelassenen Ratingmodell herangezogen.

Die Finanzanlagen der IFRS-Bewertungskategorie „Available for Sale“ werden in der Regel anhand von veröffentlichten Transaktions- oder Börsenkursen bewertet und somit grundsätzlich für Anhangszwecke Level 1 zugeordnet. Liegen diese Kurse nicht vor, so erfolgt eine Bewertung anhand von Bewertungsmethoden (in der Regel Discounted Cashflow). In Abhängigkeit der verwendeten Bewertungsparameter erfolgt eine Zuordnung der Bewertungsmethode und der daraus resultierenden Fair Values zu Level 2 oder Level 3.

Aufgrund der eingeschränkten Liquidität der Märkte fehlen insbesondere für strukturierte Kreditprodukte (Verbriefungsprodukte) vielfach marktnahe Indikationen. Da derzeit keine verifizierbaren indikativen Kurse vorliegen, wird daher bei der Ermittlung der Fair Values für strukturierte Kreditprodukte (SCP), wie z. B. CDO, Consumer ABS, Commercial ABS, CMBS, RMBS, ein internes Bewertungsverfahren eingesetzt. Für synthetisch strukturierte Kreditprodukte ist das eingebettete Derivat abzuspalten und seine Wertveränderung im Handelsergebnis auszuweisen. Die Fair-Value-Ermittlung des Embedded Derivative erfolgt dabei ebenfalls mit diesem internen Simulationsmodell. Das Modell basiert auf der Discounted-Cashflow-Methode (analog S&P CDO Evaluator, Moody's CDO Net und Fitch Vector), welches auf der Berechnung einer Portfolioverlustverteilung unter Berücksichtigung der jeweiligen Verbriefungsstruktur beruht. Die Zahlungsströme dieser Produkte werden unter Berücksichtigung der entsprechenden Risiken aus den verbrieften Portfolios und der Struktur der Verbriefern prognostiziert und mit laufzeit- und risikoäquivalenten Zinssätzen abgezinst. Dazu werden mittels eines Simulationsverfahrens Ausfallereignisse der Underlyings des als Sicherheit designierten Pools aufgedeckt und über einen Wasserfall bzw. gegen den aktuellen Puffer auf die investierte Tranche angerechnet. Die Ausfalldetektion je Underlying erfolgt nach dem Merton-Modell. Die Default-Schwellen sind über die kumulierten Ausfallwahrscheinlichkeiten (Moody's) der Ratingklassen bzw. über die zeitliche Entwicklung des erwarteten Verlusts (RMBS/Retail) festgelegt. Das Modell verwendet aktuelle Ratings als Ausgangspunkt und von der Seniorität der Underlyings abhängige Recovery Rates, um die Verluste zu modellieren. Zur Modellierung von Verlusten

bei RMBS werden – sofern verfügbar – aktuelle, detaillierte Informationen zu Delinquencies herangezogen. Neben aktuellen Zinssätzen und Währungskursen werden auch Liquiditäts-Spreads abhängig von aktuellen Marktverhältnissen, u. a. über iTraxX bzw. CDX, festgelegt. Das Bewertungsverfahren verwendet gemäß IAS 39.48A im größtmöglichen Umfang Marktdaten. Die Finanzinstrumente, die nach diesem IAS 39 konformen Bewertungsverfahren bewertet werden, werden als Level-3-Fair-Values ausgewiesen. Die tatsächlichen Werte können in Einzelfällen von den getroffenen Annahmen und Schätzungen abweichen.

Signifikante Transfers zwischen Level 1 und Level 2 lagen im Geschäftsjahr 2011 nicht vor.

Sowohl auf der Aktivseite als auch auf der Passivseite kommen Bewertungsverfahren zum Einsatz, die aufgrund der verwendeten Inputparameter Level 3 zuzuordnen sind. Auf der Passivseite werden nur die Embedded Derivatives aus den synthetischen SCP-Beständen einer Fair-Value-Bewertung unterzogen, die Level 3 zuzuordnen sind. Die finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, haben sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
31.12.2011						
Ausweis des Fair Value nach Level 3						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an Kreditinstitute Mio €	Mio €
Anfangsbestand	11	0	0	1.699	0	1.710
Summe Gewinne oder Verluste	-3	0	0	-34	0	-37
in GuV	-3	0	0	-29	0	-32
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	-5	0	-5
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	0	0	0	-1.047	0	-1.047
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	0	0	0	-128	0	-128
Wechselkurseffekte	0	0	0	5	0	5
Transfers aus Level 3	0	0	0	-4	0	-4
Transfers in Level 3	10	0	0	10	0	20
Endbestand	18	0	0	501	0	519
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	0	0	0	-3	0	-3

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für die oben dargestellte Entwicklung von den Level 3 zugeordneten finanziellen Vermögenswerten sind Rückzahlungen bzw. Tilgungen der Forderungsbestände.

Dem gegenüber stehen Wechselkurseffekte, sodass sich der Bestand insgesamt um rund 1.191 Mio € (Vorjahr: 1.558 Mio €) reduziert.

Zum 31. Dezember 2010 stellte sich die Entwicklung der finanziellen Vermögenswerte, die Level 3 zuzuordnen sind, wie folgt dar:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte						
31.12.2010						
Ausweis des Fair Value nach Level 3						
	Finanzielle Vermögenswerte zum FVtPL			Finanzielle Vermögenswerte AfS		Summe
	Handelsaktiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Forderungen an Kunden Mio €	Finanzanlagen Mio €	Forderungen an Kreditinstitute Mio €	Mio €
Anfangsbestand	7	0	0	3.261	0	3.268
Summe Gewinne oder Verluste	3	0	0	17	0	20
in GuV	3	0	0	-105	0	-102
in Neubewertungsrücklage	0	0	0	122	0	122
Erwerbe	0	0	0	0	0	0
Veräußerungen	-1	0	0	-1.076	0	-1.077
Emissionen	0	0	0	0	0	0
Rückzahlungen	1	0	0	-555	0	-554
Wechselkurseffekte	1	0	0	52	0	53
Transfers aus Level 3	0	0	0	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0	0	0	0
Endbestand	11	0	0	1.699	0	1.710
Summe der Bewertungsgewinne/ -verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	1	0	0	0	0	1

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Geschäftsjahres gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte		31.12.2011		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewertungs- rücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	-3	-29	0	-5
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	0	-3	0	-67

Der Ausweis der Level-3-Vermögenswerte in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Vermögenswerte		31.12.2010		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handels- ergebnis Mio €	Finanzanlage- ergebnis Mio €	Hedge- Ergebnis Mio €	Neubewertungs- rücklage Mio €
Summe der ausgewiesenen Gewinne und Verluste	3	-105	0	122
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die zum Ende der Periode im Bestand waren	1	0	0	93

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten	31.12.2011		
Ausweis des Fair Value nach Level 3			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	627	0	627
Summe Verluste	-17	0	-17
in GuV	-17	0	-17
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	-558	0	-558
Emissionen	0	0	0
Rückzahlungen	-10	0	-10
Wechselkurseffekte	2	0	2
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	44	0	44
Summe der Bewertungsverluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	10	0	10

Für diese Entwicklung sind folgende Gründe zu nennen:

Maßgeblich für diese Entwicklung der den Level 3 zugeordneten finanziellen Verbindlichkeiten sind Veräußerungen und Rückzahlungen der Bestände, die sich bei den strukturierten Kreditprodukten in voller Höhe auf die eingebetteten Derivate (diese sind den Handelspassiva zugeordnet) auswirken.

Die finanziellen Verbindlichkeiten nach Level 3 haben sich im Vorjahr wie folgt entwickelt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten			
31.12.2010			
Ausweis des Fair Value nach Level 3			
Finanzielle Verbindlichkeiten zum FVtPL	Handelsspassiva Mio €	Hedging-Derivate Mio €	Summe Mio €
Anfangsbestand	1.106	0	1.106
Summe Verluste	345	0	345
in GuV	345	0	345
Erwerbe	0	0	0
Veräußerungen	– 629	0	– 629
Emissionen	0	0	0
Wechselkurseffekte	10	0	10
Rückzahlungen	– 205	0	– 205
Transfers aus Level 3	0	0	0
Transfers in Level 3	0	0	0
Endbestand	627	0	627
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die am Ende der Periode im Bestand waren	209	0	209

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung gestaltet sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2011		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handelsergebnis	Hedge-Ergebnis
	Mio €	Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	17	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsverluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	10	0

Der Ausweis der Level-3-Verbindlichkeiten in der Ergebnisrechnung des Vorjahres gestaltete sich wie folgt:

Level 3 zugeordnete Verbindlichkeiten		
31.12.2010		
Der Ausweis der Gewinne und Verluste der Periode erfolgt im:	Handelsergebnis	Hedge-Ergebnis
	Mio €	Mio €
Summe der ausgewiesenen Verluste	345	0
Summe der ausgewiesenen Bewertungsgewinne/-verluste für Verbindlichkeiten, die zum Ende der Periode im Bestand waren	209	0

Bei der Ermittlung der Fair Values mittels des internen Bewertungsmodells für strukturierte Kreditprodukte wird neben den ausfallbedingten Beeinträchtigungen der erwarteten Zahlungsströme auch die Illiquidität der Märkte für strukturierte Produkte berücksichtigt, indem bei der Diskontierung der vorstehend ermittelten Zahlungsströme ein Aufschlag auf den fristenkongruenten „risikolosen“ Zinssatz vorgenommen wird. Eine Verschlechterung (Verbesserung) der ausfallbedingten Beeinträchtigungen durch Änderung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Underlyings um einen Ratingklassen-Notch würde einen Rückgang (Anstieg) der Fair Values der mittels des internen Bewertungsmodells bewerteten Bestände (nominal rund 659 Mrd €) um ca. 4,6 % (ca. 2,2 %) bewirken. Eine Veränderung der herangezogenen Liquiditäts-Spreads um 1 Basispunkt nach oben (nach unten) würde einen Rückgang (einen Anstieg) der Fair Values um ca. 2,4 Basispunkte bewirken.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten, die mit den fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value bewertet werden

Die beizulegenden Zeitwerte (Fair Values) von Finanzinstrumenten, die in der Bilanz zu fortgeführten Anschaffungskosten oder mit dem Hedge Fair Value angesetzt werden, sind in der folgenden Tabelle den Buchwerten gegenübergestellt.

	31.12.2011		31.12.2010	
	Buchwert	Beizulegender Zeitwert	Buchwert	Beizulegender Zeitwert
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Aktiva				
Barreserve	3.652	3.652	3.248	3.248
Forderungen an Kreditinstitute (Loans and Receivables)	20.322	20.256	12.140	12.101
Forderungen an Kunden (Loans and Receivables)	103.227	110.240	103.689	109.029
Risikovorsorge	-1.826	-1.826	-1.764	-1.764
Finanzanlagen (Loans and Receivables)	39.976	37.456	50.032	47.992
	165.351	169.778	167.345	170.606
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Liabilities at amortised cost)	20.024	19.466	22.419	22.403
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Liabilities at amortised cost)	134.126	135.314	136.476	137.831
Verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	18.165	17.090	18.437	17.977
	172.315	171.870	177.332	178.211

Grundsätzlich wird für alle Finanzinstrumente ein Fair Value ermittelt. Ausnahmen bilden lediglich täglich fällige Geschäfte sowie Spareinlagen mit einer vertraglichen Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr.

(42) Ertrags- und Aufwandsposten, Gewinne und Verluste gemäß IFRS 7 und Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien gemäß IAS 39

Erläuterungen	2011 Mio €	2010 Mio €
Zinserträge und -aufwendungen (6)		
Loans and Receivables	6.606	6.701
Available for Sale	226	259
Held to Maturity	0	1
Liabilities at amortised cost	-3.548	-3.519
Nettogewinne und -verluste (9), (10)		
Held for Trading	90	-259
Designated as at Fair Value	-24	21
Loans and Receivables	-617	61
Available for Sale	5	-55

	Fair Value Hedge/Option		Nicht gehedgt		Gesamt	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktiva	31.630	35.075	154.081	172.642	185.711	207.717
Loans and Receivables	20.751	24.687	142.774	141.174	163.525	165.861
Forderungen an Kreditinstitute	297	272	20.025	11.868	20.322	12.140
Forderungen an Kunden	3.042	2.688	100.185	101.001	103.227	103.689
Finanzanlagen	17.412	21.727	22.564	28.305	39.976	50.032
Available for Sale	1.674	1.366	4.830	7.582	6.504	8.948
Finanzanlagen	1.674	1.366	4.830	7.582	6.504	8.948
Held to Maturity	–	–	–	–	–	–
Finanzanlagen	–	–	–	–	–	–
Held for Trading	415	264	6.477	23.886	6.892	24.150
Handelsaktiva	415	264	6.477	23.886	6.892	24.150
Fair-Value-Option	7.513	8.094	–	–	7.513	8.094
Forderungen an Kunden	7.513	8.094	–	–	7.513	8.094
Hedging-Derivate	1.277	664	–	–	1.277	664
Passiva	15.705	11.584	167.018	193.373	182.723	204.957
Liabilities at amortised cost	12.559	9.073	159.756	168.259	172.315	177.332
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	831	291	19.193	22.128	20.024	22.419
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.374	4.053	127.752	132.423	134.126	136.476
Verbriefte Verbindlichkeiten	2.973	2.572	9.754	10.288	12.727	12.860
Nachrangkapital	2.381	2.157	3.057	3.420	5.438	5.577
Held for Trading	1.329	1.060	7.262	25.114	8.591	26.174
Handelspassiva	1.329	1.060	7.262	25.114	8.591	26.174
Hedging-Derivate	1.817	1.451	–	–	1.817	1.451

(43) Derivative Finanzinstrumente

Der Postbank Konzern setzt derivative Finanzinstrumente zur Sicherung im Rahmen der Aktiv-/Passivsteuerung ein. Darüber hinaus werden derivative Finanzgeschäfte auch als Handelsgeschäfte getätigt.

Derivative Finanzinstrumente auf fremde Währungen werden im Wesentlichen in der Form von Devisentermingeschäften, Devisen-swaps, Zins-/Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäften abgeschlossen. Zinsderivate sind vor allem Zinsswaps, Forward Rate Agreements sowie Zinsfutures und Zinsoptionsgeschäfte; vereinzelt werden auch Termingeschäfte auf festverzinsliche Wertpapiere abgeschlossen. Aktienderivate werden insbesondere als Aktienoptionen und Aktien-/Indexoptionen abgeschlossen. Kreditderivate (Credit Default Swaps) resultieren im Wesentlichen aus abgespaltenen Derivaten synthetischer CDOs.

Die Nominalwerte stellen das Bruttovolumen aller Käufe und Verkäufe dar. Bei diesem Wert handelt es sich um eine Referenzgröße für die Ermittlung gegenseitig vereinbarter Ausgleichszahlungen, nicht jedoch um bilanzierungsfähige Forderungen oder Verbindlichkeiten.

Die Marktwerte der einzelnen Kontrakte wurden auf Grundlage anerkannter Bewertungsmodelle ohne Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen ermittelt.

Der Bestand an derivativen Finanzinstrumenten setzt sich dabei wie folgt zusammen:

	Nominalwerte		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Derivate des Handelsbestands	295.829	809.846	6.627	23.221	8.591	26.166
Hedging-Derivate	32.069	33.683	1.277	664	1.817	1.451
Gesamt	327.898	843.529	7.904	23.885	10.408	27.617

Nachfolgend sind die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsbezogenen, bedingten und unbedingten Termingeschäfte des Postbank Konzerns dargestellt.

	Nominalbetrag		Fair Value			
			Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Derivate des Handelsbestands						
Fremdwährungsderivate						
OTC-Produkte						
Devisentermin (Forwards)	5.975	4.553	183	142	189	133
Devisenswaps	13.870	13.099	125	119	61	96
Gesamtbestand Fremdwährungsderivate	19.845	17.652	308	261	250	229
Zinsderivate						
OTC-Produkte						
Zinsswaps	263.007	735.279	6.182	22.803	7.789	25.064
Cross Currency Swaps	6.477	4.037	60	39	393	169
Forward Rate Agreements	1.000	40.563	–	5	0	9
OTC-Zinsoptionen	2.720	3.121	52	20	87	27
Sonstige zinsgebundene Verträge	1.155	910	5	4	5	6
Börsengehandelte Produkte						
Zinsfutures	12	4.728	–	–	–	–
Zinsoptionen	–	13	–	–	–	–
Gesamtbestand Zinsderivate	274.371	788.651	6.299	22.871	8.274	25.275

	Fair Value					
	Nominalbetrag		Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Aktien-/Indexbezogene Derivate						
OTC-Produkte						
Aktioptionen (long/short)	46	137	–	1	5	11
Börsengehandelte Produkte						
Aktien-/Indexoptionen	46	119	2	4	–	–
Gesamtbestand Aktien-/ Indexbezogene Derivate	92	256	2	5	5	11
Kreditderivate						
Credit Default Swaps	1.521	3.287	18	84	62	651
Gesamtbestand Kreditderivate	1.521	3.287	18	84	62	651
Gesamtbestand Derivate des Handelsbestands	295.829	809.846	6.627	23.221	8.591	26.166
davon Derivate des Bankbuchs	50.563	45.394	1.321	562	2.317	2.076
davon Derivate im Zusammenhang mit Grundgeschäften der Fair-Value-Option	17.241	32.947	415	264	1.329	1.060
Hedging-Derivate						
Fair Value Hedges						
Zinsswaps	31.270	32.529	1.152	561	1.805	1.428
Cross Currency Swaps	484	665	123	101	10	15
Credit Default Swaps	315	489	2	2	2	8
Zinsfutures	–	–	–	–	–	–
Gesamtbestand Hedging-Derivate	32.069	33.683	1.277	664	1.817	1.451
Gesamtbestand der derivativen Finanzinstrumente	327.898	843.529	7.904	23.885	10.408	27.617

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Gesamtbestand der bilanziell ausgewiesenen derivativen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten:

Hedging-Derivate				
	Positive Marktwerte 31.12.2011 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2010 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2011 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2010 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	159	58	142	143
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	6	2	25	17
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	31	20	115	72
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	10	54	111	124
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	1	25	183	100
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	1	70	323	113
mehr als 5 Jahre	1.069	435	918	882
	1.277	664	1.817	1.451

Handelsderivate und Derivate des Bankbuchs				
	Positive Marktwerte 31.12.2011 Mio €	Positive Marktwerte 31.12.2010 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2011 Mio €	Negative Marktwerte 31.12.2010 Mio €
Restlaufzeiten				
bis 3 Monate	902	4.657	1.153	5.060
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	176	294	282	378
mehr als 1 Jahr bis 2 Jahre	351	844	644	996
mehr als 2 Jahre bis 3 Jahre	301	1.493	459	1.871
mehr als 3 Jahre bis 4 Jahre	371	1.109	397	1.401
mehr als 4 Jahre bis 5 Jahre	557	1.702	600	1.891
mehr als 5 Jahre	3.969	13.122	5.056	14.569
	6.627	23.221	8.591	26.166

Als Restlaufzeit wird der Zeitraum zwischen Bilanzstichtag und der vertraglichen Fälligkeit der Forderung oder der Verbindlichkeit angesehen.

In der nachstehenden Tabelle sind die positiven und negativen Marktwerte der derivativen Geschäfte nach den jeweiligen Kontrahenten aufgegliedert.

Positive Marktwerte		Negative Marktwerte	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2010 Mio €
Kontrahenten			
Banken in der OECD	7.392	23.497	10.216
Sonstige Kontrahenten in der OECD	512	388	178
Nicht OECD	0	0	14
	7.904	23.885	10.408

(44) Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren

	31.12.2011 Anzahl	31.12.2010 Anzahl
Anhängige Zwangsversteigerungsverfahren	1.289	1.295
Zwangsverwaltungsverfahren	354	389
Durchgeführte Zwangsversteigerungen	498	477

(45) Fremdwährungsvolumen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Fremdwährungsaktiva	19.593	20.260
Fremdwährungspassiva	19.390	20.263

(46) Risikoaktiva und Eigenkapitalquote

Die ordnungsgemäße Ermittlung des haftenden Eigenkapitals und der Eigenmittel stellt die Postbank auf Teilgruppenebene sicher. Die ermittelte Eigenmittelausstattung gemäß dem Kreditwesengesetz sowie der Solvabilitätsverordnung stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Adressrisiken	51.038	58.100
Marktrisikopositionen	2.462	3.863
Operationelle Risiken	3.550	4.400
Gesamtanrechnungsbetrag	57.050	66.363
Kernkapital	6.149	5.381
darunter Hybride Kernkapitalinstrumente	1.620	1.620
Ergänzungskapital	2.334	2.124
darunter Genussrechtskapital	1.149	1.149
darunter Nachrangige Verbindlichkeiten	1.833	2.147
Drittangemittel	0	0
Anrechenbare Eigenmittel	8.483	7.505
Kernkapitalquote in %	10,8	8,1
Gesamtkennziffer in %	14,9	11,3

Die regulatorische Risikotragfähigkeit wird durch die Einhaltung der aufsichtlichen Mindesteigenmittelanforderungen sichergestellt. Diese bestimmen sich als Quotienten aus zur Verfügung stehenden Eigenmitteln und eingegangenen Risikopositionen. Wesentliche Bestandteile des Kernkapitals sind das Grundkapital, gebildete Rücklagen und Hybride Kapitalinstrumente. Das Ergänzungskapital setzt sich aus Genussrechtsverbindlichkeiten sowie längerfristigen nachrangigen Verbindlichkeiten nach den gesetzlich vorgegebenen Abzügen zusammen. Die Postbank macht von der Übergangsregelung gemäß § 64h Abs. 3 Satz 2 KWG Gebrauch, nach der für Beteiligungen, die bis zum 31. Dezember 2006 eingegangen worden sind, anstelle des Firmenwertes weiterhin der aktivische Unterschiedsbetrag nach § 10a Abs. 6 Satz 10 KWG hälftig von Kern- und Ergänzungskapital abgezogen werden darf.

(47) Risikokapital

Die zur Abdeckung aller Risiken zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse besteht aus dem Eigenkapital nach IFRS abzüglich Goodwill und dem Nachrangkapital nach IFRS sowie Teilen der sonstigen Reserven und Lasten von Finanzinstrumenten einschließlich Kundengeschäften abzüglich der Nettokosten. Als sonstige Reserven werden über die in der IFRS-Bilanz bzw. den Notes ausgewiesenen Reserven hinaus weitere Reserven berücksichtigt. Hierbei handelt es sich um anteilige Reserven aus den Spar- und Girobeständen und dem BHW Bausparkollektiv, die über Replikationsmodelle ermittelt werden. Zur Berücksichtigung von Schätzunsicherheiten werden bei der Ermittlung der Risikodeckungsmasse konservativ angesetzte Abschläge und Limitpuffer verwendet.

Bei der Steuerung des ökonomischen Risikokapitals stellen die regulatorischen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung (regulatorische Kapitaladäquanz gemäß KWG, Solvabilitätsverordnung sowie Groß- und Millionenkreditverordnung) strikt einzuhaltende Nebenbedingungen dar.

Die Risikostrategie ist gemäß den Vorgaben der MaRisk konsistent mit der Geschäftsstrategie und berücksichtigt alle wesentlichen Geschäftsfelder und Risikoarten.

Die folgende Tabelle zeigt die Aufteilung der Risikodeckungsmasse des Postbank Konzerns, differenziert nach Risikoarten, auf Basis des genehmigten Risikokapitals vor und nach Berücksichtigung von Korrelationseffekten sowie die freie Risikodeckungsmasse, bezogen auf die Geschäftsjahre 2011 und 2010 (Berechnung jeweils per 31. Dezember):

Risikokapital, differenziert nach Risikoarten		
Kapital- und Risikokomponenten	Allokiertes Risikokapital	
	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Marktpreisrisiken	2.450	2.456
Kreditrisiken	3.200	2.200
Operationelle Risiken	550	600
Beteiligungs- und Immobilienrisiken	95	100
Kollektivrisiken	650	500
Geschäftsrisiken	1.600	2.100
Summe vor Diversifikation	8.545	7.956
Diversifikationseffekte	1.513	1.449
Summe nach Diversifikation	7.032	6.507
Freie Risikodeckungsmasse	3.197	5.014
Risikodeckungsmasse gesamt	10.229	11.521

Weitere Angaben zum Kapitalmanagement werden im Abschnitt Risikobericht des Konzernlageberichts dargestellt.

(48) Restlaufzeitengliederung

Zum 31. Dezember 2011:

	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.858	6.137	2.849	1.044	557	122	1.372	3.383	20.322
Forderungen an Kunden	5.137	14.792	8.707	12.342	11.630	10.433	8.256	39.443	110.740
Handelsaktiva	–	906	202	375	314	504	614	3.977	6.892
Hedging-Derivate	–	159	6	31	10	1	1	1.069	1.277
Finanzanlagen	847	2.670	4.599	4.766	6.401	5.772	14.905	6.520	46.480
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	189	17	–	–	–	–	206
Latente Ertragsteueransprüche	5	–	9	23	33	37	50	247	404
Sonstige Aktiva	77	116	277	39	38	32	34	84	697
Gesamt	10.924	24.780	16.838	18.637	18.983	16.901	25.232	54.723	187.018
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	907	3.642	4.406	1.973	763	1.429	925	5.979	20.024
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.853	59.159	4.437	3.097	1.945	3.102	4.319	21.214	134.126
Verbriefte Verbindlichkeiten	255	2.385	1.087	1.895	2.782	1.045	139	3.139	12.727
Handelspassiva	–	1.153	282	644	459	397	600	5.056	8.591
Hedging-Derivate	–	142	25	115	111	183	323	918	1.817
Rückstellungen	21	98	318	559	271	213	192	885	2.557
Pensionsrückstellungen	–	22	37	197	83	82	82	658	1.161
Sonstige Rückstellungen	21	76	281	362	188	131	110	227	1.396
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	1	–	93	13	22	–	–	–	129
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	–	11	16	15	83	50	175
Sonstige Passiva	302	138	191	13	9	8	5	23	689
Nachrangkapital	85	119	171	318	237	705	707	3.096	5.438
Gesamt	38.424	66.836	11.010	8.638	6.615	7.097	7.293	40.360	186.273

149

Die Restlaufzeiten der derivativen Finanzinstrumente sind gesondert in einer Tabelle unter Note (43) ausgewiesen.

Zum 31. Dezember 2010:

	Täglich fällig	Bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 2 Jahre	2 Jahre bis 3 Jahre	3 Jahre bis 4 Jahre	4 Jahre bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	Summe
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Forderungen an Kreditinstitute	4.434	3.006	552	604	732	474	449	1.889	12.140
Forderungen an Kunden	5.219	13.983	7.977	9.827	11.564	11.392	9.397	42.424	111.783
Handelsaktiva	–	4.819	477	986	1.615	1.258	1.815	13.180	24.150
Hedging-Derivate	–	58	2	20	54	25	70	435	664
Finanzanlagen	–	3.939	4.755	7.311	5.965	5.186	6.897	24.927	58.980
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	–	–	25	150	46	60	40	–	321
Latente Ertragsteueransprüche	–	–	–	103	181	63	–	–	347
Sonstige Aktiva	87	111	36	55	26	33	33	314	695
Gesamt	9.740	25.916	13.824	19.056	20.183	18.491	18.701	83.169	209.080
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.233	6.636	2.769	1.510	1.809	733	1.483	5.246	22.419
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	36.972	61.947	3.633	2.001	1.956	3.136	4.977	21.854	136.476
Verbriefte Verbindlichkeiten	211	2.627	1.560	582	1.880	2.779	1.084	2.137	12.860
Handelspassiva	–	5.061	378	996	1.871	1.401	1.898	14.569	26.174
Hedging-Derivate	–	143	17	72	124	100	112	883	1.451
Rückstellungen	28	113	315	358	248	204	195	826	2.287
Pensionsrückstellungen	–	20	42	183	76	75	75	655	1.126
Sonstige Rückstellungen	28	93	273	175	172	129	120	171	1.161
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	12	14	–	22	29	–	77
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	–	–	–	61	59	72	92	–	284
Sonstige Passiva	293	113	210	13	8	6	6	16	665
Nachrangkapital	42	17	384	261	320	238	706	3.609	5.577
Gesamt	39.779	76.657	9.278	5.868	8.275	8.691	10.582	49.140	208.270

(49) Nachrangige Vermögenswerte

Als nachrangig sind Vermögenswerte anzusehen, wenn sie als Forderungen im Fall der Liquidation oder der Insolvenz des Schuldners erst nach den Forderungen der anderen Gläubiger erfüllt werden dürfen.

Die Forderungen an Kreditinstitute enthalten keine nachrangigen Vermögenswerte (Vorjahr: 21 Mio €).

(50) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Deutsche Postbank AG zahlt gemäß § 16 Postpersonalrechtsgesetz einen jährlichen Beitrag für die Altersvorsorge ihrer Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse, Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), in Höhe von 33 % der Bruttobezüge der aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltsfähig beurlaubten Beamten. Darüber hinausgehende Verpflichtungen der Postbank für Leistungen der Postbeamtenversorgungskasse bestehen nicht.

Die Postbank trägt, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass ihre Tochtergesellschaften Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, PB Capital Corporation, Delaware, USA, PB Factoring GmbH, Bonn, und BHW Bausparkasse AG, Hameln, ihre Verpflichtungen erfüllen können.

Aus der Abgabe der Patronatserklärungen gegenüber Gläubigern von Tochtergesellschaften der Deutschen Postbank AG resultieren im Wesentlichen Vorteile für die Tochtergesellschaften in Form verbesserter Geschäfts- und Finanzierungsbedingungen. Von diesen Vorteilen profitiert die Deutsche Postbank AG in Form eines positiven Einflusses auf den Unternehmenswert der Tochtergesellschaft. Diesen Vorteilen steht eine mögliche Inanspruchnahme durch den Gläubiger gegenüber.

Die Postbank hat nachrangige Patronatserklärungen im Rahmen der Begebung nachrangiger Anleihen durch die Deutsche Postbank Funding LLC I, II, III und IV, alle Delaware, USA, abgegeben.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, besteht, entsprechend gesellschaftsvertraglicher Regelungen, eine anteilige Nachschusspflicht von bis zu 5,4 Mio €. Darüber hinaus haftet die Deutsche Postbank AG anteilig für die Erfüllung der Nachschusspflicht der anderen dem Bundesverband deutscher Banken e.V. angehörenden Gesellschafter.

Nachschussverpflichtungen bestehen weiterhin gegenüber dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. in der gemäß Statut festgelegten Höhe sowie gegenüber der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken auf Basis der Regelungen des für alle Einlagenkreditinstitute verbindlichen Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes.

Außerdem ist die Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg, Mitglied des „Verbands zur Einlagensicherung, Luxemburg“.

Die finanziellen Verpflichtungen aus operativen Leasinggeschäften der Postbank aus unkündbaren Leasingverträgen betreffen Grundstücke und Gebäude und stellen sich in ihrer Fälligkeitsstruktur wie folgt dar:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
im 1. Jahr nach dem Bilanzstichtag	81	80
im 2. Jahr nach dem Bilanzstichtag	75	74
im 3. Jahr nach dem Bilanzstichtag	67	64
im 4. Jahr nach dem Bilanzstichtag	47	56
im 5. Jahr nach dem Bilanzstichtag	36	42
in mehr als 5 Jahren nach dem Bilanzstichtag	70	86
Gesamt	376	402

Abweichend zum Vorjahr, wurden die Mietverträge, deren Mietzeit abgelaufen ist, nicht mehr in den Verpflichtungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen berücksichtigt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

(51) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 Mio €
Treuhandvermögen		
Forderungen an Kreditinstitute	55	51
Forderungen an Kunden	738	825
	793	876
Treuhandverbindlichkeiten		
Treuhandmittel für durchlaufende Kredite	383	425
Sondervermögen des Landes Mecklenburg-Vorpommern	45	45
Altenteilerrentenfonds	12	12
Zweckvermögen	353	394
	793	876

(52) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalbestand im Konzern während des Berichtszeitraums:

	Gesamt 2011	Gesamt 2010
Vollzeitkräfte		
Beamte	5.528	5.907
Angestellte	10.787	11.239
	16.315	17.146
Teilzeitkräfte		
Beamte	854	899
Angestellte	2.630	2.627
	3.484	3.526
	19.799	20.672

Die Mitarbeiter werden fast ausschließlich im Inland beschäftigt.

(53) Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Neben den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen steht die Postbank unmittelbar und mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit der Deutschen Bank AG, die die Postbank beherrscht, und der Deutschen Post AG, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Postbank ausübt, sowie einer geringeren Anzahl von Tochtergesellschaften, assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen, die nicht in den Postbank Konzernabschluss einbezogen werden, in Beziehung. Als sonstige nahestehende Unternehmen werden die Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG sowie die assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen der Postbank und der Deutschen Bank bezeichnet. Aufgrund der geänderten Definition der nahestehenden Unternehmen gemäß IAS 24 rev. 2009 hat sich der Kreis der nahestehenden Unternehmen der Deutschen Postbank AG um die Tochtergesellschaften, Gemeinschaftsunternehmen und deren Tochtergesellschaften der Deutschen Post AG sowie um die Tochtergesellschaften der Gemeinschaftsunternehmen und der assoziierten Unternehmen der Deutschen Bank AG erweitert. Die vorhandenen wesentlichen Beziehungen zu diesen Gesellschaften werden ebenfalls unter den Beziehungen zu den sonstigen nahestehenden Unternehmen ausgewiesen. Als nahestehende Personen in Schlüsselpositionen werden die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Bank AG sowie deren nahe Familienangehörige definiert. Im Rahmen der Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Lieferungs- und Leistungsbeziehungen, die mit diesen Unternehmen und Personen stattfanden, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Geschäftsbeziehungen mit sonstigen nahestehenden Unternehmen

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – gesondert nach Geschäftsbereichen – verzeichnet. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes gemäß § 313 HGB ist in Note 58 dargestellt.

116

Zu Geschäftsvorfällen mit nahestehenden Unternehmen gehört auch die Teilnahme der Deutschen Postbank AG an einem beitragsorientierten Versorgungsplan, dessen Aufwendungen im Wesentlichen Zahlungen an den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. in Höhe von 112 Mio € (Vorjahr: 115 Mio €) betragen. Weitere Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. finden sich unter Note 4 (o) „Rückstellungen“.

Die Geschäftsvorfälle gegenüber der Deutschen Bank AG als Muttergesellschaft für die Vergleichsperiode werden für den Zeitraum vom 3. bis zum 31. Dezember 2010 dargestellt.

Die vor dem 3. Dezember 2010 angefallenen Aufwendungen und Erträge gegenüber der Deutschen Bank AG und gegenüber der Deutschen Post AG werden gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss auf die Deutsche Postbank AG gezeigt.

Forderungen an nahestehende Unternehmen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 ¹ Mio €
Forderungen an Kreditinstitute		
Deutsche Bank AG	1.121	641
Sonstige nahestehende Unternehmen	13	–
	1.134	641
Forderungen an Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	8	75
Tochtergesellschaften	3	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	56	109
	67	190

Bei den Forderungen an Kreditinstitute gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich im Wesentlichen um Forderungen aus Geldmarktgeschäften und Schuldscheindarlehen. Davon resultieren Forderungen in Höhe von 87 Mio € aus der Differenz von besicherten Geldhandelsgeschäften (Repo in Höhe von 4.429 Mio € und Reverse Repo in Höhe von 4.342 Mio €).

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 ¹ Mio €
Handelsaktiva		
Deutsche Bank AG	1.037	3.359
	1.037	3.359
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	114	85
	114	85
Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	100	131
	100	131

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um von der Deutschen Bank AG begebene Anleihen.

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 ¹ Mio €
Sonstige Aktiva		
Deutsche Bank AG	10	9
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	17	5
Tochtergesellschaften	–	1
Sonstige nahestehende Unternehmen	2	1
	29	16

Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen

	31.12.2011 Mio €	31.12.2010 ¹ Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
Deutsche Bank AG	738	92
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	248	18
	986	110
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	151	304
Tochtergesellschaften	10	51
Sonstige nahestehende Unternehmen	29	108
	190	463
Handelspassiva		
Deutsche Bank AG	1.744	3.857
	1.744	3.857
Hedging-Derivate		
Deutsche Bank AG	29	32
	29	32
Sonstige Passiva		
Deutsche Bank AG	1	1
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	54	43
Tochtergesellschaften	2	2
Sonstige nahestehende Unternehmen	6	2
	63	48
Nachrangkapital		
Tochtergesellschaften	10	56
	10	56

Bei den sonstigen Passiva gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss handelt es sich insbesondere um Verbindlichkeiten aus dem Filialgeschäft gemäß Kooperationsvertrag.

¹Vorjahreszahlen gemäß IAS 24 (rev. 2009) angepasst

In der Position Nachrangkapital werden nachrangige Verbindlichkeiten der Deutschen Postbank AG gegenüber der BHW Euro Finance B.V. ausgewiesen, dabei handelt es sich um nachrangige Schuld-scheindarlehen.

Gegenüber der Deutschen Post AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 5 Mio € (31. Dezember 2010: 3 Mio €). Gegenüber der Deutschen Bank AG bestehen zum Stichtag Eventualverbindlichkeiten aus Gewährleistungsverpflichtungen in Höhe von 45 Mio € (31. Dezember 2010: 36 Mio €). Eventualverpflichtungen aus anderen Verpflichtungen, d. h. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder ähnlichen Verpflichtungen an Tochtergesellschaften und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, existieren nicht.

Erträge und Aufwendungen mit nahestehenden Unternehmen

	2011 Mio €	2010 ¹ Mio €
Zinserträge		
Deutsche Bank AG	30	8
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	9	26
Tochtergesellschaften	–	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	7	4
	46	42
Zinsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	42	2
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	3	18
Tochtergesellschaften	1	3
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	–
	47	23
Provisionserträge		
Deutsche Bank AG	43	4
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	428	443
Tochtergesellschaften	–	5
Sonstige nahestehende Unternehmen	11	6
	482	458
Provisionsaufwendungen		
Deutsche Bank AG	5	–
Tochtergesellschaften	8	9
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	–
	14	9
Ergebnis aus Finanzanlagen		
Deutsche Bank AG	–1	–
Tochtergesellschaften	1	6
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	–
	1	6
Handelsergebnis		
Deutsche Bank AG	–261	32
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	–	–180
	–261	–148
Verwaltungsaufwand		
Deutsche Bank AG	–6	–3
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	317	309
Tochtergesellschaften	14	18
Sonstige nahestehende Unternehmen	186	167
	511	491
Sonstige Erträge		
Deutsche Bank AG	6	–
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	1	6
Tochtergesellschaften	3	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	19	21
	29	31
Sonstige Aufwendungen		
Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss	7	4
Sonstige nahestehende Unternehmen	1	1
	8	5

¹ Vorjahreszahlen gemäß IAS 24 (rev. 2009) angepasst

Bei den Provisionserträgen von Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss handelt es sich im Wesentlichen um die Vergütungen der Deutschen Post AG für die in den Filialen der Postbank erbrachten Postdienstleistungen.

Beim Handelsergebnis handelt es sich um die Bewertungsergebnisse aus Zinsswap-Geschäften der Kategorie Trading mit der Deutschen Bank.

Die Verwaltungsaufwendungen gegenüber Unternehmen mit maßgeblichem Einfluss entfallen insbesondere auf die Vergütungen an die Deutsche Post AG für die in deren Filialen erbrachten Finanzdienstleistungen und den Portoaufwand.

Bei den Sonstigen Erträgen gegenüber der Deutschen Bank AG handelt es sich um die im Berichtsjahr erhaltenen Erträge im Rahmen der IT-Kooperation.

Im November 2011 hat die Postbank Anteile an einem Publikumsfonds (DWS Bond Flexible) in Höhe von insgesamt rund 600 Mio € von der Deutschen Bank erworben.

Außerdem hat die Postbank im Berichtsjahr im Rahmen des weiteren Abbaus von Risikopositionen den Bestand von Zinsswaps reduziert. Hierzu wurden Handelsaktiva und Handelspassiva mit einem Buchwert von 11,9 Mrd € bzw. von 12,7 Mrd € an die Deutsche Bank AG abgetreten.

Zum Bilanzstichtag hat die Postbank Kredite an Personen in Schlüsselpositionen in Höhe von 3.535 T€ (Vorjahr: 863 T€) gewährt und Einlagen in Höhe von 5.381 T€ (Vorjahr: 5.945 T€) von Personen in Schlüsselpositionen erhalten.

Vergütung des Vorstands

Struktur der Vergütung des Vorstands im Geschäftsjahr 2011

Die Gesamtstruktur der Vorstandsvergütung sowie die wesentlichen Elemente der Vorstandsverträge werden vom Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG festgelegt und regelmäßig überprüft. Das Vergütungssystem wurde rückwirkend zum 1. Januar 2010 an die regulatorischen Vorgaben der am 13. Oktober 2010 in Kraft getretenen Instituts-Vergütungsverordnung (InstitutsVergV) angepasst. Hierbei wurden aktienbasierte Vergütungskomponenten in Verbindung mit einer gesonderten Sperrfrist sowie ratieller Auszahlungstermine für die mit langfristiger Anreizwirkung versehenen Komponenten eingeführt.

Auf Vorschlag des Präsidialausschusses beschließt der Aufsichtsrat über die Angemessenheit der Vergütung der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG unter Berücksichtigung des Ergebnisses, der Branche und der Zukunftsaussichten.

Maßgebliches Kriterium für die Ausgestaltung der Struktur der Vorstandsvergütung ist neben den Aspekten Angemessenheit und Nachhaltigkeit auch das Ziel, Anreize für das Eingehen unverhältnismäßig hoher Risiken zu vermeiden. Daher ist eine Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung festgelegt. Ferner orientiert sich die Festlegung der Vergütungshöhe für die Mitglieder des Vorstands an der Größe und der Tätigkeit des Unternehmens, seiner

wirtschaftlichen und finanziellen Lage sowie an den Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds. Die Vergütung ist so bemessen, dass sie im nationalen und im internationalen Vergleich angemessen und wettbewerbsfähig ist und damit einen Anreiz für eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bietet. Die Vergütungshöhe ist leistungsorientiert und so ausgestaltet, dass die Vorstandsmitglieder motiviert sind, die in den Strategien der Bank niedergelegten Ziele zu erreichen und somit zur nachhaltigen Unternehmensentwicklung beizutragen.

Die Gesamtvergütung besteht aus erfolgsunabhängigen und erfolgsabhängigen Komponenten.

Erfolgsunabhängige Komponenten sind die Grundvergütung (Fixum) und Nebenleistungen. Die Grundvergütung wird in zwölf gleichen Teilen monatlich als Gehalt gezahlt. Die Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Erfolgsabhängige Komponente ist die variable Vergütung.

Die variable Vergütung der Vorstandsmitglieder wird auf der Grundlage quantitativer und qualitativer Zielsetzungen ermittelt. Diese Zielsetzungen sind Bestandteil einer jeweils zu Beginn des Geschäftsjahres (Basisjahres) zu treffenden Zielvereinbarung. Die Höhe der variablen Vergütung richtet sich nach dem Erreichen festgelegter Zielwerte. Die maximale variable Vergütung ist einzelvertraglich auf einen Höchstbetrag (Cap) begrenzt.

Die variable Vergütung wird – wie bereits vor der Anpassung des Vergütungssystems –, auch wenn die vereinbarten Ziele erreicht wurden, nicht vollständig ausgezahlt. Sie ist weiterhin aufgeteilt in eine Kurzfristkomponente mit einem Anteil von 40 % und eine Langfristkomponente mit einem Anteil von 60 %.

Die Kurzfristkomponente wird zur Hälfte in bar unmittelbar im Folgejahr nach Feststellung der Zielerreichung ausgezahlt (Kurzfristkomponente I). Die zweite Hälfte der Kurzfristkomponente (Kurzfristkomponente II) wird in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung festgestellt hat. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist wird der Eurobetrag anhand des dann aktuellen Xetra-Schlusskurses der Aktie der Deutschen Postbank AG ermittelt und ausgezahlt. Zudem entfällt auf die virtuellen Aktien der Deutschen Postbank AG ein Dividendenäquivalent, das der tatsächlichen ausgeschütteten Dividende entspricht.

Die Langfristkomponente steht nach wie vor insgesamt unter dem Vorbehalt eines nachhaltigen Konzern Erfolgs sowie des Erreichens eines Nachhaltigkeitskriteriums und ist weiterhin an einen mehrjährigen Bemessungszeitraum geknüpft. Im ersten Jahr, das auf das zu vergütende Geschäftsjahr folgt, wird das Erreichen der festgelegten Ziele vom Aufsichtsrat überprüft und festgestellt. In den folgenden drei Jahren schließt sich die Nachhaltigkeitsphase an, während derer das vom Aufsichtsrat – gemäß den regulatorischen Vorgaben – zu Beginn dieser Phase festgelegte Nachhaltigkeitskriterium erfüllt werden muss. Dies ist das sogenannte adjustierte Ergebnis nach Kapitalkosten (AEK).

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Der nachhaltige Konzernerfolg und das Nachhaltigkeitskriterium sind erreicht, wenn der Wert des AEK gleich dem Wert oder besser oder am Ende der Nachhaltigkeitsphase durchschnittlich kumuliert besser als im Basisjahr ist.

Die Langfristkomponente wird – der dreijährigen Nachhaltigkeitsphase entsprechend – in drei jeweils gleiche Tranchen aufgeteilt, die wiederum zur Hälfte in bar ausgezahlt (Langfristkomponente I) und zur Hälfte in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Langfristkomponente II) umgewandelt werden.

Ist das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt, erfolgt die Auszahlung der Barkomponente sofort nach Feststellung durch den Aufsichtsrat. Die in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG umgewandelte zweite Hälfte der Langfristkomponente wird entsprechend der oben für die Kurzfristkomponente II beschriebenen Vorgehensweise behandelt.

Wird in einem Jahr das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt, wird die entsprechende Tranche der Langfristkomponente in das folgende Jahr verschoben. Die Auszahlungsfähigkeit wird dann erneut anhand des Nachhaltigkeitskriteriums geprüft. Ist das Nachhaltigkeitskriterium nach Ablauf des dritten Folgejahres – d. h. des letzten Jahres der Nachhaltigkeitsphase – nicht erreicht, entfällt die Auszahlung auch aller verschobenen Komponenten ersatzlos. Damit nimmt die Vorstandsvergütung während des gesamten Bemessungszeitraums an etwaigen negativen Unternehmensentwicklungen teil (Malus-System). Ferner besteht ein zusätzliches Malus-System, wonach die Auszahlung von noch ausstehenden Tranchen bzw. erfolgsabhängigen Komponenten auf Basis der Gesamtleistung des jeweiligen Vorstandsmitglieds während der Nachhaltigkeitsphase rückwirkend gesenkt werden oder ganz entfallen kann. Den Vorstandsmitgliedern ist es nicht gestattet, die Risikoorientierung von aufgeschobenen Vergütungskomponenten mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben.

Für die Vorstandsmitglieder kann der Aufsichtsrat bei außerordentlichen Leistungen eine angemessene Sondervergütung beschließen. Die Höhe ist implizit begrenzt durch die vom Aufsichtsrat festgelegte Obergrenze für das Verhältnis von fixer zu variabler Vergütung.

Entsprechend der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wird bei einer vorzeitigen Beendigung der Vorstandstätigkeit, die nicht durch einen wichtigen Grund veranlasst ist, die Gesellschaft nicht mehr als die restliche Vertragslaufzeit vergüten und begrenzt die Zahlung auf maximal zwei Grundvergütungen zuzüglich maximal 40 % des zweifachen Wertes der maximalen Jahreserfolgsvergütung (Abfindungs-Cap).

Bei vorzeitiger Beendigung der Vorstandsverträge durch dauernde Dienstunfähigkeit oder Tod wird die Vergütung pro rata temporis bis zum Ende der vereinbarten Vertragslaufzeit, maximal für sechs Monate, fortgezahlt.

Die Vergütung des Vorstandsvorsitzenden Jütte wird im Fall einer vorzeitigen Beendigung durch Tod für drei Monate fortgezahlt. Beendet der Vorstandsvorsitzende Jütte aufgrund von Dienstunfähigkeit vorzeitig die Vorstandstätigkeit, hat er Anspruch auf Ruhegeld. Im Fall der vorzeitigen Beendigung, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt,

erhält Herr Jütte ein Übergangsgeld in Höhe des zum Zeitpunkt des Ausscheidens erreichten Ruhegeldanspruchs.

Höhe der feststehenden und der potenziellen Vergütung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2011

Die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Mitglieder des Vorstands können für den Berichtszeitraum insgesamt Bezüge in Höhe von 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) erhalten (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Von diesem Gesamtbetrag entfallen 5.489,1 T€ auf erfolgsunabhängige Komponenten (Vorjahr: 4.564,0 T€) und 4.212,0 T€ auf erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 5.199,4 T€). Von der erfolgsabhängigen Vergütung entfallen 842,4 T€ auf nicht aufgeschobene erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€) und 842,4 T€ auf für ein Jahr gesperrte erfolgsabhängige Komponenten (Vorjahr: 1.039,9 T€). Die mit langfristiger Anreizwirkung versehene und aufgeschobene erfolgsabhängige Komponente umfasst für das Geschäftsjahr 2011 insgesamt 2.527,2 T€ (Vorjahr: 3.119,6 T€). Die Auszahlung bzw. die Umwandlung in Phantom Shares und die Sperrung erfolgen in den Geschäftsjahren 2013 bis 2015 nur bei Erreichen der Nachhaltigkeitskriterien, andernfalls entfallen sie teilweise oder vollständig.

In der erfolgsunabhängigen Komponente sind „sonstige Bezüge“ im Wert von insgesamt 179,1 T€ (Vorjahr: 164,0 T€) enthalten. Diese Nebenleistungen bestehen im Wesentlichen aus Firmenwagennutzung, Reisekostenentschädigung sowie Zuschüssen zu Versicherungen. Sie stehen allen Vorstandsmitgliedern prinzipiell in gleicher Weise zu; die Höhe variiert im Hinblick auf die unterschiedliche persönliche Situation.

Die Gesamtvergütung für die neun im Geschäftsjahr 2011 aktiven Vorstandsmitglieder kann sich auf 9.701,1 T€ (Vorjahr: 9.763,4 T€) belaufen (ohne Berücksichtigung von Aktienkursschwankungen bei der Umwandlung von Phantom Shares). Die genaue Höhe ist abhängig vom zukünftigen Erreichen der Nachhaltigkeitsziele für die aufgeschobenen Komponenten.

Die angegebene Vergütung umfasst alle Tätigkeiten der Vorstandsmitglieder innerhalb der Postbank Gruppe.

Die Deutsche Postbank AG hat derzeit kein gesondertes aktienbasiertes Vergütungsprogramm aufgelegt. Aktienkursbasierte Vergütungskomponenten bestehen im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit wie oben beschrieben.

Vorstandsvergütung 2011

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgs-abhängige Vergütung		Zwischen-summe	Gesamt-summe	Auszahlungen für Vorjahre
	Fixum T€	Neben-leistungen T€	Kurzfrist-kompo-nente I Unmittelbare Baraus-zahlung T€	T€	Kurzfrist-kompo-nente II Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ¹ T€	Mögliche Langfrist-komponente Aufge-schoben ² T€	T€	T€	Langfrist-komponente 2010, 1. Tranche Baraus-zahlung ³ T€
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	23,9	125,0	1.048,9	125,0	375,0	500,0	1.548,9	89,9
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,8	89,0	710,8	89,0	267,0	356,0	1.066,8	70,0
Marc Heß	650,0	20,2	108,0	778,2	108,0	324,0	432,0	1.210,2	70,0
Horst Küpker	630,0	27,6	100,0	757,6	100,0	300,0	400,0	1.157,6	80,0
Dr. Michael Meyer	600,0	23,6	89,0	712,6	89,0	267,0	356,0	1.068,6	70,0
Hans-Peter Schmid	500,0	21,6	95,0	616,6	95,0	285,0	380,0	996,6	70,0
Ralf Stemmer	630,0	12,1	100,0	742,1	100,0	300,0	400,0	1.142,1	70,0
Hanns-Peter Storr (Mitglied seit 1. März 2011)	500,0	19,4	83,4	602,8	83,4	250,2	333,6	936,4	0,0
Frank Strauß (Mitglied seit 1. Juli 2011)	300,0	8,9	53,0	361,9	53,0	159,0	212,0	573,9	0,0
Gesamt	5.310,0	179,1	842,4	6.331,5	842,4	2.527,2	3.369,6	9.701,1	519,9

¹ Die Kurzfristkomponente II wird in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt. Hierfür wird der Eurobetrag durch den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG des Tages dividiert, an dem der Aufsichtsrat die Zielerreichung feststellt. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Nur wenn die jeweiligen Nachhaltigkeitskriterien erfüllt sind, werden die Tranchen 2013, 2014 und 2015 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfällt die Langfristkomponente ersatzlos, andernfalls werden auch diejenigen Anteile ausgezahlt, die verschoben wurden.

³ Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche der Langfristkomponente für 2010 zur Hälfte in bar in der dargestellten Höhe ausgezahlt. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Vorstandsvergütung 2010

	Erfolgs-unabhängige Vergütung		Erfolgs-abhängige Vergütung	Gesamt-summe Auszahlungen	Erfolgs-abhängige Vergütung	Zwischensumme	Gesamtsumme
	Fixum	Neben-leistungen	Kurzfrist-kompo-nente I Unmittelbare Barauszahlung		Kurzfrist-kompo-nente II Umwandlung in Phantom Shares und gesperrt ¹	Mögliche Langfristkom-ponente Aufge-schoben ²	
	TE	TE	TE	TE	TE	TE	TE
Stefan Jütte (Vorstandsvorsitzender)	900,0	15,4	179,9	1.095,3	179,9	539,6	1.814,8
Dr. Mario Daberkow	600,0	21,4	140,0	761,4	140,0	420,0	1.321,4
Marc Heß	600,0	26,9	140,0	766,9	140,0	420,0	1.326,9
Horst Kúpker	600,0	34,5	160,0	794,5	160,0	480,0	1.434,5
Dr. Michael Meyer	600,0	28,9	140,0	768,9	140,0	420,0	1.328,9
Hans-Peter Schmid	500,0	19,2	140,0	659,2	140,0	420,0	1.219,2
Ralf Stemmer	600,0	17,7	140,0	757,7	140,0	420,0	1.317,7
Gesamt	4.400,0	164,0	1.039,9	5.603,9	1.039,9	3.119,6	9.763,4

Die Höhe der variablen Vergütung des Vorstandsmitglieds Schmid wurde korrigiert.

¹ Die Kurzfristkomponente II ist in virtuelle Aktien der Deutschen Postbank AG (Phantom Shares) umgewandelt worden. Hierfür ist der Eurobetrag durch 21,00 €, den Xetra-Schlusskurs der Aktie der Deutschen Postbank AG am 15. März 2011, dividiert worden. Nach Ablauf einer einjährigen Sperrfrist werden die Phantom Shares mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und unmittelbar ausgezahlt.

² Die Langfristkomponente wird in drei gleich große Tranchen aufgeteilt. Diese bestehen jeweils zur Hälfte aus einer Barkomponente. Die zweite Hälfte wird mit dem Xetra-Schlusskurs des Tages, an dem der Aufsichtsrat das Erreichen des Nachhaltigkeitskriteriums festgestellt hat, in Phantom Shares umgewandelt, ein Jahr gesperrt und mit dem dann aktuellen Aktienkurs in den Eurobetrag umgerechnet und ausgezahlt. Da das Nachhaltigkeitskriterium erfüllt ist, wird die erste Tranche 2012 zur Hälfte ausgezahlt (s. Vergütungstabelle 2011), die zweite Hälfte wird in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Die verbleibenden Tranchen werden bei erneutem Erfüllen der Nachhaltigkeitskriterien 2013 und 2014 ausgezahlt bzw. in Phantom Shares umgewandelt und gesperrt. Andernfalls wird die jeweilige Tranche ins folgende Jahr verschoben und erneut bewertet. Sofern im letzten Jahr der Nachhaltigkeitsphase das Nachhaltigkeitskriterium nicht erfüllt ist, entfallen die aufgeschobenen Tranchen der Langfristkomponente ersatzlos.

Versorgungszusagen

Die Mitglieder des Vorstands verfügen über einzelvertragliche unmittelbare Pensionszusagen. Aufgrund der unterschiedlichen beruflichen Historie der einzelnen Vorstandsmitglieder sind die Versorgungszusagen in den Detailregelungen teilweise unterschiedlich ausgestaltet.

Vorgesehen sind Versorgungsleistungen, wenn das Vorstandsmitglied wegen Invalidität, Tod oder altersbedingt aus dem Dienst ausscheidet. Leistungen wegen Alters werden in der Regel ab Vollendung des 62. Lebensjahres gewährt.

Nach den bis zum 28. Februar 2007 geltenden Standard-Versorgungszusagen entstehen Ruhegehaltsansprüche grundsätzlich nach einer Amtszeit von mindestens fünf Jahren. Ausnahmen vom Erfordernis dieser Mindestamtszeit bestehen teilweise bei Invalidität.

Die Höhe der Pensionen hängt von der Dauer der Dienstzeit und der Höhe der versorgungsfähigen Bezüge ab. Versorgungsfähiges Einkommen ist nur das Fixum (Grundgehalt). Mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder Heß, Kúpker, Storr und Strauß ist eine Obergrenze für das versorgungsfähige Grundgehalt festgelegt. Grundsätzlich ist nach Ablauf von fünf Jahren Dienstzeit als Vorstand ein Versorgungs-

grad von 50 % erreicht. Der Steigerungsbetrag beträgt regelmäßig 2 % pro rentenfähigem Dienstjahr. Der maximale Versorgungsgrad (60 %) ist in der Regel nach zehn Dienstjahren erreicht.

Eine Ausnahme hiervon bildet der Vorstandsvorsitzende Jütte, dessen höchstmöglicher Versorgungsgrad 50 % des versorgungsfähigen Einkommens beträgt. Dieser Versorgungsgrad wurde mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Aufgrund der Verlängerung des Vorstandsvertrags über das 65. Lebensjahr hinaus entsteht der Anspruch auf Ruhegeld wegen Alters erst mit Ablauf des Vorstandsvertrags.

Die Versorgungszusagen enthalten zusätzlich Regelungen über die Zahlung von Übergangsgeld bei Ausscheiden wegen Erreichens der Altersgrenze bzw. wegen Invalidität. Die Bezugsdauer beträgt zwei Jahre.

Für den Fall der Beendigung des Vorstandsvertrags durch die Postbank vor Ablauf der planmäßigen Vertragszeit ist in den Fällen der Herren Dr. Daberkow, Schmid und Stemmer vorgesehen, dass die Versorgung so berechnet wird, als sei der Vorstandsvertrag bis zum planmäßigen Ende erfüllt worden. Dies gilt nicht, wenn die Postbank das Anstellungsverhältnis aus wichtigem Grund kündigt. Die Dienstzeit des Vorstandsmitglieds Dr. Daberkow wird ab dem erstmaligen Abschluss eines Vorstandsanstellungsvertrags mit Wirkung zum 1. November 2005 bemessen.

Die Anpassung der späteren Rentenleistungen erfolgt entsprechend der prozentualen Entwicklung der höchsten Tarifgruppe des Tarifvertrags des Verbands öffentlicher Banken. Im Übrigen erfolgt die Anpassung nach der Entwicklung des Verbraucherpreisindexes für Deutschland.

Im Mai 2007 hat der Präsidialausschuss des Aufsichtsrats der Deutschen Postbank AG für die erstmals nach dem 31. März 2007 berufenen Vorstände eine Umstellung der Versorgung vom bisherigen

endgehaltsabhängigen Versorgungssystem auf eine beitragsorientierte Leistungszusage beschlossen. Der Versorgungszusage der danach neu eingetretenen Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß liegen daher folgende Eckpunkte zugrunde: Für jedes rentenfähige Dienstjahr erfolgt die Zuteilung eines Versorgungsbeitrags in Höhe von 25 % des versorgungsfähigen Grundgehalts. Die Versorgungsbeiträge werden einem virtuellen Versorgungskonto gutgeschrieben, das ab dem Zeitpunkt der Zuteilung bis zum Eintritt des Leistungsfalls jährlich mit dem für die steuerliche Bewertung von unmittelbaren Versorgungszusagen maßgeblichen Zinssatz verzinst wird. Für Herrn Dr. Meyer sind vertraglich Zuteilungen von Sonderbeiträgen vorgesehen. Im Versorgungsfall ergibt sich die Rentenhöhe, indem das auf dem Versorgungskonto angesammelte Versorgungsvermögen nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf die voraussichtliche Rentenbezugsdauer verteilt wird. Die Einhaltung einer Wartezeit ist nicht erforderlich; die Ansprüche aus den Versorgungszusagen sind sofort unverfallbar. Eine Anpassung der Renten erfolgt in Höhe von 1 % p. a.

Die Vorstandsmitglieder Heß, Küpker, Dr. Meyer, Storr und Strauß haben ein Wahlrecht zwischen laufender Ruhegeldleistung und Kapitalauszahlung.

Versorgungszusagen und Individualausweis

Pensionszusagen			
	Versorgungs- grad am 31.12.2011	Maximal- versorgungs- grad	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
	%	%	
Stefan Jütte	50	50,00	0
Dr. Mario Daberkow	52	60,00	146.008
Hans-Peter Schmid	52	60,00	268.394
Ralf Stemmer	54	60,00	90.735

	Beitrags- summe für 2011	Stand des Versorgungs- kontos am 31.12.2011	Dienstzeit- aufwand (service cost) für die Pensions- verpflichtung €
	€	€	€
Marc Heß	150.000	1.259.613	184.118
Horst Küpker	150.000	702.871	152.267
Dr. Michael Meyer	225.000	1.004.048	113.701
Hanns-Peter Storr	124.980	131.229	0
Frank Strauß	75.000	77.250	0

Bei dem Vorstandsmitglied Dr. Meyer führen vertragliche Zuteilungen von Sonderbeiträgen zum Anstieg der Beitragssumme.

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 2,77 Mio € (Vorjahr: 6,02 Mio €).

Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (Defined Benefit Obligation, kurz „DBO“) für

laufende Pensionen und Anwartschaften ehemaliger Vorstandsmitglieder beläuft sich auf 51,34 Mio € (Vorjahr: 47,54 Mio €).

Vergütung des Aufsichtsrats

Die Hauptversammlung der Deutschen Postbank AG hat die Vergütung des Aufsichtsrats letztmals im Jahr 2004 geändert und an die Vorgaben des Corporate Governance Kodex angepasst. Das Vergütungssystem wurde in § 15 der Satzung der Deutschen Postbank AG festgeschrieben. Danach besteht die jährliche Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats aus einer festen und einer jährlichen erfolgsabhängigen sowie einer erfolgsabhängigen Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung. Sie trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsarbeit sowie dem wirtschaftlichen Erfolg der Deutschen Postbank AG Rechnung. Vorsitz, stellvertretender Vorsitz und Ausschusstätigkeit werden bei Bemessung der Vergütungshöhe berücksichtigt.

Die Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds ohne Ausschussmitgliedschaft setzt sich wie folgt zusammen: Die feste jährliche Vergütung (Fixum) beträgt 15.000 €, die erfolgsorientierte jährliche Vergütung 300 € für jeweils 0,03 €, um die der Konzerngewinn pro Aktie im jeweiligen Geschäftsjahr den Betrag von 2,00 € übersteigt. Ein Anspruch auf eine erfolgsorientierte jährliche Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung besteht in Höhe von 300 € für jeweils 1%, um die der Konzerngewinn pro Aktie des zweiten dem jeweiligen Geschäftsjahr nachfolgenden Geschäftsjahres den Konzerngewinn pro Aktie des dem jeweiligen Geschäftsjahr vorangegangenen Geschäftsjahres übersteigt.

Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das 2-Fache der Vergütung eines ordentlichen Aufsichtsratsmitglieds, sein Stellvertreter das 1,5-Fache. Die Übernahme des Vorsitzes in einem Aufsichtsratsausschuss erhöht die Vergütung um das 1-Fache, die einfache Ausschussmitgliedschaft jeweils um das 0,5-Fache. Dies gilt nicht für die Mitgliedschaft im Vermittlungs- und im Nominierungsausschuss.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben zudem Anspruch auf Ersatz der ihnen bei der Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen sowie auf etwaige Umsatzsteueraufwendungen. Darüber hinaus erhält jedes teilnehmende Mitglied des Aufsichtsrats ein Sitzungsgeld von 250 € je Sitzung des Gesamtaufichtsrats oder eines Ausschusses.

Die Höhe der Aufsichtsratsvergütung ist in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Die beiden variablen Vergütungskomponenten dürfen jeweils für sich genommen den Betrag der festen jährlichen Vergütung nicht überschreiten. Ferner darf die kurzfristige variable Vergütung insgesamt 0,5 % des Bilanzgewinns der Gesellschaft, vermindert um einen Betrag von 4 % der auf den geringsten Ausgabebetrag der Aktien geleisteten Einlagen, nicht übersteigen. Die Ausschussvergütung darf das 2-Fache der Vergütung des Aufsichtsratsmitglieds nicht übersteigen.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten die Vergütung nach der Hauptversammlung.

Aufsichtsratsmitglieder, die nur während eines Teils des Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat angehören, erhalten die Vergütung zeitanteilig.

Für Mandatsträger aus dem Deutsche Bank Konzern erfolgt aufgrund interner Policies der Deutschen Bank AG keine Vergütung für Mandate in konzerneigenen Gesellschaften. Herr Neske, Herr Dr. Bänziger,

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Herr Steinmüller und Frau Heberling haben hierzu eine Verzichtserklärung gegenüber der Deutschen Postbank AG abgegeben.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 beträgt einschließlich der Sitzungsgelder 825,6 T€ (Vorjahr: 547,2 T€). Ergebnisbezogen haben die Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011 keinen Anspruch auf eine erfolgsorientierte kurzfristige variable Vergütung. Aufgrund der nachhaltigen Ergebnisverbesserung der Postbank erhalten die Mitglieder eine erfolgsorientierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung.

Die Gesamtvergütung für das Geschäftsjahr 2011 gliedert sich wie folgt auf:

Mitglieder des Aufsichtsrats	Vergütung für das Geschäftsjahr 2011			Vergütung für das Geschäftsjahr 2010		
	Fixum	Variabel ¹	Summe	Fixum	Variabel ¹	Summe
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Rainer Neske ²	–	–	–	–	–	–
Frank Bsirske	45,0	3,3	48,3	16,8	2,0	18,8
John Allan	–	3,3	3,3	–	–	–
Wilfried Anhäuser	22,5	26,5	49,0	22,5	3,3	25,8
Dr. Frank Appel	–	35,0	35,0	52,5	3,3	55,8
Marietta Auer	22,5	25,3	47,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hugo Bänziger ²	–	–	–	–	–	–
Rolf Bauermeister	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Wilfried Boysen	15,0	16,5	31,5	15,0	2,0	17,0
Henry B. Cordes	–	9,2	9,2	12,7	0,5	13,2
Prof. Dr. Edgar Ernst	30,0	34,5	64,5	30,0	4,8	34,8
Annette Harms	15,0	16,8	31,8	15,0	1,8	16,8
Stefanie Heberling ²	–	–	–	–	–	–
Timo Heider	15,0	1,5	16,5	7,6	1,3	8,9
Dr. Tessen von Heydebreck	27,1	18,6	45,7	22,5	1,8	24,3
Dr. Peter Hoch	30,0	35,3	65,3	30,0	4,0	34,0
Elmar Kallfelz	30,0	31,5	61,5	30,0	5,0	35,0
Prof. Dr. Ralf Krüger	22,5	27,3	49,8	22,5	3,5	26,0
Dr. Hans-Dieter Petram	8,9	18,7	27,6	22,5	1,3	23,8
Dr. Bernd Pfaffenbach	–	1,5	1,5	–	–	–
Lawrence A. Rosen	15,0	6,4	21,4	15,0	1,8	16,8
Elmo von Schorlemer	–	1,5	1,5	–	–	–
Torsten Schulte	–	11,4	11,4	7,4	0,5	7,9
Michael Sommer	–	22,4	22,4	22,3	0,8	23,1
Eric Stadler	22,5	19,9	42,4	22,5	3,3	25,8
Werner Steinmüller ²	–	–	–	33,8	3,5	37,3
Gerd Tausendfreund	22,5	26,5	49,0	22,5	3,8	26,3
Renate Treis	30,0	27,4	57,4	30,0	3,0	33,0
Summe	388,5	437,1	825,6	490,6	56,6	547,2

¹ Die ausgewiesene variable Vergütung beinhaltet die für das jeweilige Geschäftsjahr an das Aufsichtsratsmitglied zu zahlende kurzfristige und langfristige Vergütung sowie das Sitzungsgeld.

² Nach Satzung der Deutschen Postbank AG besteht auch für den Zeitraum nach Erreichen der Kapitalmehrheit ein Anspruch auf Vergütung; Herr Neske, Herr Dr. Bänziger, Herr Steinmüller und Frau Heberling haben aufgrund konzerninterner Policies der Deutschen Bank AG auf die Auszahlung der Vergütung verzichtet.

Herr Dr. Hoch erhielt für seine Aufsichtsrats Tätigkeit innerhalb des BHW Konzerns eine Vergütung in Höhe von 26,2 T€, Herr Heider in Höhe von 19,5 T€.

Die von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder haben im Geschäftsjahr 2011 eine arbeitsvertragliche Vergütung in Höhe von 506 T€ erhalten.

Darüber hinaus wurden an Mitglieder des Aufsichtsrats keine Vergütungen oder Vorteile für persönlich erbrachte Leistungen außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit, insbesondere Beratungs- und Vermittlungsleistungen gewährt. Die arbeitsvertragliche Vergütung der von den Arbeitnehmern gewählten Mitglieder ist davon ausgenommen.

Aktienbesitz des Vorstands und des Aufsichtsrats

Der Aktienbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder beträgt im Geschäftsjahr 2011 weniger als 1 % der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Zum Bilanzstichtag waren Kredite an Mitglieder des Vorstands und Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 766,8 T€ (Vorjahr: 863,1 T€) gewährt. Weitere Haftungsverhältnisse wurden nicht eingegangen.

D&O-Versicherung

Die Mitglieder des Vorstands und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind nach den international gültigen Standards im Rahmen einer D&O-Versicherung versichert. Entsprechend den Erfordernissen des Corporate Governance Kodex, ist im Schadenfall eine Eigenbeteiligung der einzelnen Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder vorgesehen. Die Eigenbeteiligungen wurden mit Wirkung ab dem 1. Januar 2010 entsprechend den Vorgaben des § 93 AktG und Ziff. 3.8 Deutscher Corporate Governance Kodex geändert.

(54) Andere Angaben

Die Deutsche Postbank AG gehört dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands deutscher Banken e.V. sowie der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH an.

Die Deutsche Postbank AG hat für ihre Tochtergesellschaft PB Capital Corporation, Delaware, USA, Garantieerklärungen in Höhe von 208 Mio € abgegeben. Diese bestehen im Wesentlichen aus einer Mietgarantie für Büroräume, Derivate sowie für Repogeschäfte und Geschäfte mit der Deutschen Bank und weiteren Banken. Des Weiteren hat die Postbank eine Garantieerklärung gegenüber der PB Finance (Delaware) Inc., Delaware, USA, für das Commercial-Paper-Programm in Höhe von 1.100 Mio € abgegeben. Die Postbank hat außerdem eine Garantie gegenüber der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, in Höhe von 640 Mio € abgegeben. Darin werden im Wesentlichen Engagements in Form von Risikounterbeteiligungsvereinbarungen abgesichert, die u.a. die Großkreditgrenze der Deutschen Postbank International S.A., Luxemburg, überschreiten.

(55) Namen und Mandate der Organmitglieder

Vorstand

Mitglieder des Vorstands sind:

Stefan Jütte, Bonn (Vorsitzender)	
Dr. Mario Daberkow, Bonn	
Marc Heß, Bonn	
Horst Küpker, Bad Honnef	
Dr. Michael Meyer, Bonn	
Hans-Peter Schmid, Baldham	
Ralf Stemmer, Königswinter	
Hanns-Peter Storr, Bonn	seit 1. März 2011
Frank Strauß, Bad Nauheim	seit 1. Juli 2011

Mandate der Vorstandsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum 31. Dezember 2011 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Vorsitzender des Board of Directors	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Vorsitzender des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Beirats (bis 31. Dezember 2011)	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Mitglied des Aufsichtsrats (bis 21. Juli 2011)	IVG Institutional Funds GmbH, Frankfurt am Main
---	---

Dr. Mario Daberkow

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Vorsitzender des Beirats (seit 6. Mai 2011)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Beirats (bis 5. Mai 2011)	
Stv. Vorsitzender des Beirats	Deutsche WertpapierService Bank AG, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Board of Directors	Eurogiro A/S, Taastrup (Dänemark)
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Marc Heß

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main

Horst Küpker

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Board of Directors	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
---	------------------------------------

Dr. Michael Meyer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. August 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 31. Juli 2011)	
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank International S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Luxemburg
Stv. Vorsitzender des Beirats (seit 6. Mai 2011)	VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn
Vorsitzender des Beirats (bis 5. Mai 2011)	

Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Lebensversicherung AG, Hilden
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Versicherung AG, Hilden
Mitglied des Verwaltungsrats	VISA Deutschland e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden
Mitglied des Beirats (seit 1. Juni 2011)	Verband der Sparda-Banken e.V., Frankfurt am Main
Mitglied des Wirtschaftsbeirats	HUK-Coburg Versicherungsgruppe, Coburg

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Board of Directors (bis 25. März 2011)	Deutsche Postbank Home Finance Ltd., Gurgaon/New Delhi (Indien)
---	---

Hans-Peter Schmid

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Bayerische Börse AG, München
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Mitglied des Beirats	Proactiv Holding AG, Hilden

Ralf Stemmer

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Direkt GmbH, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Postbank Systems AG, Bonn
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	PB Pensionsfonds AG, Hilden
Stv. Vorsitzender des Beirats	Postbank Support GmbH, Köln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	PB Firmenkunden AG, Bonn
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn
Mitglied des Verwaltungsrats	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Im Laufe des Jahres aufgegebene Mandate

Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 13. Mai 2011)	Postbank Immobilien und Bau-management GmbH, Bonn
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2011)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (bis 31. März 2011)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Hanns-Peter Storr	Mitglied des Vorstands seit 1. März 2011
Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Frank Strauß	Mitglied des Vorstands seit 1. Juli 2011
Funktion	Gesellschaft
Mitglied und ab gleichem Datum auch Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 1. August 2011)	Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats	norisbank GmbH, Berlin
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. November 2011)	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 1. November 2011)	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Board of Directors (seit 1. August 2011)	PB Capital Corporation, Wilmington (Delaware, USA)
Mitglied des Board of Directors (seit 1. August 2011)	PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington (Delaware, USA)

Der Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG setzt sich wie folgt zusammen:

1. Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, Bad Soden (Vorsitzender seit 1. Januar 2011)
Dr. Hugo Bänziger, Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG, London seit 1. Februar 2011
Wilfried Boysen, Kaufmann, Hamburg
Prof. Dr. Edgar Ernst, Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V., Bonn
Stefanie Heberling, Vorsitzende der Geschäftsleitung Region Niederrhein Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden Aktiengesellschaft, Wuppertal seit 24. Mai 2011
Dr. Tessen von Heydebreck, ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung, Berlin
Dr. Peter Hoch, Privatier, München
Prof. Dr. Ralf Krüger, Unternehmensberater, Kronberg
Dr. Hans-Dieter Petram, Privatier/Berater, Inning bis 24. Mai 2011
Lawrence A. Rosen, Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG, Bonn
Werner Steinmüller, Mitglied Group Executive Committee, Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG, Dreieich

2. Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske, Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Berlin (Stv. Vorsitzender)
Wilfried Anhäuser, Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG, Kerpen
Marietta Auer, Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale, Unterhaching

Rolf Bauermeister, Bundesfachgruppenleiter Postdienste Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung, Berlin
Annette Harms, Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG, Hamburg
Timo Heider, Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG und Postbank Finanzberatung AG, Hameln
Elmar Kallfelz, Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG, Wachtberg
Eric Stadler, Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG, Markt Schwaben
Gerd Tausendfreund, Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Nidderau
Renate Treis, Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG, Brühl

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Postbank AG zum
31. Dezember 2011 in Aufsichtsräten oder anderen Kontrollgremien:

Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseigner

Rainer Neske	Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 1. Januar 2011
--------------	---

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Privat- und Geschäfts- kunden AG, Frankfurt am Main

Dr. Hugo Bänziger	Mitglied des Aufsichtsrats seit 1. Februar 2011
-------------------	--

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Vorsitzender des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Clearing AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	EUREX Frankfurt AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Verwaltungsrats	EUREX Zürich AG, Zürich
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Company Americas, New York
Mitglied des Board of Directors	Deutsche Bank Trust Corporation, New York

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Wilfried Boysen

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats (seit 8. Juni 2011)	Hanse Marine-Versicherung AG, Hamburg
Mitglied des Aufsichtsrats	ASKLEPIOS Kliniken Hamburg GmbH, Hamburg

Prof. Dr. Edgar Ernst

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Gildemeister AG, Bielefeld
Mitglied des Aufsichtsrats	Österreichische Post AG, Wien
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 9. Februar 2011)	TUI AG, Berlin und Hannover
Mitglied des Aufsichtsrats (seit 23. Januar 2012)	Wincor Nixdorf AG, Paderborn

Dr. Tessen von Heydebreck

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Dussmann Verwaltungs AG, Frankfurt am Main
Mitglied des Aufsichtsrats	Vattenfall Europe AG, Berlin

Dr. Peter Hoch

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Holding AG, Berlin/Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln

Prof. Dr. Ralf Krüger

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	DIAMOS AG, Sulzbach
Mitglied des Beirats	CORPUS SIREO Holding GmbH & Co. KG, Köln

Dr. Hans-Dieter Petram

Mitglied des Aufsichtsrats
bis 24. Mai 2011

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Talanx AG, Hannover

Werner Steinmüller

Funktion	Gesellschaft
Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Bank Nederland N.V., Amsterdam
Vorsitzender des Aufsichtsrats (bis 1. August 2011)	Deutsche Bank Portugal S.A., Lissabon
Mitglied des Verwaltungsrats	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg
Mitglied des Beirats	True Sale International GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmer

Frank Bsirske

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Deutsche Lufthansa AG, Köln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	RWE AG, Essen
Mitglied des Aufsichtsrats	IBM Central Holding GmbH, Ehningen
Mitglied des Verwaltungsrats	Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main

Wilfried Anhäuser

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Postbank Filialvertrieb AG, Bonn

Rolf Bauermeister

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	Deutsche Post AG, Bonn

Timo Heider

Funktion	Gesellschaft
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Stv. Vorsitzender des Aufsichtsrats	Pensionskasse der BHW Bausparkasse VVG, Hameln

Elmar Kalfelz

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Verwaltungsrats (bis 28. Februar 2011)	Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost, Bonn

Gerd Tausendfreund

Funktion	Gesellschaft
Mitglied des Aufsichtsrats	BHW Bausparkasse AG, Hameln
Mitglied des Aufsichtsrats	Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main

Renate Treis

Funktion	Gesellschaft
Mitglied der Mitgliederversammlung	Erholungswerk Post, Postbank, Telekom e.V., Stuttgart

(56) Honorar des Abschlussprüfers gemäß §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB

	2011 Mio €	2010 Mio €
Abschlussprüfungen	7,1	5,5
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3,0	2,4
Steuerberatungsleistungen	0,2	0,1
Sonstige Leistungen, die für das Mutterunternehmen oder Tochterunternehmen erbracht worden sind	4,1	1,5
Gesamt	14,4	9,5

Die Honorare werden im Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den Anforderungen des IDW RS HFA 36 „Anhangangaben nach §§ 285 Nr. 17, 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB über das Abschlussprüferhonorar“ ohne Umsatzsteuer angegeben.

(57) Inanspruchnahme von § 264 Abs. 3 HGB

Die Postbank nimmt für das Geschäftsjahr 2011 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

Postbank Filial GmbH

Postbank Direkt GmbH

Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH

Postbank Beteiligungen GmbH

Postbank Support GmbH

Darüber hinaus nimmt die Deutsche Postbank Financial Services GmbH die Befreiung, bezogen auf die Offenlegung, in Anspruch.

(58) Angaben gemäß § 313 Abs. 2 HGB

Sämtliche Gesellschaften, die von der Deutschen Postbank AG beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der nachfolgenden Tabelle mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis verzeichnet.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
a) Verbundene Unternehmen			
In den Konzernabschluss einbezogen			
Betriebs-Center für Banken AG, Frankfurt am Main	100,0	299.182	33.227
Betriebs-Center für Banken Processing GmbH, Frankfurt am Main	100,0	4.330	1.280
BHW Bausparkasse Aktiengesellschaft, Hameln	100,0	983.831	0 ¹
BHW Gesellschaft für Vorsorge mbH, Hameln	100,0	242.370	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH, Hameln	100,0	918.946	0 ¹
BHW - Gesellschaft für Wohnungswirtschaft mbH & Co. Immobilienverwaltungs KG, Hameln	100,0	82.451	2.324
BHW Holding Aktiengesellschaft, Berlin/Hameln	100,0	912.156	184.653
BHW-Immobilien GmbH, Hameln	100,0	2.728	567
BHW Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
Deutsche Postbank Finance Center Objekt GmbH, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	50	355
Deutsche Postbank Financial Services GmbH, Frankfurt am Main	100,0	5.000	0 ¹
Deutsche Postbank Funding LLC I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	25	0
Deutsche Postbank Funding LLC II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	4	-4
Deutsche Postbank Funding LLC III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	36	7
Deutsche Postbank Funding LLC IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	87	20
Deutsche Postbank Funding Trust I, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust II, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust III, Wilmington, Delaware, USA	100,0	1	0
Deutsche Postbank Funding Trust IV, Wilmington, Delaware, USA	100,0	60	3
Deutsche Postbank International S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	832.435	91.264
Deutsche Postbank Vermögens-Management S.A., Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	31.745	11.325
DPBI Immobilien KGaA, Schuttrange (Munsbach), Luxemburg	100,0	348	120
DSL Holding Aktiengesellschaft i.A., Bonn	100,0	63.527	395
DSL Portfolio GmbH & Co. KG, Bonn	100,0	16.659	819
DSL Portfolio Verwaltungs GmbH, Bonn	100,0	25	1
Miami MEI, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	7.554	0 ^{2,7}
PB Capital Corporation, Wilmington, Delaware, USA	100,0	488.847	82.871 ²
PBC Carnegie, LLC, Wilmington, Delaware, USA	0,0	0	0 ^{2,7}
PB Factoring GmbH, Bonn	100,0	11.546	0 ¹
PB Finance (Delaware) Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	190	0 ²
PB Firmenkunden AG, Bonn	100,0	1.100	0 ¹
PB Hollywood I Hollywood Station, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	2.257	376 ^{2,7}
PB Hollywood II Lofts, LLC, Dover, Delaware, USA	0,0	15.220	-601 ^{2,7}
PB Spezial-Investmentaktiengesellschaft mit Teilgesellschaftsvermögen, Frankfurt am Main	100,0	6.513.539	435.522 ⁸
Teilgesellschaftsvermögen PB 02	100,0	495.432	20.407
Teilgesellschaftsvermögen PB 03	100,0	133.296	14.838
Teilgesellschaftsvermögen PB 04	100,0	115.216	17.781
Teilgesellschaftsvermögen PB 05	100,0	35.653	4.230
Teilgesellschaftsvermögen PB 06	100,0	54.294	6.408
Teilgesellschaftsvermögen PB 07	100,0	277.091	25.420
Teilgesellschaftsvermögen PB 08	100,0	494.095	25.018
Teilgesellschaftsvermögen PB 09	100,0	536.916	18.155
Teilgesellschaftsvermögen PB 10	100,0	234.364	22.894
Teilgesellschaftsvermögen PB 11	100,0	603.802	28.357
Teilgesellschaftsvermögen PB 12	100,0	229.540	16.452
Teilgesellschaftsvermögen PB 13	100,0	329.420	13.494
Teilgesellschaftsvermögen PB 14	100,0	330.651	18.070
Teilgesellschaftsvermögen PB 15	100,0	147.054	12.931

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
Teilgesellschaftsvermögen PB 16	100,0	269.658	27.102
Teilgesellschaftsvermögen PB 17	100,0	197.849	13.132
Teilgesellschaftsvermögen PB 18	100,0	342.321	18.016
Teilgesellschaftsvermögen PB 20	100,0	137.745	7.580
Teilgesellschaftsvermögen PB 21	100,0	207.477	12.083
Teilgesellschaftsvermögen PB 22	100,0	69.126	7.565
Teilgesellschaftsvermögen PB 24	100,0	1.245.466	104.326
PB (USA) Holdings, Inc., Wilmington, Delaware, USA	100,0	657.491	0 ²
PB (USA) Realty Corporation, New York, USA	94,7	1.194.578	60.670 ²
PMG Collins, LLC, Tallahassee, Florida, USA	100,0	9.287	975 ²
Postbank Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	310	0 ¹
Postbank Direkt GmbH, Bonn	100,0	20.858	0 ¹
Postbank Filial GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
Postbank Filialvertrieb AG, Bonn	100,0	55	0 ¹
Postbank Finanzberatung AG, Hameln	100,0	30.130	-19.936
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH, Bonn	100,0	18.874	0 ¹
Postbank Immobilien und Baumanagement GmbH & Co. Objekt Leipzig KG, Bonn	90,0	0	739
Postbank Leasing GmbH, Bonn	100,0	500	0 ¹
Postbank P.O.S. Transact GmbH, Eschborn	100,0	9.011	2.603
Postbank Support GmbH, Köln	100,0	759	0 ¹
Postbank Systems AG, Bonn	100,0	51.591	0 ¹
Postbank Versicherungsvermittlung GmbH, Bonn	100,0	25	0 ¹
VÖB-ZVD Bank für Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH, Bonn	75,0	12.896	4.048
Nicht in den Konzernabschluss einbezogen			
BHW Direktservice GmbH, Hameln	100,0	3.509	44
BHW Eurofinance B.V., Arnheim, Niederlande	100,0	521	-3.332
BHW Financial S.r.l., Verona, Italien	100,0	882	139
BHW Invest, Société à responsabilité limitée, Luxemburg, Luxemburg	100,0	5.611	594
CREDA Objektanlage- und -verwaltungsgesellschaft mbH, Bonn	100,0	1.000	0 ¹
DPB Regent's Park Estates (GP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	0	0 ³
DPB Regent's Park Estates (LP) Holding Limited, London, Großbritannien	100,0	8.191	-6.041 ³
easyhyp GmbH, Hameln	100,0	192	86
EC EUROPA IMMOBILIEN FONDS NR. 3 GmbH & Co. KG, Hamburg	65,2	2.985	-7.301
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Suhl „Rimbachzentrum“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	74,0	0	-2.759
Iphigenie Verwaltungen GmbH, Bonn	100,0	22	0
PB Kreditservice GmbH, Hameln	100,0	25	0
PB Sechste Beteiligungen GmbH, Bonn	100,0	54	-1
PB Service GmbH, Bonn	100,0	55	-1
Postbank Akademie und Service GmbH, Hameln	100,0	1.083	193
SAB Real Estate Verwaltungen GmbH, Hameln	100,0	29	2

Erläuterungen zu den Fußnotenzeichen in dieser Tabelle finden Sie auf S. 172.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

Anteilsbesitzliste

Name und Sitz des Unternehmens	Anteil am Kapital %	Eigenkapital T€	Jahresergebnis T€
b) Beteiligungen			
IG BCE Mitglieder-Service GmbH, Hannover	50,0	131	–22
Regent's Park Estates (GP) Limited, Douglas, Isle of Man	50,0	0	0 ³
Regent's Park Estates Limited Partnership, Douglas, Isle of Man	50,0	28.440	–139 ³
Starpool Finanz GmbH, Berlin	50,0	177	–24
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. „Leipzig-Magdeburg“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	40,7	0	–2.744
giropay GmbH, Frankfurt am Main	33,3	0	–130
Fünfte SAB Treuhand und Verwaltung GmbH & Co. Dresden „Louisenstraße“ KG, Bad Homburg v.d. Höhe	30,6	0	–1.228
SRC Security, Research & Consulting GmbH, Bonn	16,9	3.532	853
GENOPACE GmbH, Berlin	15,0	200	0 ¹
Domus Beteiligungsgesellschaft der Privaten Bausparkassen mbH, Berlin	14,1	17.023	–2
BSQ Bauspar AG, Nürnberg	14,1	31.803	–2.206
Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH, Leezen	11,0	36.664	1.590
Gut Dummerstorf GmbH, Dummerstorf	11,0	747	14
MetallRente Pensionsfonds AG i.G., Stuttgart	10,0	–	– ⁴
LHA Anlagenverwaltungsgesellschaft mbH, München	10,0	134	–44
HYPOPORT AG, Berlin	9,7	29.506	2.560
SILEX Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bad Schwalbach KG, Düsseldorf	9,5	0	–479 ⁵
SUSIK Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Rathaus Lübben KG, Düsseldorf	9,5	0	18 ⁵
MAXUL Beteiligungs GmbH & Co. Vermietungs-KG, Pullach i. Isartal	9,0	14	2 ⁶
Eurogiro A/S, Taastrup, Dänemark	8,6	–	– ⁴
SENA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Sonderhausen KG, Düsseldorf	7,5	0	193
ROSARIA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Bankakademie KG, Düsseldorf	6,0	0	40 ⁴
SAB Spar- und Anlageberatung GmbH, Bad Homburg v.d. Höhe	6,0	–	– ⁴
SIDA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt BBS IV Oldenburg KG, Düsseldorf	5,5	–	– ^{4, 5}
TOSSA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Perleberg KG, Düsseldorf	5,5	–	– ⁴
Von Gablenz Straße GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main	5,2	–	– ⁴
MFG Flughafen-Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. BETA KG, Grünwald	4,6	–	– ⁴
Fernkälte Geschäftsstadt Nord GbR, Hamburg	2,8	–	– ⁴
ConCardis Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	1,5	–	– ⁴
EURO Kartensysteme Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	1,5	–	– ⁴
SALEG Sachsen-Anhaltinische Landesentwicklungsgesellschaft mbH, Magdeburg	1,3	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.3 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,7	–	– ⁴
Liquiditäts-Konsortialbank Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	0,5	–	– ⁴
Börse Düsseldorf AG, Düsseldorf	0,5	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.4 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,5	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.2 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,2	–	– ⁴
AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main	0,1	–	– ⁴
Standard Life Investments UK Property Development Fund No.1 Unit Trust, Edinburgh (Großbritannien)	0,1	–	– ⁴

¹ Ergebnis- und Verlustübernahmevertrag

² Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 1,2939 USD

³ Umgerechnet zum Devisenkurs 1 EUR = 0,86075 GBP

⁴ Nach § 286 Abs. 3 Satz 1 HGB bzw. § 313 Abs. 2 Nr. 4 HGB unterbleiben die Angaben des Eigenkapitals sowie des Ergebnisses, da sie für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Postbank AG bzw. des Postbank Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

⁵ Der Stimmrechtsanteil beträgt 5,0 %.

⁶ Der Stimmrechtsanteil beträgt 4,8 %.

⁷ Der Stimmrechtsanteil beträgt 100 %.

⁸ In der Gesellschaft sind zusätzlich die Anteile des Teilgesellschaftsvermögens PB 25 enthalten, die nicht von einer Gesellschaft des Postbank Konzerns gehalten werden.

(59) Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben gemeinsam letztmalig am 29. November 2011 die nach § 161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2011 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Postbank AG haben am 8. Februar 2011 zu Ziffer 5.4.2 Satz 4 des Deutschen Corporate Governance Kodex eine ergänzende Erklärung abgegeben. Die Erklärung ist im Internet auf unserer Homepage www.postbank.de im Wortlaut abrufbar.

Versicherung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, den 14. Februar 2012
Deutsche Postbank Aktiengesellschaft

Der Vorstand



Stefan Jütte



Dr. Mario Daberkow



Marc Heß



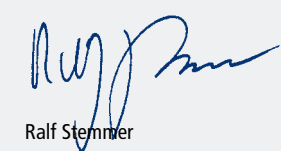
Horst Künker



Dr. Michael Meyer



Hans-Peter Schmid



Ralf Stemmer



Hanns-Peter Storr



Frank Strauß

I Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Deutsche Postbank AG aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Bilanz, Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 15. Februar 2012

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralf Schmitz
Wirtschaftsprüfer

Christoph Theobald
Wirtschaftsprüfer

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen



unverbesserlich

- Filiale
- Telefon
- Zuhause
- Online

**Multikanal-
bank**

Hervorragende Erreichbarkeit über alle Kanäle

Meine Bank ist für mich
da. Egal wann, egal wo.

UNTERM STREICH ZÄHL ICH.

- www.postbank.de
- 01803 2881 (9 Cent/Min.)*
- Postbank Finanzcenter
- Postbank Finanzberatung,
gerne auch bei Ihnen zu Hause

 **Postbank**

* 9 Cent/Minute aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunktarif maximal 42 Cent/Minute.

nah

Postbank Markenwert:

Deutschlandweite Präsenz und leichte Erreichbarkeit über alle Vertriebskanäle

Als Multikanalbank ist die Postbank für ihre Kunden bequem erreichbar, in der Filiale, online oder per Telefon. Sie verfügt über das dichteste Filialnetz einer Bank in Deutschland – mit knapp 1.100 eigenen Filialen, über 4.500 Partnerfilialen der Deutschen Post, in denen ausgewählte Finanzdienstleistungen der Postbank erhältlich sind, und über 800 Beratungszentren der Postbank Finanzberatung. Hinzu kommen rund 3.500 mobile Berater, speziell für Fragen des Vermögensaufbaus und der Vorsorge.

Auch im Online- und im Telefon-Banking nimmt die Postbank eine Spitzenposition in Deutschland ein. 3,7 Millionen Girokonten und rund 550.000 Depots führen die Kunden der Postbank inzwischen online, 4,1 Millionen Kunden nutzen die Möglichkeiten des Telefon-Banking. Tendenz: weiter steigend.

Weitere Informationen

I Gewinn- und Verlustrechnung – Quartalsübersicht

	2011				2010				2011	2010
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Zinserträge	1.747	1.744	1.701	1.708	1.705	1.740	1.735	1.798	6.900	6.978
Zinsaufwendungen	–994	–1.013	–1.001	–982	–1.041	–1.019	–1.064	–1.123	–3.990	–4.247
Zinsüberschuss	753	731	700	726	664	721	671	675	2.910	2.731
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–102	–80	–106	–95	–112	–134	–175	–140	–383	–561
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	651	651	594	631	552	587	496	535	2.527	2.170
Provisionserträge	355	382	380	385	409	385	381	411	1.502	1.586
Provisionsaufwendungen	–54	–64	–70	–62	–70	–67	–65	–68	–250	–270
Provisionsüberschuss	301	318	310	323	339	318	316	343	1.252	1.316
Handelsergebnis	63	–7	10	–2	–26	–92	–40	–83	64	–241
Ergebnis aus Finanzanlagen	–105	–349	–182	82	–55	0	26	28	–554	–1
Verwaltungsaufwand	–841	–734	–738	–891	–788	–738	–716	–692	–3.204	–2.934
Sonstige Erträge	39	24	22	22	70	26	50	29	107	175
Sonstige Aufwendungen	–42	–35	–14	–23	–73	–30	–38	–29	–114	–170
Ergebnis vor Steuern	66	–132	2	142	19	71	94	131	78	315
Ertragsteuern	40	40	–9	–37	–99	–6	–37	–34	34	–176
Ergebnis nach Steuern	106	–92	–7	105	–80	65	57	97	112	139
Ergebnis Konzernfremde	–1	0	0	0	0	0	0	–1	–1	–1
Konzernverlust/-gewinn	105	–92	–7	105	–80	65	57	96	111	138

I Verkürzte Gesamtergebnisrechnung – Quartalsübersicht

	2011				2010				2011	2010
	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	IV. Quartal Mio €	III. Quartal Mio €	II. Quartal Mio €	I. Quartal Mio €	Jan.–Dez. Mio €	Jan.–Dez. Mio €
Ergebnis nach Steuern	106	–92	–7	105	–80	65	57	97	112	139
Sonstiges Ergebnis nach Steuern	–16	–77	81	–12	–11	188	–25	86	–24	238
Veränderung der Neu- bewertungsrücklage	–19	–116	119	–19	–17	293	–51	115	–35	340
davon Bewer- tungsänderung	–14	–110	89	–16	–53	286	–103	109	–51	239
davon Bestands- änderung	–5	–6	30	–3	36	7	52	6	16	101
Veränderung der Währungsumrech- nungsrücklage	1	9	–2	1	5	–15	11	8	9	9
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern	2	30	–36	6	1	–90	15	–37	2	–111
Gesamtergebnis Konzernfremde	–1	0	0	0	0	0	0	–1	–1	–1
Gesamtergebnis	89	–169	74	93	–91	253	32	182	87	376

I Gewinn- und Verlustrechnung – Mehrjahresübersicht

	2007	2008	2009	2010	2011
	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Zinserträge	8.384	9.938	7.987	6.978	6.900
Zinsaufwendungen	–6.144	–7.443	–5.582	–4.247	–3.990
Zinsüberschuss	2.240	2.495	2.405	2.731	2.910
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	–338	–498	–678	–561	–383
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	1.902	1.997	1.727	2.170	2.527
Provisionserträge	1.675	1.683	1.623	1.586	1.502
Provisionsaufwendungen	–246	–252	–285	–270	–250
Provisionsüberschuss	1.429	1.431	1.338	1.316	1.252
Handelsergebnis	281	–389	–498	–241	64
Ergebnis aus Finanzanlagen	294	–1.249	–148	–1	–554
Verwaltungsaufwand	–2.937	–2.969	–2.864	–2.934	–3.204
Sonstige Erträge	160	218	178	175	107
Sonstige Aufwendungen	–137	–103	–131	–170	–114
Ergebnis vor Steuern	992	–1.064	–398	315	78
Ertragsteuern	–135	179	475	–176	34
Ergebnis nach Steuern	857	–885	77	139	112
Ergebnis Konzernfremde	–1	–1	–1	–1	–1
Konzerngewinn/-verlust	856	–886	76	138	111
Cost Income Ratio (CIR)	69,2%	129,8%	92,5%	77,1%	87,3%
Eigenkapital-Rendite (RoE)					
vor Steuern	19,2%	–23,3%	–7,8%	5,7%	1,3%
nach Steuern	16,6%	–19,4%	1,5%	2,5%	1,9%

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Bilanz – Mehrjahresübersicht

Aktiva	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €
Barreserve	3.352	3.417	4.534	3.248	3.652
Forderungen an Kreditinstitute	24.560	18.684	14.467	12.140	20.322
Forderungen an Kunden	92.064	105.318	111.043	111.783	110.740
Risikovorsorge	-1.154	-1.323	-1.641	-1.764	-1.826
Handelsaktiva	9.940	16.573	20.471	24.150	6.892
Hedging-Derivate	421	474	520	664	1.277
Finanzanlagen	68.582	83.058	72.359	58.980	46.480
Immaterielle Vermögenswerte	2.415	2.371	2.368	2.339	2.274
Sachanlagen	927	879	838	826	791
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	73	73	73	73	73
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	117	162	280	321	206
Latente Ertragsteueransprüche	522	863	552	347	404
Sonstige Aktiva	529	670	745	695	697
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	565	–	–	882	–
Summe der Aktiva	202.913	231.219	226.609	214.684	191.982

Passiva	31.12.2007 Mio €	31.12.2008 Mio €	31.12.2009 Mio €	31.12.2010 Mio €	31.12.2011 Mio €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	61.146	62.790	39.318	22.419	20.024
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	110.696	117.472	131.988	136.476	134.126
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.558	16.342	16.722	12.860	12.727
Handelsspassiva	5.600	16.987	22.434	26.174	8.591
Hedging-Derivate	873	2.693	2.051	1.451	1.817
Rückstellungen	2.107	2.138	2.148	2.287	2.557
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	1.143	1.149	1.104	1.126	1.161
b) Sonstige Rückstellungen	964	989	1.044	1.161	1.396
Tatsächliche Ertrag- steuerverpflichtungen	122	192	174	77	129
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	1.104	1.091	305	284	175
Sonstige Passiva	835	826	711	665	689
Nachrangkapital	5.603	5.736	5.507	5.577	5.438
Verbindlichkeiten aus zur Veräußerung bestimmten Vermögenswerten	44	–	–	787	–
Eigenkapital	5.225	4.952	5.251	5.627	5.709
a) Gezeichnetes Kapital	410	547	547	547	547
b) Kapitalrücklage	1.160	2.010	2.010	2.010	2.010
c) Andere Rücklagen	2.797	3.278	2.614	2.928	3.037
d) Konzerngewinn/-verlust	856	-886	76	138	111
Anteile in Fremdbesitz	2	3	4	4	4
Summe der Passiva	202.913	231.219	226.609	214.684	191.982

I Segmentberichterstattung – Mehrjahresübersicht

	Retail Banking					Firmenkunden					Transaction Banking				
	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 ¹ Mio €	2011 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 ¹ Mio €	2011 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010 ¹ Mio €	2011 Mio €
Zinsüberschuss	2.392	2.226	2.141	2.341	2.448	292	386	543	624	567	4	4	1	2	2
Handelsergebnis	5	25	-32	15	-9	-9	-92	-140	-	-	-	-	-	-	-
Finanzanlageergebnis	50	-2	0	-5	-1	-5	-241	-51	-14	-	-	-	-	-	-
Provisionsüberschuss	988	1.178	1.113	1.080	1.041	104	107	104	123	106	350	340	349	363	327
Gesamterträge	3.435	3.427	3.222	3.431	3.479	382	160	456	733	673	354	344	350	365	329
Verwaltungsaufwand	-2.210	-2.220	-2.189	-2.178	-2.259	-163	-171	-185	-151	-152	-331	-312	-317	-318	-295
Risikovorsorge	-292	-304	-345	-355	-295	-28	-143	-300	-209	-85	-	-	-	-	-
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	2	26	29	10	15	-	1	-2	9	12	13	16	6	20	14
Ergebnis vor Steuern	935	929	717	908	940	191	-153	-31	382	448	36	48	39	67	48
Cost Income Ratio (CIR)	64,3 %	64,8 %	67,9 %	63,5 %	64,9 %	42,7 %	106,9 %	40,6 %	20,6 %	22,6 %	93,5 %	90,7 %	90,6 %	87,1 %	89,7 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	32,4 %	41,9 %	32,5 %	57,9 %	53,0 %	50,5 %	-37,4 %	-5,7 %	115,2 %	115,8 %	-	-	-	-	-

	Financial Markets					Übrige			Konsolidierung		Cost Center/ Konsolidierung		Konzern				
	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010¹ Mio €	2011 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010¹ Mio €	2011 Mio €	2007 Mio €	2008 Mio €	2009 Mio €	2010¹ Mio €	2011 Mio €
Zinsüberschuss	114	162	125	−228	−112	−562	−281	−406	−2	1	−8	5	2.240	2.495	2.405	2.731	2.910
Handelsergebnis	72	−6	47	−255	79	213	−325	−372	9	−1	−1	−6	281	−389	−498	−241	64
Finanzanlageergebnis	1	−110	−21	18	−612	248	−895	−76	−1	−	−	59	294	−1.249	−148	−1	−554
Provisionsüberschuss	83	57	27	−5	−12	−96	−33	−42	−218	−213	−245	−210	1.429	1.431	1.338	1.316	1.252
Gesamterträge	270	103	178	−470	−657	−197	−1.534	−896	−212	−213	−254	−152	4.244	2.288	3.097	3.805	3.672
Verwaltungsaufwand	−83	−92	−90	−106	−132	−150	−973	−864	799	781	−181	−366	−2.937	−2.969	−2.864	−2.934	−3.204
Risikovorsorge	4	−22	−33	3	−3	−22	−29	0	−	−	−	−	−338	−498	−678	−561	−383
Sonstige Erträge/ Aufwendungen	−1	−3	5	2	−3	9	662	577	−587	−568	−36	−45	23	115	47	5	−7
Ergebnis vor Steuern	190	−14	60	−571	−795	−360	−1.874	−1.183	0	0	−471	−563	992	−1.064	−398	315	78
Cost Income Ratio (CIR)	30,7 %	89,3 %	50,6 %	−22,6 %	−20,1 %	−	−	−	−	−	−	−	69,2 %	129,8 %	92,5 %	77,1 %	87,3 %
Eigenkapital-Rendite vor Steuern (RoE)	37,2 %	−2,2 %	8,1 %	−15,8 %	−22,4 %	−26,3 %	−145,9 %	−73,9 %	−	−	−	−	19,2 %	−23,3 %	−7,8 %	5,7 %	1,3 %

¹Vorjahreszahlen angepasst

I Angewandte Rechnungslegungsvorschriften

Angewandte Rechnungslegungsvorschriften (Stand 31. Dezember 2011)

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3,6}
1. International Financial Reporting Standards (IFRS) ⁴					
1.1. International Accounting Standards (IAS)					
IAS 1	rev. 2007	Presentation of Financial Statements	Darstellung des Abschlusses	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 2	rev. 1993	Inventories	Vorräte	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 7	rev. 1992	Cash Flow Statements	Kapitalflussrechnungen	01.01.1994	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 8	rev. 2003	Accounting Policies, Changes in Accounting Estimates and Errors	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 10	rev. 2003	Events after the Balance Sheet Date	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 12	rev. 2000	Income Taxes	Ertragsteuern	01.01.1998	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 16	rev. 2003	Property, Plant and Equipment	Sachanlagen	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 17	rev. 2003	Leases	Leasingverhältnisse	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 18	rev. 1993	Revenue	Erträge	01.01.1995	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 19	2004	Employee Benefits	Leistungen an Arbeitnehmer	01.11.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 21	2005	The Effects of Changes in Foreign Exchange Rates	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	01.01.2008	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 23	rev. 2007	Borrowing Costs	Fremdkapitalkosten	01.01.2009	1260/2008 v. 10.12.2008
IAS 24	rev. 2009	Related Party Disclosures	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	01.01.2011	632/2010 v. 19.07.2010
IAS 27	rev. 2008	Consolidated and Separate Financial Statements	Konzern- und separate Einzelabschlüsse nach IFRS	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IAS 28	rev. 2003	Investments in Associates	Anteile an assoziierten Unternehmen	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 31	rev. 2003	Interests in Joint Ventures	Anteile an Joint Ventures	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 32	rev. 2003 (2008)	Financial Instruments: Disclosure and Presentation	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 33	rev. 2003	Earnings per Share	Ergebnis je Aktie	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 34	1998	Interim Financial Reporting	Zwischenberichterstattung	01.01.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 36	rev. 2004	Impairment of Assets	Wertminderung von Vermögenswerten	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 37	1998	Provisions, Contingent Liabilities and Contingent Assets	Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen	01.07.1999	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 38	rev. 2004	Intangible Assets	Immaterielle Vermögenswerte	31.03.2004	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 39	2005 (2009)	Financial Instruments: Recognition and Measurement	Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IAS 40	rev. 2003	Investment Property	Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008

Vorschrift ¹	Stand (letztes Amendment)	Englischer Titel	Deutscher Titel	Anzuwenden seit ²	Übernommen durch EU-Verordnung ^{3,6}
1.2. International Financial Reporting Standards (IFRS)⁴					
IFRS 3	rev. 2008	Business Combinations	Unternehmenszusammenschlüsse	01.01.2009	495/2009 v. 03.06.2009
IFRS 4	2005	Insurance Contracts	Versicherungsverträge	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 5	2004	Non-current Assets Held for Sale and Discontinued Operations	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und aufgegebene Geschäftsbereiche	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 7	2004 (2009)	Financial Instruments: Disclosures	Finanzinstrumente: Angaben	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRS 8	2007	Operating Segments	Geschäftssegmente	01.01.2009	1358/2007 v. 21.11.2007
1.3. Standard Interpretation Committee (SIC)					
SIC-12	2004 (2005)	Consolidation – Special Purpose Entities	Konsolidierung – Zweckgesellschaften	01.01.2005	1126/2008 v. 03.11.2008
1.4. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC)					
IFRIC 4	2004	Determining Whether an Arrangement Contains a Lease	Feststellung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält	01.01.2006	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 9	2006 (2009)	Reassessment of Embedded Derivatives	Neubeurteilung eingebetteter Derivate	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
IFRIC 10	2006	Interim Financial Reporting and Impairment	Zwischenberichterstattung und Wertminderung	01.01.2007	1126/2008 v. 03.11.2008
2. Deutscher Rechnungslegungs Standard (DRS)⁵					
DRS 5-10	rev. 2009	n. r.	Risikoberichterstattung von Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitutionen	01.01.2010	n. r.
DRS 15	rev. 2009	n. r.	Lageberichterstattung	01.01.2010	n. r.
DRS 16	2008	n. r.	Zwischenberichterstattung	01.01.2008	n. r.
DRS 17	2007	n. r.	Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder	31.12.2008	n. r.
3. Kapitalmarktorientierte Vorschriften					
WpHG	2007	n. r.	Wertpapierhandelsgesetz; insbesondere § 37v bis § 37z	01.01.2007	n. r.
DCGK i. V. m. § 161 AktG	2010	n. r.	Deutscher Corporate Governance Kodex	31.12.2010	n. r.
FWBO	2010	n. r.	Frankfurter Wertpapierbörsenordnung	31.12.2010	n. r.

Legende:

¹ Es werden nicht alle zum Stichtag existierenden Vorschriften aufgeführt, sondern diejenigen, die für die Postbank Gruppe von Relevanz sind.

² Datum, ab dem die Vorschrift nach IFRS erstmals verpflichtend anzuwenden ist; eine freiwillige frühere Anwendung ist oft möglich. Wendet die Postbank eine Vorschrift freiwillig früher an, so wird im Anhang explizit darauf hingewiesen.

³ Die Postbank ist gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der sogenannten IAS-Verordnung (EU-Verordnung 1606/2002) verpflichtet, die von der EU übernommenen IFRS (Endorsement) anzuwenden. Das angegebene Datum entspricht der Freigabe durch die EU-Kommission (die Veröffentlichung im EU-Amtsblatt erfolgt kurz danach). Bezüglich des Zeitpunkts der Anwendung der in EU-Recht übernommenen IFRS-Standards gelten in der Regel die in den Standards geregelten Zeitpunkte (siehe Spalte „anzuwenden seit“). Wird ein IFRS erst nach dem Bilanzstichtag, aber vor dem „Tag des Unterzeichnens des Jahresabschlusses“ von der EU übernommen, so kann diese Vorschrift noch im Jahresabschluss angewendet werden (Klarstellung der EU-Kommission in ARC-Sitzung vom 30. November 2005).

⁴ IFRS: Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht. Nur bei grundlegenden Änderungen der Vorschriften bereits vorhandener Standards werden die IAS in IFRS umbenannt.

⁵ Die DRS werden insoweit angewendet, als sie Sachverhalte regeln, die gemäß § 315a HGB anzuwenden und nicht bereits in den IFRS selbst geregelt sind.

⁶ Die Europäische Kommission hat am 3. November 2008 die konsolidierte Fassung aller in der EU in Kraft befindlichen International Financial Reporting Standards (IFRS) angenommen. Sie enthält alle bislang übernommenen IFRS einschließlich der am 15. Oktober 2008 übernommenen letzten Änderungen, sodass sich die Unternehmen künftig nur noch auf einen Rechtsakt stützen müssen. Die konsolidierte Fassung tritt an die Stelle von bislang 18 Einzelverordnungen und ersetzt die Verordnung Nr. 1725/2003 vom 29. September 2003 sowie alle bis zum 15. Oktober 2008 angenommenen Änderungen.

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Gremien

Vorstände

Stefan Jütte, Bonn
Vorsitzender

Dr. Mario Daberkow, Bonn

Marc Heß, Bonn

Horst Küpker, Bad Honnef

Dr. Michael Meyer, Bonn

Hans-Peter Schmid, Baldham

Ralf Stemmer, Königswinter

Hanns-Peter Storr, Bonn
seit 1. März 2011

Frank Strauß, Bad Nauheim
seit 1. Juli 2011

Aufsichtsrat

Rainer Neske, Bad Soden
Vorsitzender seit 1. Januar 2011
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Frank Bsirske*, Berlin
Stv. Vorsitzender
Vorsitzender Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Wilfried Anhäuser*, Kerpen
Betriebsratsmitglied Postbank Filialvertrieb AG

Marietta Auer*, Unterhaching
Abteilungsleiterin Deutsche Postbank AG, Zentrale

Dr. Hugo Bänziger, London
seit 1. Februar 2011
Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG

Rolf Bauermeister*, Berlin
Bundesfachgruppenleiter Postdienste
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Bundesverwaltung

Wilfried Boysen, Hamburg
Kaufmann

Prof. Dr. Edgar Ernst, Bonn
Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e.V.,
Bonn

Annette Harms*, Hamburg
Stv. Vorsitzende des Betriebsrats Deutsche Postbank AG

Stefanie Heberling, Wuppertal
seit 24. Mai 2011
Vorsitzende der Geschäftsleitung Region Niederrhein
Deutsche Bank Privat- und Geschäftskunden
Aktiengesellschaft

Timo Heider*, Hameln
Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats BHW Bausparkasse AG
und Postbank Finanzberatung AG

Dr. Tessen von Heydebreck, Berlin
ehem. Mitglied des Vorstands Deutsche Bank AG und
derzeit Vorsitzender des Vorstands Deutsche Bank Stiftung

Dr. Peter Hoch, München
Privatier

Elmar Kallfelz*, Wachtberg
Vorsitzender des Europäischen Betriebsrats Deutsche Post AG

Prof. Dr. Ralf Krüger, Kronberg
Unternehmensberater

Dr. Hans-Dieter Petram, Inning
bis 24. Mai 2011
Privatier/Berater

Lawrence A. Rosen, Bonn
Mitglied des Vorstands Deutsche Post AG

Eric Stadler*, Markt Schwaben
Vorsitzender des Betriebsrats Betriebs-Center für Banken AG

Werner Steinmüller, Dreieich
Mitglied Group Executive Committee,
Head of Global Transaction Banking Deutsche Bank AG

Gerd Tausendfreund*, Nidderau
Gewerkschaftssekretär Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Renate Treis*, Brühl
Stv. Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats Deutsche Postbank AG

*Arbeitnehmersvertreter

An unsere Investoren

Unsere Geschäftsfelder

Unsere Verantwortung

Konzernlagebericht

Konzernabschluss

Weitere Informationen

I Glossar

Adressenausfallrisiken	Hierunter werden die Verlustrisiken subsumiert, die durch Bonitätsveränderungen oder durch den Ausfall eines Geschäftspartners induziert werden. Adressenausfallrisiken umfassen das Kreditrisiko, das Länder- bzw. Transferisiko und das Kontrahentenrisiko. Das Kreditrisiko beschreibt mögliche Wertverluste, die durch die Zahlungsunfähigkeit oder durch eine Verschlechterung der Bonität des Schuldners entstehen. Das Länder- bzw. Transferisiko kann bei grenzüberschreitenden Zahlungen infolge der Zahlungsunwilligkeit (politisches Risiko) oder der Zahlungsunfähigkeit (wirtschaftliches Risiko) eines Staates entstehen. Der Ausfall eines Vertragspartners bei der Abwicklung von Leistungsansprüchen oder die nicht termingerechte Erfüllung von Leistungsansprüchen wird durch das Kontrahentenrisiko beschrieben.
Agio	Aufgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.
Anlagebuch	Risikotragende Positionen, die nicht dem Handelsbuch zugeordnet werden.
Asset-Backed Securities	Besondere Form der Verbriefung von Zahlungsansprüchen in handelbaren Wertpapieren. Die entsprechenden Wertpapiere sind durch Zusammenfassung bestimmter Finanzaktiva entstanden.
Assoziiertes Unternehmen	Ein Unternehmen, das nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen ist, auf dessen Geschäfts- oder Finanzpolitik ein in den Konzernabschluss einbezogenes Unternehmen maßgeblichen Einfluss hat.
Available for Sale (AFS)	Hierunter werden die zur Veräußerung zur Verfügung stehenden finanziellen Vermögenswerte verstanden (s. auch Wertpapiere Available for Sale).
Backtesting	Verfahren zur Überwachung der Güte von Value-at-Risk-Modellen (VaR). Hierzu wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) zu erwarten gewesen wäre.
Basis Point Value (bpv)	bpv gibt die Barwertänderung eines Finanzinstruments an, wenn sich der Zinssatz um einen Basispunkt (0,01 %) ändert.
Cashflows	Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.
Cashflow Hedge	Hierunter wird vornehmlich die Absicherung des Risikos bei zukünftigen Zinszahlungen aus einem variabel verzinslichen Bilanzgeschäft mit einem Swap verstanden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).
CDO	Collateralized Debt Obligations – Wertpapiere, die durch verschiedene Vermögensgegenstände besichert sind.
CDS	Credit Default Swap – Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.
CLO	Collateralized Loan Obligations – Wertpapiere, die durch einen Pool von Kreditforderungen besichert sind.
CMBS	Commercial Mortgage Backed Securities – durch in der Regel Gewerbeimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Wertpapiere.
Commercial Paper	Kurzfristige unbesicherte Schuldtitel mit flexiblen Laufzeiten (max. 270 Tage), begeben von Emittenten erstklassiger Bonität. Sie dienen dazu, einen kurzfristigen Finanzierungsbedarf direkt bei Großanlegern zu decken.

CPPI	Constant Proportion Portfolio Insurance – kapitalgarantierte Schuldscheindarlehen.	An unsere Investoren
Derivate	Finanzinstrumente, deren eigener Wert vom Wert eines anderen Finanzinstruments abhängt. Der Preis des Derivats wird vom Preis eines Basiswertes abgeleitet (Aktie, Währung, Zins usw.). Diese Instrumente bieten erweiterte Möglichkeiten für Risikomanagement und -steuerung.	Unsere Geschäftsfelder
Deutsche Rechnungslegungs Standards (DRS)	Empfehlungen zur Anwendung der (deutschen) Konzernrechnungslegungsgrundsätze, herausgegeben vom Deutschen Standardisierungsrat (DSR), einem Gremium des DRSC (Deutsches Rechnungslegungs Standard Committee e.V.).	Unsere Verantwortung
Disagio	Abgeld. Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und dem Nominalwert.	Konzernlagebericht
Discounted Cashflow (DCF)	Die DCF-Methode ist eine anerkannte Bewertungsmethode zur Ermittlung des Fair Value (beizulegender Zeitwert) in inaktiven Märkten. Bei der DCF-Bewertungsmethode werden die zukünftigen Cashflows mit dem aktuellen Abzinsungsfaktor diskontiert.	Konzernabschluss
Effektivzinsmethode	Die Amortisierung der Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Nominalwert (Agio/Disagio) unter Verwendung des effektiven Zinssatzes eines finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit. Als effektiver Zinssatz gilt der Kalkulationszinssatz, mit dem der erwartete künftige Zahlungsmittelfluss bis zum Endfälligkeitstermin oder zum nächsten marktpreisorientierten Zinsanpassungstermin auf den gegenwärtigen Buchwert des finanziellen Vermögenswertes oder einer finanziellen Verbindlichkeit abgezinst wird.	Weitere Informationen
Embedded Derivatives	Eingebettete Derivate sind Bestandteil eines originären Finanzinstruments und mit diesem untrennbar verbunden, sogenannte Hybrid Financial Instruments, wie z. B. Aktienanleihen. Sie sind rechtlich und wirtschaftlich miteinander verbunden, jedoch unter bestimmten Voraussetzungen getrennt zu bilanzieren.	
Equity-Methode	Bewertungsmethode für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Bei der Equity-Methode geht der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Wertansatz um den anteiligen Betrag gemindert.	
Fair Value (Full Fair Value)	Betrag, zu dem Aktiva bzw. Passiva zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern fairerweise gehandelt würden. Der Fair Value ist häufig identisch mit dem Marktpreis (beizulegender Zeitwert).	
Fair Value Hedge	Hierbei handelt es sich vornehmlich um festverzinsliche Bilanzposten (z. B. eine Forderung, eine Aktie oder ein Wertpapier), die durch ein Derivat gegen das Marktpreisrisiko gesichert werden. Die Bewertung erfolgt zum Marktwert (Fair Value).	
Fair-Value-Option (FVO)	Danach können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten (freiwillig) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn u. a. dies zur Beseitigung oder erheblichen Verringerung von Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting-Mismatch) führt.	
Finanzinstrumente	Hierunter werden insbesondere Kredite bzw. Forderungen, verzinsliche Wertpapiere, Aktien, Beteiligungen, Verbindlichkeiten und Derivate subsumiert.	

Fortgeführte Anschaffungskosten	Der Betrag, mit dem ein finanzieller Vermögenswert oder eine finanzielle Schuld bei der erstmaligen Erfassung bewertet wurde, abzüglich Tilgungen, zuzüglich/abzüglich der Auflösung von Agio/Disagio sowie abzüglich etwaiger außerplanmäßiger Abschreibungen.
Handelsaktiva	In diesen Bilanzposten werden Handelszwecken dienende Wertpapiere, Schuldscheindarlehen, Devisen, Edelmetalle und derivative Finanzinstrumente ausgewiesen. Sie werden zum Fair Value bewertet.
Handelsbuch	Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen in Finanzinstrumenten, Anteilen und handelbaren Forderungen, die von einem Kreditinstitut zum Zwecke des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preis- und Zinsschwankungen gehalten werden. Darunter fallen auch eng mit Handelsbuchpositionen verbundene – z. B. der Absicherung dienende – Geschäfte. Nicht dem Handelsbuch zuzuweisende risikotragende Positionen werden dem Anlagebuch zugeordnet.
Handelsergebnis	Saldo der Erträge und Aufwendungen aus dem Eigenhandel in Wertpapieren, Finanzinstrumenten (insbesondere Derivaten), Devisen und Edelmetallen, die zum Marktpreis bewertet werden.
Handelspassiva	In diesen Bilanzposten werden derivative Finanzinstrumente des Eigenhandels, die einen negativen Marktwert besitzen, sowie Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen ausgewiesen. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value.
Hedge Accounting	Darstellung gegensätzlicher Wertentwicklungen eines Sicherungsgeschäfts (z. B. eines Zinsswaps) und eines Grundgeschäfts (z. B. eines Kredits). Ziel des Hedge Accounting ist es, den Einfluss der ergebniswirksamen Bewertung und der Erfassung der Bewertungsergebnisse aus derivativen Geschäften auf die Gewinn- und Verlustrechnung zu minimieren.
Hedge Fair Value	Bewertungsergebnis eines gesicherten Grundgeschäfts unter Fixierung der nicht abgesicherten Risikofaktoren.
Hedging	Eine Strategie, bei der Sicherungsgeschäfte mit dem Ziel abgeschlossen werden, Bestände gegen das Risiko von ungünstigen Preisentwicklungen (Zinsen, Kurse) abzusichern.
Held to Maturity Investments (HtM)	Finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die das Unternehmen bis zur Endfälligkeit halten will und kann, ausgenommen vom Unternehmen ausgereichte Kredite und Forderungen.
ICAAP	Interner Kapitalbemessungsprozess – internes Verfahren, nach dem Institute bankintern sicherzustellen haben, dass stets genügend Eigenkapital zur Abdeckung aller wesentlichen Risiken vorhanden ist.
Impairment	Betrag, um den die fortgeführten Anschaffungskosten eines Finanzinstruments den am Markt nachhaltig erzielbaren Betrag überschreiten.
International Financial Reporting Standards (IFRS)	Zum einen Oberbegriff aller vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichten Rechnungslegungsvorschriften. Zum anderen vom IASB seit 2003 neu verabschiedete Rechnungslegungsvorschriften. Die bis 2002 verabschiedeten Vorschriften werden weiterhin unter den Bezeichnungen International Accounting Standards (IAS) veröffentlicht.

Investment Property	Grundstücke und/oder Gebäude, die zur Erzielung von Mieteinkünften oder Vermögenszuwächsen gehalten und nicht zu betrieblichen Zwecken genutzt werden.	An unsere Investoren
Kapitalflussrechnung	Ermittlung und Darstellung des Zahlungsmittelflusses, den ein Unternehmen in einem Geschäftsjahr aus laufender Geschäfts-, Investitions- und Finanzierungstätigkeit erwirtschaftet oder verbraucht hat, sowie zusätzliche Abstimmung des Zahlungsmittelbestands (Barreserve) zu Beginn des Geschäftsjahres mit dem Betrag am Ende des Geschäftsjahres.	Unsere Geschäftsfelder
Konfidenzniveau	Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.	Unsere Verantwortung
Latente Steuern	Zukünftig zu zahlende oder zu erhaltende Ertragsteuern, die aus unterschiedlichen Wertansätzen in der Steuer- und in der IFRS-Bilanz resultieren. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen oder Verbindlichkeiten gegenüber Finanzbehörden dar.	Konzernlagebericht
Liquiditätsrisiko	Ist das Risiko, den gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht zeitgerecht bzw. nicht in voller Höhe nachkommen zu können. Das Refinanzierungsrisiko entsteht, wenn bei Bedarf die erforderliche Liquidität nicht zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann.	Konzernabschluss
Loans and Receivables (LaR)	Finanzielle Vermögenswerte, die nicht auf einem aktiven Markt notiert sind. Dazu zählen insbesondere Forderungen sowie Teile der Finanzanlagen.	Weitere Informationen
Loss Identification Period (Lip)	Der Zeitraum vom Ausfall des Kreditnehmers bis zur Wahrnehmung dieses Ausfalls durch das Kreditinstitut. Lip-Faktor ist ein Faktor bei der Berechnung der Portfoliowertberichtigung nach IAS/IFRS und der Errechnung des „Incurred Loss“ (eingetretener Verlust).	
Mark to Market	Bewertung aller Eigenhandelsaktivitäten eines Unternehmens zu aktuellen Marktpreisen einschließlich unrealisierter Gewinne – ohne Berücksichtigung der Anschaffungskosten.	
Marktpreisrisiko	Mit Marktpreisrisiken werden die möglichen Verluste bezeichnet, die bei Finanztransaktionen durch Veränderungen von Zinsen, Volatilitäten, Fremdwährungs- und Aktienkursen induziert werden können. Die Wertveränderungen werden dabei unabhängig von der bilanziellen Betrachtung aus der täglichen Marktbewertung abgeleitet.	
Marktwert	Unter dem positiven/negativen Marktwert eines Finanzinstruments wird die Marktwertveränderung verstanden, die sich im Zeitraum zwischen dem Geschäftsabschluss und dem Bewertungsstichtag aufgrund von günstigen oder ungünstigen Marktänderungen ergeben hat.	
Nachhaltigkeit	Unternehmen verpflichten sich gemäß dem Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ zur Verantwortung für die sozialen und ökologischen Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Entscheidungen. Ferner setzen sie sich als Teil der Gesellschaft mit Sozial- und Umweltthemen aktiv auseinander und unterstützen deren Umsetzung durch gezielte Maßnahmen.	
Netting-Vereinbarungen	Verträge, wonach gegenseitige Forderungen zwischen zwei Parteien unter bestimmten Voraussetzungen miteinander verrechnet werden können – beispielsweise im Insolvenzfall. Die Einbeziehung einer rechtsverbindlichen Netting-Vereinbarung führt zu einer Reduzierung des Ausfallrisikos von einem Brutto- auf einen Nettobetrag.	

Neubewertungsrücklage	In der Neubewertungsrücklage werden Marktwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie Available for Sale sowie deren latente Steuereffekte erfolgsneutral erfasst.
Operationelles Risiko	Unter dem Operationellen Risiko wird gemäß der Definition nach Basel II „die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen eintreten“ verstanden. Entsprechend der Definition nach Basel II, werden auch die rechtlichen Risiken hier einbezogen.
Option	Recht, den zugrunde liegenden Optionsgegenstand (beispielsweise Wertpapiere oder Devisen) von einem Vertragspartner (Stillhalter) zu einem vorweg fest vereinbarten Preis zu einem bestimmten Zeitpunkt bzw. in einem bestimmten Zeitraum zu kaufen (Kaufoption/Call) oder an diesen zu verkaufen (Verkaufsoption/Put).
OTC-Derivate	Finanzinstrumente (Derivate), die nicht standardisiert sind und nicht an einer Börse, sondern direkt zwischen den Marktteilnehmern (Over The Counter) gehandelt werden.
Portfolio	Zusammenfassung ähnlicher Geschäfte, insbesondere von Wertpapieren und/oder Derivaten, unter Preisrisikoaspekten.
Rating	Extern: standardisierte Beurteilung der Bonität des Emittenten und seiner Schuldtitel durch spezialisierte Agenturen. Intern: detaillierte Risikoeinschätzung jedes Exposures eines Schuldners.
Recovery Rate (Verwertungsrate)	Die Recovery Rate gibt den prozentualen Anteil einer Forderung an, den ein Gläubiger bei Ausfall des Darlehensnehmers unter Berücksichtigung des ökonomischen Verlusts nach Verwertung von Sicherheiten und sonstigen Rechten zurückerhält.
Repo-Geschäft (Repurchase Agreement)	Vereinbarung über den Rückkauf bei Wertpapiergeschäften (echtes Pensionsgeschäft, dessen Gegenstand weiterhin dem Pensionsgeber zuzurechnen ist). Aus Sicht des Pensionsnehmers wird von einem Reverse-Repo-Geschäft gesprochen.
Return on Equity (RoE)/Eigenkapital- rendite	Grundsätzliche Kennziffer zur Ertragslage, die das Ergebnis (Jahresüberschuss) im Verhältnis zum eingesetzten Eigenkapital darstellt (Ergebnis in Prozent des jahresdurchschnittlich eingesetzten Eigenkapitals).
Reverse-Repo-Geschäft	S. Repo-Geschäft
Securitization (Verbriefung)	Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen verschiedenster Art durch die Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Papers).
Segmentbericht- erstattung	Offenlegung von Vermögens- und Ergebnisinformationen, untergliedert nach Tätigkeitsbereichen (Unternehmensbereichen) und geografischen Merkmalen (Regionen).
Sell-and-Buy-Back- Geschäft	Kombination zweier Kaufverträge, und zwar der jeweils separaten Verträge für das Kassa- und das Termingeschäft.
Sicherungsgeschäfte	Geschäfte, die dazu dienen, durch die Änderung ihres Fair Value die Änderung im Fair Value des gesicherten Grundgeschäfts auszugleichen.

Swap	Austausch von Zahlungsströmen. Zinsswap: Tausch von Zinszahlungsströmen gleicher Währung mit unterschiedlichen Konditionen (beispielsweise fest/variabel). Währungsswap: Tausch von Zahlungsströmen und Kapitalbeträgen in verschiedenen Währungen.	An unsere Investoren
Underlying	Das Underlying ist der Gegenstand eines Optionsscheins, Zertifikats bzw. eines Terminkontrakts, also der Gegenstand, der dem Optionsschein/Zertifikat/Terminkontrakt zugrunde liegt. Der Basiswert kann beispielsweise eine Aktie, eine Währung oder eine Anleihe sein.	Unsere Geschäftsfelder
Unwinding	Erfolgswirksame Vereinnahmung der sich im Zeitablauf ergebenden Barwertveränderung des erwarteten zukünftigen Cashflows wertberichtigter (impaired) Kredite.	Unsere Verantwortung
Value-at-Risk-Modell (VaR)	VaR bezeichnet eine Methode zur Quantifizierung von Risiken. VaR wird derzeit hauptsächlich im Zusammenhang mit der Messung von Marktpreisrisiken gebraucht. Um aussagekräftig zu sein, müssen zusätzlich immer die Haltedauer (z. B. zehn Tage) und das Konfidenzniveau (s. auch Konfidenzniveau) (z. B. 99,0 %) angegeben werden. Der VaR-Wert bezeichnet dann diejenige Verlustobergrenze, die innerhalb der Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit entsprechend dem Konfidenzniveau nicht überschritten wird.	Konzernlagebericht
Volatilität	Kursschwankung eines Wertpapiers bzw. einer Währung. Oftmals wird diese in Form der Standardabweichung aus der Kurshistorie berechnet bzw. implizit aus einer Preissetzungsformel. Je höher die Volatilität, desto risikoreicher ist das Halten der Anlage.	Konzernabschluss
Währungsrisiko	Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Änderungen der Wechselkurse verändert.	Weitere Informationen
Wertpapiere Available for Sale	Wertpapiere, die weder dem Handelsbestand noch der Kategorie Loans and Receivables zuzuordnen sind und (bei Gläubigerpapieren) nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden. Sie werden mit ihrem Fair Value in der Bilanz ausgewiesen. Änderungen des Fair Value werden grundsätzlich erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals gezeigt. Fällt der Fair Value aufgrund einer nicht vorübergehenden Wertminderung unter die fortgeführten Anschaffungskosten, so wird die Differenz zwischen den beiden Werten ergebniswirksam im Aufwand berücksichtigt (s. auch Impairment). Realisierte Gewinne und Verluste werden ebenfalls ergebniswirksam vereinnahmt.	
Wertpapierdarlehen	Darlehensweises Überlassen von festverzinslichen Wertpapieren oder Aktien, wobei zwischen closed term (Rückübertragung der gleichen Anzahl und Art von Wertpapieren zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft) und open term (Überlassung bis auf Weiteres) unterschieden wird.	

I Adressen

Deutsche Postbank AG

Zentrale

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
Internet: www.postbank.de
E-Mail: direkt@postbank.de

Tochtergesellschaften

Betriebs-Center für Banken AG

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 6 89 76-0
Telefax: 069 6 89 76-5099
E-Mail: bc.direct@bcb-ag.de

Betriebs-Center für Banken Processing GmbH

Eckenheimer Landstraße 242
60320 Frankfurt am Main
Postanschrift:
60290 Frankfurt am Main
Telefon: 069 959092-0
Telefax: 069 959092-200
E-Mail: info@bcb-processing.eu

BHW Bausparkasse AG

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 101322
31781 Hameln
Telefon: 0180 4440-500
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: info@bhw.de

BHW Immobilien GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Postfach 101342
31763 Hameln
Telefon: 0180 2060-240
Telefax: 05151 18-5101
E-Mail: info@bhw-immobilien.de

Deutsche Postbank Financial Services GmbH

Ludwig-Erhard-Anlage 2–8
60325 Frankfurt am Main
Postfach 15 02 55
60062 Frankfurt am Main
Telefon: 069 789 86-0
Telefax: 069 789 86-58001
E-Mail: info.pfs@postbank.de

Deutsche Postbank International S.A.

PB Finance Center
Parc d'Activité Syrdall 2
18–20, rue Gabriel Lippmann
L-5365 Munsbach
Postanschrift:
L-2633 Luxemburg
Telefon: +352 34 95 31 - 1
Telefax: +352 34 95 32 - 550
E-Mail: deutsche.postbank@postbank.lu

easyhyp GmbH

Lubahnstraße 2
31789 Hameln
Telefon: 0800 044 8888
E-Mail: info@easyhyp.de

PB Capital Corporation

230 Park Avenue
19 & 20th Floor
New York, NY 10169
USA
Telefon: +1 21 27 56-5500
Telefax: +1 21 27 56-5536
E-Mail: info@pb-us.com

PB Factoring GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 50905-22
Telefax: 0180 50905-33
E-Mail: factoring@postbank.de

PB Firmenkunden AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0180 3040-636
Telefax: 0180 3040-696
E-Mail: firmenkunden@postbank.de

Postbank Direkt GmbH

Kennedyallee 62–70
53175 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Filialvertrieb AG

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-35151
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Finanzberatung AG

Lubahnstraße 5
31789 Hameln
Postanschrift:
31789 Hameln
Telefon: 01803 2881
Telefax: 05151 18-3001
E-Mail: direkt@postbank.de

Postbank Leasing GmbH

Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 01805 72 53-27
Telefax: 01805 72 53-28
E-Mail: leasing@postbank.de

Postbank P.O.S. Transact GmbH

Frankfurter Straße 71–75
65760 Eschborn
Telefon: 06196 96 96-0
Telefax: 06196 96 96-200
E-Mail: info@posttransact.de

Postbank Support GmbH

Edmund-Rumpler-Straße 3
51149 Köln
Telefon: 02203 560-0
Telefax: 02203 560-4009

Postbank Systems AG

Baunscheidstraße 8
53113 Bonn
Postfach 26 01 46
53153 Bonn
Telefon: 0228 920-0
Telefax: 0228 920-63010
E-Mail: postbank.systems@postbank.de

VÖB-ZVD Bank für

Zahlungsverkehrsdienstleistungen GmbH

Godesberger Allee 88
53175 Bonn
Postfach 26 01 32
53153 Bonn
Telefon: 0228 9377-0
Telefax: 0228 9377-599
E-Mail: zvd@voeb-zvd.de

Impressum

Herausgeber

Deutsche Postbank AG
Zentrale
Investor Relations
Friedrich-Ebert-Allee 114–126
53113 Bonn
Postfach 40 00
53105 Bonn
Telefon: 0228 920 - 0

Investor Relations

Telefon: 0228 920 - 18003
E-Mail: ir@postbank.de
www.postbank.de/ir

Gestaltung und Satz

EGGERT GROUP, Düsseldorf

Koordination/Redaktion

Postbank
Investor Relations



Dieser Geschäftsbericht enthält zukunftsgerichtete Aussagen, die sich auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung (insbesondere die Entwicklung der Geld- und Kapitalmarktzinsen), das Geschäft und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Postbank Konzerns beziehen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Aussagen, die Tatsachen der Vergangenheit beschreiben, und werden mitunter durch die Verwendung der Begriffe „glauben“, „erwarten“, „vorhersagen“, „planen“, „schätzen“, „bestreben“, „voraussehen“, „annehmen“ und ähnliche Formulierungen kenntlich gemacht. Zukunftsgerichtete Aussagen beruhen auf den gegenwärtigen Plänen, Schätzungen, Prognosen und Erwartungen der Gesellschaft und unterliegen daher Risiken und Unsicherheitsfaktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlich erreichte Entwicklung oder die erzielten Erträge oder Leistungen wesentlich von der Entwicklung, den Erträgen oder den Leistungen abweichen, die in den zukunftsgerichteten Aussagen ausdrücklich oder implizit angenommen werden.

Die Leser dieses Geschäftsberichts werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie kein unangemessenes Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen setzen sollten, die nur zum Datum dieses Geschäftsberichts Gültigkeit haben. Die Deutsche Postbank AG beabsichtigt nicht und übernimmt keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen zu aktualisieren.

